

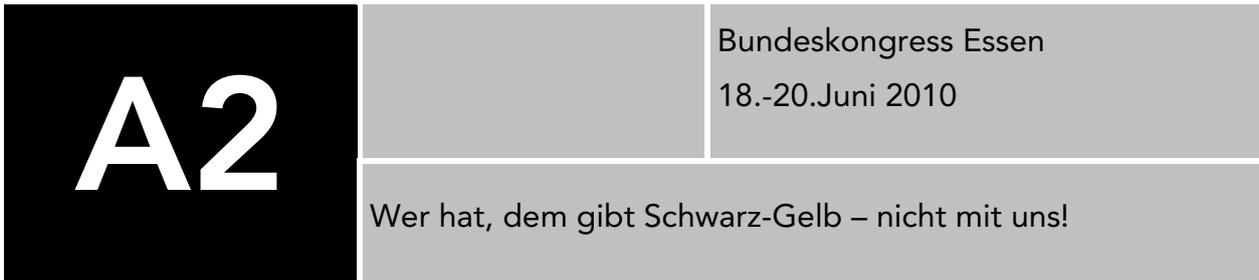
LINKS. KONKRET. GERECHT.

**Beschlussbuch
Juso-Bundeskongress 2010**

18. bis 20. Juni, Essen/CCE Congress Center Essen



1	Inhaltsverzeichnis	
2		
3	A2	Wer hat, dem gibt Schwarz-Gelb – nicht mit uns! S. 3
4	B1	Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors S. 5
5	B4/7	Hartz und weiter? – Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik ist möglich! S. 7
6	B11	Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten verhindern,
7		Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stärken! S. 21
8	C1	Wider die nationale Denke – für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft S. 25
9	C4	Gegen die Bagatellisierung rechter Gefahren – keine Zustimmung zur
10		Extremismusthese S. 32
11	E3	Für einen nachhaltigen Frieden in Afghanistan! S. 37
12	F1	Die solidarische digitale Gesellschaft S. 51
13	G4	Der Mythos der Freiwilligkeit – Wege aus der Prostitution schaffen S. 70
14	I1	Links. Konkret. Gerecht Update zum Arbeitsprogramm 2010 S. 77
15	I2	Mit einem solidarischen Wachstumspfad für Europa aus der Krise S. 86
16	I3	Widerstand gegen das Schwarz-gelbe Sparpaket! S. 96
17	I4	Bildungsstreik -Es geht weiter bis die Forderungen erfüllt sind! S. 101
18	I5	Jusos fordern Unterstützung für Gauck S. 104
19	J1	Links 2010 – Jugend. Gesellschaft. Veränderung S.105
20	K1	Systemerror – Bitte starten Sie neu! S. 115
21	K2	Gerecht umverteilen. Steuereinnahmen erhöhen – staatliche Aufgaben
22		finanzieren S. 131
23	M1	Gleichberechtigte Partner! Unsere Unterstützung für Vereine Jugendlicher mit
24		Migrationshintergrund S. 155
25	N1	Energie- und Rohstoffeffizienz steigern – Für Arbeitsplätze, Klimaschutz
26		und soziale Gerechtigkeit! S. 158
27	W1	Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen! S. 168
28		



2 Die Jusos lehnen die von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte drastische
3 Erhöhung des einkommensunabhängigen Teils der Stipendien der Begabtenförderungswerke
4 ab. Wie die im September erschienene Studie des Hochschulinformationssystems gezeigt hat,
5 stammen zwei Drittel der durch die Begabtenförderungswerke geförderten Studierenden aus
6 Akademikerhaushalten. Sie schaffen es ohnehin bereits häufiger bis zur Hochschulreife und
7 nehmen ein Studium auf.

8

9 Viele der durch die elf großen Stiftungen geförderten Studierenden könnten auch ohne ein
10 Stipendium problemlos ein Studium aufnehmen – was sich auch daran erkennen lässt, dass sie
11 überproportional oft bereits das elterliche Heim verlassen haben.

12

13 Aus diesen Gründen lehnen wir auch das von der Regierungskoalition geplante nationale
14 Stipendiensystem grundsätzlich ab. Es ist ein sozial selektives Instrument zur Spitzen- und
15 Elitenförderung und somit keine unterstützenswerte Säule für ein Studienfinanzierungssystem
16 der Zukunft.

17

18 Diese Zahlen zeigen uns Jusos außerdem, dass ein Stipendiensystem mit seinen
19 Leistungsanforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber sowohl im akademischen als
20 auch im persönlichen Bereich keine Alternative zum BAföG darstellt. Erstes Ziel des BAföG
21 muss es sein, möglichst vielen Kindern aus einkommensschwachen Familien ein
22 Hochschulstudium zu ermöglichen. Hierfür halten wir es für nötig, das BAföG als
23 bedarfsdeckenden Vollzuschuss zu Gewähren. Die Aussicht, nach dem Studium zunächst
24 einen Schuldenberg von bis zu 10.000 € abzahlen zu müssen, hält erwiesenermaßen besonders
25 Kinder aus bildungsfernen Schichten vom Studium ab. Daneben ist es unabdingbar, die
26 inzwischen viel zu niedrigen Freibeträge zu erhöhen, um wesentlich mehr junge Menschen

1 finanzielle Unterstützung für ihre Ausbildung zukommen zu lassen. Langfristig muss jedeR
2 durch eine entsprechende finanzielle Unterstützung die Möglichkeit bekommen, ein Studium
3 unabhängig von dem Einkommen seiner Eltern aufzunehmen.

4

B1

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Zur Einführung eines öffentlichen Beschäftigungssektors

2 Der Bundesparteitag möge beschließen, zur Weiterleitung an den SPD-Parteivorstand, zur
3 Weiterleitung an die Bundestagsfraktion:

4

5 I) Die Jusos fordern die SPD und die Fraktionen in Bundestag, Landtagen und
6 Kommunalparlamenten auf, ein Konzept eines öffentlichen Beschäftigungssektors für
7 Langzeitarbeitslose zu entwickeln und auf die Umsetzung desselben hinzuarbeiten. Dieser
8 Öffentliche Beschäftigungssektor (ÖBS) soll unseren Anforderungen an Gute Arbeit (vor
9 allem Mindestlohn, Mitbestimmung, Sozialversicherungspflicht) gerecht werden. Der ÖBS
10 erfüllt die Kriterien der Gemeinwohlorientierung, ist keine Zwangsmaßnahme für den/die
11 BetroffeneN. Er ist als neu geschaffene Arbeitsstelle zusätzlich und ersetzt dadurch keine
12 bisher bestehenden Beschäftigungsverhältnisse. Perspektivisch verfolgen die Jusos die
13 Zusammenführung der bestehenden Zersplitterung in mehrere Arbeitsmärkte zu einem
14 sogenannten integrativen Arbeitsmarkt.

15 II) Die Finanzierung erfolgt über die Bündelung der bisherigen gesamtstaatlichen Ausgaben
16 für Langzeitarbeitslose (ALG II, Hilfen zur Unterkunft und den Entgelten für die bisherigen
17 Maßnahmen nach §§16ff SGB II) auf lokaler Ebene. Die Einbeziehung weiterer
18 Fördermittel, z.B. aus dem Europäischen Sozialfonds wird überprüft. Dies geschieht in der
19 Überzeugung, dass es humaner, effektiver und effizienter ist, sinnvolle und anspruchsvolle
20 Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Zur Schließung etwaiger
21 Finanzierungslücken sind Fördermittel bereitzustellen, die von kommunalen
22 Beschäftigungsprojekten abrufbar sind.

23 III) Träger öffentlich geförderter Beschäftigung sind die Kommunen selbst oder im Einklang
24 mit den gesetzlichen Bestimmungen gemeinnützige Einrichtungen (Wohlfahrtsverbände,
25 Sozialverbände, Vereine, Bürgerinitiativen). Dabei ist es wichtig soziale

1 Beschäftigungsunternehmen als festen Bestandteil des ÖBS zu verankern und ihnen damit
2 eine gesetzlich wie auch wirtschaftlich gewollte Rolle zu zuteilen. Es besteht
3 Rechenschaftspflicht gegenüber einem regionalen Gremium aus Gewerkschaften,
4 Arbeitgebern und Kommune, dieses ist Organisator und Koordinator von
5 Beschäftigungsprojekten. Dabei muss auch geklärt werden, inwieweit auf dem ÖBS auch
6 marktnahe Tätigkeiten generiert werden können, damit nicht nur Nischenarbeiten und
7 Substitute von regulärer Erwerbsarbeit gestützt werden, die weder dem Erhalt der
8 Beschäftigungsfähigkeit noch die Durchlässigkeit zum sog. ersten Arbeitsmarkt erhöhen.

9 IV) Mögliche Beschäftigungsfelder: 1. Ausbau von soziokultureller Infrastruktur (z.B.
10 Beratungsstellen, Archive, Frauenhäuser, Fanprojekte, Nachbarschaftstreff, Ateliers). 2.
11 Jugend- und altersbezogene Tätigkeiten (z.B. Kinderbetreuung außerhalb der KITA-
12 Öffnungszeiten, Erhöhung der Mobilität für Menschen mit Behinderungen, ergänzende
13 pflegerische Tätigkeiten, Streetwork, Ausbau Schulsozialarbeit). Die durch die Verkürzung
14 der Zivildienstzeit wegfallenden Zivildienststellen können durch eben jene Beschäftigten des
15 ÖBS ersetzt werden. Es gilt darauf zu achten, die bereits in diesen Bereichen bestehenden
16 Arbeitsplätze nicht zu entwerten. Gleichzeitig sollte auch ein Mindestqualitätsanspruch an der
17 geleisteten Arbeit durch die Beschäftigten im ÖBS gegeben sein. Da in einem ÖBS auch
18 immer der Aspekt der sozialen Hilfe v.a. mit Blick auf die sozial-integrative Ausrichtung
19 sowie die Gemeinwohlorientierung mitgedacht werden muss, sind die jeweiligen
20 Beschäftigungsangebote hinsichtlich dieses Aspektes zu überprüfen. Dieser kann
21 beispielsweise in einer besonderen Tätigkeitsorganisation oder einer zusätzlichen sozialen
22 Betreuung erfüllt werden, wobei dies dem Beschäftigungsträger grundsätzlich frei gestellt ist
23 und innerhalb einer Konzeption dargelegt werden muss.

24

B4/7

Bundeskongress

18.-20.Juni 2010 Essen

Hartz und weiter? – Eine solidarische Arbeitsmarktpolitik ist möglich!

2

3 **Kein Ende der Diskussion!**

4 Kaum eine politische Reform der letzten Jahre hat die öffentliche Debatte so sehr bestimmt
5 wie die Gesetze zur Modernisierung des Arbeitsmarkts der rot-grünen Bundesregierung.

6

7 Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu den Hartz IV-Regelsätzen für
8 Erwachsene und Kinder ist erneut eine intensive Diskussion über die Zukunft
9 arbeitsmarktpolitischer Reformen und die menschenwürdige Existenzsicherung von
10 Erwerbslosen entbrannt. Während einerseits Neoliberale wie Guido Westerwelle erwerbslosen
11 Menschen pauschalen Unwillen zur Arbeit unterstellen und eine Verschärfung der
12 bestehenden Restriktionen verlangen, erschöpfen sich andererseits Vorschläge in der
13 richtigen, aber unzureichenden Forderung nach höheren Regelsätzen oder einem plumpen
14 „Hartz IV muss weg“.

15

16 Gleichzeitig hat das Zusammenspiel aus Arbeitszwang und zunehmender Deregulierung des
17 Arbeitsmarktes eine Expansion prekärer Beschäftigung zur Folge. Die Bundestagswahlen
18 2009 haben der SPD nochmals vor Augen geführt, dass die Hartz-Reformen zu einem großen
19 Vertrauensverlust geführt haben. Grund dafür ist kein Kommunikations- sondern ein
20 neoliberales Ideologieproblem der Sozialdemokratie.

21

22 Die SPD tut sich dagegen schwer mit der Debatte um die Zukunft von Arbeitsmarktpolitik
23 und sozialstaatlicher Alternativen. Zum einen stellt sie sich zwar gegen Vorschläge, die eine
24 weitere Verschärfung von Hartz IV fordern, zum anderen hält sie jedoch immer noch
25 weitgehend an den von ihr selbst beschlossenen und gescheiterten Arbeitsmarktreformen fest

1 und ist zu einer schonungslosen Analyse nicht bereit. Öffentlich (zu Recht sehr kritisch)
2 wahrgenommen wurde lediglich der Vorschlag von Hannelore Kraft, Langzeitarbeitslosen mit
3 einem „symbolischen Aufschlag“ für freiwillige und gemeinnützige Jobs zu „helfen“.

4

5 Mit dem Präsidiumsbeschluss „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ wurde ein Auftakt zur Debatte
6 gemacht, der zwar teilweise in die richtige Richtung weist, aber nach wie vor erhebliche
7 Lücken aufweist, das Ausmaß sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik in den vergangenen
8 Jahren nicht hinreichend analysiert und hinter dem notwendigen Reformbedarf insbesondere
9 bei der Ausgestaltung des ALG II zurückbleibt.

10

11 Dabei ist mittlerweile, sieben Jahre nach der Einführung der „Hartz-Reformen“, klar, dass
12 viele Konzepte gescheitert sind. Während einerseits das Armutsrisiko und die Angst vor
13 einem Abrutschen in die Langzeitarbeitslosigkeit massiv angestiegen sind, ist zeitgleich die
14 Einkommensschere weiter auseinandergegangen. Deutlich angestiegen ist der
15 Niedriglohnsektor, während die Zahl sozialversicherungspflichtiger
16 „Normalarbeitsverhältnisse“ parallel gesunken ist.

17

18 An der Notwendigkeit einer inhaltlichen Erneuerung der SPD nach dem katastrophalen
19 Wahlergebnis zur Bundestagswahl besteht indes kein Zweifel. Die SPD muss an erster Stelle
20 in ihrem originären Politikfeld, der sozialen Gerechtigkeit, neue Glaubwürdigkeit erlangen,
21 wenn sie als linke Volkspartei wieder gesellschaftliche Deutungshoheit und parlamentarische
22 Mehrheitsfähigkeit erlangen will. Dazu ist eine Arbeitsmarktpolitik erforderlich, in deren
23 Mittelpunkt die Teilhabe aller Menschen steht: durch eine aktive Beschäftigungs- und
24 Qualifizierungspolitik, gute Arbeit und die menschenwürdige Absicherung gegen
25 Arbeitslosigkeit steht. Gleichzeitig ist – gerade angesichts der Folgen der Wirtschaftskrise –
26 die Entwicklung einer solidarischen Arbeitsmarktpolitik die notwendige Voraussetzung, um
27 der neoliberal-rechten Bundesregierung eine wirksame Alternative entgegen zu setzen. Wir
28 Jusos wollen diesen Prozess intensiv begleiten und uns auf allen Ebenen in die Debatte
29 einbringen.

30

31 **Kein Neubeginn ohne Analyse: Ergebnisse rot-grüner Reformpolitik**

1 Mit den Hartz-Reformen, deren Leitbild „Fördern und Fordern“ sowie „Eigenaktivitäten
2 auslösen - Sicherheit einlösen“ war, wurde der Paradigmenwechsel vom aktiven zu einem
3 aktivierenden Sozialstaat vollzogen. Der/die moderne, innovative und flexible BürgerIn solle
4 mehr Eigenverantwortung und Initiative übernehmen für die er/sie belohnt und im Notfall
5 abgesichert werden würde. Staatliche Unterstützung beschränkt sich danach vorrangig auf den
6 Aufbau individuellen Humankapitals, um die marktgerechte Verwertbarkeit des Individuums
7 und dessen Bestehen in der politisch forcierten Wettbewerbsgesellschaft sicherzustellen.
8 Arbeitslosigkeit ist demnach ein individuelles und kein gesellschaftliches Problem mehr.

9

10 Um die „Schuld“ erwerbsloser Menschen an ihrer Arbeitslosigkeit zu unterstreichen, wurden
11 diese nun unter der Parole des „Förderns und Forderns“ und unter Androhung der stufenweise
12 Kürzung der ALG II-Bezüge (bis zu 100%) dazu gezwungen, jedes unterbreitete
13 Beschäftigungsangebot anzunehmen. Mit den neuen Zumutbarkeitsregelungen wurden
14 Marktkriterien wie „Nützlichkeit“ oder „Verwertbarkeit“ auf das Zusammenleben von
15 Menschen angewandt wurden und damit die Menschenwürdegarantie in Frage gestellt.

16

17 Effekt dieses Ansatzpunktes ist eine Stigmatisierung und Ausgrenzung erwerbsloser
18 Menschen. Am Ende einer langen Kette aus Sanktionen und Zumutbarkeiten, die den Druck
19 zur Arbeitsaufnahme erhöhen sollen, steht der gebrochene und gedemütigte Mensch. Seinen
20 Rechten entzogen und als „Kunde“ einen oktroyierten Vertrag – der
21 Eingliederungsvereinbarung – zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einwilligen muss,
22 da diese sonst qua Verwaltungsakt umgesetzt werden kann. Dieses Zwangsprinzip steht
23 diametral zum Prinzip der Eigeninitiative, da sie unterstellt, dass es diese Motivation nicht
24 gäbe.

25

26 Gerade der Zwang, Einbußen bei der Entlohnung, dem Qualifikationsanspruch einer
27 Arbeitsstelle oder räumliche Mobilität aufzuweisen, die sich in den Zumutbarkeitsregelungen
28 im SGB II und in abgeschwächter Form im SGB III manifestieren, sind volkswirtschaftlich
29 unvernünftig. Menschen sind in ihren gelernten Berufen in der Nähe ihres Wohnorts
30 motivierter, flexibler einsetzbar und produktiver. Mit der Sanktionskeule in der Hand wird
31 versucht, genau diese Zumutbarkeitskriterien umzusetzen.

1

2 Das Versprechen der „Förderung“ hingegen wurde zu keinem Zeitpunkt ernsthaft eingelöst
3 und begrenzte sich auf zeitlich eingeschränkte Qualifizierungsangebote. Mit der Umstellung
4 der Weiterbildungsangebote für erwerbslose Menschen wurden die Mittel der BA für
5 Weiterbildung von 2002 bis 2004 um die Hälfte gekürzt, 50.000 WeiterbildnerInnen von
6 freien Trägern auf einen Schlag in die Arbeitslosigkeit geschickt – und damit eine gesamte
7 Branche in den Ruin getrieben.

8

9 Die Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe hat zugleich das Ungerechtigkeitsempfinden bei
10 abhängig Beschäftigten deutlich erhöht. Wenn auch die Zusammenlegung von Sozialhilfe und
11 Arbeitslosenhilfe ein richtiger Schritt war, so hat aber die deutliche Verkürzung der
12 Bezugsgrenze beim Arbeitslosengeldes (heute ALG I) auf grundsätzlich 12 Monate sowie die
13 Kürzung des Vermögensfreibetrages dazu geführt, dass die Angst vor Arbeitslosigkeit
14 unmittelbar mit dauerhaftem gesellschaftlichen und materiellen Abstieg verknüpft wurde. Das
15 sozialstaatliche Prinzip der Lebensstandardsicherung wurde durch Hartz IV weitgehend
16 abgeschafft: Mit der Hartz IV-Reform war es nunmehr egal, ob einE ArbeitnehmerIn zwei
17 oder zwanzig Jahre lang beschäftigt war, ein Rückfall auf die „Grundsicherung“ galt für alle
18 ArbeitnehmerInnen unter 50 Jahren. Der Kreis der potenziell von Armut bedrohten
19 Menschen wurde so deutlich erweitert und erfasst nunmehr breite gesellschaftliche Schichten.
20 Das Vertrauen der abhängig Beschäftigten und erwerbslosen Menschen in einen gerechten
21 und Teilhabe sichernden Sozialstaat wurde damit nicht nur erschüttert, sondern nachhaltig
22 verspielt.

23

24

25 **Jobwunder Hartz-Reformen?**

26

27 Im März 2003 begründete Gerhard Schröder die Agenda 2010 und die darin enthaltenen
28 Hartz-Reformen damit, dass es nur so möglich sei „wieder an die Spitze der wirtschaftlichen
29 und sozialen Entwicklung in Europa zu kommen“. Im Februar 2002 beauftragte die rot-grüne
30 Regierung die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ damit,
31 Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, mit denen die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2005

1 um zwei Millionen abgebaut werden kann.

2

3 Eine ausschließlich angebotsseitige Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose von Opfern zu Tätern
4 undefiniert, kann keinen Erfolg haben. Die Konzentrierung auf Mismatch-Arbeitslosigkeit
5 und das Ausblenden struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit aufgrund einer
6 schwachen Binnenkonjunktur sind deutlich sichtbare Mängel des Reformversuches.

7

8 Die BefürworterInnen der Agenda-Reformen beziehen sich oftmals auf die positive
9 Entwicklung der Arbeitslosenzahlen von 2005 bis 2008 und sehen darin den Erfolg der
10 sozialdemokratischen Arbeitsmarktreformen bestätigt. Bei dieser Argumentation bleibt
11 natürlich offen, warum der Arbeitsmarkt zwischen Inkrafttreten von Hartz I und II im Jahre
12 2002 bis 2005 eher stagnierte oder sich gar zum Negativen entwickelte.

13

14 Bei der quantitativen Betrachtung fällt auf, dass die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis des SGB
15 III wesentlich stärker zwischen 2005 und 2009 sank als im Rechtskreis des SGB II. Zwischen
16 2003 und 2006 ging die Zahl an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sogar zurück.
17 Entgegen dem Umfang der Arbeitslosigkeit hat sich die Lage im Hinblick auf den Bestand
18 der Langzeitarbeitslosigkeit und der durchschnittlichen Dauer einer Arbeitslosigkeitsperiode
19 seit den Hartz-Reformen signifikant verschlechtert. Der Anteil an Langzeitarbeitslosen stieg
20 von 34,8% (2003) auf 40,3% (2007). Die durchschnittliche Dauer einer abgeschlossenen
21 Arbeitslosigkeitsperiode ist von 37,4 Wochen (2003) auf 42,1 Wochen (2007) angewachsen.
22 Trotz guter konjunktureller Entwicklung waren rund 5,575 Millionen Menschen, inklusiver
23 verdeckter Arbeitslosigkeit und „stiller Reserve“, ohne Erwerbsarbeit.

24

25 Ebenso ist unter qualitativen Gesichtspunkten fraglich, wohin die ehemaligen Arbeitslosen
26 gingen. Es zeigt sich, dass nur ein Bruchteil die Arbeitslosigkeit in Richtung ersten
27 Arbeitsmarkt beendete. Die Zahlen der Abgangsquoten in den zweiten Arbeitsmarkt steigen
28 seit 2003 stetig und auch die Abgänge, bspw. in den Vorruhestand, steigen an.

29

30 Die Hartz-Reformen haben auch nicht, wie oft behauptet, zum Beschäftigungsaufschwung in

1 Deutschland beigetragen. Vielmehr hat ein besonders kräftiger weltweiter konjunktureller
2 Aufschwung zwischen 2005 und 2008 zu mehr Beschäftigung geführt. Reallohnverluste,
3 atypische Beschäftigung und sinkende Transferleistungen haben sich eher blockierend auf
4 einen stärkeren und nachhaltigen Aufschwung des Arbeitsmarktes ausgewirkt. Im
5 internationalen Vergleich zeigt sich auch, dass die Flexibilität des Arbeitsmarktes keine
6 positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung hat.

7

8 **Leiharbeit und Niedriglöhne**

9 Neben dem Umgang mit erwerbslosen Menschen hat die rot-grüne Reformpolitik zu
10 erheblichen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt geführt. Während die Anzahl der
11 „NormalarbeitnehmerInnen“ von 1998 bis 2008 um eine Million gesunken ist, gab es im
12 gleichen Zeitraum einen Anstieg von 1,5 Millionen atypischen Arbeitsverhältnissen. Diese
13 Entwicklung ist primär das Ergebnis politischer Steuerung – etwa durch die Ausweitung der
14 Leiharbeit oder die Schaffung eines Niedriglohnsektors. Sie hat zu erheblichen
15 Einkommensunterschieden und einem massiven Anstieg prekär Beschäftigter geführt:
16 Atypisch Beschäftigte verdienen im durchschnittlich ein Drittel weniger als regulär
17 Beschäftigte.

18

19 Die massive Lockerung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch die rot-grüne Koalition
20 hat den Bereich der Leiharbeit explodieren lassen. Seit 2004 hat sich die Zahl der
21 LeiharbeiterInnen mehr als verdoppelt – die Befürchtung, dass Unternehmen das an sich
22 richtige Instrument (um Produktionsengpässe in Boomphasen abzufedern) missbrauchen, um
23 Personalkosten einzusparen und reguläre Stellen abzubauen, hat sich bestä- tigt. Durch
24 Tarifverträge im Zeitarbeitsbereich wurde (trotz des formalen Festhaltens am Equal-pay-
25 Prinzip) ermöglicht, dass LeiharbeiterInnen weniger verdienen als Stammebelegschaften. Nicht
26 zuletzt infolge der Wirtschaftskrise wurde die prekäre Situation von LeiharbeiterInnen
27 deutlich, die als erste entlassen wurden. In den nächsten Monaten besteht nunmehr die
28 Gefahr, dass die konjunkturelle Erholung nach der Krise vor allem durch LeiharbeiterInnen
29 abgedeckt wird – und damit neue reguläre Beschäftigungsverhältnisse gar nicht erst entstehen.

30

31 Mit der Hartz-Gesetzgebung und insbesondere der Einführung von Mini- und Midijobs

1 wurde zugleich bewusst ein Niedriglohnsektor geschaffen. Dieser Sektor, den Gerhard
2 Schröder als „einen der besten in Europa“ lobte, hat dazu geführt, dass mittlerweile 6,5
3 Millionen Menschen im Niedriglohnbereich arbeiten – das ist mehr als jedeR fünfte abhängig
4 Beschäftigte. Betroffen sind davon insbesondere Frauen, junge Beschäftigte sowie Menschen
5 mit Migrationshintergrund. Der Stundenlohn im Niedriglohnbereich hat sich seit den 90er
6 Jahren real sogar verringert und lag im Jahr 2007 bei 6,88 Euro (West) bzw. 5,60 Euro (Ost).
7 Etwa 3,3 Millionen Menschen (oder 10% aller Beschäftigten) arbeiten in Deutschland
8 mittlerweile zu einem Stundenlohn von unter 6 Euro.

9 Aber auch im Bereich der selbstständigen Beschäftigung haben die Reformen für fatale
10 Entwicklungen gesorgt. Mit Konstruktionen wie der "Ich AG" wurde das selbstständige
11 Arbeiten als NiedrigentlohnteR staatlich direkt gefördert. Das Leitmotiv der Reformen, durch
12 stärkeren Druck auf Arbeitssuchende und weniger Sicherheiten für Arbeitende, mehr
13 Menschen in Beschäftigung zu bringen, führte auch unter den Selbstständigen zu einer großen
14 Angst vor dem sozialen und gesellschaftlichen Abstieg und damit zu einer erhöhten
15 Bereitschaft zur Selbstausbeutung. Unter den Selbstständigen – aber auch im wachsenden
16 Bereich der Scheinselbstständigkeit – sind prekäre Einkommen vielfach die Realität.

17

18 **Sozialdemokratischer Neubeginn: Für eine menschenwürdige, solidarische** 19 **Arbeitsmarktpolitik**

20 Aus dem Dornröschenschlaf erwacht, fordert die SPD im Vorfeld der Wahlen in Nordrhein-
21 Westfalen erstmals umfangreiche, konkrete inhaltliche Reformen der Arbeitsmarktpolitik.
22 Diese Auseinandersetzung mit den Entscheidungen der Regierungsjahre begrüßen wir
23 ausdrücklich. Auch wenn die SPD damit von ihrem alten Kurs abrückt, bleibt sichtbar, dass es
24 keinen vollständigen Abschied vom „alten“ Denken geben wird.

25

26 Die Arbeitsmarktreformen waren ein wichtiger – und nach Jahren der arbeitsmarktpolitischen
27 Stagnation unter der Regierung Kohl – längst überfälliger Schritt für eine Reform des
28 Arbeitsmarktes. Viele möglicherweise positive Intensionen sind jedoch gescheitert. Weder die
29 Gewährung der Leistungen aus einer Hand kann als wirklich geglückt bezeichnet werden,
30 noch die stärkere Förderung von ehemaligen SozialhilfeempfängerInnen verläuft erfolgreich-

31

1 Weiterhin ist seit 2005 die Arbeitslosigkeit zwar deutlich gesunken, jedoch ist dies weniger auf
2 die Reformen, als auf die bessere konjunkturelle Situation zurückzuführen. Gleichzeitig ist der
3 Anteil der Normalarbeitsverhältnisse deutlich gesunken, neue Arbeitsverträge wurden v.a. im
4 prekären Bereich abgeschlossen. Auch dazu haben die Arbeitsmarktreformen beigetragen. Ein
5 Erfolg ist das nicht. Weiterhin wurde der Druck auf die Löhne, nicht nur durch die globalen
6 Märkte sondern auch durch die Zwangsmechanismen in der Grundsicherung, forciert.

7

8 Wir wollen den sozialdemokratischen Neubeginn – Jetzt! Die neoliberale und
9 sozialdarwinistische Hetze gegen angeblich „arbeitsunwillige“ oder ökonomisch nicht
10 „nützliche“ ALG II- BezieherInnen ist reiner Zynismus gegenüber all jenen Menschen, die
11 unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten sind. Richtig ist stattdessen: Arbeitlose Menschen
12 wollen erneut eine Beschäftigung finden. Dies zeigen mittlerweile auch Untersuchungen, die
13 deutlich machen, dass sich erwerbslose Menschen meist auch jenseits der Angebote von
14 Arbeitsagenturen um eine Beschäftigung bemühen, um ihre materielle Situation zu verbessern
15 und eine würdevolle Perspektive zu haben. Sie wollen nicht auf Grundsicherung angewiesen
16 sein, sondern durch eine Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

17

18 Für uns Jusos liegt die Ursache von Arbeitslosigkeit nicht in individuellem Verschulden,
19 sondern in zu wenigen Arbeitsplätzen und der falschen Verteilung von Arbeit – und ist damit
20 Ergebnis einer mangelhaften Qualifizierungs-, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik. Wenn
21 die SPD glaubhaft als eine Partei wahrgenommen werden will, die bessere Bildung und gute
22 Arbeit und die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufstieg aller umsetzen kann, muss sie sich
23 von den Hartz- Dogmen lösen und solidarische Alternativen aufzeigen.

24

25 Unser Ziel ist, dass die SPD langfristig wieder gesellschaftliche Deutungshoheit und
26 parlamentarische Mehrheiten erlangen kann. Dazu muss sie zunächst aus ihrer
27 Oppositionsrolle heraus eine ehrliche Analyse der arbeitsmarktpolitischen Reformen
28 veranlassen und sich zugleich zu den Fehlentwicklungen bekennen. Wir begrüßen die
29 entsprechende Ankündigung des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel und der Parteispitze,
30 diese Diskussion gemeinsam mit allen Gliederungen führen zu wollen und werden uns darin
31 auch intensiv einbringen. Wir Jusos fordern zugleich, dass dazu die bestehenden

1 wissenschaftlichen Gutachten und Evaluationen von Hartz I-IV in eine schonungslose
2 Analyse einbezogen werden. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften und Sozialverbände in
3 diesen Prozess eingebunden werden. Mit ihnen gemeinsam muss auch mittelfristig ein
4 Konzept für eine solidarische Arbeitsmarktpolitik entwickelt werden, mit dem die SPD
5 Menschen begeistern und gesellschaftliche Solidarität verwirklichen kann.

6

7 Wir fordern eine ehrliche Auseinandersetzung der SPD mit den Arbeitsmarktreformen.
8 Grundlage ist notwendigerweise eine ehrliche Analyse der Stärken, aber insb. der Schwächen
9 der Reformen. Wir wollen uns nicht länger Fehlentscheidungen schön reden, sondern endlich
10 die Basis für eine ernstgemeinte Reform der Arbeitsmarktpolitik schaffen. Grundlegendes
11 Verständnis muss sein, dass Arbeitslosigkeit strukturelle und nicht nur individuelle Ursachen
12 hat. Auf dieser Basis müssen arbeitsmarktpolitische Entscheidungen getroffen werden.

13

14 Leitbilder einer sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik sind für uns Jusos Menschenwürde,
15 Gleichheit und Solidarität. Eine Arbeitsmarktpolitik, die sich an diesen Leitbildern orientiert,
16 muss ein Leben in Würde und die Teilhabe aller Menschen gewährleisten. Dazu ist eine
17 kurzfristige Korrektur der bestehenden Sozialgesetzgebung genauso notwendig wie ein neuer
18 sozialdemokratischer Gesellschaftsentwurf.

19

20

21 **Kurzfristige Forderungen an sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik**

22 Als Oppositionspartei muss sich die SPD zu den offenkundigen Fehlentwicklungen
23 positionieren und in die aktuelle Debatte um die anstehende Novellierung der Hartz IV-
24 Regelungen eingreifen. Dazu sind insbesondere folgende Aspekte entscheidend:

25

26 Höhere Regelsätze für ein menschenwürdiges Leben

27

28 Die SPD muss sich für eine deutliche Anhebung der Regelsätze einsetzen, die eine
29 menschenwürdige Existenzsicherung ermöglichen. Die Regelsätze müssen verhindern, dass
30 Menschen auf Dauer „abgehängt“ und in strukturelle Armut gedrängt werden, aus der sie sich

1 nicht mehr befreien können. Insbesondere bei der Berechnung eines eigenständigen
2 Regelsatzes für Kinder müssen Mittel für Bildung und soziale Teilhabe eingeplant werden. In
3 diesem Zusammenhang halten wir Jusos auch an unserer Forderung nach einer Erhöhung und
4 vereinfachter Zuweisung des Kinderzuschlags fest.

5

6 Größere Anschaffungen wie eine Waschmaschine, aber auch notwendige Leistungen etwa
7 aufgrund von chronischer Krankheit oder Behinderung müssen durch die Wiedereinführung
8 von Einmalleistungen ermöglicht werden, soweit die Einbeziehung solcher Leistungen in den
9 Regelsatz nicht praktikabel gelöst

10 werden kann.

11

12 Um die Menschenwürde und gesellschaftliche Teilnahme über haushaltstechnische
13 Erwägungen zu stellen, fordern wir die Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die
14 Empfehlungen zu den Regelsätzen erarbeitet.

15

16 Ausweitung des ALG I-Bezuges

17

18 Um die berechtigten Absteigsängste von Beschäftigten abzubauen, muss der Grundsatz der
19 Lebensstandardsicherung bei Arbeitslosigkeit wieder stärker berücksichtigt werden. Die
20 Bezugszeiten des ALG I müssen deshalb deutlich verlängert werden. Darüber hinaus muss
21 die Anerkennung des Vermögens aus früherer Berufstätigkeit deutlich ausgeweitet werden –
22 denn für den Fall der Arbeitslosigkeit haben ArbeitnehmerInnen in die
23 Sozialversicherungssysteme eingezahlt. Die etwa für die Altersversorgung angesparten
24 Vermögen dürfen nicht beschnitten werden. Die Ausweitung des ALG I darf nicht zulasten
25 der jüngeren ALG I - Bezieher gehen.

26

27 Abschaffung der Sanktionen im ALG II

28

29 Arbeitslosigkeit lässt sich nur wirksam bekämpfen, wenn ihre Ursachen untersucht und

1 behoben werden. Ursache für Arbeitslosigkeit sind nicht die erwerbslosen Menschen selbst,
2 die ganz im Gegenteil in der Regel wieder eine Beschäftigungsmöglichkeit finden wollen. Vor
3 diesem Hintergrund sind Sanktionen und Restriktionen reine Mechanismen der Schikane; sie
4 lösen kein arbeitsmarktpolitischen Problem, sondern verschärfen die Abstiegsängste von
5 Menschen und die gesellschaftliche Spaltung zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen.
6 Die im SGB II enthaltenen Sanktionen verstoßen gegen unser Verständnis von
7 Menschenwürde und sind mit einem sozialdemokratischen Menschenbild unvereinbar. Wir
8 fordern deshalb die Abschaffung der bestehenden Sanktionsmechanismen nach § 1 SGB II.

9

10 Die Abschaffung der Zumutbarkeitskriterien und Sanktionsregelungen und damit die
11 Aufhebung des Arbeitszwangs sind Basis für eine linke, progressive Arbeitsmarktpolitik. Die
12 Abschaffung der Bedarfsgemeinschaften ist nicht nur aus feministischer Perspektive
13 notwendig, auch die Anrechnung des Einkommens von PartnerInnen und Kindern auf das
14 Einkommen der/s Hilfebedürftige/n lehnen wir ab. Die Abschaffung der „Stallpflicht“ für
15 unter 25jährige ist darüber hinaus dringend erforderlich.

16

17 Öffentlichen Beschäftigungssektor ausbauen

18

19 Wir Jusos setzen uns für den weiteren Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors ein. Wir
20 wollen Menschen Existenz sichernde Arbeit ermöglichen und längerfristig
21 Beschäftigungsperspektiven auch auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder herstellen. Dazu dürfen
22 nicht die Kosten für LeistungsempfängerInnen gegen die für öffentliche Beschäftigung
23 gegengerechnet werden. Wir fordern insbesondere die sozialdemokratisch geführten Länder
24 auf, dem erfolgreichen Berliner Beispiel zu folgen und öffentliche Beschäftigung auszuweiten.“

25

26 Arbeitspolitik gestalten

27

28 Über die menschenwürdige Absicherung bei Arbeitslosigkeit hinaus muss sich die SPD
29 intensiv für eine Regulierung von Arbeit einsetzen. Gute Arbeit ist nicht durch
30 Selbstverpflichtungen und Absichtserklärungen eines angeblich sozialen Marktes möglich. Sie

1 kann nur durch klare gesetzliche Regelungen zugunsten von ArbeitnehmerInnen umgesetzt
2 werden.

3

4 Die Intension der stärkeren Mitbestimmung begrüßen wir. Allerdings ist die reale Umsetzung
5 nach wie vor fraglich. Auch hier gilt es, nach Konkretisierungen zu suchen. Selbst in Betrieben
6 mit ausgeprägten Mitbestimmungsstrukturen zeigen sozialwissenschaftliche Studien auf, dass
7 das sog. Co-Management eine stärkere Orientierung der Beschäftigtenvertretung an
8 betrieblichen Belangen als an Beschäftigteninteressen zur Folge haben kann. Eine stärkere
9 Beteiligung der Belegschaften ist in diesen Fällen nur bedingt gewährleistet.

10

11 Leiharbeit re-regulieren!

12

13 Eine stärkere Absicherung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist unabdinglich. Leiharbeit
14 steht hier nur exemplarisch für viele Beschäftigungsverhältnisse, die zu niedrig entlohnt oder
15 unsicher sind, kaum Aufstiegs-, Mitbestimmungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten.
16 Für Leiharbeitsbeschäftigte muss der Grundsatz „equal pay und equal treatment“ gelten.
17 Neben der gleichen Entlohnung, sind betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie die
18 Integration in den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu garantieren. Die
19 Sicherheit des Arbeitsplatzes muss außerdem über den Einsatz in einem Entleihbetrieb hinaus
20 gesichert sein. Die Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes ist dringend notwendig.
21 Eine Millionen Menschen in Deutschland erhalten zusätzlich zu ihrem Lohn aufstockende
22 Leistungen durch die Grundsicherungsträger. Diesen Zustand lehnen wir ab. Die permanente
23 Subvention von Unternehmen durch das Hartz IV-Regime und den Niedriglohnsektor,
24 motiviert Unternehmen geradezu das Niedriglohnsegment massiv auszubauen.

25

26 Gleiche Löhne für gleiche Arbeit!

27

28 Die Notwendigkeit einer gleichen Entlohnung bei gleicher Arbeit gilt nicht nur für
29 LeiharbeiterInnen. Vor allem Frauen verdienen fast ein Viertel weniger als Männer. Die
30 Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind im Jahr 2009 sogar

1 angestiegen. Die Gründe für die ungleiche Einkommensverteilung sind äußerst vielfältig; sie
2 wurzeln aber in den traditionellen Geschlechterrollen, die Frauen die Kinder- und
3 Familienrolle zuschreiben und Männer als „Alleinernährer“ ansehen. Neben der besseren
4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Einrichtung flächendeckender und kostenfreier
5 Angebote zur Kinderbetreuung und einer geschlechtsneutralen Berufsberatung fordern wir
6 insbesondere die Aufnahme eines Verbots der Lohnungleichheit inklusive einer
7 Beweislastumkehr zugunsten der diskriminierten Person im Allgemeinen
8 Gleichbehandlungsgesetz.

9

10 Wo formale Regelungen zur Überwindung des gender pay gap möglich sind, müssen diese
11 umgesetzt werden. Deshalb fordern wir die Gleichbehandlung von Frauen und Männern
12 insbesondere auch bei Tarifverhandlungen und im öffentlichen Dienst durch die Festsetzung
13 geschlechtsunabhängiger und diskriminierungsfreier Bewertungssysteme.

14

15 Die Gleichstellung von Frauen stellt in unserer Gesellschaft nach wie vor ein zentrales
16 Aufgabengebiet dar. Wir Jusos haben bereits eine Vielzahl an Vorschlägen für dieses
17 Politikfeld. Auch die Arbeitszeitverkürzung hat einen zentralen Stellenwert, wenn man die
18 Integration von Frauen am Arbeitsmarkt, außerhalb prekärer Beschäftigung, stärken möchte.

19

20 Mindestlohn

21

22 Ziel der von der neoliberalen Bundesregierung losgetretenen Lohnabstandsdebatte ist, durch
23 die Losung der „Leistungsgerechtigkeit“ NiedrigverdienerInnen gegen Arbeitslose
24 auszuspielen. Unter Rückgriff auf inakzeptabel geringe Löhne von Millionen
25 ArbeitnehmerInnen fordern Westerwelle, von der Leyen und Co. noch niedrigere Hartz IV-
26 Sätze, härtere Sanktionen und Arbeitszwang für arbeitslose Menschen. Diese Debatte
27 entbehrt nicht jeder Grundlage – Beispielrechnungen etwa des Paritätischen
28 Gesamtverbandes machen deutlich, dass selbst GeringverdienerInnen mehr Geld erhalten als
29 ALG II-EmpfängerInnen. Vor allem wird durch diesen menschenverachtenden „race to the
30 bottom“ bewusst verschwiegen, dass die Löhne von prekär Beschäftigten menschenunwürdig
31 sind. Deshalb fordern wir weiterhin die Einführung eines allgemeinen, einheitlichen und

1 gesetzlichen Mindestlohns, um das Lohndumping nach unten zu stoppen. Gemeinsam mit
2 den Gewerkschaften fordern wir deshalb einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro, der nach
3 seiner Einführung regelmäßig angepasst werden muss.

4

5 Verbindliche Regeln für Praktika

6

7 Nach wie vor werden Praktika häufig als kostengünstiger oder unvergüteter Ersatz für reguläre
8 Beschäftigung missbraucht. Praktika vor und während der Ausbildung müssen jedoch
9 Ausbildungszwecken dienen und dürfen keine regulären Arbeitsplätze ersetzen. Wir halten
10 deshalb fest an der Forderung nach einer gesetzlichen Regelung von Praktika, die den
11 Abschluss eines Vertragsverhältnisses (u.a. zu Praktikumsinhalten und -ablauf, zur Dauer der
12 Arbeitszeiten, der Höhe der Verfügung sowie einem Urlaubsanspruch) vorschreibt. Praktika
13 müssen mit monatlich mindestens 300 Euro vergütet werden sowie auf die Dauer von drei
14 Monate begrenzt werden. AbsolventInnen müssen nach ihrer Berufsausbildung bzw. ihrem
15 Studium bei Praktika einen Stundenlohn von mindestens 8,50 Euro erhalten. Auch bei
16 AbsolventInnen müssen Praktika Ausbildungszwecken dienen und dürfen nicht zum
17 Unterlaufen tarifvertraglicher Regelungen oder zu Lasten einer regulären Beschäftigung
18 missbraucht werden.

19

20 Langfristig Arbeitsversicherung einführen!

21 Langfristig wollen wir eine solidarische Arbeits- bzw. Beschäftigtenversicherung einführen,
22 um Brüche in der Erwerbsbiographie abzufedern. Dazu gehört insbesondere die Einbeziehung
23 aller Menschen in die Sozialversicherungssysteme und das verbriefte Recht auf Weiterbildung
24 und Qualifikation.

B11

Bundeskongress Essen

18.-20. Juni 2010

Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten verhindern,
Verhältnismäßigkeitsgrundsatz stärken!

In den vergangenen Jahren haben immer wieder Gerichtsurteile für Aufsehen und öffentliche Diskussionen gesorgt, in denen die Kündigungen von Arbeitsverhältnissen aufgrund von vermeintlichen Vermögensdelikten, die bloß einen unbedeutenden wirtschaftlichen Schaden nach sich zogen, rechtlich gebilligt wurden. Oftmals handelte es sich hierbei um sogenannte Verdachtskündigungen, bei denen die individuelle Tat gar nicht nachgewiesen werden konnte.

Hinter diesen Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten, wie etwa beim Verzehr von Lebensmitteln, die ohnehin für den Abfall bestimmt waren oder auch beim bloßen Verdacht der Mitnahme eines Brotes durch einen Teigmacher, steckt dabei in der Regel nicht der durch den Arbeitgeber geltend gemachte Vertrauensverlust in den Arbeitnehmer. Häufig war der jeweilige Arbeitnehmer seinem Arbeitgeber aus anderen Gründen, wie zum Beispiel seiner Betriebsratsaktivität, ein Dorn im Auge und er suchte bloß einen Grund, um sich von dem ihm unbequemen Mitarbeiter zu trennen. Dieser Praxis ist Einhalt zu gebieten! Die Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten muss wesentlich erschwert werden.

Der Ausgangspunkt: Das Bienenstichurteil des Bundesarbeitsgerichts und die daraus folgende Rechtsprechung

Im Jahre 1984 hatte das Bundesarbeitsgericht über die Entnahme und den Verzehr eines Stückes Bienenstich aus einer Verkaufstheke durch eine Angestellte zu entscheiden. Dabei stellte es fest, dass auch die Unterschlagung geringwertiger Eigentumswerte des Arbeitgebers durch den Arbeitnehmer grundsätzlich eine ordentliche Kündigung und sogar eine fristlose Kündigung rechtfertigen könne. Eventuelle Besonderheiten des Einzelfalles, wie etwa eine lange Betriebszugehörigkeit des Arbeitnehmers oder sein hohes Lebensalter und die damit verbundenen schlechten Perspektiven einen neuen Arbeitsplatz zu erhalten müssten dann in einem zweiten Schritt erfolgen. Hierzu müsse eine umfassende Güter- und

Interessenabwägung zwischen den schützenswerten Interessen des Arbeitnehmers und denen des Arbeitgebers erfolgen. Diese nahm das Bundesarbeitsgericht aber nicht selbst vor, sondern verwies an die Vorinstanz zurück.

In der Folge sind dann die Gerichte der niederen Instanzen diesen Vorgaben gefolgt. Allerdings gab es große Unterschiede zwischen den einzelnen Gerichten, hinsichtlich der Gewichtung einzelner Belange, im Rahmen der Interessenabwägung.

Dies änderte sich erst, als im Jahr 2000 erneut ein solcher Fall zum Bundesarbeitsgericht gelangte, welches erstmalig selbst eine Interessenabwägung vornahm. In diesem Fall ging es um einen ICE-Steward, bei welchem bei einer Taschenkontrolle 3 Kaffeebecher, 2 Schinkenpackungen und 1 Liter Pflanzenöl im Gesamtwert von 19,97 DM gefunden wurde.

Demnach habe der Arbeitnehmer durch sein Verhalten in erheblicher Weise das Vertrauen des Arbeitgebers gebrochen und seine Obhutspflicht für dessen Eigentum verletzt. Dies sei unabhängig vom Wert der Sachen so und führe zu einem irreparablen Vertrauensverlust. Deswegen wurde sogar die außerordentliche Kündigung bestätigt. Im Fall kam erschwerend hinzu, dass der Steward tarifvertraglich eigentlich unkündbar war.

Das Bundesarbeitsgericht stellte im Ergebnis also fest, dass auch in Fällen, in welchen die sogenannten Sozialdaten, also Betriebszugehörigkeit, Lebensalter usw. des Arbeitnehmers eigentlich für diesen sprachen, gleichwohl die fristlose Kündigung möglich ist und die Interessen des Arbeitgebers überwiegen.

Nach dieser höchstrichterlichen Entscheidung gab es auch in den niederen Instanzen kaum noch Urteile, in welchen eine Kündigung in gleichgelagerten Fällen für unwirksam erachtet wurde. Häufig reichte bereits der Verdacht einer solchen Tat für die Kündigung aus.

Das Problem: Kündigung eigentlich nur als ultima ratio

Eigentlich gilt aber im Arbeitsrecht, dass die verhaltensbedingte Kündigung stets nur als ultima ratio, also letztes Mittel erfolgen soll oder darf. Normalerweise erfordert dies eine vorherige Abmahnung des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber, welche eine Hinweiskfunktion erfüllt, dass das Verhalten unerwünscht sei und eine Ermahnungs- und Warnfunktion, dass bei Wiederholung des Verhaltens eine Kündigung erfolgen wird. In den

vorliegenden Fällen vertraten die Gerichte aber in Anlehnung an das Bundesarbeitsgericht, dass ausnahmsweise keine Abmahnung erforderlich sei. Begründet wurde dies vor Allem mit dem Hinweis, dass die Verletzung des Vertrauens des Arbeitgebers in den Arbeitnehmer bei Eigentumsdelikten derart stark sei, dass dem Arbeitnehmer keine zweite Chance einzuräumen ist. Außerdem handele es sich bei den Delikten um so offensichtlich rechtswidriges Verhalten, dass eine Ermahnung und ein Hinweis an den Arbeitnehmer nicht nötig ist.

Beide Begründungen vermögen allerdings nicht zu überzeugen! Häufig handelte es sich ja gerade um Fälle in denen die Eigentumsverletzung nicht evident war. Von einem offensichtlich strafrechtlich relevanten Verhalten kann zumindest in Fällen wie etwa bei dem Verzehr von für den Abfall bestimmten Waren oder Resten eines Kuchenbuffets nicht ausgegangen werden.

Doch selbst in den Fällen, in welchen die Rechtswidrigkeit seines Verhaltens für den Arbeitnehmer zu erkennen gewesen wäre, kann eine Abmahnung nicht entbehrlich sein. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Mitnahme von etwas Käse, einer Tasse Kaffee oder ein paar Maultaschen so schwerwiegend sein soll, dass eine zweite Chance für den Arbeitnehmer dem Arbeitgeber nicht zugemutet werden kann. Gerade in diesen Fällen kann sich doch gerade die Ermahnungsfunktion und Hinweisfunktion der Abmahnung voll entfalten und ihren Sinn erfüllen. Dies gilt vor allem auch dann, wenn der Arbeitnehmer bereits seit einer langen Zeit im Betrieb des Arbeitgebers angestellt war, ohne dass es zuvor zu einem solchen Verhalten gekommen ist.

Die Lösung: Änderung der gesetzlichen Normen

Deswegen muss der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Arbeitsrecht wieder gestärkt werden, um solchen Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten vorzubeugen und der Kündigungsschutz zu erhöhen.

Die Normen der einschlägigen Gesetze, wie etwa der § 1 KSchG oder § 626 BGB sind dahingehend zu verändern, dass fortan bei erstmaligen Bagatelldelikt des Arbeitnehmers keine Kündigung und schon gar keine fristlose Kündigung mehr möglich ist. Dies kann in etwa durch das zwingende Erfordernis einer Abmahnung erreicht werden. Der dazu in den

Bundestag durch die SPD-Fraktion eingebrachte Gesetzesentwurf (BT-Drucks. 17/648) vom 09.02.2010 geht in die richtige Richtung und ist zu unterstützen. Denkbar ist aber auch die Kriterien, welche im Rahmen der Interessenabwägung zu berücksichtigen sind, klar im Gesetz zu definieren und dabei herauszustellen, welchen Abwägungskriterien ein höheres Gewicht haben sollen und welche ein geringeres. Sofern man dabei die lange Betriebszugehörigkeit und ähnliche Sozialdaten als wichtig einstuft, ist dem Ziel der Verhinderung von Kündigungen aufgrund von Bagatelldelikten gedient.

Unschuldsvermutung ins Arbeitsrecht

Ein besonders schwerwiegendes Problem waren und sind außerdem die Verdachtskündigungen. Der Fall „Emily“ hat deutlich gezeigt, dass die bisher im Arbeitsrecht bestehenden Regelungen im Zweifel gegen die Beschäftigten ausgelegt werden. ArbeitgeberInnen nutzen den Vorwurf einer Straftat (Diebstahl, Betrug, etc.) als geschickte Möglichkeit, Angestellten günstig fristlos kündigen zu können.

Die bislang von der Rechtsprechung nicht geregelte, aber akzeptierte Verdachtskündigung muss durch Gesetz ausgeschlossen werden. Auch im Arbeitsrecht hat der Grundsatz der Unschuldsvermutung zu gelten. Es ist nicht zu tolerieren, dass der bloße Verdacht einer Straftat für eine Kündigung ausreichen soll. Der Arbeitgeber muss die volle Beweislast tragen für das Vorhandensein der Kündigungsgründe. Indizien dürfen nicht ausreichend sein.



2 Eine neue Debatte muss aufbrechen

3 Im letzten Jahr hat sich Deutschland selbst gefeiert und produzierte eine Wiederbelebung des
4 deutschen Nationalgefühls, wie es einzigartig in der Nachkriegsgeschichte war. In diesem Jahr
5 wird dieses Gefühl, durch die Fußball-WM und den Eurovision-Song-Contest, in dem die
6 deutsche Teilnehmerin eine sogenannte nationale Mission zu erfüllen hatte, aufrechterhalten.
7 Vorboten sind die rassistischen Hetztiraden gegen Griechenland in Teilen der deutschen
8 Presse und Fußball-Spieler, die mit einem Foul der Nation angeblich großen Schaden
9 zufügen würden. Die Geschichte Deutschlands mit ihren unbeschreiblichen Gräueltaten hat
10 die Nachkriegsgeneration gezeichnet. Im Nationsozialismus stellten sich "Deutsche" in der
11 Wertigkeit über "Nicht-Deutsche" und stellten sich in Konkurrenz um Lebensgüter der
12 "deutschen Rasse". Diese menschenverachtende Ideologie legitimierte die
13 NationalsozialistInnen zum Expansionskrieg, zu den Ostfeldzügen und der Ausbeutung der
14 besetzten Gebiete, der Zwangsarbeit, der nach Naziideologie, nicht ins Weltbild passende
15 Menschen, sowie den massenhaften Morden an ihnen. Folglich wurde der offene
16 Nationalismus in der Nachkriegsgesellschaft abgelehnt und prägte scheinbar eine ganze
17 Nachkriegsgesellschaft.

18

19 In den aktuellen Diskursen wird suggeriert, man könne wieder stolz auf sein Land sein. Es
20 wird dabei weder thematisiert worauf genau man stolz sein sollte, noch der nie abwesende
21 Nationalstolz. Die kritische Analyse war bisher nur ungenügend. Es besteht die Gefahr, dass
22 der Nationalstolz einfach Normalität wird.

23

24 Uns Jusos ist es wichtig, diesen Prozess nicht einfach passieren zu lassen, sondern genau diese
25 kritische Hinterfragung in der Gesellschaft, in unserer Partei und bei uns selbst anzustoßen.
26 Dabei wollen wir eine Diskussion führen, in der nicht Politik den Ton angibt, sondern in der
27 reflektiert und respektvoll argumentiert wird.

28 Die Mahnung der Vergangenheit

1 Die geringe Ausprägung des nationalen Stolzes in Deutschland ist dabei kein historischer
2 Zufall sondern vielmehr eine nachvollziehbare Konsequenz aus der geschichts-
3 wissenschaftlichen und biographischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der nationale
4 Stolz war kein Beiklang der Nazi-Ideologie, er war ein zentraler Bestandteil. Deutsch-sein
5 hatte hier in seinem direkten Umkehrschluss das nicht-deutsch-sein zur Folge. Die
6 NationalsozialistInnen unter Hitler stellten „Deutsche“ in ihrer Wertigkeit über „Nicht-
7 Deutsche“, die nach der Nazi-Ideologie weniger Wert waren und in der Konkurrenz um
8 Lebensgüter mit der „deutschen Rasse“ standen. Diese menschenverachtende Ansichtsweise
9 verwandt das Naziregime zur Legitimation des Expansionskrieges, der Ostfeldzüge und der
10 Ausbeutung der besetzten Ostgebiete, der Zwangsarbeit der nach Nazi-Ideologie nicht
11 arischen Menschen sowie der massenhafte Mord an ihnen. Da die Propaganda und das
12 Überheben des Deutsch-Seins einen treibenden Motor für die Akzeptanz dieser
13 menschenverachtenden Handlungen in der Gesellschaft darstellte, war folgerecht die
14 Abweisung des deutschen Nationalismus in der Nachkriegsgesellschaft zu verstehen.

15 **Nationen sind nur erfunden**

16 Nationen sind imaginierte politische Gemeinschaften. Sie sind keine zeitlosen, natürlichen
17 Einheiten, sondern historisch variable Konstrukte. Um Nationalstaaten bzw. Räume
18 abzutrennen von anderen, werden Grenzen gezogen. Diese Grenzen sind nur menschlich
19 konstruiert, was dadurch am deutlichsten wird, dass sich Grenzen im historischen Zeitverlauf
20 verändert haben oder vielmehr verändert wurden. Dass der eine Raum Deutschland ist und
21 der andere Raum ein Nachbarstaat hat keine natürliche Begründung, es liegt nicht an dem
22 Fakt, dass sich die Landschaft oder die Kultur dort abgrenzen würden. Der einzige Grund ist
23 die subjektive menschliche Handlung, die diese Grenze genau an dieser Stelle gezogen hat.
24 Oftmals wird versucht eine Eingrenzung durch geographische Faktoren zu begründen.
25 Aktuell kann dies im Integrationsprozess der Europäischen Union beobachtet werden, wo
26 versucht wird, das Ende der räumlichen Integration in einer geographischen Begründung zu
27 suchen und somit die Entscheidungsverantwortung von sich zu weisen. Dieser falsche
28 Naturdeterminismus führt dazu, dass subjektive und interessensgeleitete Meinungen unter
29 dem Deckmantel der Objektivität versteckt werden, um sie als die einzig sinnvolle
30 Handlungsmöglichkeit dar zu stellen. Die Gefahr dieser Abgrenzung besteht genau in diesem
31 Geodeterminismus. Grenzen werden als naturgegeben wahrgenommen und konstruieren
32 hierüber vermeintlich homogene Gesellschaften, die sich von anderen abgrenzen.

1

2 Diese vermeintlich objektive Andersartigkeit birgt stets die Gefahr, dass Menschen die eine
3 konstruierte Gemeinschaft über die andere konstruierte Gemeinschaft stellen. Dies war in der
4 Vergangenheit ein Kernpunkt für kriegerische Auseinandersetzungen und für die „Blut-und-
5 Boden-Ideologie“, die ein zentrales Element des sogenannten Dritten Reiches und auch
6 heutiger Neonazis darstellt.

7 **Die Nation, eine Worthülse**

8 Eine interessante Beobachtung ist zu machen, wenn man danach fragt, was Deutsch-Sein
9 bedeutet? Ist es gebunden an eine Sprache, an eine gemeinsame Kultur, an „deutschen“
10 Wesensmerkmalen? Was Deutsch-sein also ausmacht und nicht ausmacht ist nicht festgelegt.
11 Und wenn es festgelegt wäre, so könnte man dies auch schnell widerlegen. Wenn die CDU
12 auf ihrem Parteitag beschließt die Sprache in Deutschland ist deutsch, also eine Verknüpfung
13 von Deutsch-Sein mit dem deutschen Sprachraum herstellt, dann kommen schnell Zweifel an
14 dieser einfachen Deckungsgleichheit. Beispielsweise leben sorbisch-sprechende Menschen
15 auch in Deutschland. Genauso zählt sich die deutsch-sprachige Gemeinde in Belgien zu
16 Belgien. Eine solche einfache Verbindung ist also nicht her zu stellen. Worin kann also dann
17 das Deutsch-Sein begründet werden. Die Antwort hierauf ist relativ simpel. Es gibt keine
18 Eigenschaften. Nationale Identitäten sind leere Worthülsen die keinen wirklichen Inhalt
19 haben. Die Crux ist, dass diese auch undefiniert und leer bleiben müssen, da nur so sich eine
20 gesamte große Gruppe in ihm wiederfinden kann. Wäre er nicht im Grunde inhaltsleer und
21 würde spezifische Eigenschaften definieren, wäre es nicht möglich eine große Gruppe durch
22 diesen repräsentieren zu lassen.

23

24 **Die Nation, ein mächtiges Konstrukt**

25 Obwohl Nationen als künstlich und willkürlich begriffen werden können, sind sie nicht
26 „unwirklich“. Im Gegenteil: Gerade im Zustand staatlicher Apparate sind Nationen äußerst
27 wirkmächtig. Sie sind die Basis der Zuteilung substanzieller Rechte und Pflichten wie
28 Staatsangehörigkeit, Anspruchsberechtigungen und Aufenthaltsstatus. Die Zugehörigkeit zur
29 „Nation“ entscheidet selbst in liberal-demokratischen Staaten wie Deutschland darüber, ob
30 man einreisen darf, sich frei bewegen darf, wählen darf, arbeiten darf oder soziale Leistungen
31 in Anspruch nehmen darf. Daher darf die Analyse des Nationalismus nicht abstrakt bleiben,

1 sondern muss stets die konkreten Umstände von Einschließung und Ausschluss
2 verdeutlichen.

3 **Die Gemeinsamkeit: Die Abgrenzung**

4 Wenn eine Nation in sich so heterogen ist, wenn eine Nation eine sinnleere Worthülse ist,
5 dann zeigt es sich, dass es schwer, wenn nicht unmöglich, ist sich über Gemeinsamkeiten zu
6 definieren. Eine Nation definiert sich folglich nicht über Gemeinsamkeiten, sondern über
7 ihre Abgrenzung zu anderen, die gemeinsame Abgrenzung vom vermeintlich Fremden.
8 Besonders problematisch werden diese Tendenzen, wenn nicht mehr reflektiert wird, dass
9 diese Grenzziehungen nur fiktiv und durch den Menschen konstruiert sind und somit als
10 etwas Feststehendes, Natürliches wirken. Darüber hinaus zeigt sich die Abgrenzung auch in
11 unserem Wirtschaftssystem. Die Erfindung der Nation ist eng mit der Entstehung des
12 Kapitalismus verbunden. Die Nation sichert die Funktionsweise des Kapitalismus durch den
13 bürgerlichen Staat ab und korrigiert die offensichtlichen Klassenunterschiede durch den
14 Appell an die "nationale Schicksalsgemeinschaft". Im Sinne des kapitalistischen
15 Konkurrenzgedankens treten die Nationen auf dem Weltmarkt "gegeneinander" an und
16 entscheiden somit über die Konkurrenzchancen der Einzelnen. Auch der deutsche
17 Nationalismus entstand nicht zuletzt durch ökonomische Abschirmung. Als einer der
18 geläufigsten Formen des Nationalismus ist der Protektionismus, gerade in der aktuellen Krise,
19 von entscheidender Durchschlagskraft. Die Sicherheit der Individuen hängt ganz real vom
20 ökonomischen Schicksal des nationalen Standorts ab.

21 Als Gegenstück zur globalen Bedrohung tritt die klassenübergreifende "nationale Solidarität"
22 als neue gemeinsame Identität ein. In Großbritannien fordern GewerkschafterInnen "British
23 Jobs for British Workers". Auch in Deutschland geriet Jürgen Rüttgers in die Kritik, weil er
24 den rumänischen ArbeiterInnen Faulheit und Unpünktlichkeit vorwarf.

25 Durch solche Aussagen wird versucht, auf Kosten anderer eine national beschränkte
26 Solidarität zu produzieren. Wer aber internationale Solidarität will, darf nicht in nationalen
27 Grenzen denken.

28 **Homogene Gesellschaften – das Konstrukt**

29 Das Denken in nationalen Kategorien induziert zudem eine vermeintliche Homogenisierung
30 einer Gesellschaft. Keine Gesellschaft ist homogen, sodass folgerecht auch nicht von einer
31 deutschen Kultur oder von deutschen Interessen die Rede sein kann.

1 Kulturen sind nicht homogen und auch nicht konstant, sie sind individuell und verändern sich
2 ständig, sie überschneiden sich und nehmen Elemente der anderen auf wodurch sie sich
3 wieder weiter entwickeln. Der Schutz einer Kultur, einer deutschen Kultur, ist folglich
4 nonsense, da durch die Inhaltsleere nicht definiert werden kann, was deutsch in einer
5 deutschen Kultur sein soll (siehe das Fehlen einer festen allgemeingültigen Definition), und
6 weil versucht wird homogene Kulturgemeinschaften zu konstatieren, die wohl nie so
7 bestanden haben und auch nie so bestehen werden. Der Schutz einer deutschen Kultur dient
8 demnach nur dem Schüren von Ängsten einer vermeintlichen Überfremdung und das
9 Abgrenzen und das Höher-Stellen seiner Kulturvorstellung gegenüber einer anderen.
10 Diskriminierungen, Marginalisierungen und gewalttätige Übergriffe sind die Folge. Diese
11 Gefahren bestehen im einen für die abgegrenzte Gesellschaft, außerhalb der eigenen, aber
12 diese Gefahren bestehen auch für die Mitglieder der Gesellschaft selbst. Diese geraten unter
13 der konstruierten Homogenität unter einen Uniformitäts- und Anpassungsdruck.
14 Lebensentwürfe, persönliche Eigenschaften und Vorstellungen die von der dominanten
15 abweichen, werden als anormal bezeichnet und marginalisiert. Ein Leben in einer
16 pluralistischen Gesellschaft, in der die Menschen keinen Anpassungsdruck an „deutsche
17 Eigenschaften“ erleiden müssen, ist an dieser Stelle nicht möglich.

18 **Ablenkung von Problemen**

19 Nationalgefühl birgt auch immer die Gefahr Probleme und Missstände in einer Gesellschaft
20 zu kaschieren und zu rechtfertigen. Angesichts des Deutschlands-Trubels im Rahmen der
21 Welt- und Europameisterschaften bekommt man schnell den Eindruck, dass Nationalgefühl
22 als kollektives Antidepressivum wirkt. In einer Gesellschaft, in der durch die
23 Individualisierung von Lebensrisiken und der damit verbundene Aufkündigung des
24 solidarischen Gesellschaftsprinzips, der soziale Zusammenhalt bedroht ist, braucht es ein
25 alternatives Kriterium der kollektiven Identifikation. So gewinnt Nationalität als ein solches,
26 für jeden und jede leicht zugängliches Identifikationsmerkmal an Bedeutung. Das
27 Wiedererstarren nationaler Identität und der Abbau des Sozialstaates in den vergangenen
28 Jahren sind von daher zwei Seiten ein und derselben Medaille.

29 In keinem anderen OECD Land hat sich die Einkommens- und Vermögensverteilung in den
30 letzten Jahren so gravierend auseinanderentwickelt, wie in Deutschland. Wissenschaftliche
31 Studien sprechen von der Existenz einer Unterschicht, dem Prekariat. Während ein
32 Niedriglohnsektor entsteht, explodieren ManagerInnengehälter. Die Teilnahme an

1 demokratischen Prozessen, zum Beispiel Wahlen, ist drastisch gesunken. Dies alles zeigt uns:
2 Gleichheit – materiell oder politisch – ist in Deutschland auf dem Rückzug. Wettbewerb und
3 Ungleichheit in unserem Land produziert GewinnerInnen und in immer höherem Maß aber
4 VerliererInnen. Nicht umsonst warnen kluge Köpfe wie Gesine Schwan vor gesellschaftlichen
5 Unruhen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erleben wir das Angebot des
6 Nationalgefühls als einen Kittungsversuch einer auseinanderdriftenden Gesellschaft. Das
7 beste Beispiel hierfür ist die Kampagne "Du bist Deutschland" der Initiative neue soziale
8 Marktwirtschaft.

9

10 Es ist von daher unser Auftrag, dem Abbau des Sozialstaates entgegenzutreten und für eine
11 Annäherung an Einkommens- und Vermögensgleichverteilung einzustehen. Der Schlüssel in
12 der Bekämpfung einer nationalen Überhöhung liegt eben in der sozialen Absicherung, der
13 Bereitstellung hinreichender Ausbildungsplätze und der Überwindung der Bildungsmisere.
14 Auch müssen wir aufpassen, an welchen Stellen Keile in das Prinzip der Solidarität getrieben
15 werden. Ist der demographische Wandel nicht viel zu sehr längst zum Peitschwort für einen
16 erfundenen Generationenkonflikt geworden, mit dem weitere Ungleichheiten gerechtfertigt
17 werden? Von all diesen gesellschaftlichen Problemen wird abgelenkt durch die lustvolle
18 Betonung einer neuen, nationalen Identität.

19 **Wir Jusos**

20 Wir Jusos lehnen nationalistische Denkmuster und Praktiken ab. Unser Verband braucht
21 keine nationale Symbolik. Wir stellen der nationalen Denke eine universalistische gegenüber.
22 Wir Jusos streben den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht über die Abgrenzung zu
23 anderen an. Wir akzeptieren die Pluralität einer Gemeinschaft und streiten in dieser für einen
24 sozialen Zusammenhalt, da dies unsere Überzeugung ist.

25 Wir setzen uns dafür ein, den staatlichen Raum durch einen demokratischen und öffentlichen
26 Diskurs zu gestalten. Hierfür befördern wir die politische und materielle Gleichheit aller.

27 Wir leben in Deutschland, aber wir betonen, dass diese Grenzziehung nur eine subjektive
28 vom Menschen konstruierte ist. Deutschland ist eine administrative Einheit in der wir leben.

Wir Jusos sind gemeinsam mit der SPD Teil der Sozialistischen Internationalen. Deshalb
treten wir entschieden für ein solidarisches, transnationales Miteinander ein, in dem JedeR

die Chance zur freien Entfaltung seiner selbst erhält. Wir folgen nicht unreflektiert dem aufkommenden nationalen Stolz. Wir kritisieren ihn, wir mahnen und wir lehnen ihn ab. Und wir machen dies nicht nur uns selbst deutlich, wir tragen dies auch in die SPD und in die Gesellschaft hinein. Wir wollen den demokratischen Diskurs anregen über die sozialen Probleme, die ursächlich sind für die derzeitige soziale Spaltung und dem damit einhergehenden wachsenden Nationalgefühl. Gerade in der globalisierten Welt, in der die Auswirkungen der Politik auch jenseits von Nationalgrenzen wirken, ist die Abschottung fatal. Wir beteiligen uns offensiv und vor allen Dingen kritisch an der aufkommenden Debatte um Assimilationsdruck, Fremdenhass und Marginalisierungen keine Chance zu lassen.



2 In ihrem Koalitionsvertrag schrieben die Koalitionäre aus Union und FDP nieder, dass sie
 3 „die Fortführung der vom Bund geförderten Programme gegen Rechtsextremismus als
 4 „Extremismusbekämpfungsprogramme“ unter Berücksichtigung der Bekämpfung
 5 linksextremistischer und islamistischer Bestrebungen sowie die Erstellung eines Jahresberichts
 6 der Bundesregierung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ beabsichtigen.

7

8 Gleichzeitig wurde das „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ aufgefordert, sich stärker als
 9 bisher allen Formen des „Extremismus“ zu widmen. Auch der Opferfonds der
 10 Bundesregierung beim Bundesgerichtshof soll in Zukunft für alle Opfer von „Extremismus“
 11 vorhanden sein. Für die Bekämpfung des „Linksextremismus“ und des „islamistischen
 12 Extremismus“ will Bundesministerin Schröder zusätzlich zwei Millionen Euro zur Verfügung
 13 stellen.

14

15 Ebenso von Kristina Schröder kam der Vorstoß, Initiativen gegen „Rechtsextremismus“, die
 16 vom Bund gefördert werden, durch eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz überprüfen zu
 17 lassen. Ihre Denkweise ist bezeichnend für viele Konservative.

18

19 Damit nutzen Konservativen – und leider auch der innenpolitische Sprecher der SPD-
 20 Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz – für ihre Argumentationsstrategie die sogenannte
 21 „Extremismustheorie“, die davon ausgeht, dass es eine politisch unbedenkliche „Mitte“ der
 22 Gesellschaft gäbe und abweichend dazu die jeweiligen „Extremismen“ unterschiedlicher
 23 Couleur (Links-, Rechts-, Islamistisch), die es zu bekämpfen gilt.

24 Der schwarzgelbe Politikwechsel im vergangenen Jahr brachte eine Neuausrichtung der
 25 bisherigen so genannten Rechtsextremismusbekämpfung mit sich. Wurden unter Rotgrün
 26 zivilgesellschaftliche Initiativen durch die Zuwendungsprogramme „Civitas“, „Entimon“ und
 27 „Xenos“ sowie in der großen Koalition Gebietskörperschaften durch die
 28 Zuwendungsprogramm „Vielfalt tut gut“ und „Kompetent. Für Demokratie“ gefördert, die

1 Maßnahmen gegen rechte Gewalt und rechte Gesinnungen entwickelten und umsetzten,
2 werden nun zusätzliche Mittel zur Bekämpfung des laut Verfassungsschutzbericht
3 sogenannten „Links“- und „Ausländerextremismus“ bzw. „Islamismus“ in einem allgemeinen
4 Mitteltopf zur Extremismusbekämpfung bereitgestellt. Des Weiteren ist in der Diskussion,
5 Mittel in Höhe von sechs Millionen Euro zur Bekämpfung von Nazistrukturen im Osten nun
6 so umzuschichten, dass auch antifaschistische und islamistische Strukturen bekämpft werden
7 sollen. Dies ist faktisch eine Kürzung der Mittel zur Bekämpfung von Nazistrukturen.
8 Letztendlich befinden sich theoretische Konstrukte wie die herrschaftsfreie Gesellschaft im
9 gleichen Topf wie der völkisch nationalistische Staat. Die nazistische Ideologie wird durch
10 diese Gleichsetzung mit anderen Erscheinungen zum Randproblem einer demokratischen
11 Gesellschaft erklärt, die von Rechten und Linken gleichermaßen bedroht werde. Tatsächlich
12 handelt es sich bei den so genannten Extremismen um sehr unterschiedliche Phänomene, die
13 in unterschiedlichen sozialen und lokalen gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlichen
14 Motiven auftreten und in keinem Zusammenhang zueinanderstehen.

15 Darüber hinaus setzt diese einfache Unterscheidung voraus, dass die ‚gute‘ politische
16 Mitte von der Mehrheit der Gesellschaft repräsentiert wird und sich klar vom ‚bösen‘
17 Extremismus abgrenzt. Die Naziideologie wird zu einem Randproblem der Extremist_innen
18 erklärt, die angeblich in keinem Zusammenhang zur moralisch ‚guten‘ Mitte stehe. Dem ist
19 aber nicht so: Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ und „Blick in
20 die Mitte“ haben nachgewiesen, dass nazistische Einstellungen in allen
21 Gesellschaftsschichten, Altersklassen und Bundesländern gleichermaßen vorkommen.
22 Insbesondere Rassismus, Chauvinismus und Antisemitismus sind dabei besonders verbreitete
23 Einstellungsmuster. Gleichzeitig ist das Paradigma der extremistischen Bedrohung der
24 Gesellschaft Ausdruck eines autoritären Staatsverständnisses, das andere Meinungen, jenseits
25 der durch staatliche Akteur_innen definierten politischen Mitte, nicht zulässt. Die Strategie
26 einer allgemeinen Extremismusbekämpfung beruht also weniger auf wissenschaftlichen
27 Analysen, sondern vielmehr auf einer politischen Ideologie. Diese Ideologie nimmt jeglicher
28 Gesellschaftskritik die Möglichkeit, verbreitet zu werden, indem die entsprechenden
29 Personen kriminalisiert werden. Wir glauben aber, dass eine Demokratie nur funktionieren
30 kann, wenn in ihr ein kritischer Diskurs stattfinden kann. Eine kritische Meinung gegenüber
31 dem parlamentarischen System oder dem bestehenden Wirtschaftssystem ist noch lange nicht
32 demokratiefeindlich. Ein demokratisches System muss sich ständig neu erfinden und
33 definieren können. Es darf nicht im Stillstand verharren und muss sich stets selbst

1 reflektieren. Nur so kann ein System Abbild der Gesellschaft sein. Die Extremismusformel
2 verbannt das demokratische System jedoch in den Stillstand, indem sie diese Selbstreflektion
3 verhindert und in der Konsequenz auch jede Weiterentwicklung unmöglich macht.¹ Der
4 Verfassungsschutz greift in seiner Extremismusformel auf eine Definition zurück, die weder
5 durch das Grundgesetz, ein anderes Gesetz oder durch ein Urteil abgesichert wird, noch
6 allgemein anerkannt. Der Begriff entstammt der Exekutivverwaltung. Hierbei sind die
7 Folgen auf die politische Bildung verheerend. Beispielsweise veranstaltete die Landeszentrale
8 für politische Bildung Sachsen-Anhalt kürzlich mit verschiedenen Stiftungen eine
9 Lehrer_innenfortbildung in Halle an der Saale unter dem Titel: „Diktaturvergleich als
10 Methode der Extremismusforschung – Hingucken: Sowohl nach rechts als auch nach links“.
11 Es ist offensichtlich, dass es hier um den Vergleich zwischen dem DDR- und NS-Regime
12 ging. Auch rechte Gruppierungen stellen solche Vergleiche an, um in Sinne der
13 Wortergreifungsstrategie vom Rechtsradikalismus zu linken Verfehlungen hin abzulenken.
14 Analyse, Kritik und Bewertung von Nationalsozialismus und Stalinismus müssen beide
15 erfolgen, jedoch getrennt voneinander. All dies steht für uns Jusos außer Frage. Die
16 Gleichsetzung vermeintlicher Extremismen führt nicht nur in die Irre, sie führt auch zu
17 absurden Situationen: In Sachsen beispielsweise gab es das erste “Bündnis gegen
18 Extremismus” – mit Beteiligung der NPD. Denn das Motto “gegen Extremismus” konnte die
19 NPD unterstützen, weil sie sich selber als gewaltlos ansieht und es doch aus ihrer Sicht vor
20 allem gegen gewalttätig „Linke“ und „Ausländer“ ging. Eine unklare Positionierung zur
21 Extremismusdebatte unterstützt das Anliegen von Kristina Schröder, nazistisch motivierte
22 Straftaten auf „Hakenkreuzschmierereien“ zu reduzieren und antifaschistisches Engagement
23 zu kriminalisieren – die Hausdurchsuchen bei beteiligten antifaschistischen Organisationen
24 durch die Dresdner Polizei vor der erfolgreichen Blockade in Dresden 2010 bieten einen
25 Vorgeschmack. Im Vorfeld der Demonstration in Dresden hat der sächsische Landtag das
26 Versammlungsrecht eingeschränkt, indem Demonstrationen an Erinnerungsorten der
27 nationalsozialistischen und kommunistischen Herrschaft verboten werden können. Nach
28 Informationen der grünen Bundestagsfraktion sollen alle Initiativen, die bisher öffentliche
29 Zuwendungen für ihre Arbeit gegen Rechtsradikalismus erhielten, sollen nach Meinung der
30 Bundesregierung vom Verfassungsschutz untersucht werden. Damit würden alle
31 antifaschistischen Initiativen unter Generalverdacht gestellt. In der Öffentlichkeit wird den

31

¹ Aus urheberrechtlichen Gründen müssen Punkt vier und fünf aus dem auf dem Bundeskongress angenommenen Änderungsantrags des LV Bayern gestrichen werden.

1 ‚Randalierer_innen vom 1. Mai‘ mehr Aufmerksamkeit geschenkt, als dem Alltagsrassismus
2 durch Institutionen und rassistisch motivierten Übergriffen. In diesem Sinne lehnen wir jede
3 Form der Repression ab. Repression bedeutet Unterdrückung und Hemmung von Personen
4 aufgrund ihres politischen Hintergrundes und ihres Weltbildes. Repression bedeutet für die
5 betroffenen Personen zum Teil schwerwiegende persönliche Folgen. So wird versucht, durch
6 Repression Menschen gezielt und systematisch einzuschüchtern, zu diskreditieren und aus der
7 Gesellschaft auszuschließen. Dies ist sowohl eine psychische als auch physische Belastung für
8 jede und jeden. Wir lehnen dieses Instrument ab, da wir, als DemokratInnen, immer
9 versuchen müssen, Mehrheiten im Diskurs zu finden. Aus diesem Selbstverständnis heraus ist
10 es unmöglich Repression anzuerkennen und zu fördern. Stattdessen muss es eine breite
11 Unterstützung antifaschistischer Initiativen geben, statt ihnen gegenüber den
12 Generalverdacht auszusprechen. Darüber hinaus darf antifaschistisches bürgerschaftliches
13 Engagement nicht kriminalisiert werden. Aktionen des zivilen Ungehorsams müssen von
14 breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen und unterstützt werden. Im gleichen Atemzug ist
15 es die Aufgabe jedes Einzelnen, aber auch jeder Organisation, Initiative oder Institution, dass
16 von ihnen keine Eskalation ausgeht. Die strategische Neuausrichtung der Bundesregierung,
17 nun „Ausländer“- , „Links“- und „Rechtsextremismus“ zu bekämpfen, könnte zudem
18 Akteur_innen antifaschistischer Initiativen entmutigen. Wir Jusos lehnen die
19 Extremismusthese ab. Die Zusammenfassung der verschiedensten Gegner_innen unter den
20 Begriff „Extremismus“ bringt für die Auseinandersetzung mit diesen ungleichen
21 Einstellungen keinen Erkenntnisgewinn, sondern be- und verhindert die Auseinandersetzung
22 vor Ort und lädt zum massiven Missbrauch durch Verharmloser und Relativierer ein. Wir
23 wenden uns gegen jede Form des Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, Sexismus und
24 Chauvinismus, egal von wem sie ausgeht!

25

26 Wir fordern stattdessen:

- 27 • die strukturelle Stärkung und finanzielle Förderung antifaschistischer Initiativen mit
28 ihren zahlreichen, diversen Projekte in der außerschulischen Jugendarbeit und Bildung,
29 Ausstiegshilfen, Beratung, in der Netzwerk- und Infrastrukturentwicklung und in der
30 Opferhilfe!
- 31 • mehr Programme der schulischen Bildung gegen Rassismus, Chauvinismus,
32 Antisemitismus, Sexismus und andere nazistische Einstellungsmuster, auch durch
33 Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsradikalismus. Politische

1 Bildungsarbeit darf nicht von den ordnungspolitischen Vorstellungen des
2 Verfassungsschutzes beeinflusst werden, sondern muss von der Zivilgesellschaft selbst
3 getragen werden!

- 4 • keine Kriminalisierung antifaschistischen Engagements wie in Dresden Anfang 2010.
- 5 Antifaschistischer Widerstand ist keine Straftat, sondern unsere Pflicht!
- 6 • die Unterstützung antifaschistischen Engagements!
- 7 • die nachhaltige Verdrängung von Nazis aus den Parlamenten!

8

9 Künftig wollen wir Ideologien konkret benennen („Rassismus“, „Sexismus“, „Nationalismus“,
10 „Antisemitismus“; „Feminismus“, „Sozialismus“, „Internationalismus“ usw.) und nicht mehr
11 auf ein politisches Achsenmodell mit zwei Extremen reduzieren. Die Begriffe
12 „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“, „Ausländerextremismus“ werden wir daher nach
13 Möglichkeit nicht mehr verwenden. Es ist jedoch für uns kein Hinderungsgrund in
14 antifaschistischen Bündnissen mitzuarbeiten, die in ihrem Namen den Begriff
15 „Rechtsextremismus“ tragen (z.B. „Jena gegen Rechtsextremismus“).

16



Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Für einen nachhaltigen Frieden in Afghanistan!

2 Die Debatte um den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr hat für uns Jusos einen
3 entscheidenden Mangel: es wird stets nur diskutiert, welcher Art der Einsatz ist (Krieg oder
4 nicht), was die Bundeswehr machen darf, wie viele SoldatInnen eingesetzt werden und bis zu
5 welchem Datum der Abzug erfolgen soll. In Afghanistan muss eine Kehrtwende vollzogen
6 werden. Nur mit einer Abkehr von dem bisherigen Primat des Militärischen, hin zu einem
7 zivilen Aufbau, gibt es noch eine Chance für das Land und seine Bevölkerung. In der
8 „Petersberger Übereinkunft“ von 2001 ist festgestellt, dass folgende Ziele mit dem
9 Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan verbunden sind:

10

- 11 - Beendigung des Konfliktes
- 12 - Nationale Aussöhnung der afghanischen Bevölkerung
- 13 - Dauerhafter Frieden
- 14 - Förderung der Achtung der Menschenrechte
- 15 - Nationale Souveränität Afghanistans
- 16 - Territoriale Unversehrtheit
- 17 - Das Recht des afghanischen Volkes seine politische Zukunft im Einklang mit den
18 Grundsätzen des Islam, der Demokratie, des Pluralismus und der sozialen
19 Gerechtigkeit selbst zu bestimmen.

20

21 Von einer politischen Erfüllung dieser Zielsetzung sind alle Beteiligten in Afghanistan weit
22 entfernt. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit Alternativstrategien zu den aktuellen,
23 militärisch geprägten Szenarien dringend geboten.

24

25 **1. aktuelle Situationsbeschreibung**

1 Afghanistan ist heute ein extrem unsicherer Ort. Die Sicherheitslage hat sich seit 2005
2 beständig verschlechtert. Die Zahl der getöteten Zivilpersonen unter der afghanischen
3 Bevölkerung erreichte nach VN-Angaben im Jahr 2009 ihren höchsten Stand. Die
4 Aufbauarbeit und die entwicklungspolitischen Projekte sind fast vollständig zum Erliegen
5 gekommen. Die „internationale Schutztruppe“ unter Führung der NATO hat es bisher nicht
6 geschafft, ein sicheres Umfeld für den Wiederaufbau des Landes zu gewährleisten. Auch die
7 Lage der Frauen und Mädchen, die allgemeine Menschenrechtssituation sowie der
8 wirtschaftliche- und politische Aufbau des Landes bleiben hinter den gesteckten Zielen weit
9 zurück.

10

11 • **unverhältnismäßiges Agieren des Militärs**

12 Gerade die „Unverhältnismäßigkeit“ der Kriegsführung in Afghanistan trägt maßgeblich zur
13 Verschärfung der Sicherheitslage bei. Der sehr oft überzogene Einsatz von Gewalt, vor allem
14 auch in Form von Luftangriffen, führt zu immer größeren Opferzahlen und einer
15 mangelnden Unterscheidung zwischen zivilen und militärischen Zielen. Dies gilt nicht nur
16 für den US-geführten OEF-Einsatz, sondern auch immer stärker für den von der NATO
17 geführten Einsatz der ISAF. Die Grenzen zwischen dem Kampfeinsatz der OEF und der
18 Internationalen Schutztruppe ISAF verschwimmen dabei immer mehr. Sowohl OEF als auch
19 ISAF führen immer häufiger Luft- und Artillerie-Angriffe durch. Dies stellt einen klaren
20 Bruch des humanitären Völkerrechts dar, da gerade bei solchen Fernangriffen nicht klar
21 zwischen „Feinden“ und Zivilisten unterschieden werden kann. Der verstärkte
22 Kampfeinsatzcharakter des ISAF Einsatzes zeigt sich auch darin, dass neue Rekruten des
23 afghanischen Militärs nun von der ISAF direkt im „Feld“ ausgebildet werden sollen. Dies
24 bedeutet, dass die ISAF unter dem Deckmantel der Ausbildung verstärkt mit afghanischen
25 Sicherheitskräften in Kampfeinsätze verwickelt sein wird.

26

27 • **steigende Zahl ziviler Opfer**

28 Die stetige Eskalation der Gewalt in Afghanistan zeigt sich auch darin, dass die Zahl ziviler
29 Opfer im Zeitraum zwischen Januar und Juni 2009 erstmals 1000 Tote überschritten hat.
30 Dies bedeutet einen Zuwachs um 24 Prozent im gleichen Zeitraum zu 2008 und um 48
31 Prozent zu 2007.

32 Auch führen die verstärkten Angriffe in Pakistan - vor allem von US Einheiten - dort
33 ebenfalls zu sehr hohen Opferzahlen. Diese tragen dazu bei, dass sich der Krieg auf die ganze

1 Region ausweitet. Dies hat bereits dazu geführt, dass sich Aufständische, die bisher auf
2 afghanischer und pakistanischer Seite unabhängig von einander agierten,
3 zusammengeschlossen haben und nun gemeinsame Operationen durchführen. Diese
4 gemeinsame Bewegung von Aufständischen hat großen Rückhalt in der örtlichen
5 Zivilbevölkerung, der mit jedem weiteren zivilen Opfer weiter steigt. Aus diesen Gründen
6 zieht auch der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
7 VENRO den Schluss: „Die stetige Eskalation und die regionale Ausbreitung der Kämpfe
8 sowie der schwindende Rückhalt des NATO-Einsatzes in der Zivilbevölkerung sprechen
9 dafür, dass der Afghanistan-Krieg militärisch nicht zu gewinnen ist. Auch innerhalb des
10 Bündnisses mehren sich deshalb Stimmen für einen baldigen Truppenabzug.“

11

12 • **Zweitrangigkeit des zivilen Aufbaus**

13 Der Grund für das Scheitern, der internationalen Gemeinschaft ist liegt vor allem darin zu
14 suchen, dass humanitäre und entwicklungspolitische Ziele in Afghanistan konsequent
15 militärischen Zielen untergeordnet wurden. Ziviler Aufbau findet, wenn überhaupt nur
16 nebenbei statt. Für das Militär sind die Ausgaben der Bundesrepublik Deutschland
17 beispielsweise dreimal so hoch, wie für den zivilen Aufbau. Der größte Teil der Mittel für
18 Afghanistan fließt zudem in die Provinzen, die von militärischem und strategischem Interesse
19 für die NATO Staaten sind. Das Militär sichert nicht, wie vorgesehen, den zivilen Aufbau ab,
20 sondern die zivilen Organisationen sind militärischen Zielen untergeordnet und müssen
21 teilweise als Legitimation für das Militär herhalten. Die militärische Strategie und nicht der
22 zivile Aufbau sind das Primat der Politik in Afghanistan.

23

24 • **zivil-militärische Zusammenarbeit**

25 Die so genannte „zivil-militärische Zusammenarbeit“ zwischen Militär und
26 Entwicklungshilfeorganisationen ist keine Zusammenarbeit zwischen gleichen Partnern,
27 sondern eine Farce. Gerade die Entwicklungsorganisationen selbst lehnen diese Zivil-
28 Militärische „Zusammenarbeit“ ab. Sie sehen sich durch die Präsenz des Militärs zum in ihrer
29 Arbeit gehindert oder gar gefährdet. Auch wollen sie nicht als Feigenblatt der westlichen
30 Kräfte in Afghanistan dienen, um die militärischen Einsätze zu legitimieren. Vor allem die
31 institutionalisierten militärischen Aufbaueinsätze wie die „Provincial Reconstruction Teams“
32 (PRT) werden von den NROs abgelehnt, da diese Militärisches und zivilen Aufbau
33 vermischen und so die Unabhängigkeit der NROs in Frage stellen und damit auch die

1 Sicherheit der Aufbauhelferinnen- und -helfer gefährden. Auch stehen bei vielen PRT
2 Projekten nicht die Menschen vor Ort im Vordergrund, sondern vielmehr die Sicherheit und
3 Legitimität der eigenen Soldatinnen und Soldaten. So betreibt die Bundeswehr eigene
4 Hilfsprojekte um die „Herzen und Köpfe“ der Menschen zu gewinnen, um so vermeintlich
5 die Akzeptanz der eigenen Truppen zu erhöhen.

6

7 • **Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte**

8 Auch die Ausbildung der Afghanischen Sicherheitskräfte geht nur schleppend voran und
9 trägt teilweise sogar zur Verschärfung der Sicherheitslage bei. Unabhängig von der Zahl der
10 Ausbilderinnen und Ausbilder, die nicht ausreicht, um die angestrebte Zahl an einheimischen
11 Sicherheitskräften auszubilden, gibt es noch weitere große Probleme. Ein Grundproblem ist,
12 dass die meisten Afghaninnen und Afghanen sich nicht aus Überzeugung dazu bewegen
13 lassen, den Dienst in Polizei und Armee anzutreten, sondern vielmehr aus reiner Not und
14 Armut oder auch aus Machtmotiven handeln müssen. Dies wird von den westlichen Staaten
15 gezielt ausgenutzt. So wird der Dienst an der Waffe offen als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
16 angepriesen. Daneben ist die sogenannte Polizeiausbildung in der Regeln nicht mehr als ein
17 Crashkurs zur Rekrutierung von Paramilitärs. In sechs Wochen bildet man keine Polizist(-
18 inn)en aus, die eine zivile Staatsordnung gewährleisten sollen, zumal wenn die Bewerber/-
19 innen oft über kaum Bildung verfügen. Die Länge und Ausrichtung der Ausbildung deutet
20 nicht darauf hin, dass eine wirkliche Polizeifunktion der Ausgebildeten angestrebt wird. Auch
21 ist die Bezahlung der afghanischen Sicherheitskräfte verhältnismäßig schlecht, was dazu
22 führt, dass sich die in Afghanistan allgegenwärtige Korruption besonders stark auf den
23 Sicherheitsapparat auswirkt. Gleichzeitig sinkt durch die korruptionsbedingte Willkür und
24 dem Machtmissbrauch der afghanischen Sicherheitskräfte deren Akzeptanz in der
25 Bevölkerung immer stärker. Dies wird von Aufständischen ebenfalls genutzt, um mehr
26 Rückhalt in der Bevölkerung zu erlangen. Zu dem nutzen viele kriminelle Gruppen und
27 Taliban die finanzielle Notlage des Sicherheitspersonals aus, um diese gegen höhere
28 Bezahlung für sich arbeiten zu lassen. Das bestehende Ausbildungssystem produziert somit
29 letztlich selbst neue gut ausgebildete „Gegner“.

30 Daraus lässt sich folgern, dass wahre Sicherheit und Terrorbekämpfung nicht durch eine
31 quantitative Verstärkung des Sicherheitspersonals, sondern gerade durch eine deutliche
32 qualitative Verbesserung der Polizeiausbildung und vor allem Ursachenbekämpfung erreicht

1 wird. Dies bedeutet in erster Linie Armutsbekämpfung und die Schaffung einer nachhaltigen
2 Perspektive für die Menschen in Afghanistan.

3

4 • fehlende Einhaltung der Menschenrechte

5 Ganz zu schweigen von der gesellschaftlichen Situation, steht die rechtliche Situation von
6 Frauen und Mädchen in Afghanistan immer noch weit hinter den ursprünglichen Zielen
7 zurück. Gerade auch staatliche Behörden handeln bewusst gegen bereits bestehende Gesetze
8 oder üben selbst Menschenrechtsverletzungen insbesondere gegen Frauen und Mädchen aus.
9 Beispielsweise werden Frauen verhaftet und eingesperrt, die vor ihren Männern geflohen sind.
10 Mehr als die Hälfte der inhaftierten Frauen sitzt wegen so genannter „moralischer
11 Verbrechen“ in den afghanischen Gefängnissen. Auch weigerte sich die afghanische
12 Regierung lange Zeit, das Gesetz zum Schutz vor sexueller Gewalt zu unterzeichnen.

13

14 • gescheiteter Staatsaufbau

15 Auch der Staatsaufbau hat in Afghanistan weitgehend versagt. Durch die Einbindung von
16 bekannten Kriegsverbrechern aus den 80er und 90er Jahren in den Sicherheits- und
17 Staatsapparat und die bis in höchste Regierungskreise verbreitete Korruption ist das
18 Vertrauen der Bevölkerung und auch das möglicher ausländischer Investoren in die Regierung
19 sehr schwach. Auch die offensichtliche Wahlfälschung bei der Wiederwahl Karsais, die vom
20 Westen geduldet wurde, trägt nicht zu weiterer Vertrauensbildung bei und zeigt, dass von
21 einer Demokratisierung Afghanistans nicht gesprochen werden kann. Neben der Korruption
22 ist die Drogenökonomie ein großes Problem für die Ausbildung eines funktionierenden
23 Staatswesens. Afghanistan hat etwa 90 Prozent Weltmarktanteil im Opiumhandel, welcher
24 noch vor der Korruption der wichtigste Wirtschaftszweig in Afghanistan darstellt. Durch die
25 Beteiligung hochrangiger Staatsvertreter am Drogenhandel und durch die hohe
26 Gewaltkriminalität, die mit diesem verbunden ist, wird der Aufbau rechtstaatlicher
27 Strukturen und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes weiter eingeschränkt.

28

29 • fehlende Entwicklung

30 Afghanistan leidet immer noch unter großen Entwicklungsdefiziten. Das Land ist eines der
31 ärmsten Länder der Welt und belegt im Human Development Index (HDI) der vereinten
32 Nationen den Platz 181 von 182. Dies liegt, abgesehen von den im Vergleich zu den

1 militärischen Ausgaben geringen Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit auch an der
2 Art und Weise, wie mit den Mitteln für Entwicklungszusammenarbeit verfahren wird.
3 Der zivile Aufbau leidet vor allem darunter, dass sich die Hilfen und Projekten oft nicht an
4 den Bedürfnissen der Menschen und an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Auch
5 fließen die meisten Gelder in die Ballungsräume wie nach Kabul oder in der
6 Weltöffentlichkeit schnell vorzeigbare Leuchtturmprojekte, anstatt in zusammen mit der
7 afghanischen Zivilgesellschaft gestaltete langfristige und nachhaltige Projekte vor Ort. Es gibt
8 keine einheitliche Koordinierung und Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit. Die
9 Geberstaaten gestalten unabhängig von einander eigenständige Programme, die sich teilweise
10 sogar gegenseitig überschneiden und parallele Strukturen schaffen. Der afghanische Staat ist
11 mit der Aufnahme von Mitteln zur Durchführung des Aufbaus überfordert. Somit versickern
12 viele Mittel im afghanischen Staatsapparat. Die meisten Projekte werden über die Köpfe der
13 Bevölkerung hinweg durchgeführt, ohne diese dabei einzubinden.

14

15 • keine politische Konzeption für Afghanistan

16 Von Anfang an gab es weder eine (entwicklungs-) politische Gesamtkonzeption für
17 Afghanistan und die Region, noch sind im Vorfeld des Konflikts alle diplomatischen und
18 zivilen Möglichkeiten ausgeschöpft worden. Die NATO-Partner verfolgten und verfolgen
19 nach wie vor höchst unterschiedliche Ansätze hinsichtlich der Verbindung ziviler und
20 militärischer Mittel, die sich oft konterkarieren. Nachbarländer wie Pakistan und Iran werden
21 kaum miteinbezogen. Die deutschen SoldatInnen selbst sehen oft nicht den Sinn hinter dem
22 Einsatz. Quellen aus der Bundeswehr zufolge erfüllen die Soldatinnen und Soldaten auch
23 nicht mehr ihre Funktion der militärischen Sicherung, sondern sind größtenteils mit ihrer
24 eigenen Absicherung beschäftigt. Gerade in der zuvor relativ friedlichen Region der
25 deutschen Bundeswehr häufen sich mittlerweile die Gefechte mit „Aufständischen“, die sich
26 mehr und mehr strategisch auf den Norden konzentrieren.

27 Terrorismus kann nicht mit Militär bekämpft werden!

28 Militärische Gewalt kann nicht das Mittel zur Lösung eines Problems wie des Internationalen
29 Terrorismus oder eines „schlechten Regimes“ sein. Deutschlands und Europas internationale
30 Verantwortung sollte nicht in der Unterstützung der „Operation Enduring Freedom“ liegen.
31 Eine Weiterführung dieser „Operation“ sehen wir als Ausdruck der Hilflosigkeit und
32 Verantwortungslosigkeit der beteiligten Nationen. Vielmehr gilt es Frieden und friedliche

1 Konfliktlösung international durchzusetzen und rechtlich zu verankern. Dies muss das Ziel
2 deutscher und europäischer Außenpolitik sein.
3 Militär kann das Problem des internationalen Terrorismus weder beseitigen noch abmildern.
4 Im Gegenteil bewirkt das militärische Eingreifen der NATO in andere Länder eine anti-
5 westliche Stimmung, die dem Terrorismus Zulauf verschafft. Imperialistisches Handeln und
6 darin begründete Armut, Ausbeutung und Unterdrückung ist eine der Hauptursachen für
7 Gewalt und Terror. Menschenrechtsverletzungen an vermeintlichen oder tatsächlichen
8 Terroristen, wie in Guantanamo Bay oder anderen Geheimgefängnissen in Drittstaaten,
9 tragen ihr übriges dazu bei, um die westliche Doppelmoral hinsichtlich Menschenrechte und
10 Demokratie aufzuzeigen.

11

12 **2. Forderungen**

13 • **Von der militärischen Strategie abkehren!**

14 Die militärische Strategie ist gescheitert. Eine Abkehr von dieser Strategie ist überfällig. Die
15 Entsendung von Truppen wird nicht dazu verwandt, ein sicheres Umfeld für den
16 Wiederaufbau zu schaffen. Vielmehr werden die Maßnahmen des zivilen Aufbaus als
17 Rechtfertigung für militärisches Vorgehen genutzt. Dabei wird diese Strategie der schnell
18 vorzeigbaren Ergebnisse als Beweis für vermeintlich aufrechte Bemühungen um den Frieden
19 benutzt.

20

21 Daraus folgt, dass wenn der zivile Aufbau und der Friedensprozess in Afghanistan
22 vorankommen soll, die Organisationen, die den zivilen Aufbau vornehmen und nicht das
23 Militär, diejenigen sein müssen, die das Handeln in Afghanistan bestimmen.
24 Entwicklungszusammenarbeit darf nicht mehr für militärstrategische Überlegungen
25 instrumentalisiert werden.

26

27 Wir fordern: Das Militär soll schnellstmöglich aus Afghanistan abgezogen werden. Zivile
28 Mittel für Aufbau und Entwicklung haben für uns klar Vorrang vor militärischen Mitteln.
29 Offensive Kampfeinsätze sind bis zum vollständigen Abzug ausgeschlossen.

30

31 • **Aufbauhilfe an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten!**

32 Der Aufbau kommunaler Strukturen muss zentraler Bestandteil der Wiederaufbauhilfe sein.
33 Eine zentralisierte Entscheidungsstruktur, wie sie bisher praktiziert wird, ist abzulehnen. Der

1 Wiederaufbau wird derzeit nicht zusammen mit der Bevölkerung, sondern für sie gemacht.
2 Dies hat zur Folge, dass die Förderung funktionsfähiger afghanischer Verwaltungsstrukturen
3 ausbleibt.

4 Es mangelt an Vertrauen in die Regierung Karsai und in ihre Fähigkeit, die Armut, die
5 mangelnde Rechtsstaatlichkeit und das Problem ineffizienter staatlicher Strukturen zu
6 bekämpfen.

7 Eine neue und gemeinsame Strategie für den Aufbau Afghanistans muss aus der Perspektive
8 der Jusos den Aufbau funktionierender lokaler, staatlicher und zivilgesellschaftlicher
9 Strukturen beinhalten. Dies muss im Einvernehmen mit und unter der Nutzung von lokalen
10 Akteuren geschehen. Die Bevölkerung muss sehen, dass es eine Entwicklungsperspektive
11 gibt, in die sie eingebunden ist und an der sie mitwirken kann und soll. Dies kann erreicht
12 werden, indem Projekte zusammen mit der afghanischen Bevölkerung geplant, verantwortet
13 und fertig gestellt werden.

14 In dem Prozess einer gemeinsamen Strategie des Westens für Afghanistan sollte dieser sich
15 vor allem an diverse grundlegende Prinzipien halten und die kulturelle Tradition
16 Afghanistans entsprechend berücksichtigen. Der Westen sollte nicht nur militärisch-
17 ökonomische, sondern auch moralische Stärke zeigen. Das Engagement von außen muss dazu
18 dienen, die militärische, polizeiliche, ökonomische vor allem aber die moralische und
19 kulturelle Kraft der Afghaninnen und Afghanen und der afghanischen Institutionen zu
20 stärken. Gleichzeitig gilt: Afghanisches Recht muss auch für die westlichen Militärs,
21 Polizistinnen und Polizisten sowie für Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer
22 gelten.

23 Wir fordern: Partizipative Prozesse sollen gefördert werden. Entwicklungshilfe muss sich an
24 den Bedürfnissen der Bevölkerung ausrichten. Dies geht nur wenn man mit ihr in Dialog tritt
25 und mit ihr zusammen Projekte durchführt und nicht per „Top-Down-Prinzip“ aus
26 westlicher bzw. militärstrategischer Sicht vermeintliche Notwendigkeiten der Bevölkerung
27 aufbürdet. Es muss klar definiert werden, welche humanitären und entwicklungspolitischen
28 Ziele überhaupt in Afghanistan verfolgt werden. Diese müssen in ein umfassendes
29 Entwicklungskonzept für Afghanistan eingebettet werden. Eine kontinuierliche Überprüfung,
30 beispielsweise mit einem halbjährlichen Fortschrittsbericht, kann dabei helfen, die Situation
31 transparenter zu gestalten.

32

33 • **Aufbauhilfe auf das gesamte Land ausdehnen! Armutsbekämpfung Vorrang geben!**

1 Afghanistan ist mehr als nur Kabul. Eine Strategie für Afghanistan kann auch nur dann
2 erfolgreich sein, wenn sie die Landbevölkerung nicht ausschließt. Es zeigt sich, dass die
3 ländlichen Gebiete bei der Verteilung von Entwicklungshilfe relativ benachteiligt werden.
4 Der hier lebende Großteil der afghanischen Bevölkerung wird gegenüber der städtischen
5 Minderheit vernachlässigt. Die Müttersterblichkeit hier ist die höchste der Welt. Die
6 Durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 43 Jahren und die Erwerbslosenquote bei 50 bis
7 70 Prozent. Aus dieser wirtschaftlichen Not heraus, findet auf dem Land der Drogenanbau
8 statt. Hier herrschen die Warlords und die Taliban stoßen auf einen erhöhten Zuspruch, da
9 sie der Bevölkerung Schutz versprechen oder sie mit Gewalt hinter sich zwingen.

10 Der Widerstand in Afghanistan kann nicht mit Gewalt, sondern kann nur an den Ursachen
11 bekämpft werden. Diese sind vor allem das martialische Auftreten westlicher Soldatinnen und
12 Soldaten, die hohen zivilen Opferzahlen, die lange Dauer der militärischen Präsenz, die
13 Strategie der Angst der Taliban und nicht zuletzt die große und bleibende Armut in
14 Afghanistan. Die Herstellung von Sicherheit und die Bekämpfung der Armut müssen daher
15 oberste Priorität haben. Den Menschen muss eine Lebens-Perspektive geboten werden.

16 Wir fordern: Entwicklungszusammenarbeit darf nicht auf einzelne Leuchtturmprojekte in
17 den größeren Städten beschränkt bleiben. Sie muss auf das gesamte Land ausgedehnt werden.
18 Die Armutsbekämpfung auf dem Land mit Ernährungs-, Grundbildungs-, Basisgesundheits-
19 und Beschäftigungsprogrammen muss im Vordergrund einer nachhaltigen Strategie zum
20 Wiederaufbau stehen.

21

22

23 • **Auf Gewalt verzichten! Interessenausgleich schaffen!**

24 Wir fordern: Der Einsatz von Waffen kann nur zur Verteidigung und zur Sicherung
25 staatlicher Institutionen unter absoluter Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols legitim
26 sein. Ansonsten muss auf Gewalt verzichtet werden. Es gilt das Prinzip der Koexistenz und
27 der Kooperation.

28 Die westliche Akzeptanz aller gesellschaftlichen Kräfte Afghanistans, welche auf Gewalt
29 verzichten und die afghanischen Gesetze anerkennen, ist Voraussetzung für diesen Prozess.
30 Die „Gemeinsame Sicherheit“ ist ein wichtiger Faktor der Aufbaustrategie. Sie fordert durch
31 das Instrument des Dialogs auch Sicherheitsbedürfnisse von Gegnern in die eigene
32 Sicherheitsstrategie einzubeziehen.

1 Um eine friedliche Koexistenz der unterschiedlichen Gruppierungen in Afghanistan zu
2 erreichen und somit das Land zu befrieden, muss der Versuch unternommen werden,
3 Verhandlungen mit aufständischen Gruppierungen aufzunehmen. Ohne den Versuch, an die
4 Dialogbereitschaft der Afghanen zu appellieren, die gegen die Besetzung des Landes durch
5 die internationalen ISAF-Truppen ankämpfen, ist das Ziel des zivilen Wiederaufbaus
6 dauerhaft gefährdet. In den Verhandlungen sollte den Aufständischen eine klare
7 wirtschaftliche und politische Alternative aufgezeigt werden, allerdings auch
8 unmissverständlich zum Ausdruck gebracht werden, dass Dialog und Zusammenarbeit an die
9 Akzeptanz und Erfüllung unverhandelbarer Bedingungen geknüpft sind.

10 Ebenso muss mit den Nachbarstaaten eine Sicherheitsstrategie verhandelt und vereinbart
11 werden, welche einerseits Afghanistan, andererseits allen seinen Nachbarn Rechnung trägt.

12 Ein gleichberechtigter innerafghanischer Interessenausgleich bedeutet zudem Machtteilung
13 und Armutsminderung sowie ein faires Steuer- und Abgabensystem.

14 • Amnestie für Kriegsverbrecher aufheben!

15 Wir fordern die Rücknahme der Resolution des Unterhauses von 2007, die zum Ziel hat,
16 allen Afghaninnen und Afghanen, die in den Jahren des Bürgerkrieges Kriegsverbrechen und
17 Menschenrechtsverletzungen begangen haben, Straffreiheit zu gewähren.

18 Der Wortlaut dieser Resolution besagt: „Alle Kriegsgegner von einst sollen einander vergeben
19 und nicht mit rechtlichen Mitteln belangt werden. (...) Keine Gruppe oder politische Partei
20 soll von der Amnestie ausgeschlossen werden.“ Dieser Beschluss verhindert eine angemessene
21 und sorgfältige Auseinandersetzung mit den Verbrechen und dem Prinzip, dass Verbrechen
22 für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden. Dadurch wird die Amnestie zu einem
23 Schlag ins Gesicht für all die Afghaninnen und Afghanen, die jahrelang unter
24 Kriegsverbrechen gelitten haben.

25 Dieser Beschluss bringt dem Land nicht, wie einige des Kriegsverbrechens beschuldigte
26 Abgeordnete des Parlaments meinen, Versöhnung und Frieden. Auch der befürchtete
27 Rückfall in Bürgerkriegszeiten durch die Verfolgung lang zurückliegender Straftaten, wird
28 nicht eintreffen. Im Gegenteil: Für den schwierigen und langfristigen Prozess nationaler
29 Aussöhnung und Friedensschaffung ist es unverzichtbar, Kriegsverbrecher vor Gericht zu
30 stellen. Dies gilt auch für Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie
31 Regierungsmitglieder, die sich in großer Zahl Kriegsverbrechen zu Schulden haben kommen
32 lassen oder ehemalige Angehörige von bewaffneten Gruppen sind.

1 Die Resolution ist darüber hinaus ein Verstoß gegen die afghanische Verfassung und gegen
2 die Genfer Konvention, deren Unterzeichner Afghanistan ist, die allen Staaten auferlegt,
3 Kriegsverbrechen zu ahnden und Kriegsverbrecher strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen
4 und deren Unterzeichner Afghanistan ist.

5 Beispiele anderer Länder bezüglich der Aufarbeitung der Vergangenheit zeigen, dass jeder
6 erfolgreiche Prozess nationaler Aussöhnung voraussetzt, dass die Stimmen der Opfer gehört
7 werden. Ihrer Entscheidung obliegt die Vergebung. Diese kann nicht durch einen
8 Parlamentsbeschluss ersetzt werden.

9 Die Resolution des Unterhauses ist ein wichtiges, aber grundfalsches Signal für viele
10 Afghaninnen und Afghanen. Sie ist nicht nur geeignet, den jungen Versöhnungsprozess von
11 Beginn an scheitern zu lassen. Sie wird auch den – aufgrund der fragilen Sicherheitslage
12 ohnehin erschütterten – den Glauben vieler Afghaninnen und Afghanen an die Demokratie
13 weiter unterhöhlen.

14

15 • **Frauenrechte stärken!**

16 Kriegserlebnisse, Armut, fehlende Sicherheit aufgrund der andauernden Kämpfe, Gewalt in
17 der Familie, massive Menschenrechtsverletzungen und umfassende Rechtlosigkeit prägen das
18 Leben der Frauen in Afghanistan. Die Präsenz der internationalen Schutztruppen hat die
19 Lage der Frauen nicht wesentlich, sondern höchstens punktuell verbessert.

20 Das hat Gründe: „Die Anzahl an zivilgesellschaftlichen Projekten, die sich ausdrücklich für
21 Frauen einsetzen, ist verschwindend gering. Allein bei den deutschen Ausgaben für
22 Afghanistan gehen etwa drei Viertel in den militärischen Einsatz und nur ein Viertel in den
23 zivilen Aufbau; Gelder gezielt für Frauenprojekte nehmen davon wiederum nur einen
24 Bruchteil ein.“

25 Diese Zahlenverhältnisse zeigen, dass die Relevanz der Frauenrechte in der internationalen
26 Gemeinschaft zwar immer wieder betont wird, faktisch jedoch kaum Relevanz hat. Ohne die
27 Stärkung der Frauen wird es jedoch nicht gelingen, den sozialen und wirtschaftlichen Ausbau
28 des Landes voran zu treiben.

29 Wir fordern daher: Beim zivilen Aufbau des Landes sollen die Frauen oberste Priorität
30 erhalten. Frauen sollen in allen wirtschaftlichen und staatlichen Schlüsselpositionen
31 ausgebildet werden, um sie gesellschaftlich unabkömmlich zu machen. In allen Städten sollen
32 Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen eingerichtet werden, die Frauen bei

1 Gewalterfahrungen aufnehmen und juristisch beraten. Politikerinnen sind besonderen
2 Bedrohungen ausgesetzt. Ihnen soll besonderer Schutz zur Verfügung gestellt werden.

3

4 • **Keine Ausrichtung an ökonomischen Interessen dulden! Das Umfeld Afghanistans in den**
5 **Aufbau mit einbeziehen!**

6 Auf der Suche nach einem Ausweg aus dem Dilemma in Afghanistan darf man auch Gründe
7 für den Konflikt, welche sich z.B. aus der Geologie des Landes ergeben, nicht außer Acht
8 lassen. Ebenso ist der kulturelle Unterschied mit Bezug auf verschiedene Glaubensrichtungen
9 in der Region nicht unerheblich. Nicht zuletzt spielen aber auch die Ausbeutung fossiler
10 Brennstoffe in den Nachbarstaaten und die wirtschaftlichen Interessen verschiedenster
11 Staaten und Konzerne, darunter auch Deutschland, eine wichtige Rolle.

12 Afghanistan ist ein Binnenstaat und hat Grenzen mit den ehemaligen Teilrepubliken der
13 Sowjetunion: Turkmenistan, Tadschikistan, Usbekistan sowie China, Iran, Pakistan, der
14 Region Kashmir und damit auch mit Indien. Hinzu kommt ein großer Einfluss durch Saudi-
15 Arabien, das maßgeblich - finanziell und ideologisch - den Kampf der Mudschaheddin gegen
16 die Sowjetunion unterstützt und gefördert hat. Afghanistan ist durch die gemeinsame
17 paschtunische Bevölkerung mit Pakistan und die Unterstützung militanter Islamisten im
18 Kaschmir durch den pakistanischen Geheimdienst ISI in den pakistanisch-indischen Konflikt
19 eingebunden. Die unmittelbaren Nachbarstaaten Russland, China, Pakistan und Indien sind
20 Atomwaffenstaaten oder zumindest Atomwaffen besitzende Staaten.

21 Gesteigertes Interesse an einem „befriedeten“ und kontrollierbaren Afghanistan dürften
22 jedoch die Mächte haben, welche auch ein Interesse an der Ausbeutung der Rohstoffe am
23 Ostufer des Kaspischen Meeres, genau genommen Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan
24 haben, wo große Öl- und Gasvorräte liegen. Allein die Gasreserven von Turkmenistan gelten
25 als die größten der Welt. Der kürzeste Weg für ihren Export führt über Afghanistan und
26 Pakistan zum Arabischen Meer.

27 Problematisch für einen Frieden in Afghanistan ist das rücksichtslose Vorgehen aller Akteure,
28 welche nicht gemeinsam, sondern auch etwa innerhalb der NATO gegeneinander agieren,
29 um so den größtmöglichen Einfluss auf die Region zu erlangen und den damit verbundenen
30 Zugang zu Öl und Gas zu erhalten sowie den geographischen Verlauf der Pipelines zu
31 bestimmen.

32 Solange einzelne Akteure sich um die Vorherrschaft in Afghanistan bemühen, wird es keine
33 gemeinsame Strategie zur Befriedung des Landes geben. Die Aussicht auf Frieden wird

1 vermutlich erst dann steigen, wenn der Zugang zu Rohstoffen für die ausländischen Kräfte in
2 Afghanistan keine Rolle mehr spielt.

3 Wir fordern: Beim Aufbau Afghanistans soll die gesamte Region eingebunden werden. Der
4 Aufbau darf nicht einzelne Gruppen oder Staaten dazu befähigen, sich an den Ressourcen der
5 Region zu bereichern.

6

7 • **Flüchtlingsschutz ausbauen!**

8 Die Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen muss sich an den Standards der Genfer
9 Flüchtlingskonvention (GFK) orientieren. Das heißt, Asyl muss allen Flüchtlingen gewährt
10 werden, die wegen Verfolgung oder begründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund ihrer
11 „Rasse“, Religion, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe
12 oder ihrer politischen Überzeugung nicht in ihrer Heimat Afghanistan bleiben konnten oder
13 können. Die Unterzeichnerstaaten der GFK, darunter Deutschland sowie sämtliche Staaten
14 der Europäischen Union haben sich zu der Aufnahme von Flüchtlingen im Sinne der
15 genannten Kriterien verpflichtet. Deutschland soll hier seiner Verantwortung als eines der
16 reichsten Länder gerecht werden. Die Asylverfahren müssen dabei fair und offen gestaltet und
17 die Dauer verkürzt werden, damit den Flüchtlingen so schnell wie möglich geholfen werden
18 kann. Die Kriterien der GFK dürfen weiterhin nicht durch eine restriktive Auslegung
19 unterlaufen werden, wie dies bereits in einigen Ländern geschieht. Die teilweise bereits
20 begonnene Abschiebung afghanischer Flüchtlinge lehnen wir ab. Auch müssen Flüchtlinge
21 aus Afghanistan, unabhängig vom offiziellen Status des Krieges in Afghanistan voll als
22 Kriegsflüchtlinge anerkannt werden. Dieser Status darf nicht aufgehoben werden, solange in
23 Afghanistan, auch in einzelnen Landesteilen, noch kriegerische Auseinandersetzungen
24 geführt werden. Auch ist die Situation von hunderttausenden afghanischen Flüchtlingen, die
25 sich in Lagern, wie im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet befinden, dramatisch. Es
26 mangelt an den grundlegendsten Dingen, wie Nahrung, sauberem Wasser und medizinischer
27 Versorgung. Zudem sind gerade Frauen in den Lagern vor gewalttätigen und sexuellen
28 Übergriffen kaum geschützt.

29 Wir fordern:

30 Allen Afghaninnen und Afghanen muss auf ihren Wunsch hin in Deutschland Asyl gewährt
31 werden – unabhängig von Bestimmungen wie der Drittstaaten-Regelung. Des Weiteren
32 fordern wir, weitere humanitäre und finanzielle Hilfe für die afghanischen Flüchtlinge sowohl
33 innerhalb Afghanistans, als auch in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten. Dabei muss

1 ein besonderes Augenmerk auf die Situation der weiblichen Flüchtlinge sowie der von
2 Waisenkindern gelegt werden.

3

4 • *Bessere Betreuung der Soldatinnen und Soldaten und ihrer Familien gewährleisten!*

5 Individuelle Folgen für den Einzelnen, der sich entschieden hat, Soldat zu werden, werden im
6 Kreise der Familie zu kollektiven Folgen und bei zunehmender Ausweitung von Einsätzen
7 und der damit einhergehenden Normalisierung des Kriegszustandes zu gesellschaftlichen
8 Folgen. Das beste Beispiel, wohin das bei einem größer werdenden Militärapparat führen
9 kann, findet sich in den USA. Eine Politik, die die Außenpolitik zunehmend militarisiert und
10 Krieg mehr und mehr als legitimes Mittel zur Konfliktlösung anerkennt, lehnen wir ab.
11 Allerdings ist diese Politik noch verwerflicher, wenn sie sich mit den Folgen unzureichend
12 auseinandersetzt und damit eine Militarisierung und Traumata in Teilen der Gesellschaft und
13 letztlich beim Einzelnen unbeantwortet lässt.

14 Was mit Menschen im Krieg passiert, zeigen nicht nur die zivilen Opfer, sondern auch
15 verletzte und psychisch kranke Soldatinnen und Soldaten, die aus dem Konflikt in ihre
16 jeweiligen Länder zurückkehren. Sowohl in Vorbereitung, als auch während des Einsatzes,
17 insbesondere aber im Nachhinein, muss den besonderen gesundheitlichen Risiken, denen sich
18 Soldatinnen und Soldaten im Zuge eines Auslandseinsatzes ausgesetzt sehen, in
19 angemessener Weise Rechnung getragen werden.

20 Wir fordern: Allen Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien müssen eine intensive
21 psychologische Betreuung erhalten. Die Soldatinnen und Soldaten, die im Anschluss an einen
22 Auslandseinsatz nicht mehr arbeitsfähig sind, müssen für die Dauer ihrer Arbeitsunfähigkeit
23 im materiellen Sinne bestmöglich abgesichert sein.

24

25

26



2 Gute Netzpolitik ist notwendig, aber längst nicht ausreichend. Der Begriff der Netzpolitik
3 bezieht sich bisher hauptsächlich auf den Kampf für mehr Datenschutz im Internet und die
4 Förderung freier Inhalte. Was darüber hinausgeht, mag vielleicht in Teilen der Blogosphäre
5 angesprochen werden; ein breiter gesellschaftlicher Dialog findet jedoch nicht statt. Dieser ist
6 aber dringend nötig! Keine Partei hat einen Gesamtentwurf für die digitale Gesellschaft, die
7 teilweise parallel, manchmal jedoch auch ergänzend, existiert. Menschheitsgeschichtlich
8 betrachtet ist die fortlaufende Vernetzung mit der Einführung des Buchdrucks vor einigen
9 Jahrhunderten vergleichbar.

10 Während vor einigen Jahren häufig davon gesprochen wurde, dass Menschen abends am PC
11 in eine „virtuelle Welt abtauchen“, so ist diese virtuelle Welt nun überall präsent. Viele sind
12 mit Smartphones permanent online, „stets verfügbar“. Dabei muss die Online-Identität nicht
13 der eigenen Identität entsprechen. Das Paradox: so stark wie die eine Realität über
14 Jahrtausende reglementiert und sich in ihren Bewegungsmustern sozial manifestiert hat, so
15 unbeschränkt und teils ungeordnet ist die andere. Dies erzeugt bei (teilweise) konservativ
16 Denkenden einen reflexartigen Drang nach Regulation und Überwachung. Doch die
17 Vernetzung ist gerade erst am Anfang. Die Frage ist und bleibt: Ist die Gesellschaft darauf
18 vorbereitet? Mit welchem Gesellschaftsentwurf kann Politik die Digitale Gesellschaft
19 solidarisch machen?

20 Die Veränderungen, die die neuen Kommunikationsformen und das Internet bringen, sind
21 äußerst zahlreich. Sie betreffen beinahe jeden Politikbereich. Schon deshalb ist es nicht
22 möglich, das Thema für sich alleine zu betrachten. Netzpolitik ist die Auseinandersetzung in
23 verschiedenen Themenfeldern mit den Aspekten, die betroffen sind. Netzpolitik bedeutet
24 dabei auch die Auseinandersetzung mit einer grundsätzlichen Veränderung unserer
25 Gesellschaft: Informationen sind heutzutage nicht mehr per se vergänglich. Es bedeutet
26 keinen Aufwand mehr, Informationen langfristig zu erhalten, die zuvor mühevoll in Archiven

1 eingelagert werden mussten. Die Technik für Server und Internetkommunikation ist schon
2 heute billig und die Preise sinken weiter.

3 Konnte man konkrete Ansätze der SPD-Netzpolitik bis 2005 zwar nicht als revolutionär, aber
4 immerhin als progressiv beschreiben, produzierte die Große Koalition viele enttäuschte
5 Gesichter, vor allem in der Webcommunity. Die beiden Schlagwörter Netzsperrern und
6 Online-Durchsuchungen reichen bereits aus, um die (Online-)Popularität der SPD in den
7 vergangenen Jahren aufzuzeigen. Neben der derzeit heiß diskutierten zentralen Speicherung
8 von ArbeitnehmerInnendaten war die Sozialdemokratie auch an der datenschutzrechtlich
9 problematischen Einführung der zentralen Steuernummer, der elektronischen
10 Gesundheitskarte und der Vorratsdatenspeicherung, von der einige sogenannte
11 InnenexpertInnen immer noch nicht abgekommen sind, beteiligt.

12 Mit der Zustimmung zu den von der CDU initiierten Netzsperrern war die SPD außerdem an
13 dem Aufbau eines riesigen Zensurapparates im Internet beteiligt, der nicht nur angesichts der
14 Wirksamkeit seiner eigentlichen Intention zu hinterfragen ist. Es ist unklar, was tatsächlich
15 gesperrt wird und wie die Überwachungsmechanismen funktionieren. Tatsächlich
16 stattfindender Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, was einst Zweck des Gesetzes war,
17 wird dadurch nicht verhindert.

18 Auch im Bereich des Leistungsschutzrechts hat die SPD wesentliche Änderungen
19 mitgetragen, die die Vervielfältigung von Informationen einschränken und Großkonzernen,
20 Anwaltskanzleien und Verwertungsgesellschaften neue Geschäftsfelder durch die Möglichkeit
21 von Massenabmahnungen eröffneten.

22 Vergessen darf man dabei aber nicht, dass es sich bei der Sozialdemokratischen Partei
23 Deutschlands weiterhin um eine Volkspartei handelt, deren Mitglieder, so wie der
24 Gesamtschnitt der Bevölkerung, das Internet vermutlich hauptsächlich zum regelmäßigen
25 Abruf von E-Mails nutzt. Ähnliches gilt bei den Jusos: Zwar sind Jusos aufgrund ihrer
26 Altersstruktur deutlich netzaffiner, einen Entwurf für die solidarische digitale Gesellschaft
27 sind aber auch wir schuldig.

28 Mit der Einrichtung des Gesprächskreises „Netzpolitik und digitale Gesellschaft“ beim
29 Parteivorstand und der entsprechenden Arbeitsgruppe in der Bundestagsfraktion sehen wir
30 sozialdemokratischer Netzpolitik gespannt und hoffnungsvoll entgegen.

1 Wir Jusos drängen darauf, dem Gesprächskreis die Möglichkeit der direkten Antragsstellug
2 zu geben und damit die Beschlusslages des Bundesparteitags zu einem Forum Netzpolitik
3 vollständig umzusetzen.

4 **Jusos wollen die solidarische digitale Gesellschaft**

5 Die Juso-Positionen auf Bundesebene sind bisher sehr übersichtlich. Wir lehnen Netzsperrern
6 ab und sprechen uns gegen eine Zensur des Internets aus. Auch Überwachungsbefugnissen
7 und Abhörmaßnahmen über das Internet („BKA-Gesetz“) stehen wir ablehnend gegenüber,
8 ebenso wie der massenhaften Speicherung von Telekommunikationsdaten im Rahmen der
9 Vorratsdatenspeicherung. In einer sehr umfassenden Beschlusslage zum Datenschutz hat auch
10 der ArbeitnehmerInnendatenschutz bei der Nutzung von Computern am Arbeitsplatz eine
11 Rolle gespielt. Darüber hinaus haben Jusos aber auch sehr grundlegende Dinge zum
12 Datenschutz in der Privatwirtschaft angesprochen, bei der wir beispielsweise auch die zentrale
13 Speicherung personenbezogener Daten, wie es jetzt bei ELENA der Fall ist, ablehnen. Zur
14 Datensparsamkeit wird aufgefordert.

15 Daneben gibt es zahlreiche weitere, auch grundsätzliche Beschlusslagen der Landesverbände,
16 die in der Arbeit des Bundesverbandes bisher eher wenig Berücksichtigung gefunden haben.
17 Dazu gehören die Anträge zur SchülerInnendatenbank und SchülerInnen-ID. Auch dort
18 spielt die zentrale Speicherung personenbezogener Daten eine Rolle, ebenso die staatliche
19 Pflicht zur Datensparsamkeit.

20 **Digitale Gesellschaft braucht Medienkompetenz**

21 Unsere Schulsysteme verfolgen das Ziel, Wissen und Kompetenzen zu vermitteln. Dies ist
22 und wird auch vermutlich weiterhin die Kernaufgabe bleiben. Doch wie wichtig ist es, das
23 Wissen zu vermitteln, das Wissen zu erhalten, sowie dieses qualitativ zu klassifizieren und
24 einzuordnen? Wird überhaupt Medienkompetenz vermittelt? Wir brauchen einen ehrlichen
25 Diskurs darüber, ob die von allen Seiten proklamierte Wissensgesellschaft tatsächlich das
26 Resultat der Entwicklung sein wird – oder ist der nächste Schritt eine
27 Wissenszugangsgesellschaft?

28 Es ist dringend nötig, Kindern und Jugendlichen die Kompetenz zu vermitteln, selbst
29 entscheiden zu können, welche Inhalte gut für sie sind. Wir lehnen es ab, mit Mitteln für
30 klassische Massenmedien Webinhalte zu bewerten. Daraus ergibt sich folgerichtig, dass die

1 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD die Altersklassifizierung von Webinhalten,
2 so gefordert in dem Entwurf zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages
3 (JMStV), ablehnen. Statt dieser Restriktionen muss die Medienpädagogik verbessert werden;
4 Lehrerinnen, Lehrer und Eltern in der Vermittlung von Medienkompetenz besser vorbereitet
5 werden.

6 Die Novellierung des JMStV sieht vor, dass Webinhalte in die Stufen „ab 0 Jahren“, „ab 6
7 Jahren“, „ab 12 Jahren“, „ab 16 Jahren“ und „ab 18 Jahren“ eingeordnet werden. Websites, die
8 erst für Besucherinnen und Besucher ab 16 Jahren freigegeben sind, sollen nur zwischen 22
9 Uhr und 6 Uhr aufrufbar sein. Diese Forderung ist technisch nicht als ernsthaft einzustufen.
10 Diese Forderung gilt für alle Seiten, somit bspw. auch für private Blogs. Anbieter solcher
11 Inhalte sehen sich in der novellierten Fassung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages
12 ernsthaften juristischen Problemen konfrontiert, sobald eine Besucherin oder ein Besucher
13 Inhalte auf die Seite stellt, die nicht mehr der angegebenen Klassifikation entsprechen.

14 Das Verfahren, bestimmte Inhalte nur nachts anzubieten, hat sich bei Fernsehfilmen
15 durchgesetzt. Diese unterscheiden sich eklatant vom Internet, da der Inhalt des Films vor der
16 Ausstrahlung bekannt ist. Das Internet ist jedoch ein Echtzeitmedium. Diese
17 „Sendezeitbeschränkung“ ist unter Betrachtung der weltweiten Vernetzung mit verschiedenen
18 Zeitzonen nicht praktikabel und auf Webcontent nicht anwendbar.

19 Altersklassifikationen ermöglichen ebenso die Errichtung einer Zensurinfrastruktur, die den
20 Zugriff auf entsprechende Seiten regelt. Ein solches System, ebenso die Altersklassifizierung
21 von Webinhalten, lehnen Jusos ab.

22 **Digitale Gesellschaft heißt Teilhabe**

23 Ein Zugang zum Internet wird in der Gesellschaft vorausgesetzt. Ob Jobangebote, die
24 Erledigung der Schulaufgaben oder Schnäppchenjagd: ohne Web ist man der Depp. Aber der
25 Breitbandzugang ist keinesfalls flächendeckend gewährleistet, permanenter Zugang zum
26 Internet an jedem Ort („online everywhere“ bzw. „always online“) für viele Menschen
27 momentan noch Utopie. Der Zugang zu Informationen muss ein Grundrecht ohne Wenn
28 und Aber werden. Aber auch die Gefahren des „always online“ müssen wir uns bewusst
29 machen und verhindern, dass unsere ständige Verbindung mit dem Netz zum Mittel wird,
30 uns zu überwachen.

1
2 Da es sich beim Internet unmittelbar um einen solchen Informationszugang handelt, muss
3 jeder Mensch in Deutschland Zugang zum Internet erhalten. Wir lehnen somit auch Three-
4 Strikes-Modelle ab, wodurch Menschen der Zugang zum Netz verwehrt werden kann.

5 Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD fordern, dass jeder Mensch in
6 Deutschland Zugang zum Internet erhalten muss.

7 Die weltumspannenden Kommunikationsnetze, allen voran das Internet, werden für unseren
8 Alltag immer wichtiger, und immer mehr Dienste – wie Fernsehen und Telefon – nutzen
9 diesen Kommunikationsweg. Gleichzeitig stellen wir fest, dass das Kommunikationsnetz in
10 der Hand weniger großer Unternehmen ist. Diese betreiben das Netz und den Netzausbau
11 selbstverständlich nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Ländliche Gebiete, in
12 denen Breitbandzugang für die Haushalte nur schwerlich die Investitionskosten deckt,
13 geraten zusehends ins Hintertreffen und die „digitale Kluft“ verbreitert sich. Der Staat soll
14 den Netzausbau forcieren und ihn als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begreifen. Wir
15 fordern ebenso, dass ein flächendeckender Breitband-Zugang zum Internet verfügbar ist.
16 Einen ersten Schritt in Richtung Versorgung mit schnellerem Internetzugang hat die
17 Bundesnetzagentur mit ihren Vertragsbedingungen bei jüngst versteigerten Frequenzen getan.
18 Die Unternehmen mussten mit der Ersteigerung dieser Frequenzen zusichern, den
19 Breitband-Ausbau im ländlichen Raum voranzutreiben. Wir Jusos sprechen uns entschieden
20 dafür aus, auch zukünftig über die Bundesnetzagentur dafür Sorge zu tragen, den Ausbau den
21 schnellen Internetzugangs auch im ländlichen Raum zu forcieren und diese digitale Kluft zu
22 überwinden.

23 Denn: Der Zugang zum Internet wird heute als vorausgesetzt angenommen. Auch
24 Arbeitsagenturen fordern Ihre „Kunden“ auf, im Internet nach Stellenangeboten zu suchen.
25 Selbst kostengünstige Angebote von Internet Service Providern überstrapazieren die monetäre
26 Ausgangslage vieler Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II. Das Internet
27 aber ist das Medium für Informationen und Kultur im 21. Jahrhundert und ein wichtiger
28 Bestandteil des Alltags. Somit muss ein freier Zugang für jeden Menschen in einer
29 angemessenen Geschwindigkeit möglich sein.

30 Gleichzeitig wird das Internet jedoch von unterschiedlichen Menschen unterschiedlich

1 genutzt. Insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Behinderung haben
2 Schwierigkeiten, das Internet zu nutzen. Wir wollen, dass allen Menschen ein barrierefreier
3 Zugang ermöglicht wird.

4 Darüber hinaus können durch Netzbetreiber missliebige – etwa weil konkurrierende – Inhalte
5 ausgeblendet oder benachteiligt werden. Der Zugriff auf angebotene Dienste soll aber allen zu
6 gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen. Hierfür ist das gesetzliche Festschreiben der
7 Netzneutralität, also eine Trennung von Infrastruktur und Dienst, nötig. Dem Staat, in Form
8 der Bundesnetzagentur (BNA), muss die Kontrolle über die Infrastruktur obliegen. Dies
9 bedeutet nicht, dass die BNA die genaue Netzkonfiguration steuert, sondern dass sie die
10 Einhaltung des Trennungsgebots jederzeit überprüfen kann und prüft.

11 Netzneutralität bezeichnet die Möglichkeit, dass jede/r auf das gleiche und umfassende
12 Internet zugreifen darf. Dies ist zurzeit in manchen Bereichen nicht der Fall: Viele
13 Mobilfunkanbieter sperren bestimmte Dienste aus. Voice over IP (VoIP) ist nicht oder nur
14 gegen Aufpreis zugänglich. Bei drahtgebundenen Internetzugängen gibt es ähnliche
15 Beschränkungen: Filesharingdienste werden bei größeren Internetservice Providern (ISP) in
16 Zeiten hoher Trafficauslastung künstlich gedrosselt. Dies ist technisch nur durch Deep
17 Package Inspections möglich, d.h. Datenpakete werden nach bestimmten Merkmalen
18 durchsucht; bestimmte Ports oder Paketcharakteristika (bspw. sehr kleine Pakete wie bei
19 VoIP verwendet) geben Aufschluss über den Inhalt, wenn nicht sogar der Inhalt direkt
20 durchsucht wird. Verglichen mit dem klassischen Briefversand kommt dies der Öffnung des
21 Umschlags durch die Post gleich. Nachdem die Post den Umschlag geöffnet hat, entscheidet
22 diese, wie schnell das Paket weitergeleitet wird und wann es somit bei der/dem EmpfängerIn
23 ankommt. Wir Jusos lehnen Deep Package Inspections ab. Eine komplette Gleichbehandlung
24 von Daten ist technisch nicht möglich, da dadurch Dienste wie VoIP oder Video on Demand
25 nicht ausführbar wären. Eine gewisse Dienstgüte (QoS = Quality of Service) ist im Web
26 unerlässlich. Jusos fordern ein Verbot der Paketauswertung mit Ausnahme der IP-Schicht.
27 Für das Zusenden und den Wegeverbund (Routing) der Daten, ebenso mögliche
28 Priorisierung (QoS), sind dort ausreichende Informationen vorhanden, ohne den Inhalt
29 auswerten zu müssen. Verglichen mit der klassischen Post sind das genau die Informationen,
30 die auch auf dem Umschlag zu finden sind: AbsenderIn, EmpfängerIn und Größe des Pakets.

1 **Digitale Gesellschaft verlangt gute Medienpolitik**

2 Dass MedienvertreterInnen aus der klassischen Printbranche über die Entwicklung des
3 Internets nicht gerade erfreut sind, ist bekannt. Aber auch hier sei eine dialektische
4 Betrachtung empfehlenswert: Woher nahmen VerlegerInnen das Recht für Informationen
5 (die zusätzlich mit Werbung verziert waren!) Geld zu nehmen? Niemand käme auf die Idee
6 für die werbefinanzierten Privatfernsehsender oder Spiegel Online auch noch Geld zu
7 bezahlen. Antithese: Gäbe es ohne „paid content“ (dazu zählen also auch die öffentlichen-
8 rechtlichen Fernseh- und Rundfunksender, sowie die klassische Tageszeitung) überhaupt
9 noch „gute“ Informationen?

10 Die weltweite Veröffentlichung im Internet ist heute (fast) gratis zu haben. Niemand muss
11 mehr VerlegerIn werden, um seine/ihre Meinung oder seine/ihre Informationen kundzutun.
12 Dadurch verlieren zum Beispiel VerlegerInnen, die zuvor das gedruckte Wort verbreiteten, an
13 Bedeutung. Sie sind heute gezwungen, gegenüber dem Internet einen echten Mehrwert zu
14 bieten, wenn ihre Branche überleben will. Die klassische Medienbranche verliert im
15 sogenannten Web 2.0 ebenfalls an Bedeutung. Jeder kann heute kostenlos Informationen
16 verbreiten. Es ist ohne Schwierigkeit und Prominenz möglich, seine Meinung zu publizieren,
17 ohne dass es einer journalistischen Anstellung bedarf. Wo Journalismus eine Kanalisierung
18 bedeuten, bedeutet die fehlende Kanalisierung basisdemokratische Meinungsäußerung. Jeder
19 Mensch kann seine Meinung gleichermaßen verbreiten. Meinungen können nicht mehr
20 durch Nicht-Veröffentlichungen unterdrückt werden.

21 Diese Basisdemokratie bedeutet aber auch einen Machtverlust des klassischen Journalismus:
22 Im Internet können die Zeitungen nur schwer durchsetzen, weshalb ihr Werk verdient,
23 bezahlt zu werden, während andere (zumeist BloggerInnen) Informationen kostenlos zur
24 Verfügung stellen.

25 Jusos lehnen das in dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung geforderte
26 Leistungsschutzrecht für Presseverlage ab.

27

28 Die schwarz-gelbe Koalition plant, dass Verlage weitgehende Monopolrechte erhalten, die
29 über das ihnen von den Autoren übertragene Urheberrecht hinausgehen. Das geplante neue
30 Leistungsschutzrecht wäre ein Verbotsrecht, es wäre nicht an eine bestimmte
31 Schöpfungshöhe gebunden und nicht mit den im Urheberrecht vorgesehenen Schranken

1 versehen. Die Folge wäre, dass die Inhaber eines solchen Rechts z.B. Zitate verbieten könnten
2 - für die Pressefreiheit und die demokratische Öffentlichkeit ein nicht hinnehmbarer
3 Zustand. Die Autoren wären in ihrem Recht eingeschränkt, eigene Artikel ein zweites Mal an
4 anderer Stelle zu veröffentlichen.

5
6 Im Falle dass die Verleger durch das neue Leistungsschutzrecht die Möglichkeit haben,
7 Hyperlinks auf Presstexte zu verbieten. Hyperlinks sind das "Bindegewebe" des Internets,
8 ohne sie ist die zentrale Ressource der Informationsgesellschaft nicht mehr nutzbar.

9
10 Die Presseverleger wollen eine eigene Verwertungsgesellschaft der Verlage ("Presse-GEMA")
11 gründen. Diese hat die Aufgabe, Internetnutzer, Suchmaschinenbetreiber u.s.w. zum
12 Abschluss von Lizenzvereinbarungen zu bewegen und von ihnen die fälligen Gebühren
13 einzutreiben. Angesichts von Millionen InternetnutzerInnen und zahllosen genutzten
14 Presseartikeln ist es wahrscheinlich, dass es auf Pauschalabgaben hinauslaufen wird, also eher
15 eine "Presse-GEZ". Zunächst sollen dem Vernehmen nach nur "gewerbliche Nutzer" zahlen,
16 was aber die Frage der Abgrenzung aufwirft. Wie werden Freiberufler behandelt? Wie die
17 Angestellten eines Unternehmens, die in der Pause privat surfen? In jedem Fall sind nicht nur
18 Unternehmen wie Google betroffen, sondern alle Branchen und jede Unternehmensgröße,
19 dazu jede öffentliche Einrichtung und natürlich auch Bildungseinrichtungen.

20
21
22 Von dem neuen Leistungsschutzrecht soll offenbar nur der von Presseverlegern bereitgestellte
23 Online-Journalismus begünstigt werden. Genauso wichtig für die öffentliche
24 Meinungsbildung ist Qualitätsjournalismus, der von öffentlich-rechtlichen Sendern erstellt
25 wurde, von Blogs oder von bürgerschaftlichen Initiativen und Vereinen. Das neue
26 Leistungsschutzrecht würde also auch in den Wettbewerb der Medien untereinander
27 eingreifen und nicht den Urheber selbst schützen und stärken.

28
29 Angesichts der Risiken und Nachteile des vorgeschlagenen Leistungsschutzrechts für
30 Presseverleger sollte der Vorschlag abgelehnt werden. Es ist zunächst zu prüfen, inwieweit
31 Qualitätsjournalismus im Internet der Förderung bedarf, und welche Möglichkeiten der
32 Finanzierung alternativ dazu in Frage kommen könnten.

33

1 Im Gegensatz zu den klassischen Medien ist das Internet, wie bereits bei der
2 Altersklassifizierung erwähnt, ein Echtzeitmedium. Der Informationsvorsprung von
3 JournalistInnen, die am Abend schon verarbeiten, was andere erst am nächsten Tag erfahren,
4 ist dahin. Zugleich bedeutet Echtzeit aber auch, dass das Redaktionieren und Kontrollieren
5 von Inhalten nicht permanent möglich ist.

6 **Digitale Gesellschaft ist auch Innenpolitik**

7 Die neuartige Informationsverbreitung lässt die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger
8 auf neue Art und Weise in den Vordergrund rücken. Die Grundrechte, etwa die
9 informationelle Selbstbestimmung und das Briefgeheimnis, bekommen in den neuen
10 Strukturen neue Aufgabenfelder und neues Gewicht. Das bedeutet nicht, dass die zugrunde
11 liegende Innenpolitik plötzlich zur Netzpolitik würde. Wohl allerdings bedeutet die
12 technische Entwicklung, dass wir durch die veränderten Gegebenheiten unsere Grundrechte
13 stärken müssen. Wir wollen keinen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger überwacht und
14 kontrolliert. Die Unschuldsvermutung ist hierbei Symbol eines modernen Staats: Der Staat
15 soll seine BürgerInnen bei einem freien und selbstbestimmten Leben unterstützen. Dabei
16 steht fest, dass Kontrolle, Überwachung und Zensur einem freien und selbstbestimmten
17 Leben im Wege stehen: Wem bekannt ist, dass er oder sie überwacht wird, verhält sich anders
18 – vollkommen unabhängig davon, ob er oder sie etwas zu verbergen hat.

19 Mit der vorauseilenden Selbstzensur, der sogenannten Schere im Kopf, bemüht man sich,
20 angepasst und der vermeintlichen Norm entsprechend zu verhalten. Alternative, abweichende
21 Verhaltensweisen zensieren sich auf diese Weise selbst. Es steht zu befürchten, dass so auf
22 Dauer bestimmte Themen, Ideen und Verhaltensmuster gänzlich verschwinden.

23 Im konservativen Verständnis steht die Schutzaufgabe des Staates im Zweifel über jedem
24 Grund- und Menschenrecht. Bereits heute hat das Bundesverfassungsgericht mehrere
25 Gesetze für nichtig erklärt die wenig Sicherheit gebracht haben, aber viele Freiheitsrechte
26 verletzt. Aktuellstes Beispiel ist die Vorratsdatenspeicherung: für die Möglichkeit der
27 Überwachung und Kontrolle der BürgerInnen sollte hier das Grundrecht des
28 Fernmeldegeheimnisses geopfert werden.

29 **Digitale Gesellschaft benötigt Schutz des Individuums**

30 Wurde man früher einer Straftat bezichtigt, war der persönliche Ruf in dem eigenen Dorf

1 meist unabhängig vom Ausgang des Prozesses beschädigt. Im schlimmsten Falle half ein
2 Umzug in eine andere Stadt, um einen privaten, aber auch beruflichen Neustart zu versuchen.
3 Heutzutage wäre ein anderer Planet angebracht. Unabhängig von Wahrheitsgehalt,
4 Zustimmung der/des Betroffenen und unmittelbaren Zweck der Informationen bleiben
5 Informationen auf Dauer erhalten und abrufbar. Wir Jusos fordern deshalb eine stärkere
6 informationelle Selbstbestimmung für jeden Menschen. Zugleich muss für den Datenschutz
7 sensibilisiert werden. Jeder Mensch sollte wissen, welche Daten er oder sie an welcher Stelle
8 und zu welchem Zweck von sich preis gibt, und bewusst darüber entscheiden. Jeder muss -
9 leicht und ohne besonderes Fachwissen oder großartige Bemühungen - auch erfahren können,
10 wohin welche Daten beispielsweise vom Online-Formular verschickt werden, welche
11 Verarbeitungsprozesse sich wieso anschließen und in welcher Form die jeweiligen Adressaten
12 der Daten mit diesen zur Lagerung und Aufarbeitung verfahren.

13 Außerdem müssen die bisherigen Auskunftsrechte gestärkt werden: Gerade Behörden wenden
14 sich heute oftmals, wenn sie Auskunft erteilen sollen. Hier muss im Bereich des
15 Bundesdatenschutzgesetz nachgefasst werden: Die Auskünfte, die jedem zustehen, müssen
16 auch wirklich erlangbar sein. Die grassierende „Datensammelwut“ von Unternehmen und
17 öffentlichen Stellen gilt es durch einen neuen Modus der Rechtfertigung zur Datensammlung
18 zu ersetzen.

19 Ein aktuelles Beispiel für diese behördliche Datensammelwut stellt das Gesetz zum
20 Elektronischen Einkommensnachweis (ELENA) dar. Mit seinem Inkrafttreten am 1. Januar
21 2010 hat sich der Datenhunger des Staates eine weitere Vorratskammer geschaffen.
22 ArbeitgeberInnen müssen nun für ihre Angestellten Angaben auf mehr als 40 Seiten an die
23 zentrale Speicherstelle der deutschen Rentenversicherung übermitteln. Gewerkschaften und
24 ArbeitnehmerInnen wehren sich genauso gegen ELENA wie ArbeitgeberInnen, die mit der
25 Erfassungsbürokratie zu kämpfen haben. Ankündigungen von Verfassungsklagen und auch
26 Bedenken des Bundesdatenschutzbeauftragten stoßen bei der Bundesarbeitsministerin
27 allerdings auf taube Ohren, denn von der Leyen stellt ELENA nicht in Frage und nimmt
28 allenfalls kleine Korrekturen in Detailfragen vor. Die Kritik bleibt berechtigt und auch die
29 SPD muss sich gegen ELENA aussprechen.

30

31 Hochsensible Daten von über 40 Millionen abhängigen Beschäftigten sollen mit ELENA
32 nun zentral und auf Vorrat gespeichert werden, obwohl nicht klar ist, ob diese Daten jemals

1 gebraucht werden, da sie nur im Falle eines Antrages auf Sozialleistungen abgerufen werden
2 müssen.

3

4 Die Gestaltung der Datenabfrage gibt Raum für eine Diskriminierung der
5 ArbeitnehmerInnen, da in den Protokollen lediglich die Arbeitgeber zu ihrer Einschätzung
6 nach „berechtigten“ oder „unberechtigten“ Streiks oder nach den Gründen von
7 Abmahnungen gefragt werden.

8 Zudem ist die Gefahr des Missbrauchs dieser Daten enorm, da auch die von der
9 Bundesregierung vorgesehenen Verschlüsselungssysteme mit einer individuellen
10 Schlüsselkarte immer angreifbar sind. Zudem ist es lediglich eine Frage des politischen
11 Willens, die Nutzung der vorrätigen Daten über das jetzt veranschlagte Maß hinaus zu
12 nutzen. Das dafür von Seiten der Bundesregierung Gründe, etwa Kriminalitätsbekämpfung,
13 gefunden werden können bezweifeln wir nicht.

14 Für uns Jusos ist daher klar: in einer solidarischen Digitalen Gesellschaft darf es keine
15 Vorratsdatenspeicherung geben, denn der Schutz des Individuums steht für uns über den
16 Forderungen nach Bürokratieabbau. Deshalb ist ELENA sofort zu stoppen und das bisherige
17 System - die dezentrale Speicherung und Abfrage nur im Bedarfsfall - wieder herzustellen.

18

19 **Digitale Gesellschaft muss Datenkraken an die Leine legen**

20

21 Global agierende Unternehmen wie Google sammeln riesige Mengen an Daten über uns. Ein
22 Problem dabei ist, dass wir immer und immer wieder dem Geschäft mit unseren Daten
23 zustimmen;

24 dies tun wir, indem wir über die Suchmaschine suchen, Mails mit GoogleMail senden,
25 GoogleDocuments verwenden, unsere Routen mit GoogleMaps planen oder auch nur auf
26 Seiten surfen, die mithilfe von GoogleAnalytics unsere Interessen auswerten.

27

28 Google und andere große Unternehmen wie Facebook hat vor allem ein kommerzielles
29 Interesse an unseren Daten. Mit ihnen lässt sich viel Geld verdienen.

30 Und je genauer die jeweiligen Unternehmen uns kennen, umso maßgeschneidertere
31 Werbeangebote können sie uns machen.

1 Aus diesem Grund liegt auch die von uns geforderte Datensparsamkeit gar nicht in ihrem
2 Interesse.

3 Auch die Diskussion um Google StreetView zeigt, dass Google andere Vorstellung von
4 Persönlichkeitsrechten hat, als es uns lieb ist: Das Unternehmen macht mit seinen
5 Kamerawagen Photos von Gebäuden und Straßenzügen, ohne vorher jemals eine Erlaubnis
6 eingeholt zu haben. Wer sein Haus nicht im Netz haben will, kann sich ja hinterher
7 beschweren und dann darauf hoffen, dass das Unternehmen die bereits gemachten und
8 gespeicherten Bilder wieder unkenntlich macht.

9

10 Und Google macht nicht nur Photos, sondern scannt auch alle unverschlüsselten Wlan-
11 Netze. Diese Tatsache ist an sich schon beunruhigend. Doch Google speichert auch alle zu
12 dem Zeitpunkt des Vorüberfahrens über die drahtlosen Netze versendeten Daten: also
13 Millionen von Emailfragmenten, Informationen über aufgerufene Homepages...

14

15 Als dieses Vorgehen durch Zufall bekannt wurde, entschuldigte sich Google. Das sei nicht
16 beabsichtigt gewesen, ein Programmierfehler.

17

18 Aber was passiert, wenn ein solches Unternehmen mehr über uns weiß, als wir es uns in
19 unseren schlimmsten Überwachungsstaatsdystopien ausmalen (erklärtes Ziel von Google ist
20 es, uns irgendwann einmal antworten zu können, bevor wir überhaupt eine Frage formuliert
21 haben müssen)? Wie wollen wir mit Unternehmen umgehen, die sich nicht um unsere
22 Rechtsvorstellungen scheren, die so mächtig sind, dass unser Recht für sie nicht gilt? Wie
23 wollen wir unsere Daten im weltweiten Netz schützen, wenn Unternehmen sich
24 demokratischen Entscheidungen entziehen?

25 **Digitale Gesellschaft bedeutet informationelle Selbstbestimmung**

26 Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist schon 1983 vom
27 Bundesverfassungsgericht beim Volkszählungsurteil „erfunden“ worden. Es ergibt sich auch
28 aus Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention: „Jedermann hat Anspruch auf
29 Achtung seines Privat- und Familienlebens, seiner Wohnung und seines Briefverkehrs.“ Das
30 Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung muss ins Grundgesetz aufgenommen
31 werden. Auf diese Weise kann Klarheit für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen werden,
32 dass dieses Grundrecht auch für sie konkret gilt. Das bisherige Richter-Recht wird zum

1 Beispiel in Schulen nicht durchgenommen, wohingegen das Grundgesetz und die
2 Grundrechte Gegenstand des Schulunterrichts sind. Wenn das Grundrecht auf
3 informationelle Selbstbestimmung Verfassungsrang erhält, so kann das Bewusstsein der
4 BürgerInnen für dieses Recht gestärkt werden. Den für 2011 geplanten Zensus lehnen wir
5 Jusos ab. Bei dieser Volkszählung sollen Verfahren zum Einsatz kommen und unter anderem
6 dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung widersprechen. Der sogenannte
7 registergestützte Zensus will Daten, die zu Zwecken der Verwaltung erhoben wurden, unter
8 einer eindeutig identifizierbaren Personenkennziffer zentral sammeln. Zudem sollen als
9 Stichprobe etwa 10% der Einwohner_innen direkt und zwangsweise befragt werden, dabei
10 sollen auch sensible Daten wie etwa die Religionszugehörigkeit erfasst werden. Das Ergebnis
11 wäre eine umfassende Datenbank über alle in Deutschland lebenden Menschen.

12 **Digitale Gesellschaft heißt, die Unschuldsvermutung ernst zu nehmen**

13 Bei den jüngsten Sicherheitsgesetzen wie Vorratsdatenspeicherung und BKA-Gesetz ist die
14 Unschuldsvermutung verloren gegangen. Dies darf nicht geschehen: Die
15 Unschuldsvermutung muss wieder in den Vordergrund gestellt werden. Beobachtet und
16 verfolgt darf erst werden, wenn ein begründeter Verdacht einer Straftat besteht. Ein
17 Generalverdacht über alle Bürgerinnen und Bürger zu legen ist nicht hinzunehmen. Aus
18 diesem Grunde fordern wir die SPD-Fraktion des Bundestags auf, sich einem neuen
19 Vorratsdatenspeicherungsgesetz entgegenzustellen. Vorratsdatenspeicherung bedeutet die
20 Profilbildung der Daten aller Bürgerinnen und Bürger – verdachtsunabhängig. Es darf aber
21 nur dann gespeichert werden, wenn ein Verdacht besteht. Deshalb: Diese Datenspeicherung
22 darf nicht wiederkehren. Auf den Internetangeboten von Juso-Landesverbänden und vom
23 Juso-Bundesverband sollen IP-Adressen, wie rechtlich vorgeschrieben, nur gespeichert
24 werden, wo diese zur Dienstleistung oder zu Abrechnungszwecken notwendig sind. IP-
25 Adressen sind als "Telefonnummer des Internets" eindeutige Identifikationsnummern und
26 daher schützenswerte personenbezogene Daten. Ihre Speicherung außerhalb von
27 Dienstleistung und Abrechnungszwecken ist unzulässig (§15 Telemediengesetz).

28

29 Bei der Auswahl der Dienste, die für Internetangebote genutzt werden, legen wir besonderen
30 Wert auf den korrekten und sensiblen Umgang mit Benutzerdaten. Unsere Websites werden,
31 wo sinnvoll, durch eine Erklärung zum Datenschutz ergänzt.

32

1 **Digitale Gesellschaft nutzt freie Software und offene Standards**

2 Wir setzen uns für eine Förderung offener Standards und freier Software ein.

3 Offene Standards bieten durch ihre internationale Normierung die Möglichkeit, eine
4 entsprechende Datei mit einer Vielzahl von Programmen zu öffnen und zu bearbeiten.
5 Hierdurch bricht man einerseits die heutzutage weit verbreiteten de-facto-Softwaremonopole
6 und schafft Kompatibilität zwischen Anwendungen. Außerdem ermöglichen offene Standards
7 die digitale Archivierung von Daten, weil das Dateiformat nicht von einem einzigen
8 Hersteller abhängt.

9 „Freie Software“ nennt man Programme, die von allen verwendet, bearbeitet und
10 weiterverbreitet werden dürfen. Sie sind damit gesellschaftliches Allgemeingut. Durch ihre
11 Offenheit kann Freie Software sehr schnell erweitert, verbessert und korrigiert werden, was zu
12 hoher Stabilität und Sicherheit führt. Außerdem macht freie Software unabhängig von
13 Monopolanbietern.

14 Langfristige Vorteile freier Software für die Verwaltung können schnelle Verfügbarkeit und
15 guter Support, sowie geringere Kosten sein. Der verstärkte Einsatz freier Software an
16 öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Hochschulen kann darüber hinaus zu ihrer
17 weiteren Verbreitung beitragen. Um eine Umstellung zu erleichtern, sollte ab sofort
18 vorzugsweise plattformunabhängige Software eingesetzt werden.

19 Wir setzen uns ebenfalls für eine kostenfreie Bereitstellung von öffentlichen Daten und
20 Informationen in maschinenlesbaren, offenen Formaten ein. Dies gilt für Behörden,
21 Regierungen in Bund und Land, sowie Rathäusern in Städten. Insbesondere gilt dies ebenso
22 für Informationen aus der Partei, dem Juso-Bundesverband und untergeordneten
23 Gliederungen und betrifft beispielsweise Terminankündigungen oder Beschlüsse.
24 Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit werden wir für alle Initiativen als
25 Richtschnur verstehen und in der konkreten Ausgestaltung berücksichtigen. Der Zugang zu
26 rudimentären Informationen wie Terminen und aktuellen Beschlusslagen einzelner
27 Gliederungen im Internet ist teilweise durch Unübersichtlichkeit der Website erschwert.
28 Einige Informationen sind auch gar nicht zugänglich, obwohl diese in ihrem Status als
29 „öffentlich“ einzustufen sind.

1 Wir Jusos wollen im Allgemeinen mehr Transparenz im Regierungs- und
2 Verwaltungshandeln, damit die Öffentlichkeit die Arbeit der Regierung und Verwaltung
3 besser nachvollziehen, weiterverarbeiten, analysieren und bewerten kann. Wir werden
4 dadurch die Partizipation fördern und wollen gut informierte Bürgerinnen und Bürger (bzw.
5 Verbandsmitglieder) in die Gestaltung unserer Demokratie (und insbesondere unseres
6 Verbands) einbeziehen, von ihnen Verbesserungsvorschläge aufnehmen und Innovationen
7 beisteuern lassen. Wir wollen so die Zusammenarbeit mit und in der öffentlichen Verwaltung
8 bzw. den Vorständen effizienter gestalten. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit von
9 Behörden und Vorständen auf allen Ebenen und in Partnerschaft und Kooperation mit
10 externen Einrichtungen setzt die Bereitstellung von Informationen und Daten in offenen und
11 verarbeitungsfähigen Formaten voraus. Die Idee des Open Government Data wird damit
12 berücksichtigt. Somit sind Daten der öffentlichen Verwaltung vollständig, zeitnah, für alle
13 zugänglich, maschinenlesbar im standardisierten Format und lizenzfrei auf den Websites der
14 Verwaltung als Primärquelle für alle zugänglich.

15 **Digitale Gesellschaft braucht ein modernes Urheberrecht**

16 Das Urheberrecht ist in den letzten Jahren zugunsten der Verwertungsindustrie (und nicht
17 etwa der Künstlerinnen und Künstler) und zu Lasten von Rechten der Verbraucherinnen und
18 Verbraucher verzerrt worden. Damit wird auf der einen Seite ein überholtes Geschäftsmodell
19 gefördert. Auf der anderen Seite werden Verbraucherinnen und Verbraucher kriminalisiert,
20 bei Verstößen mit unverhältnismäßig hohen Strafen belegt und von einer Bande von
21 Abmahnkanzleien verfolgt.

22 Wir wollen eine Förderung von Geschäftsmodellen, die im digitalen Zeitalter funktionieren.
23 Wir wollen ein Verwertungsmodell, das die Einnahmenverteilung zugunsten der
24 Urheberinnen und Urheber verbessert und das kulturelle Werke breit zugänglich macht und
25 sichert. Zugleich müssen wir uns fragen, ob der oder die Werkschaffende nicht doch selbst
26 entscheiden können muss, wer sein Werk nutzt. Wem gehören Werke, Inhalte und
27 Kulturgüter?

28 Die Diskussion um eine Kulturfltrate könnte der öffentlichen Diskussion dabei wertvolle
29 Impulse geben.

1 **Digitale Gesellschaft heißt mehr Demokratie**

2 Die SPD muss sich der Entwicklung an der netzpolitischen Basis stellen. Eine Ignoranz eben
3 jener durch die Parteispitze ist nicht nur auf Wahlen bezogen unklug, sondern verhindert
4 auch eine nötige Weiterentwicklung der Partei. Allerdings kann ein Dialog nur auf gleicher
5 Ebene passieren. Arroganz – egal von welcher Seite – muss unterbunden werden. Es ist
6 begrüßenswert, dass durch die Vernetzung in sozialen Netzwerken oder anderen Online-
7 Formen bestimmte Wünsche und Forderungen besser und stärker artikuliert werden können.

8 Durch die digitale Online-Kommunikation ist einerseits der Zugang zu Informationen für
9 alle Menschen mit Zugang zum Internet radikal einfacher geworden. Andererseits bietet das
10 Internet diesem Menschen die Möglichkeit, sich in den Online-Teilöffentlichkeiten zu
11 äußern und ihre Meinung zu verbreiten. Wir wissen, dass allein diese technischen
12 Möglichkeiten allein noch keinen demokratischen Diskurs in den Online-Öffentlichkeiten
13 hervorbringen, an dem jedeR partizipieren und so Einfluss auf Öffentlichkeit und damit auf
14 (Zivil-)Gesellschaft und Politik nehmen kann. Jedoch sind sie die notwendige Voraussetzung
15 für gleiche Partizipations- und Kommunikationschancen aller Menschen mit Zugang zu den
16 Internet-Diensten. Zusätzlich zu diesen technischen Voraussetzungen sind allerdings noch
17 viele weitere Bedingungen zu erfüllen, die zu so weit wie möglich hierarchiefreien Diskursen
18 beitragen. Welche diese Bedingungen sind und wie sie politisch hergestellt werden können,
19 müssen wir im Rahmen der Entwicklung eines Entwurfes für die solidarische Digitale
20 Gesellschaft diskutieren.

21 Für uns Jusos ist klar: Die Entwicklung zu einer solchen Gesellschaft muss die enormen
22 demokratischen Poteziale der Online-Kommunikation ausnutzen. Denn in unserem Entwurf
23 einer solidarischen Digitalen Gesellschaft ist das zentrale Leitmotiv das, dass allen Menschen
24 die gleichen Chancen der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe offenstehen müssen.

25

26 **Wählen am Computer bedeutet nicht mehr Demokratie**

27 Wir fördern E-Partizipation, Online-Petitionen und weiteren Möglichkeiten der Online-
28 Meinungsbildung, lehnen jedoch den Einsatz von Wahlcomputern, somit auch Online-
29 Wahlen, bei demokratischen und geheimen Wahlvorgängen, insbesondere bei Personen- und
30 Listenwahlen, ab. Dies gilt sowohl für Wahlen innerhalb des Verbands oder Partei, aber auch
31 für überparteiische Entscheidungsprozesse wie beispielsweise Wahlen zum Europäischen

1 Parlament, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

2 Auch wenn in der Netzgesellschaft häufig Onlinewahlen gefordert werden sind diese
3 abzulehnen. Der Einsatz von Wahlcomputer (im speziellen Fall Wahlcomputer der Firma
4 NEDAP) bei der Bundestagswahl 2005 wurde bereits vom Bundesverfassungsgericht als
5 verfassungswidrig eingestuft. Der sogenannte „NEDAP-Hack“ zeigt, dass der entsprechende
6 Wahlcomputer innerhalb von 60 Sekunden grundlegend manipuliert werden kann. Ähnliche
7 Manipulationen sind auch für Wahlcomputer anderer Firmen (bspw. Diebold) zu
8 beobachten.

9 Online-Wahlen sind bei geheimen Wahlen folgerichtig ebenso abzulehnen. Da bei diesen
10 sogar zwei „Wahlcomputer“ im Einsatz sind (Client des Wählers, Server des Wahlvorstands)
11 gelten o.g. Argumente. DoS-Attacken („Denial of Service“) stellen eine möglichen
12 Manipulationsverfahren dar, die im Internet weit verbreiten sind. Ferner existiert ein
13 Übertragungsmedium zwischen den Computern, das von Dritten auf einfacherweise
14 manipuliert werden kann und entsprechende Netzwerkpakete geändert werden können.

15 Wahlcomputer werden von Expertenorganisationen - wie dem Chaos Computer Club (CCC)
16 - und auch von Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft abgelehnt.

17 Der Antrag lehnt explizit nicht den Einsatz von Online-Wahlen bei nicht-geheimen
18 Wahlvorgängen oder Petitionen ab. Eine öffentliche Unterschriftenliste sichert die Abgabe
19 der Stimme zu. Ebenso ist eine Petition nichts Bindendes.

20 **Die SPD in der Digitalen Gesellschaft**

21 Die Möglichkeiten der (inner-)parteilichen Partizipation mittels Online-Medien in der SPD
22 aber auch bei den Jusos liegen noch immer brach. Die aktuellen Instrumente werden von der
23 Parteispitze nicht im Sinne der multilateralen Kommunikation mit Parteimitgliedern und
24 Öffentlichkeit genutzt sondern werden bei genauerer Betrachtung als ein weiterer top-down-
25 Kommunikationskanal genutzt.

26

27 Wir brauchen dringend einen Diskurs, wie wir die Möglichkeiten nutzen können, sowohl
28 Mitglieder als auch Nichtmitglieder in Diskussionen innerhalb und mit der SPD
29 einzubinden. In dieser Diskussion müssen wir auch zu einer kritischen Bewertung der
30 aktuellen Online-Instrumente, aber auch der anderen parteieigenen Medien und ihrer

1 inhaltlicher Gestaltung kommen. Am Ende des Diskurses muss eine umfassende
2 Kommunikations- und Partizipationsstrategie für Jusos und SPD stehen, die inklusiv,
3 multilateral und stetig weiterzuentwickeln ist. Die Möglichkeiten der Online Kommunikation
4 und -Partizipation sind dabei sowohl für den innerparteilichen Bereich zu denken, als auch
5 für die allgemeine Öffentlichkeit. Die Gestaltung der Online-Aktivitäten und Netz-
6 Angebote von SPD und Jusos sind für uns ein entscheidender Baustein einer
7 innerparteilichen Erneuerung, die es mit dem Konzept der Mitgliederpartei ernst meint.
8 Denn für uns muss die SPD - auch und gerade in einer solidarischen Digitalen Gesellschaft -
9 die Partei sein, die durch ihre Mitglieder gestaltet wird und nicht durch politische Eliten.
10 Online Medien eröffnen uns hier ein enormes Potenzial, das es konsequent zu nutzen gilt.
11 Wir Jusos wollen diesen für die SPD wichtigen Diskurs mitgestalten und unsere Erfahrungen
12 und unser Wissen als "digital natives" einbringen.

13 **Digitale Gesellschaft ist die Gesellschaft**

14 Während das 20. Jahrhundert als Jahrhundert der globalen Gesellschaft bezeichnet werden
15 kann, so ist unter Umständen die digitale Gesellschaft der Begriff für die nächsten Jahrzehnte.
16 Die beschriebenen Politikfelder sind nur eine kleine Auswahl, die man um Umweltpolitik,
17 Wirtschaftspolitik, u. v. m. erweitern könnte. Dieser Antrag soll darauf aufmerksam machen,
18 dass ein Aufspringen auf den oberflächlichen „Netropolitik-Zug“ nicht die Lösung sein kann.
19 Wir, die SPD, müssen als erste Partei ein Gesamtkonzept vorlegen, bei dessen Erarbeitung
20 jeder mitmachen kann. Das Desinteresse der Webverdrossenen muss aufhören, ebenso wie
21 die Arroganz der „Webelite“, die auch häufig ohne Sachkenntnisse über technische und
22 fachliche Dinge schwadroniert. Die jetzt aufkommende Euphorie und der existente
23 Netropolitikenthusiasmus dürfen nicht verpuffen, sondern müssen in einen breiten
24 parteiinternen Dialog getragen werden. Auch in einem Ortsverein mit einem
25 Durchschnittsalter jenseits der 60 und wenig netzaffinen Genossinnen und Genossen (die
26 beiden Eigenschaften bedingen sich aber nicht automatisch), soll und muss darüber
27 gesprochen werden, wie wir uns eine digitale Gesellschaft vorstellen. Die Gefahr ist jedoch
28 groß, das Thema als TOP „en vogue“ zu instrumentalisieren oder Flickschusterei durch
29 Kopieren der Positionen anderer zu betreiben. Es wäre daher klug, einen Gesellschaftsentwurf
30 in Form einer „digitalen Gesellschaft“ vorzulegen. Dieser Antrag kann nur der Beginn sein.
31 Diese Diskussionen werden Zeit brauchen. Zeit, die sich die Partei nehmen muss. Jusos
32 müssen dabei Taktgeber sein. Ein Lichtblick gibt es aber bereits: Wir haben in unserer Partei

1 Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft – jetzt auch mehr und mehr aus der digitalen.

2

G4

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Der Mythos der Freiwilligkeit – Wege aus der Prostitution schaffen!

2 Von Würde und Freiwilligkeit

3 Prostitution gilt als das älteste Gewerbe der Welt. Denkt man jedoch darüber nach, sie als
4 einen Beruf wie jeden anderen anzuerkennen, stößt man schnell auf grundsätzliche
5 Fragestellungen. Prostitution, das bedeutet im Normalfall, dass ein Mann sich den Körper
6 einer Frau kauft. Gegen Geld vereinbart er mit ihr, wie er über ihren Körper verfügen kann.
7 Fasst man diesen Verkauf als freiwillige und autonome Entscheidung der Frau auf, so ergibt
8 sich kein Widerspruch zu dem im Grundgesetz bestimmten freien und selbstverantwortlichen
9 Menschen. Obwohl auch Männer Sexarbeit leisten, bspw. als Callboys oder bei
10 Escortservices, wollen wir uns hier auf den oben beschriebenen häufigsten Fall der
11 Prostitution konzentrieren.

12 Im Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu
13 achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Gerade bei der
14 Prostitution ist die Beantwortung der Frage, ob das freiwillige Verkaufen seines Körpers eine
15 Verletzung dieses Würdebegriffes darstellt, schwierig und umstritten. Die Definition der
16 Würde als überpersonales, ethisches Prinzip steht einem individualistischen
17 Selbstbestimmungsansatz gegenüber. Auf der einen Seite rutscht man leicht in eine staatlich
18 aufgedrückte Moralisierung des Privaten, die darüber hinaus unklar lässt, wo sich die Grenzen
19 der menschlichen Würde befindet und inwieweit es legitim ist, das Kollektiv über die Würde
20 oder Würdelosigkeit des Individuums und seiner Handlungen zu urteilen. Auf der anderen
21 Seite ist die Freiwilligkeit von außen nie vollständig zu erfassen und die tatsächliche
22 Selbstbestimmung über die eigenen Würde objektiv so kaum feststellbar. Als Minimalkonsens
23 lässt sich festhalten, dass die Würde des Menschen da auf jeden Fall verletzt wird, wo sich ein
24 Mensch unfreiwillig prostituiert.

25 Uns ist bewusst, dass Prostitution in der heutigen Gesellschaft regelmäßig zur massiven
26 Menschenrechtsverletzungen und entwürdigenden Zuständen führt. Dennoch stellt dies

1 unseren Anspruch an eine Gesellschaft dar, in der jedeR selbstbestimmt leben kann. Solange
2 wir nicht in einer solchen leben, muss sich das Handeln darauf richten, Prostituierte sozial
3 abzusichern, zu schützen und die Bedingungen so zu gestalten, dass sie so selbstbestimmt und
4 frei wie möglich handeln können. Ein Verbot würde ihre Situation nicht verbessern, eine
5 Kontrolle und ein gesetzliche Regelungen, die den Frauen selbst dienen, wären dann nicht
6 möglich.

7 Daher stellt sich die Frage nach der tatsächlichen Freiwilligkeit. Eine autonome
8 Entscheidung muss eine echte Wahlfreiheit voraussetzen. Dies steht aber dem Armutsdruck,
9 den viele dieser Frauen empfinden, konträr gegenüber. Oft sind Frauen durch ihre
10 auswegslose Lebenssituation einer wirklichen Alternative beraubt. Ärmliche Verhältnisse und
11 eine mangelhafte Ausbildung eröffnen wenig Zukunftsperspektiven. Dies vereitelt eine echte
12 Wahlfreiheit.

13 **„Die“ Prostituierte gibt es nicht**

14 Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, von der Prostituierten zu sprechen. Wie so oft gestaltet
15 sich die Situation viel facettenreicher, als sich durch allgemeine Aussagen erfassen ließe.
16 Natürlich gibt es die Prostituierten, die sich trotzdem bewusst für ihre Tätigkeit entscheiden.
17 Viele dieser Frauen sind selbstbestimmt in ihrer Arbeit, sie arbeiten ohne Zuhälter und in
18 kleineren Gemeinschaften über so genannte Stundenwohnungen, die sie gemeinsam
19 angemietet haben.

20 Leider trifft dies auf den Großteil der Frauen jedoch nicht zu. Immer noch werden Frauen
21 aus osteuropäischen Ländern und Ländern der dritten Welt eingeschleust. Im Zuge der EU-
22 Osterweiterung hat es sich gerade für osteuropäische Frauen vereinfacht, hier zu arbeiten.
23 Problematisch daran ist, dass es weitaus schwieriger geworden ist, erzwungene Aufenthalte als
24 solche zu enttarnen und einzugreifen. Die Akteur greifen hier auch mittlerweile zu
25 raffinierteren Maßnahmen, stellen sich den Frauen als Liebhaber vor und erreichen und
26 überreden sie so zu einer Reise nach Deutschland. Gerade diese Frauen sind es, die oft
27 bildungsfern sind, kein deutsch sprechen und sich so, einmal angekommen, aus ihrer
28 Situation kaum selbst befreien können. Hier von freiwilliger Entscheidung zu sprechen ist
29 schierer Hohn.

1 **Männerdominierte Ausbeutung**

2 Fakt ist, dass die wenigsten Prostituierten selbstständig und unabhängig arbeiten. Im
3 Allgemeinen besteht ein starkes Abhängigkeitsverhältnis der Frau zu ihrem Zuhälter, aber
4 auch zum/zur BordellbetreiberIn. Das bedeutet nicht nur, dass sie von diesen in ihrer
5 Entscheidungsfreiheit eingeschränkt und unter Druck gesetzt wird, Dinge zu tun, zu denen
6 sie sich selbst nicht entscheiden würden, das bedeutet vor allem auch, dass sie einen
7 beträchtlichen Teil ihres Entgeltes an diese abtreten muss. Das geht schon so weit, dass sie
8 allein eine hohe Miete für ein Zimmer im Bordell bezahlen muss.

9 Die neuesten Entwicklungen machen die prekäre Situation der Frauen umso deutlicher.
10 Flatrate-Bordelle sind die neueste Entwicklung. Dort bezahlt der Besucher einen einmaligen
11 Tageseintritt, der ihm dann über Verpflegung, Alkohol bis hin zu den Frauen alles eröffnet,
12 was er möchte. Die Vorgaben an die Prostituierten von Seiten der Bordellbetreiber sind hier
13 besonders streng und unmenschlich: Oft ist es ihnen verboten sich zu bekleiden oder sich in
14 Gruppen zusammenzufinden, vor allem aber müssen sie meist alles mit sich machen lassen,
15 was der Kunde verlangt, da es in der Flatrate ja inbegriffen ist. Der Vertrag wird hier direkt
16 zwischen dem Kunden und dem/der BordellbetreiberIn geschlossen – die Prostituierte wird
17 daran nicht beteiligt, sie bzw. ihre Leistung wird zum bloßen Vertragsgegenstand, der im
18 Gesamt-Flatrate-Tarif enthalten ist. Diese Bordelle bauen dabei oft das Image eines
19 Wellness-Centers auf und versuchen so, neue Kundschaft in der Mitte der Gesellschaft
20 anzusprechen. Es soll suggeriert werden, dass ein Aufenthalt zur Mittagspause mit dem
21 Geschäftspartner durchaus erwünscht ist. Die Situation der Frauen wird so weiter
22 bagatellisiert.

23 **Die Nachfrage bleibt**

24 Die Problematik der Prostitution und der damit verbundenen Frage der Ausbeutung versus
25 Selbstbestimmung wird in verschiedenen Ländern verschiedentlich angegangen. In Schweden
26 beispielsweise ist Prostitution nicht verboten, aber sie gilt als Männergewalt gegen Frauen.
27 Dementsprechend werden nicht die Prostituierten, sondern die Freier als die Nachfrager
28 bestraft. Auch Norwegen und Großbritannien orientieren sich an diesem Modell. Ziel dieser
29 politischen Maßnahme soll es vor allem sein, eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung
30 herbeizurufen und nicht die Prostituierten sondern die Freier zu kriminalisieren.

31 Dies Maßnahme mag ihre Vor- und Nachteile haben, fest steht: Ohne Nachfrage gäbe es die

1 ganze Problematik nicht. Sie wird wahrscheinlich immer bestehen. Klar ist jedoch auch, dass,
2 solange die sozialen Verhältnisse keine echte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung zulassen, es
3 immer Frauen geben wird, die ihren Körper verkaufen. D. h politische Maßnahmen müssen
4 auf beiden Seiten ansetzen. Eine Kriminalisierung der Prostitution führt nur dazu, dass der
5 Markt in den Untergrund verlagert wird. Die Situation der Frauen wird damit sicher nicht
6 verbessert. Die Nachfrage bleibt. Dies war ja auch Intention des Prostituiertengesetzes der
7 rot-grünen Bundesregierung 2002.

8 **Die Intentionen des Prostituiertengesetz (ProstG) 2002**

9

10 Mit der Verabschiedung des ProstG sollte die Rechtstellung von Prostituierten deutlich
11 verbessert werden, indem freiwillige Prostitution legalisiert und reguliert werde. Es sollte
12 unter anderem Folgendes erreicht werden:

- 13 • Prostitution ist nicht mehr sittenwidrig. Dies hat zur Folge, dass Prostituierte ihr
14 vereinbartes Entgelt rechtswirksam einfordern und sich bei Krankenversicherung,
15 Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung anmelden können.
- 16 • Jede Prostituierte kann entscheiden, ob sie selbstständig oder als Angestellte arbeiten
17 möchte.
- 18 • Arbeitslose Prostituierte erhalten Arbeitslosengeld, wenn sie innerhalb der
19 vergangenen 3 Jahre mindestens 12 Monate beschäftigt waren und
20 Sozialversicherungsbeiträge gezahlt haben.
- 21 • Die Bereitstellung von Zimmern im Bordell ist nicht strafbar, soweit der Bordellier
22 den Prostituierten nicht vorschreibt, welche "Dienstleistungen" sie zu erbringen
23 haben.
- 24 • Den Prostituierten steht ein Anspruch auf Umschulung zu.
- 25 • In der Begründung des Gesetzes wurden außerdem Maßnahmen zur Förderung der
26 Ausstiegsmöglichkeiten empfohlen.
- 27 • Freiwillige und erzwungene Prostitution soll besser unterschieden werden können.

28 **Ein Blick in die Realität**

29 Prostitution ist trotz der Legalisierung weiterhin ein Gewerbe der Anonymität und
30 Verschwiegenheit. Und obwohl die Intentionen des Prostituiertengesetzes gut waren, hat sich

1 die Lage vieler Prostituerter eher verschlechtert:

- 2 • Das Rotlichtmilieu, das seit Jahren darauf bedacht ist, sein Image zu verbessern, hat
3 durch das ProstG eine Scheinlegalität bekommen, hinter der sich nach Einschätzung
4 der Kripo hochkriminelle Netzwerke verstecken. Durch die Legalisierung ist es der
5 Polizei nicht mehr so einfach möglich, groß angelegte Razzien durchzuführen.
- 6 • Dadurch, dass das Verhältnis zwischen Prostituierten und Zuhältern bzw.
7 Bordellbetreibern weitgehend reguliert worden ist, hat sich die Rechtsposition
8 letzterer als ArbeitgeberInnen mit Weisungsbefugnis eher gestärkt und die der
9 Prostituierten deutlich geschwächt. Dies führt zu Urteilen, die Bordellbetreibern und
10 Zuhältern Dinge zubilligen, die vorher als Zuhälterei eingestuft und bestraft worden
11 wären.
- 12 • Viele Frauen in der Prostitution möchten weiterhin heimlich arbeiten, was dazu führt,
13 dass sich kaum eine Handvoll der Frauen als „Prostituierte“ bei der Krankenkasse oder
14 Rentenversicherung angemeldet hat.
- 15 • Es sind keine Klagen vor Zivilgerichten wegen nicht gezahlter Entgelte bekannt.

16 Mit dem Gesetz geht allerdings auch einher, dass sich Freier beim Kauf von Sexualität auch
17 moralisch in ihrem Handeln legitimiert sehen und somit eine höhere gesellschaftliche
18 Akzeptanz erfahren.

19 **Möglichkeit zur Selbstbestimmung geben!**

20 Nach wie vor ist eines der größten Probleme die fehlende Selbstbestimmung der Frauen und
21 ihre gleichzeitige Abhängigkeit von ausbeuterischen, männlichdominierten und kriminellen
22 Kreisen.

23 Unser oberstes Ziel muss es sein, den Frauen eine Möglichkeit zur Partizipation, aber vor
24 allem auch den Weg zum Ausstieg zu ermöglichen. Wer weder die Sprache des Landes
25 spricht, in dem sie lebt, noch sich über die eigenen Rechte bewusst ist, die kann niemals
26 selbstbestimmt handeln. Deshalb müssen zuerst Verhältnisse geschaffen werden, in denen
27 dies möglich ist.

28 **Unsere Forderungen**

- 29 • Prostitution ist kein normales Beschäftigungsverhältnis wie jedes andere. Der
30 Gesetzgeber muss daher festlegen, dass es unabhängig von der Vertragsart (selbständig

1 oder angestellt) kein Weisungsrecht im Bereich der sexuellen Intimsphäre geben kann.
2 Weisungen von Zuhältern und Bordellbesitzern dürfen nicht die Unverletzlichkeit der
3 Intimsphäre einschränken. Das Abhängigkeitsverhältnis zum Zuhälter und
4 Bordellbetreiber muss durchbrochen werden. Alles, was über die Vermietung von
5 Zimmern hinausgeht, ist sexuelle Ausbeutung und muss der Kontrolle der Polizei
6 unterliegen. Das erleichtert auch die Identifizierung von Menschenhandelsopfern.

- 7 • Das Rechtsverhältnis muss zwischen Prostituerter und Freier direkt bestehen.
8 Verträge, die der Freier mit der/m BordellbetreiberIn abschließt und damit über die
9 Prostituierte verfügt, müssen verboten werden.
- 10 • Das Betreiben eines Bordells soll als Gewerbe angemeldet werden, für das eine
11 Konzession erforderlich ist, wie es bei dem Betreiben einer Gaststätte bereits heute
12 geregelt ist. Dies ermöglicht zum einen die Überprüfung der Zuverlässigkeit des
13 Betreibers/ der Betreiberin, vor allem aber Kontrollen durch die Gewerbeaufsicht
14 während des Betriebs. Der Vergleich mit den Gaststätten zeigt, wie gering bisher die
15 Anforderungen sind.
- 16 • Damit die soziale Absicherung Prostituerter auch in selbstständiger Arbeit
17 gewährleistet ist, müssen wir auch hier für die BürgerInnenversicherung eintreten. Als
18 Alternative oder Übergangslösung kann eine Sozialkasse für Prostituierte eingerichtet
19 werden, nach dem Vorbild der Künstlersozialkasse, die sich um die Versicherung des
20 jeweiligen versicherungspflichtigen Personenkreises kümmert und diese berät.
- 21 • Die regelmäßige Pflichtuntersuchung von Prostituierten verbunden mit psycho-
22 sozialen Beratungsangeboten in den Gesundheitsämtern muss wiedereingeführt
23 werden. Die vielerorts leider abgeschaffte Pflichtuntersuchung ist schon von daher
24 nötig, weil sich Geschlechtskrankheiten wegen des von den Freiern favorisierten
25 ungeschützten Geschlechtsverkehrs im Milieu immer weiter verbreiten. Außerdem ist
26 ein regelmäßiger Gang zum Gesundheitsamt für die Frauen oft die einzige
27 Möglichkeit, sich Zuhältern und Bordellbetreibern wenigstens zeitweise zu entziehen
28 und so Hilfsangebote zu erkennen und wahrzunehmen.
- 29 • Arbeitsvermittlung rund um die Prostitution muss weiterhin ausgeschlossen sein.
30 Prostitution darf nicht als zumutbare Option der Sicherung des Lebensunterhaltes
31 gelten.
- 32 • Letztlich muss die Möglichkeit zum Ausstieg oberstes Ziel aller Maßnahmen bleiben.
33 Ausstiegswillige Frauen müssen es leicht haben, Ausstiegshilfen und Programme

1 wahrzunehmen und an Qualifikationsmaßnahmen und Förderprogramme
2 teilzunehmen.

- 3 • Die Bundesregierung muss das Thema aus dem Verborgenen holen und durch eine
4 große öffentlichkeitswirksame Kampagne über Menschenhandel, entwürdigende
5 Formen von Prostitution und Kinderprostitution die Freier in die Pflicht nehmen,
6 hinzusehen, Verantwortung zu übernehmen. Freier von Zwangsprostitution müssen
7 bestraft werden.

8

-
- 2 • Auf dem Bundeskongress 2009 haben wir Jusos ein Arbeitsprogramm für zwei Jahre
3 beschlossen. An diesem Programm halten wir fest. Die Entwicklungen seit dem Juni
4 2009 machen aber an einigen Stellen neue Punkte und andere Schwerpunktsetzungen
5 notwendig.
- 6 •
- 7 • **1. Jusos und SPD nach der Bundestagswahl**
- 8 • Die SPD hat bei der Bundestagswahl das schlechteste Ergebnis seit Bestehen der
9 Bundesrepublik erzielt und musste nach elf Jahren Regierungsbeteiligung den Gang in
10 die Opposition antreten. Der SPD ist dabei quitiert worden, dass sie in der
11 Regierungszeit zentrale sozialdemokratische Positionen aufgegeben und eine Politik
12 betrieben hat, die den Interessen und den Grundüberzeugungen der Wählerinnen und
13 Wähler der SPD an vielen Punkten entgegenstand. Vor allem konnte der Grundwert
14 der sozialen Gerechtigkeit nur selten in konkretes Regierungshandeln übersetzt
15 werden. Damit ist insbesondere die Wirtschafts- und Sozialpolitik angesprochen, aber
16 auch etwa in der Friedens- und in der Innenpolitik waren – gemessen am
17 Grundsatzprogramm der Partei – Fehlentwicklungen festzustellen. Agenda 2010,
18 Hartz IV, die Rente mit 67, oder der Krieg in Afghanistan sind die zentralen Begriffe,
19 die den Bruch zwischen der sozialdemokratischen Regierungspolitik und den
20 Wählerinnen und Wählern symbolisieren.
- 21 • Dieser Bruch konnte auch durch ein in seinen Grundaussagen sozialdemokratisches
22 Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 nicht mehr gekittet werden. Zwar
23 entsprachen viele Aussagen der SPD, z.B. die BürgerInnenversicherung oder der
24 Mindestlohn, den Wünschen der Wählerinnen und Wähler. Diese nahmen der SPD
25 aber nicht mehr ab, dass sie diese Positionen auch tatsächlich umsetzen würde. Zu
26 häufig waren zuvor Aussagen vor der Wahl und Regierungshandeln nach der Wahl
27 auseinandergeklafft.
- 28 •

- 1 • Für uns Jusos besonders bedenklich ist das Abstimmungsverhalten der jungen
2 Wählerinnen und Wähler. In der Gruppe der 25 bis 35-jährigen ist die SPD nur noch
3 drittstärkste Kraft hinter der FDP geworden, insgesamt gab es in keiner Zielgruppe so
4 große Verluste wie bei den Wählern und Wählerinnen unter 35 Jahren. Profitiert
5 haben davon die drei kleinen Parteien zu etwa gleichen Anteilen. Offensichtlich
6 konnten sie glaubwürdiger eine Zukunftsidee für junge Menschen vermitteln. Dieses
7 schlechte Abschneiden kann aber nicht den Jusos zugerechnet werden. Dieses
8 schlechte Abschneiden ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Sicherlich dazu
9 beigetragen hat die geringe Glaubwürdigkeit der SPD-Politik der vergangenen Jahre
10 sowie die Haltung in einigen für insbesondere Jugendliche relevanten
11 Themenbereichen wie der Netzpolitik.
- 12 • Wir Jusos haben bis zum Schluss engagiert Wahlkampf geführt. Dabei waren wir
13 nicht nur vor Ort bei Aktionen, Veranstaltungen, Infoständen etc. präsent, sondern
14 haben als Jusos auch eigene Themen gesetzt und eine Mittlerrolle zwischen
15 Jugendlichen und der Partei eingenommen. Seit der Bundestagswahl haben wir
16 erfreulicherweise steigende Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Dennoch müssen wir
17 feststellen, dass es uns in der Tat häufig nur unzureichend gelingt, politikferne Milieus
18 anzusprechen. Es wäre aber ein Trugschluss zu glauben, dass diese jungen Menschen
19 in einer Zeit, in der politische Botschaften immer stärker massenmedial vermittelt
20 werden, allein durch die Jusos zurückgewonnen werden können. Vielmehr braucht es
21 hierfür eine Partei, die eine eigenständige Vision für die Zukunftschancen junger
22 Menschen hat und dies auch personell widerspiegelt.
- 23 •
- 24 • Die neue Bundesregierung zeigt seit der Wahl, dass sie eine Politik gegen die
25 Interessen der Mehrheit der Menschen macht. Es vergeht dabei kaum eine Woche, in
26 der nicht ein neues unsoziales Projekt in die Debatte gebracht wird. Massive
27 Steuerentlastungen der Wohlhabenden und die finanzielle Ausblutung der
28 Kommunen, die Einführung einer Kopfpauschale im Gesundheitswesen,
29 Mehrwertsteuersenkungen für Hoteliers, der Ausstieg aus dem Atomkonsens, der
30 mangelnde Wille zu Regulierungen der Finanzmärkte und die (vorerst noch verbal)
31 zunehmende Militarisierung in der Afghanistan-Debatte sind dabei nur einige
32 Beispiele. Jedes dieser Projekte wird von der Mehrheit der Menschen abgelehnt.
33 Gleichzeitig kann die SPD davon aber gemessen an aktuellen Umfragen nicht

1 ausreichend profitieren. Auch im SPD-Kernland NRW konnte zwar ein
2 Wahlergebnis eingefahren werden, mit dem hinreichend deutlich wurde, dass die
3 Menschen die schwarz-gelbe Politik ablehnen. Gleichzeitig handelte es sich aber nicht
4 um einen deutlichen Wahlsieg der SPD, lag sie doch am Ende immerhin noch hinter
5 der Union und verlor gegen dem bereits schlechten Ergebnis 2005 nochmals massiv an
6 Stimmen.

7 •

8 • Das alles macht deutlich, dass es nicht ausreichen wird, sich auf die Fehler der
9 schwarz-gelben Bundesregierung zu verlassen, wie es einige in der Partei zu hoffen
10 scheinen. Es reicht nicht aus, nur das geringere Übel zu sein. Vielmehr muss die SPD
11 wieder die besseren Konzepte haben, diese auch glaubwürdig vertreten und mithin
12 treibende Kraft in der Opposition sein. Dazu ist eine glaubwürdige Abkehr von den
13 Inhalten, die den Vertrauensverlust bei den Wählerinnen und Wählern verursacht
14 haben, also insbesondere von Rente mit 67, Hartz IV und Kriegseinsätzen, notwendig.
15 Der Erneuerungsprozess der SPD wird nicht erfolgreich sein, wenn er sich wie aktuell
16 darauf beschränkt, Personen auszutauschen und mit anderer Rhetorik und neuem
17 Diskussionsstil wesentlich die Inhalte der 11 Jahre Regierungszeit zu verteidigen. Die
18 SPD braucht nach wie vor eine grundlegende inhaltliche Neuaufstellung und eine
19 Redemokratisierung der Entscheidungsprozesse – (suggestive) Fragebögen sind dafür
20 nicht adäquat.

21 •

22 • Wir wissen: Das alles braucht Zeit und geht nicht von heute auf morgen. Die SPD
23 muss aber den eingeschlagenen Weg der inhaltlichen Erneuerung konsequent weiter
24 gehen und diesen durch Projekte in den Ländern, in denen wir an der Regierung
25 beteiligt sind, flankieren. Nur wenn wir es schaffen, dass wir die Partei sind, die unter
26 anderem die Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule
27 tatsächlich durchsetzen und jungen Menschen ein Recht auf Ausbildung garantieren,
28 können wir verlorene Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Dazu gehört aber auch, dass
29 wir unsere Inhalte auch personell darstellen können. Die personelle Erneuerung darf
30 nicht auf die Parteispitze begrenzt bleiben. Vielmehr muss sich die Partei in ihrer
31 ganzen Breite personell darstellen. MigrantInnen, ArbeitnehmerInnen, aber auch
32 Jüngere müssen stärker beteiligt werden.

33 •

- 1 • Auch wir Jusos müssen unserer neuen Rolle als Oppositionsjugend gerecht werden.
2 Wir werden die inhaltliche Erneuerung der SPD kritisch begleiten. Wir werden
3 natürlich auch mit aller Kraft gegen die neoliberale Politik der schwarz-gelben
4 Bundesregierung kämpfen. Dabei ist unser Vorteil, dass der Kontakt zu sozialen
5 Bewegungen und außerparlamentarischen BündnispartnerInnen nie abgerissen ist.
6 Zwar war der Umgang in Regierungszeiten nicht immer einfach. Wir haben und
7 werden uns davon aber nicht abhalten lassen, gemeinsam mit anderen für eine
8 gerechte Gesellschaft zu kämpfen. Dabei können wir – das haben die vergangenen
9 Monate gezeigt – auch Brücken für unsere Partei bauen, die an einigen Stellen keine
10 Anknüpfungspunkte mehr hatte. Dazu müssen wir aber auch unsere
11 Kampagnenfähigkeit, die wir im Bundestagswahlkampf unter Beweis gestellt haben,
12 ausbauen und für die außerparlamentarische Oppositionsarbeit nutzen.
- 13 •
- 14 • **2. Die Erneuerung der SPD voran bringen**
- 15 • Wir Jusos werden uns massiv eine inhaltliche Erneuerung der SPD einfordern und
16 unsere Positionen in diesen Erneuerungsprozess einbringen. Nach unserer Auffassung
17 muss es bei dieser Veränderung darum gehen, soziale Gerechtigkeit wieder zum
18 Kernthema der SPD zu machen. Dafür ist die Korrektur der Positionen bei der Rente
19 mit 67 und bei Hartz IV eine vordringliche, aber keinesfalls ausreichende Bedingung.
20 Die Aufgabe der SPD besteht darin, den offenkundigen Grundwiderspruch der
21 neoliberalen Modernisierungspolitik offensiv zu artikulieren und Partei zu ergreifen
22 für die sozialstaatlich geprägten Überzeugungen einer Bevölkerungsmehrheit (der
23 Staat als Garant der sozialen BürgerInnenrechte und der gerechten Verteilung).
- 24 •
- 25 • Gleichzeitig müssen wir auch die organisatorische Erneuerung mit dem Ziel stärkerer
26 Partizipationsmöglichkeiten und vor allem einer Verbindlichkeit der in
27 demokratischen Verfahren gefallenen Beschlüsse vorantreiben. Dabei werden wir
28 sowohl an die Diskussionen in den Zukunftswerkstätten anknüpfen und unsere
29 Vorstellungen dort einbringen als auch eigene Positionen entwickeln. Hierzu werden
30 wir über die thematischen Verantwortlichkeiten im Bundesvorstand hinaus einen
31 Diskussionsprozess im Verband sicherstellen. Das stellen wir unter anderem durch das
32 Aufgreifen aktueller Themen im Rahmen unserer Verbandsdebatten und der
33 Perspektivwochenenden (aktuelle Stunde) sicher. Wir werden unsere Positionen auf

1 allen Ebenen in den Erneuerungsprozess einbringen. Hierfür ist der Bundesparteitag
2 im September die erste wichtige Station. Wir müssen aber darüber hinaus auch in der
3 ganzen Breite des Verbandes aktiv sein. Nur wenn es uns gelingt, unsere Positionen
4 auch in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Landesverbänden / Bezirken
5 einzubringen und gemeinsam an einem Strang ziehen können, wir erfolgreich sein.
6 Hierzu werden wir einen regelmäßigen Austausch mit den Bezirken und
7 Landesverbänden sicherstellen. Außerdem werden wir im Winter, im Rahmen eines
8 zweitägigen Bundesausschusses, für uns Jusos ein Zwischenfazit des
9 Erneuerungsprozesses ziehen und unsere Aufstellung für die nächsten Monate
10 festlegen. Zusätzlich werden wir einzelne Themen auch gemeinsam mit
11 BündnispartnerInnen voranbringen.

12 •
13 • **3. Jusos als Opposition – unsere Doppelstrategie fortsetzen**
14 • Wir Jusos wollen neben der Erneuerung der Partei auch die außerparlamentarische
15 Oppositionsarbeit fortsetzen und intensivieren. Wir haben schon in den letzten Jahren
16 erfolgreich mit unserer Doppelstrategie gearbeitet. Deshalb können wir an unsere
17 guten Kontakte durch unsere Bündnisarbeit anknüpfen. Unter anderem in den
18 Bereichen ‚Innere Sicherheit‘, ‚Atomausstieg‘, Finanztransaktionssteuer oder der
19 antifaschistischen Arbeit waren wir in den vergangenen Monaten an vielen Aktionen
20 beteiligt. Das wollen wir fortsetzen und dabei auch die Mobilisierungsfähigkeit des
21 Verbandes steigern.

22 •
23 • Wir wollen unseren Dialog mit den Jugendgewerkschaften und unseren anderen
24 PartnerInnen der ArbeiterInnenjugend intensivieren. Wir streben an, dass es hier zu
25 einem regelmäßigen Austausch kommt und gemeinsame Kampagnen und Strategien
26 entwickelt werden. Insbesondere das Thema Ausbildung nimmt hierbei eine
27 gewichtige Rolle ein. Mit unseren Inhalten, wie beispielsweise, Mindestlohn für
28 Auszubildende, Ablehnung von
29 • Modularisierungen, Forderung einer Ausbildungsplatzumlage, und Stärkung der
30 • Mitbestimmungsrechte von Auszubildenden stehen wir solidarisch zu den sich in
31 Ausbildung befindenden Jugendlichen. Ebenso wollen wir zu einem regelmäßigen
32 Austausch mit den Jugendorganisationen der beiden anderen Oppositionsparteien im
33 Bundestag kommen. Dabei ist klar, dass hierbei nicht in allen Fragen gleich ein

- 1 Konsens herrschen wird. Wir wollen aber die Möglichkeit nutzen, Gemeinsamkeiten
2 zu identifizieren und suchen dabei die punktuelle Zusammenarbeit.
- 3 •
- 4 • Für die Oppositionsarbeit sehen wir Jusos zwei Schwerpunkte: die Finanzmarktkrise
5 und die anstehende Spardebatte auf europäischer und nationaler Ebene.
- 6 • Bisher ist außer großen Worten in Sachen Regulierung der Finanzmärkte nicht viel
7 passiert. Die G-20 erweist sich als handlungsunfähig trotz langer Debatten besteht
8 kein Konsens darüber, wie die VerursacherInnen der Krise an den Kosten beteiligt
9 werden. Mit der Bankenabgabe der Bundesregierung müssen wir allein 15 Jahre
10 warten und sparen, um uns die direkte Rettung der Commerzbank leisten zu können.
11 Aber auch auf anderen Feldern steht die Diskussion immer noch ganz am Anfang: das
12 vom Kabinett vorgelegte Papier zur Bankenaufsicht ist vollkommen unzureichend und
13 es ist zum heutigen Zeitpunkt vollkommen unklar wann es verabschiedet werden soll.
14 Hier müssen wir die Bundesregierung, zusammen mit BündnispartnerInnen vor uns
15 hertreiben. Die Kampagne zur Finanztransaktionssteuer ist dabei ein guter
16 Ansatzpunkt.
- 17 •
- 18 • Zur Rettung der Finanzmärkte und des Euros sind inzwischen Milliardenbeträge
19 geflossen, die von den Staaten bezahlt werden müssen. Gibt es keine Änderungen in
20 dem ungerechten deutschen Steuersystem, werden diese Beträge hauptsächlich von
21 den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bezahlt. Anstatt die wahren Schuldigen
22 zu benennen, kündigt Angela Merkel an, dass einige Länder -auch Deutschland- über
23 ihre Verhältnisse gelebt hätten und wir deshalb einen harten Sparkurs brauchen. Die
24 ersten vorliegenden Vorschläge zeigen deutlich, dass hier wieder alte neoliberale
25 Vorschläge auf den Tisch kommen. Hier müssen wir Widerstand leisten. Gleichzeitig
26 ist es wichtig, die Frage nach einem gerechten Steuer-, Bildungs- und Sozialsystem,
27 also kurz: die soziale Frage, hervorzuheben und dabei zu betonen, dass es neben den
28 Herausforderungen im Bildungssystem auch um materielle Voraussetzungen
29 gesellschaftlicher Teilhabe gehen muss
- 30 •
- 31 • Auch aus wirtschaftspolitischer Sicht läuft die Debatte vollkommen verquer. Es wird
32 verschwiegen, dass das deutsche Wachstumsmodell, das jahrelang rein auf
33 Exportüberschüsse gesetzt hat, seinen Teil zur jetzigen Krise beigetragen hat.

1 Stattdessen werden einseitige Schuldzuweisungen erhoben. Den ohnehin
2 fragwürdigen Euro-Stabilitätspakt zu verschärfen oder gar die deutsche
3 Schuldenbremse der ganzen EU aufzuzwingen, geht in die komplett falsche Richtung.
4 Ein europaweites Sparprogramm würde den Binnenmarkt schwächen und die Krise
5 verstärken.

- 6 •
- 7 • Deshalb ist es gerade jetzt unerlässlich, der Diskussion im Verband auch durch eine
8 europäische Perspektive neue Impulse zu geben. Denn vor allem aus europapolitischer
9 Perspektive ist der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg der
10 Renationalisierung der Europapolitik mehr als alarmierend. Besonders auch vor dem
11 Hintergrund, dass das was jetzt in Europa auf den Weg gebracht wird, viele Jahre,
12 wenn nicht gar Jahrzehnte, die politischen Bereiche Handel, Finanzmärkte und die
13 Wirtschaftspolitik prägen werden. Außerdem ist es von entscheidender Bedeutung,
14 dass wir eine verstärkte inhaltliche Rückkopplung in die ECOSY schaffen. Wir
15 werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb der SPD die Diskussion über die
16 zukünftige inhaltliche Gestaltung der SPD-Europapolitik und der europäischen
17 Sozialdemokratie nach dem schlechten Abschneiden bei der Europawahl
18 weitergeführt wird.

- 19 •
- 20 • Die Jusos sind ein linker Jugendverband und somit politischer Bezugspunkt für
21 fortschrittliche jugendkulturelle Bewegungen. Das soll sich nicht nur in einer
22 jugendorientierten Außendarstellung des Verbandes zeigen, sondern auch in seinen
23 Inhalten. Mit dem Kongress ‚Links 2010 – Veränderung durch Bewegung‘ und dem
24 Thesenpapier haben wir den Auftakt für unsere jugendpolitische Diskussion gemacht.
25 Dabei werden wir aber nicht stehen bleiben. Wir wollen deshalb im Rahmen unserer
26 Oppositionsarbeit einen Schwerpunkt auf die Auswirkungen der Finanzkrise und der
27 schwarz-gelben Kürzungspolitik für junge Menschen setzen. Schon jetzt ist etwa klar,
28 dass auf dem Arbeitsmarkt besonders junge Menschen von den Auswirkungen der
29 Krise betroffen sind. Das Augenmerk der europäischen und nationalen Politik muss
30 sich jetzt deshalb noch viel stärker auf die prekäre Situation von Jugendlichen richten.
31 Diese Neuausrichtung ist bisher jedoch bei den Initiativen der EU-Kommission und
32 auch bei der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zu erkennen. Ebenso werden die
33 zu befürchtenden massiven Sparprogramme auch zu Lasten der jüngeren Generation

1 gehen, indem etwa Investitionen in Bildung zurückgefahren werden. Für uns ist es
2 dabei wichtig, den aufgenommenen Dialog mit BündnispartnerInnen und anderen
3 Jugendorganisationen fortzusetzen. Wir wollen auch den gesamten Verband
4 mitnehmen und eine Handreichung für entsprechende Dialogformen vor Ort zur
5 Verfügung stellen. Außerdem werden wir die aufgeworfenen Probleme bis zum
6 Frühjahr 2011 in vier Veranstaltungen vertiefen und dabei gemeinsam mit
7 BündnispartnerInnen Ansätze für politische Alternativen diskutieren. Jede dieser
8 Veranstaltungen wird in einer der vier großen Regionen Nord / Süd / Ost / West
9 stattfinden, damit mehr Jusos die Möglichkeit zur Beteiligung an unserem
10 Diskussionsprozess haben. Dabei ist klar, dass die Teilnahme an diesen
11 Veranstaltungen für alle Jusos aus dem gesamten Bundesgebiet möglich sein wird.

12 •
13 • Wir werden diesen Prozess mit einem großen Jugendkongress im Frühjahr 2011
14 abschließen und dort die Ergebnisse unserer Überlegungen noch einmal gemeinsam
15 mit vielen Verbandsaktiven, aber auch mit uns politisch nahe stehenden jungen
16 Menschen diskutieren. Damit möchten wir an die Erfolge unserer letzten Kongresse
17 anschließen und zugleich aber auch sicherstellen, dass die Ergebnisse dieser
18 Veranstaltung festgehalten und dem Verband für die weitere Arbeit zur Verfügung
19 gestellt werden.

20 •
21 • **4. Den Verband weiter entwickeln**
22 • Wir werden als Bundesverband die Bildungsarbeit noch stärker unterstützen, denn sie
23 ist ein wichtiges Element der Integration von Neumitgliedern in unseren Verband.
24 Dazu werden wir die auf dem Treffen der Bildungsverantwortlichen geforderte
25 Online-Plattform für eine bessere Vernetzung der Bildungsangebote der Bezirke und
26 Landesverbände umsetzen.

27 • Damit wird diesen ermöglicht, sich über Seminarkonzepte, Materialien,
28 ReferentInnen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung auszutauschen und, sofern
29 gewünscht, auch wechselseitig TeilnehmerInnen in Seminare zu entsenden.
30 Außerdem werden wir auch als Bundesverband den Ausbau unserer Verbandsschule
31 forcieren und dadurch die Angebote der Landesverbände unterstützen. Neben den
32 bisherigen Elementen Politdiplom, Sommercamp, Grundlagenseminare und
33 Unterstützung für die Teilnahme an Seminare unserer BündnispartnerInnen werden

1 wir ein neues Angebot für Mitglieder, die bereits seit einiger Zeit Verantwortung in
2 unseren Strukturen übernommen haben, schaffen. Dabei geht es sowohl um eine
3 inhaltliche Schulung als auch um die Vermittlung methodischer Kompetenz. Ein
4 Ansatz dafür könnte eine Winterschule sein, auf der in verschiedenen Workshops
5 sowohl inhaltliche als auch methodische Aspekte vertieft werden.

- 6 •
- 7 • Wir wollen junge Frauen noch stärker fördern als bislang, denn auch unser Verband
8 ist von tatsächlicher Gleichstellung im Sinne einer ausgeglichenen Repräsentanz
9 beider Geschlechter in allen Strukturen noch weit entfernt. Deshalb werden wir neben
10 den schon geplanten Veranstaltungen in diesem Bereich weitere differenzierte
11 Angebote entwickeln und damit den unterschiedlichen Ansprüchen der verschiedenen
12 Ebenen des Verbandes Rechnung tragen. Es muss dabei gelten, ebenso
13 Neueinsteigerinnen wie auch bereits aktive junge Frauen im Verband gezielt zu
14 fördern. Wir werden hierzu ein konkretisiertes Konzept bis zum Bundesausschuss im
15 November vorlegen. Dazu werden wir unsere bisherige Arbeit, auswerten, z.B. die
16 Beteiligung von Frauen und Männern, die Initiativen und Maßnahmen, die wir
17 unternommen haben sowie Publikationen, die das Thema Gleichstellung aufgreifen,
18 und die Vorschläge, die unter anderem auf dem Feminismuskongress 2008 gemacht
19 wurden, berücksichtigen.

- 20 •
- 21 • Unser Verband ist bunt und besteht aus vielen unterschiedlichen Zielgruppen:
22 SchülerInnen sollen sich bei uns ebenso gut aufgehoben fühlen wie junge Frauen,
23 Auszubildende oder BerufseinsteigerInnen. Deshalb werden wir ein Konzept für eine
24 verbesserte Zielgruppenansprache entwerfen. Dazu gehört auch, dass wir eine
25 Diskussion über unsere Strukturen und Arbeitsweisen führen müssen, um wieder
26 mehr junge Menschen für uns zu gewinnen. Ebenso müssen wir eine Strategie
27 entwerfen, mit der wir Milieus, die wir derzeit nicht (oder nicht mehr) für eine
28 Mitarbeit gewinnen können, wieder für uns zu begeistern. Ein Ansatzpunkt dafür ist
29 auch der weitere Ausbau der Online-Kommunikationsformen. Wir wollen unsere
30 Angebote künftig auch noch stärker dazu nutzen, die innerverbandliche
31 Meinungsbildung voranzubringen.

32

12

Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Mit einem solidarischen Wachstumspfad für Europa aus der Krise

2 Die Krise von Griechenland ist kein isoliertes Problem. Dies wird schon dadurch deutlich,
3 dass unmittelbar der gesamte Euroraum betroffen war und weitere Länder drohen Problem
4 bei der Kreditbeschaffung durch schlechtere Ratings zu bekommen. Griechenland war nur
5 der aktuelle Auslöser, das Grundproblem ist das wirtschaftliche Ungleichgewicht im
6 Euroraum und fehlende Abwehrmechanismen gegen Spekulationsangriffe. Die aufgelegten
7 Rettungspakete können nur die akute Gefahr vorläufig abmildern. Die derzeitige Strategie
8 der Krisenbekämpfung orientiert sich nicht an dem Grundproblem, sondern richtet sich vor
9 allem nach den Einzelinteressen der wirtschaftsstarken Länder der EU. Für die
10 Unterstützung mussten die Griechen Sparmaßnahmen in riesigem Ausmaß zusichern. Damit
11 wird aber nicht erreicht, dass Griechenland zukunftsfähig aufgestellt wird, sondern die
12 Volkswirtschaft geschädigt. Es gibt nun immer mehr Stimmen, die einen solchen rigiden
13 Sparkurs allen EU-Mitgliedern aufzwingen wollen. Dies wäre verehrend für den europäischen
14 Wirtschaftsraum. Schuldenabbau und ausgeglichene Haushalte sind mit Sicherheit
15 erstrebenswerte Ziele, aber wenn man sie bedingungslos durchsetzen will, wird dies den
16 gegenteiligen Effekt haben. Zum einen bewirkt das Aufschieben von nötigen Investitionen in
17 soziale Sicherheit, Infrastruktur und Bildung nicht nur schlechtere konjunkturelle
18 Entwicklungen, sondern verbaut zum anderen auch vielen Menschen Chancen für ihre
19 Zukunft. Um aus dieser Krise herauszukommen ist eine koordinierte Wachstumspolitik in
20 Europa notwendig und gerade Deutschland muss mit seinem großen
21 Handelsbilanzüberschuss seinen Beitrag dazu leisten.

22 Deutschland hatte in den vergangenen Jahren enorme Exportüberschüsse, diese wurden zum
23 einen auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und zum anderen zu Lasten europäischer Nachbarn
24 erzielt. Die zunehmende Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen
25 muss umgekehrt werden. Es ist eine Politik für stärkere Binnennachfrage notwendig. Dies ist
26 nicht nur die Angelegenheit der Tarifparteien. Der Staat muss dies zum einen über das
27 Steuer- und Abgabensystem vorantreiben und zum anderen Impulse für Innovation und
28 Wachstum setzen. Dies ist in der aktuellen Lage nur durch Schulden zu finanzieren. Für

1 einen funktionierenden europäischen Wirtschaftsraum muss Deutschland das Ziel eines
2 außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verfolgen. Dadurch wird nicht nur die ungerechte
3 Verteilung in Deutschland abgemildert, sondern auch die gesamteuropäische
4 Binnennachfrage angeregt.

5 Das Krisenmanagement der Bundeskanzlerin bei der aktuellen Krise war alles andere als ein
6 effektives. Insbesondere die Verzögerungstaktik der Regierung im Hinblick auf die
7 Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ist unverantwortlich. Sie hat Deutschland
8 international isoliert und Spekulationen auf den Finanzmärkten weiter angeheizt.

9 Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe
10 aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine
11 Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und
12 Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutschen Medien über
13 Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Und das, obwohl offensichtlich
14 war, dass die griechische Regierung, die unter Führung der sozialdemokratischen PASOK
15 dazu auch noch erst seit einige Monaten im Amt ist, bereits harte Einschnitte und
16 Sparmaßnahmen angekündigt und beschlossen hatte. Schon vor der Parlamentswahl im
17 vergangenen Oktober war klar, dass die griechische Regierung nicht darum herum kommen
18 wird, lange bevor die Krise die heutigen Ausmaße annahm.

19 Diese beschlossenen Maßnahmen verlangen nicht nur der griechischen Bevölkerung viel ab,
20 sondern werden auch eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes und somit der
21 Haushalte verhindern. Dies haben auch die Unruhen gezeigt. Wieder sind es die, die Krise
22 nicht verursacht haben, die diese bezahlen müssen. Sicherlich hätte sich auch Giorgos
23 Papandreou dafür mehr Unterstützung von der deutschen Regierung gewünscht.
24 Insbesondere darin, dass selbst wenn viele der Probleme hausgemacht sind, das Grundübel
25 dieser Krise die Lage und Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte ist und dem
26 Treiben ein Ende gesetzt werden muss.

27 Die Hinhaltetaktik der Deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die
28 zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte
29 Zinsen bezahlt werden müssen sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang
30 gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen als sie
31 sonst hätten ausfallen müssen.

32 Im Ergebnis musste im Eilverfahren ein Milliardenpaket zu Griechenland in Höhe von 22
33 Milliarden Euro verabschiedet und wenige Tage später ein noch viel größeres Paket in Höhe

1 von 148 Milliarden Euro auf den Weg gebracht werden. Und aufgrund der katastrophalen
2 Kommunikation der Bundesregierung wurde von Ihr auch noch der Eindruck erweckt, dass es
3 sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht
4 um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen
5 SteuerzahlerInnen gut verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die
6 griechische Regierung und das griechische Parlament weitreichende Maßnahmen ergriffen
7 haben, sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt
8 hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

9 Die großen Differenzen innerhalb der Koalition bzgl. der weiteren Maßnahmen zur
10 Regulierung der Finanzmärkte haben die Bevölkerung noch weiter verunsichert. Während
11 zunächst verschiedene Regierungsmitglieder die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
12 kategorisch abgelehnt hatten wollte sich die Kanzlerin auf einmal für die Einführung
13 einsetzen. Dazwischen widersprachen sich Schäuble und Seehofer über die Vorgehensweise
14 und die FDP funkte immer wieder dazwischen. Und das obwohl der Koalitionsausschuss sich
15 schon dafür ausgesprochen hatte.

16

17 **Sparprogramm Griechenland**

18 Mitte Februar hat Griechenland sein erstes Sparprogramm veröffentlicht, das unter dem
19 Namen „Programm für Stabilität und Entwicklung (PSA)“ firmiert und unter dem Druck der
20 Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission mehrmals verändert wurde. Das Ziel
21 des Sparprogramms war es innerhalb von 3 Jahren das Haushaltsdefizit auf 3% zu begrenzen
22 und damit allein im Jahr 2010 eine Verringerung des Haushaltsdefizits um 9,6 Milliarden
23 Euro, die jeweils zur Hälfte über Einsparungen und Mehreinnahmen finanziert werden
24 sollen, zu erzielen. Heute gibt es nachdem sich die Situation am 28. April noch einmal
25 deutlich verschärft hat schon das zweite Sparprogramm.

26 Das Gesamtpaket hat an einigen Stellen durchaus eine soziale Komponente, so soll versucht
27 werden die ausstehenden Beiträge der Arbeitgeber für die Sozialkassen (im Moment 35%)
28 einzutreiben, die Erbschafts- und Schenkungssteuer soll erhöht werden, es soll eine
29 Besteuerung der Dividenden geben und die Einnahmen der orthodoxen Kirche sollen
30 besteuert werden.

31 Dennoch die großen Lasten tragen Menschen mit geringem Einkommen und
32 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dabei sehen sich gemäß den von Eurostat für das
33 Jahr 2008 veröffentlichten Daten in Griechenland 20% der Bürger mit der Gefahr von Armut

1 konfrontiert. Der EU-Durchschnitt liegt bei 17%. Mit diesen Maßnahmen dürfte die Armut
2 in Griechenland steigen.
3 Dies gilt insbesondere für die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19 auf 23%. Auch die
4 geplanten Privatisierungen von Unternehmen und die Streichung von Privilegien für
5 staatliche Unternehmen, werden diese Gruppen besonders treffen. So stieg auf Grund der
6 Maßnahmen schon der Strompreis deutlich an. Hochrechnungen gehen davon aus, dass die
7 Rentenreform (Neuberechnung, höheres Rentenalter, Einschränkung der Frühverrentung) zu
8 Rentenkürzungen um die 20-30% führen wird. Dabei liegt die Durchschnittsrente in
9 Griechenland bei 520€. Auch das Einfrieren aller Löhne im öffentlichen Dienst für die
10 nächsten drei Jahre trifft Geringverdiener am Härtesten.
11 Gleichzeitig schwächt dieses Sparprogramm das breite Bevölkerungsschichten trifft den
12 Binnenmarkt. Dies trifft Griechenland besonders, hier trägt der private Konsum 70% zum
13 BIP bei. Erholt sich die Wirtschaft nicht, sondern wird weiter geschwächt, so sinken die
14 Steuereinnahmen weiter. Wird nun der Sparkurs weiter verschärft kann dies in einer
15 Abwärtsspirale münden.
16 Am Beispiel Griechenland zeigt sich sehr deutlich, dass im Zuge der Spardebatten alte
17 neoliberale Vorschläge aus den Schubladen gezogen werden, nicht aber versucht wird
18 strukturelle Probleme anzugehen und dass nicht die Verursacher den Hauptteil der Kosten
19 tragen.

20

21 **Die internationale Perspektive**

22 Vom 25. bis 27. Juni treffen sich die G8 und die G20 Regierungschefs zum Doppel-
23 Gipfeltreffen in Kanada. Hier soll die internationale Regulierung der Finanzmärkte
24 fortgesetzt werden. Die G20 ist im Zuge der Finanzmarktkrise zum wichtigsten Akteur auf
25 internationaler Ebene aufgestiegen, die UN dagegen befindet sich komplett im Abseits.
26 Damit spielt die Perspektive der Entwicklungsländer auch offiziell keine Rolle.
27 Doch schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich in Kanada nichts bewegen wird. Die
28 Zugeständnisse an die Banken werden von Treffen zu Treffen größer. In allen wichtigen
29 Punkten gibt es keinen Konsens: dies gilt für die Finanzaufsicht, die Regulierung von
30 Hedgefonds und Ratingagenturen, die Frage wie Derivate besser kontrolliert werden können
31 und wie mit den Haushaltsdefiziten die auf Grund der Finanzmarktkrise enorm gestiegen
32 sind umgegangen wird. Die USA und viele Schwellenländer befürchten, dass ein strikter

1 Sparkurs in Europa – vor allem in Deutschland - die Konjunktur abwürgen wird. Sie wollen
2 Sparprogramme erst im Aufschwung antizyklisch auflegen.

3 Das gleiche gilt für die Frage, wie wird der Finanzmarktsektor an den Kosten der Krise
4 beteiligt. Dieser Punkt wurde vom letzten Gipfel auf das Treffen in Kanada vertagt. Im
5 Moment gibt es drei Vorschläge die sich in der Diskussion befinden:

6 **Die Bankenabgabe:** Der Internationale Währungsfond hat den G20 Ländern eine erweiterte
7 Bankenabgabe (Financial stability contribution) vorgeschlagen. Hier würden nicht nur
8 Banken, sondern auch verschiedene Finanzmarktakteure einen Fond für zukünftige
9 Bankenrettungen finanzieren. Dieser Vorschlag scheint vom Tisch zu sein, zu unterschiedlich
10 sind die verschiedenen nationalen Fonds die sich in der Diskussion befinden. So setzt die
11 USA mit ihrer „financial crisis responsibility fee“ auf eine Abgabe die nicht nur von den
12 Banken, sondern z.B. auch von anderen Akteuren wie Brooker zu zahlen ist, welche die
13 Verbindlichkeiten als Bemessungsgrundlage nimmt und direkt in den Haushalt fließt. Die
14 Deutsche Bankenabgabe bezieht sich nur auf Banken und das Geld fließt in einen Fond der
15 für zukünftige Bankenrettungen zur Verfügung stehen soll. Bisher ist nur geplant in Toronto
16 Prinzipien festzulegen, an denen sich die Länder orientieren sollen, wenn sie individuell eine
17 Bankenabgabe einführen wollen.

18 **Die FAT (Finanzaktivitätssteuer):** Neu ins Spiel gebracht wurde die FAT, eine Steuer auf
19 Vergütungen und Gewinne von Finanzinstitutionen. Der Vorschlag blieb an vielen wichtigen
20 Punkten sehr vage, vor allem was das Aufkommen betrifft. Die Finanzaktivitätensteuer wird
21 oftmals als Ersatz für die Finanztransaktionssteuer gesehen, dabei zielt sie auf vollkommen
22 unterschiedliche Sachverhalte ab, hat keinerlei Lenkungswirkung und dürfte vom
23 Aufkommen her deutlich hinter die Finanztransaktionssteuer zurückfallen.

24 **Finanztransaktionssteuer:** Wir Jusos fordern weiterhin die Einführung einer
25 Finanztransaktionssteuer (FTS). Im Gegensatz zu anderen Vorschlägen werden bei der FTS
26 sämtliche Transaktionen und Finanztitel (Devisen, Aktien, Anleihen oder Derivate)
27 besteuert, egal ob sie an der Börse oder außerhalb gehandelt werden.

28 Die Finanztransaktionssteuer stabilisiert die Finanzmärkte, in dem sie bestimmte
29 Spekulationen unattraktiv macht. Zum Beispiel sind Wetten auf Kurse an den Finanzmärkten
30 deshalb so interessant, weil oftmals nicht die gesamte Handelssumme aufgebracht werden
31 muss, sondern nur eine Sicherstellung. Diese Sicherstellung beträgt nur einen Bruchteil der
32 Summe der gehandelten Produkte. Grundlage für die Berechnung der Finanztransaktions-

1 steuer ist aber die gesamte Handelssumme. Damit würde die Steuer in einigen Fällen über
2 den der Gewinne liegen.

3 Auch die Praxis, hundertfach in kürzester Zeit - meist durch Computerprogramme gesteuert
4 - Aktien, Anleihen oder Derivate zu kaufen und zu verkaufen mit dem Ziel die Kurse zu
5 beeinflussen, würde oftmals unrentabel werden. Da die Gewinne in vielen Fällen geringer
6 wären, als die Finanztransaktionssteuer, die bei jeden Kauf und Verkauf fällig wird.

7

8 Beide Beispiele führten in der Vergangenheit oftmals zur extremen Destabilisierung von
9 Kursen.

10 Darüber hinaus stellt die FTS ein Stückchen Steuergerechtigkeit wieder her. Während wir im
11 Alltag auf jedes Produkt, welches wir kaufen Mehrwertsteuer bezahlen, ist der Handel mit
12 Finanzprodukten bisher steuerfrei.

13 Gleichzeitig wird das Geld dringend benötigt um endlich Armut und Klimawandel zu
14 bekämpfen oder die Daseinsvorsorge hier vor Ort nicht nur zu sichern, sondern auszubauen.

15 In der Diskussion sind Steuersätze von 0,1%, 0,05% oder von 0,01%. Das Österreichische
16 Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat in ihrer Studie über die
17 Finanztransaktionssteuer (FTS) auch die Erträge dieser Steuer berechnet. Dabei geht das
18 Institut davon aus, dass mit der Einführung der FTS die Zahl der Käufe und Verkäufe
19 zurückgehen wird. Würde man die Steuer mit einem Steuersatz von 0,1% in Europa
20 einführen, lägen die Einnahmen zwischen 3,26% und 1,25% des nominellen BIP, je nachdem
21 um wie viel die Transaktionen auf den Finanzmärkten zurückgehen. Geht man von einem
22 Mittelwert von 2,2% aus wären das nach aktuellem Stand 273 Milliarden Euro.

23 Die FTS würde insgesamt zu mehr Transparenz führen, denn wir würden damit wieder
24 Finanzströme erfassen, die außerhalb der Börse gehandelt werden. Vielfach ist der Handel
25 außerhalb der Börse eine Black Box, das beste Beispiel hierfür ist der Handel mit
26 Kreditderivaten.

27 Wir Jusos erwarten vom G20 Gipfel dass endlich konkrete Vereinbarungen getroffen
28 werden.. Dies betrifft insbesondere:

29 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf internationaler Ebene
30 • Eine wirkliche handlungsfähige Finanzmarktaufsicht, die einer demokratischen
31 Kontrolle unterliegt und nicht den Finanzmarktakteuren überlassen wird.

- 1 • Eine konkrete Strategie wie alle Derivate entweder über Börsen oder Clearingstellen
2 gehandelt werden können. Es darf keine Ausnahmen geben, der over-the-counter
3 Handel muss der Vergangenheit angehören.
- 4 • Ratingagenturen dürfen im ersten Schritt keine Bewertungen mehr abgeben, wenn sie
5 zu vor das Unternehmen oder die Bank beraten haben. Gleichzeitig muss es
6 internationale Richtlinien für die Bewertungen geben, die auch kontrolliert und
7 sanktioniert werden können.
- 8 • Es muss die Möglichkeit geben Hochrisiko-Produkte und bestimmte Hedgefonds zu
9 verbieten.

10 Dies sind nur Minimalanforderungen zur Regulierung der Finanzmärkte. Aber das sind die
11 Schritte die endlich gegangen werden müssen und sie zeigen wie wenig bisher passiert ist.

12

13 **Eurozone stabilisieren, weitere Krisen verhindern**

14 Neben einer Finanzmarktregulierung müssen auch weitere Weichen gestellt werden, damit
15 sich eine solche Krise nicht wiederholt. Die aktuelle Krise muss für einen Kurswechsel, von
16 der Liberalisierungsunion hin zu einer nachhaltigen und solidarischen europäischen
17 Integration, genutzt werden. Die Ungleichgewichte in der Eurozone müssen solidarisch
18 verringert werden. Die Griechenlandkrise gefährdet nicht den Euro, sondern die
19 Konstruktionsmängel des Euros selbst, sind maßgeblich für die Griechenlandkrise
20 mitverantwortlich für die Probleme der Griechen. Die bloße Orientierung an der
21 Geldwertstabilität ohne Rücksicht auf Wachstums- und Beschäftigungseffekte hat
22 insbesondere Länder mit Leistungsbilanzdefiziten immer weiter belastet. Europa braucht eine
23 bessere wirtschaftspolitische Koordinierung. Die einseitige Fixierung auf Sparprogramme und
24 die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit treibt Europa nur immer weiter in die Krise. Es
25 wäre der falsche Weg, die EU nun zu einer Sanktionsebene umzubauen, um in allen Staaten
26 Sparkurs durchzudrücken. Nur eine koordinierte europäische Wachstumsstrategie kann
27 Europa zukunftsfähig aufstellen. Dazu braucht es auch eine gemeinsame Finanz- und
28 Investitionspolitik. Massive Leistungsbilanzungleichgewichte können nicht länger
29 unberücksichtigt bleiben. Länder mit Überschüssen in der Handels- und Leistungsbilanz
30 müssen ihren Binnenmarkt zu stärken. Wir brauchen mehr institutionelle Kooperation, um
31 die Spekulationsattacken gegen einzelne Länder präventiv zu unterbinden.

32

- 1 - **Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik:** Wir brauchen eine
2 Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedstaaten. Wir
3 haben zwar einen gemeinsamen Binnenmarkt und eine Währungsunion, aber keine
4 koordinierte Politik. Nur durch ein abgestimmtes europäisches Vorgehen können wir
5 in der Zukunft schnell und effektiv auf mögliche Krisen reagieren.
6
- 7 - **Europäischer Stabilisierungsfond:** Statt der diskretionären und verzögerten
8 Mechanismen im Fall Griechenlands brauchen wir einen institutionellen
9 Mechanismus, etwa einen Europäischen Stabilisierungsfond, der in Notsituationen
10 und bei rasch steigenden Refinanzierungszinsen umgehend zur Unterstützung fähig
11 ist. Ein solcher Fond könnte aus einer gemeinschaftlich erhobenen Steuer oder analog
12 zum IWF über Einlagen finanziert werden. Dieser muss demokratisch kontrolliert
13 und nicht in irgendwelche Zweckgesellschaften mit weitreichenden Kompetenzen
14 ausgegliedert werden. Allerdings müssen die Bedingungen der Inanspruchnahme
15 dieses Mechanismus hinreichend unattraktiv sein, damit kein Land bewusst riskant
16 wirtschaftet und auf die Hilfe des Fonds rechnet.
17
- 18 - **Eurobonds:** Eine weitere Option besteht in der Emmittierung von europäischen
19 Anleihen (Eurobonds) deren Zinsen den (gewichteten) Durchschnittsbonitäten der
20 Eurostaaten entspräche. Somit könnten Spekulationen gegen die Staatsanleihen
21 einzelner anfälliger Länder unterbunden werden. Da auch dieses Verfahren
22 missbrauchsanfällig ist, ist eine starke Konditionierung nötig.
23
- 24 - **Außenwirtschaftlicher Stabilitätspakt:** Nicht nur die Haushaltsdefizite, sondern auch
25 die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der EU müssen endlich in den
26 Blick genommen werden. Eine Idee hierfür ist ein außenwirtschaftlicher
27 Stabilitätspakt, der als Ergänzung zum bisherigen Regelwerk der EWU exzessive
28 Defizite oder Überschüsse in der Leistungsbilanz überwacht und sanktioniert. Somit
29 wird auch die oft krisenwirksame Verschuldung des Privatsektors mit einbezogen, die
30 in öffentlichen Defiziten nicht sichtbar wird. Konsolidierung muss in beide
31 Richtungen erfolgen. Die Anpassungslast darf nicht nur bei den Schuldnern liegen,
32 sondern auch bei den Geberländern. Noch dazu würde dieses Verfahren

1 Dumpingstrategien erschweren, die auf eine Exportorientierung um jeden Preis
2 abzielen.

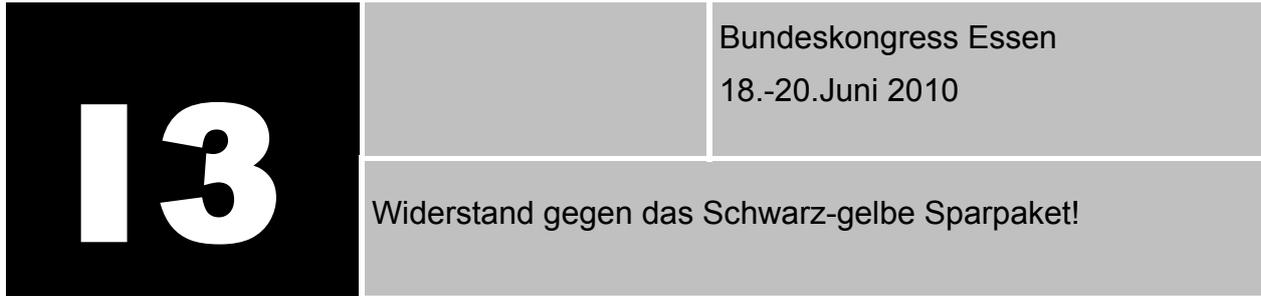
3
4 - **Reform des SWP:** Es steht außer Frage, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt
5 (SWP) in seiner derzeitigen Form versagt hat. Es wäre aber in der Konsequenz
6 unangebracht, seine derzeitigen Regeln nach dem Motto „more of the same“ einfach
7 zu verschärfen. Denn die Problem der Sanktionsmechanismus im SWP sind und
8 bleiben seine Prozyklik. Akut verschuldeten Ländern im Konjunkturtief Geldstrafen
9 aufzubrummen, ist kontraproduktiv und kann krisenverschärfend wirken. Deshalb
10 muss das willkürlich festgelegte 3%-Kriterium reformiert werden. Eine sinnvolle
11 Regelung müsste an einem langfristigen Kriterium orientiert sein die das
12 Ausgabenwachstum analog zum Wirtschaftswachstum begrenzt, dabei jedoch keine
13 durch Einnahmesteigerungen finanzierten Mehrausgaben ausschließt. Außerdem
14 muss der Sanktionmechanismus so verändert werden, dass er nicht unmittelbar
15 fiskalisch wirksam wird, etwa durch ein Strafmoratorium, um die notwendige
16 Sanktionszahlung in der nächsten Boomphase zu entrichten. Wenn die Reformen
17 ökonomisch unbedenklich sind, sind sie auch politisch besser durchsetzbar.

18
19 - **Automatische Stabilisatoren:** Mittelfristig brauchen wir Mechanismen, die anstelle
20 der nicht mehr zur Verfügung stehenden Währungsabwertungen in der Lage sind, die
21 asynchronen Konjunktursprünge in den Eurostaaten abzufedern. Solche automatische
22 Stabilisator müssen so gestaltet werden, dass Länder in Boomphasen
23 Ausgleichszahlungen an Länder in ökonomischen Krisenphasen leisten, aber über den
24 Konjunkturzyklus jedes einzelne Land im Saldo genauso viel in das System einzahlt,
25 wie es herausbekommt. Denkbar wäre etwa eine europäische
26 Basisarbeitslosenversicherung oder ein größeres EU-Budget, aus dem
27 Stabilisierungsleistungen erbracht werden. Wichtig ist aber die autonomieschonende
28 und demokratisch legitime Ausgestaltung eines solchen Mechanismus.

29
30 - **EZB reformieren:** Ziel einer nachfrageorientierten Geldpolitik muss zunächst die
31 Demokratisierung der EZB sein. Die DirektorInnen sollten vom EP mit qualifizierter
32 Mehrheit gewählt werden. Neben das Kriterium der Geldwertstabilität müssen das
33 nachhaltige Wachstum, der hohe Beschäftigungsstand und das außenwirtschaftliche

1 Gleichgewichts gestellt werden. Notwendig sind eine expansive Geldpolitik bei
2 Deflationsgefahr und ein Eingreifen auf Devisenmärkten bei Aufwertungsdruck des
3 Euro. Die nun eingeführte Möglichkeit zur Anleiheaufnahme sind zwar ein richtiger
4 Schritt, reichen aber noch lange nicht aus.

5



2 Ohne Zweifel steht die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates auf dem Spiel. Doch wenn
3 wie von Schwarz-Gelb geplant die öffentlichen Haushalte durch Ausgabenkürzungen saniert
4 werden sollen, werden Zukunftsinvestitionen und damit Wachstumsperspektiven gefährdet.
5 Wachstumsperspektiven. Das ist eine Kampfansage gegen soziale Gerechtigkeit. Wir Jusos
6 lehnen das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Sparpaket ab. Es ist
7 ökonomisch unsinnig und weist eine starke soziale Schieflage auf.

8

9 Mit dem Sparpaket zeigt die Regierung ihr wahres Gesicht: Es ist eine Koalition neoliberaler
10 Parteien. Merkels bisher gefühlte sozialdemokratische Fassade ist nun nach der NRW-Wahl
11 weg. Hervor kommt die neoliberale CDU-Vorsitzende Merkel, die bereits in Dresden ihre
12 Partei den massiven Abbau des Sozialstaats hat beschließen lassen und die nun mit dem
13 Sparpaket Sozialleistungen massiv zusammenstreicht. Bis 2014 sollen insgesamt 81 Mrd.
14 Euro eingespart werden, alleine im kommenden Jahr 11 Mrd. Euro. Durch das Sparpaket
15 werden sich die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands und Europas weiter verschärfen und
16 der Staatshaushalt wird weiter destabilisiert. In einer Wirtschaftskrise die Staatsausgaben zu
17 reduzieren, führt zu wirtschaftlicher Stagnation und in der Folge nicht zu einem Rückgang,
18 sondern zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits. Die Steuereinnahmen brechen weg und die
19 Sozialausgaben steigend aufgrund von Arbeitslosigkeit. Dies wird auch der zentrale Effekt der
20 schwarz-gelben Sparpolitik sein.

21

22 Mit dieser Deflationspolitik in Deutschland verschärft die Bundesregierung gleichzeitig die
23 wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Europäischen Union. Die reale Abwertung
24 Deutschlands wird die anderen EU-Mitgliedsstaaten zwingen, ihrerseits drastische
25 Sparmaßnahmen zu ergreifen, um die Konkurrenzfähigkeit ihrer Volkswirtschaften zu
26 verteidigen. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird in der Folge massiv einbrechen. Ein
27 Sparwettbewerb in Europa vergrößert die Wirtschaftskrise.

1 **Schwarz-gelber Sozialabbau**

2 Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant Kürzungen im Sozialbereich in historischem
3 Umfang: Kürzungen beim Übergang von ALG I in ALG II, die Streichung des
4 Heizkostenzuschusses, Kürzungen beim Elterngeld für Normalverdienende, die komplette
5 Streichung des Elterngeldes für ALG-II-EmpfängerInnen, Streichungen bei
6 Förderleistungen der Arbeitsagenturen oder der Wegfall der Rentenzahlungen für ALG-II-
7 EmpfängerInnen sind Sozialabbau in Reinform, die vor allem die Schwächsten der
8 Gesellschaft treffen.

9 Längerfristig können Merkels kurzfristige Einsparungen noch richtig teuer werden:
10 Einsparungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik führen langfristig zu höheren Kosten. Wenn
11 für Arbeitslose heute keine Rentenbeiträge bezahlt werden, fehlt das Geld in der
12 Rentenversicherung und ihre Alterssicherung muss später aus Steuermitteln finanziert
13 werden. Und die Rechnung geht zu Lasten der Kommunen: Wenn Langzeitarbeitslose keine
14 Rentenansprüche erwerben, fallen sie im Alter in die von den Kommunen zu finanzierende
15 Grundsicherung.

16 Alleine die konkret aufgeführten Sozialkürzungen machen 2011 in Merkels Sparpaket 5 Mrd.
17 Euro aus. Wenn Einsparungen vorgenommen werden sollen, dann sollte dies bei den
18 schwarz-gelben Klientelgeschenken, bei Privilegien und Begünstigungen der
19 Besserverdienenden und Vermögenden geschehen, nicht aber zu Lasten von Arbeitslosen,
20 Gering- und Normalverdienern!

21 **Besserverdienende und Vermögende bleiben weitgehend verschont**

22 Doch ausgerechnet bei den Besserverdienenden, bei großen Vermögen und Erbschaften, bei
23 Kapitaleinkünften sieht die Regierungskoalition keine zusätzlichen Belastungen vor. Die
24 angeführten Belastungen der Unternehmen sind schwammig, vage und unsicher und sollen
25 vor allem von der sozialen Schieflage des Pakets ablenken. Konkrete Konzepte, die für eine
26 schnelle Umsetzung nötig wären, fehlen. Dagegen sind die Einschnitte in der
27 Arbeitsmarktpolitik, beim ALG II oder beim Elterngeld sehr konkret und schnell umsetzbar.
28 Beispiel Beteiligung der Finanzbranche: Die konkret genannte Bankenabgabe ist eine
29 Sonderabgabe für einen Branchenfonds, die nichts zur Konsolidierung des Haushalts beiträgt.
30 Die darüber hinaus versprochenen „weiteren Maßnahmen“ bleiben unbestimmt.

1 Rätselhaft bleibt auch, wo die Bahn jährlich 500 Mio. Euro Dividende erwirtschaften soll.
2 Der aggressive Privatisierungskurs von Mehdorn hat ein marodes Netz, schlecht gewartete
3 Fahrzeuge und unsinnige Prestigeprojekte hinterlassen.
4 Eine wirklich angemessene Belastung der besserverdienenden schwarz-gelben Klientel hätte
5 bedeutet, als erstes Klientelgeschenke und Steuerprivilegien im Umfang von 5,6 Mrd. Euro
6 zurückzunehmen, wie beispielsweise die unsinnige Mehrwertsteuersenkung auf
7 Hotelübernachtungen.

8 **Mehr Staatseinnahmen sind nötig**

9 Auf der Einnahmeseite ist die Bundesregierung blind: Einen Staatshaushalt kann man auch
10 über die Einnahmeseite sanieren. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die
11 Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent hätten etwa die gleichen Wirkungen wie
12 das beschlossene Programm. Diese Maßnahmen wären nur sozial ausgewogener. Und sie
13 würden die Konjunktur nicht so stark destabilisieren. Denn während die geplanten
14 Sozialkürzungen fast eins zu eins zu Konsumausfällen führen werden, wirken
15 Steuererhöhungen bei den Wohlhabenden aufgrund von deren höherer Sparquote deutlich
16 weniger auf den Konsum und damit auch weniger auf die Konjunktur. Damit zeigt sich, dass
17 die Bundesregierung auch gesamtwirtschaftlich blind ist und die Nachfrageseite vollkommen
18 außer Acht lässt. Man verlässt sich einfach darauf, dass über einen starken Export der Ausfall
19 der Binnennachfrage kompensiert werden kann.

20

21 **Nötig ist konjunkturstabilisierende Haushaltspolitik**

22 Alle Erfahrung zeigt: Aus einer Haushaltskrise kann man sich nicht herausparen. Man kann
23 nur aus ihr herauswachsen. Deshalb muss, statt eine die Konjunktur destabilisierende
24 Sparpolitik zu verfolgen, die staatliche Haushaltspolitik weiter auf Konjunkturunterstützung
25 ausgerichtet werden. Deutschland und Europa haben im vergangenen Jahr den tiefsten
26 Konjunkturreinbruch seit dem zweiten Weltkrieg erlebt. Auf niedrigem Niveau hat sich die
27 Lage nun stabilisiert, sie ist aber immer noch sehr labil. Eine restriktive Sparpolitik gerade in
28 Deutschland wird dazu führen, dass es mit der Konjunktur weiter abwärts geht.
29 Die Bundesregierung muss die Bundesregierung durch öffentliche Investitionen und weitere
30 Programme die Konjunktur weiter stützen. Erst wenn die derzeitige Depression durch einen
31 stabilen Aufschwung abgelöst worden ist, kann das Haushaltsdefizit zurückgeführt werden –
32 dann aber überwiegend auf der Einnahmen- und nicht auf der Ausgabenseite des Staates.

1
2 Deutschland hat auch – anders als einige andere EU-Staaten – kein akutes
3 Verschuldungsproblem. Deshalb ist das Gerede von der vordringlichen
4 Haushaltskonsolidierung mitten in der Krise Unsinn. Deutschland muss seiner
5 Verantwortung für die Konjunktur in der Europäischen Union gerecht werden. Das wird aber
6 nicht aufgehen. Denn nahezu alle Staaten in Europa sparen gerade gleichzeitig ihre
7 Haushalte zusammen, was einen massiven Nachfrageausfall bedeutet. Das außereuropäische
8 Ausland wird den gesamteuropäischen Nachfrageausfall nicht kompensieren können.

9
10 **Schuldenbremse bleibt unvernünftig**

11 Die von uns Jusos immer wieder zu recht kritisierte Schuldenbremse zeigt jetzt ihre wahre
12 Dramatik. Es war einer der größten Fehler der SPD-Regierungsbeteiligung in der Großen
13 Koalition diesem engstirnigen und nicht nachhaltigen Konzept nicht nur zuzustimmen,
14 sondern es aktiv zu forcieren. Wir wissen: Es kann kein nachhaltiger Weg sein,
15 Staatsausgaben dauerhaft über höhere Schulden zu finanzieren. Der Staat braucht aber die
16 Möglichkeit, in besonderen Zeiten in den Wirtschaftskreislauf eingreifen zu können. Die
17 Schuldenbremse nimmt diesen finanzpolitischen Gestaltungsspielraum. In einer Phase, in der
18 alle europäischen Länder ihre Haushalte gleichzeitig drastisch zusammenkürzen, wäre es
19 eigentlich an Deutschland, das ein Viertel der europäischen Wirtschaftsleistung erbringt,
20 gegenzusteuern und einem dramatischen Nachfrageausfall entgegenzuwirken. Denn in
21 anderen Ländern gibt es weitaus dramatischere Haushaltssituationen als in Deutschland.

22 **Jetzt Widerstand mobilisieren!**

23 Gewerkschaften und auch die SPD haben entschlossenen Widerstand gegen das Sparpaket
24 der Bundesregierung angekündigt. Richtig so. Und klar ist auch: Wir Jusos werden bei allen
25 Protesten ganz vorne mit dabei sein. Denn das beschlossene Sparpaket verschärft die soziale
26 Schieflage erneut und ist auch eine Bedrohung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.
27 Nicht nur die unmittelbar Betroffenen werden die Auswirkungen zu spüren bekommen, wir
28 alle sind die Leidtragenden eines neoliberalen Dilettantismus.

29 **Wir fordern von der SPD:**

- 30 • eine aktive und breite Unterstützung der außerparlamentarischen Proteste und Solidarität
31 mit den von den Einsparungen Betroffenen.
32 • Alle zustimmungspflichtigen Teile des Pakets im Bundesrat abzulehnen.

- 1 • Im Bundestag das Sparpaket der schwarz-gelben Regierung abzulehnen und um die
2 Gestaltungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, Gesetzesentwürfe zur Wiedereinführung der
3 Vermögenssteuer, zur Erhöhung der Erbschaftsteuer und für einen höheren Spitzensatz
4 bei der Einkommenssteuer einzubringen, die die Staatseinnahmen mindestens im
5 gleichen Umfang erhöhen.
- 6 • Einen Antrag zur Abschaffung der Schuldenbremse im Bundestag einzubringen, um
7 zumindest deutlich zu machen, dass man aus den eigenen Fehlern gelernt hat.
- 8 •

14

Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Bildungsstreik -
Es geht weiter bis die Forderungen erfüllt sind!

- 2 • Das Bildungssystem in Deutschland ist seit Jahren von vielen negativen Veränderungen
3 erschüttert worden. Vor allem die schwarz-gelben Landesregierungen haben mit
4 Umstrukturierungen und Bildungsgebühren neue Hürden in der ohnehin schon hoch
5 selektiven Bildungslandschaft eingezogen. Doch auch die Bundesregierung räumt der
6 Bildung keine Vorfahrt ein. Die Ausgaben für Bildung stagnieren, beziehungsweise
7 werden real weniger. Unsinnige Stipendiensysteme fördern Eliten und mit den
8 Bundesländern kann keine sinnvolle Einigung über Bildungskompetenzen und die
9 Erhöhung der Bildungsausgaben erzielt werden.
- 10 •
- 11 • Im letzten Jahr fanden massive dezentrale Proteste statt, die gebündelt unter dem Namen
12 „Bildungsstreik“ zusammengefasst wurden. Im Sommer, als über 270.000 Menschen auf
13 die Straße gingen, und im Herbst sorgten die Proteste für erhöhte mediale
14 Aufmerksamkeit. In der Gesellschaft beflügelte dies eine breite Debatte über die
15 desaströse Lage des Bildungssystems – ein klarer Erfolg der vielen Aktionen. In der Folge
16 erklärten auch Politikerinnen und Politiker parteiübergreifend ihr Verständnis für die
17 Proteste und kündigten Reformen an.
- 18
- 19 • Doch passiert ist wenig, vielmehr haben sich die Zustände oftmals noch verschlechtert.
20 Deshalb rief das Bildungstreikbündnis vom 7. bis zum 11. Juni - ein Jahr nach den letzten
21 gemeinsamen dezentralen Bildungsdemos und der letzten Bildungsstreikwoche –
22 abermals zum streiken auf. In den Augen von zahlreichen Schülerinnen und Schülern,
23 Studierenden, Auszubildenden, Eltern, Lehrenden, Gewerkschaften und
24 Bildungsverbänden hatte sich viel zu wenig getan – die meisten Versprechen wurden im
25 Kompetenzgerangel zwischen Parteien, Ländern und Bund mit Nichten eingehalten.
- 26 •
- 27 • Am 10. Juni, also mitten in der Bildungsstreikwoche und nur einen Tag nach den erneuten
28 Demos, scheiterte der so genannte Bildungsgipfel. Vorher war immer wieder das Ziel

1 ausgelobt worden, bis 2015 die Investitionen in Bildung und Forschung auf 10 Prozent
2 des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Dieses wichtige Ziel wurde verfehlt. Wie
3 unverzichtbar es gewesen wäre, erheblich mehr Geld in Bildung zu investieren, belegte
4 dann auch postwendend ein neuer Bildungsbericht, der am 17. Juni erschien. So kommt
5 der Bericht zu dem Schluss, dass es im deutschen Bildungswesen einen „erheblichen
6 Umbauebedarf“ gibt und in der Bundesrepublik erheblich weniger Geld für Bildung
7 ausgegeben wird, als in den meisten anderen Industrienationen.

8 •

9 • Wir Jusos stellen anlässlich der letzten, immer noch nötigen, Streikwoche und der
10 Beratungsresistenz in vielen Bereichen der Politik, fest: Merkels Projekt der
11 Bildungsrepublik ist beerdigt – der Streit über die Erhöhung der Bildungsausgaben
12 konnte trotz drei Bildungsgipfeln nicht beigelegt werden. Abermals blieb nur die peinliche
13 Vertagung des Punkts, wie bis 2015 das sogenannte „10-Prozent-Ziel“ erreicht werden
14 kann.

15 •

16 • Wir Jusos bekennen uns weiterhin solidarisch mit den Bildungstreikenden und beteiligen
17 uns auch selbst an den friedlichen Protesten. Wer bessere Bildung will, muss dafür auch
18 auf die Straße gehen. Die bisher ergriffenen Maßnahmen reichen lange noch nicht aus!

19 •

20 • Deshalb kämpfen wir weiter für eine gute und gebührenfreie Bildung für alle. Dazu
21 gehört die Bereitstellung von genügend Kapazitäten und mehr Mitbestimmung in allen
22 Bildungsbereichen. Wir brauchen aber auch eine bedarfsgerechte Finanzierung von
23 Bildung und keine irrsinnigen Steuerreformen und Sparprogramme von Schwarz-Gelb,
24 die insbesondere Ländern und Kommunen die Finanzbasis für dringend benötigte Mittel
25 entziehen.

26 •

27 • Zudem muss es in der Bundesrepublik endlich eine einheitliche Bildungspolitik geben,
28 anstelle eines Flickenteppichs. Auch eine kritische und von Wirtschafts- und
29 Militärinteressen unabhängige Bildung und Forschung muss erreicht werden. Außerdem
30 fordern wir mehr BAföG, für eine größere Bezugsgruppe und perspektivisch eine
31 elternunabhängige Förderung. In den Schulen wollen wir zudem die Kopfnoten
32 abschaffen, längeres gemeinsames Lernen, den „Ganztag“ durchsetzen und eine Abkehr
33 von verkürzten Schulzeiten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

Wir brauchen eine dringende Überarbeitung des Bachelor- und Masterstudien-systems, eine nachhaltige Frauenförderung, die Öffnung der Hochschulen für BerufspraktikerInnen, die Abkehr vom „nationalen Stipendienprogramm“, die Abschaffung der Hochschulräte und den Erhalt der Fächervielfalt

-
- Für uns sind die Alternativen zur derzeitigen Situation klarer denn je: Wir kämpfen für ein offenes, kostenfreies, durchlässiges und gerechtes Bildungssystem, das allen Menschen die gleichen Chancen auf Bildungserfolg bietet. Und wir werden solange weiterkämpfen, bis unser Ziel erreicht ist!

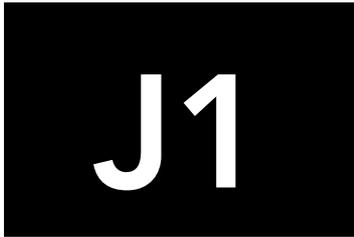
15

Bundeskongress Essen
18.-20-Juni 2010

Jusos fordern Unterstützung für Gauck

-
- 2 • Die Jusos fordern die Wahlfrauen und -männer auf bei der Wahl des Bundespräsidenten
3 am 30.6. nicht zwingend der Parteilinie treu zu bleiben, sondern ihre Entscheidung von
4 der Mehrheitsmeinung der Bevölkerung abhängig zu machen.
- 5 • Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung befürwortet nach aktuellen repräsentativen
6 Umfragen die Wahl Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten. Ihrer Meinung nach steht
7 dieser Kandidat für die Freiheit, für die ehemaligen DDR-Bürger und die deutsche
8 Einheitsbewegung. Er selbst bezeichnet die Freiheit als Leitstern seines Lebens. Aus
9 diesem Grund verfügt Joachim Gauck nach Meinung der Jusos als einziger Kandidat über
10 Ansehen in allen gesellschaftlichen Schichten der Bevölkerung.
- 11 • In dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit, die von angekündigten enormen
12 Sparmaßnahmen geprägt ist, kann nur ein parteiunabhängiger Bundespräsident, der von
13 der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, dieses Amt einnehmen.
- 14 • Da der Bundespräsident nicht direkt von der Bevölkerung gewählt werden kann, legen die
15 Jusos allen Vertretern der Bundesversammlung ans Herz Joachim Gauck bei der
16 Bundespräsidentenwahl zu unterstützen und somit der Mehrheitsmeinung der
17 Bevölkerung zu folgen.

18



2 Die SPD hat bei der Bundestagswahl bei den jungen Wählerinnen und Wählern ein
3 dramatisch schlechtes Ergebnis erzielt. Noch nicht einmal jeder fünfte junge Mensch hat die
4 SPD gewählt, in einigen Altersgruppen ist die Sozialdemokratie nur noch drittstärkste Kraft.
5 Deshalb muss sich die SPD damit auseinandersetzen, wie es gelingen kann, junge Menschen
6 für die Ideen der Sozialdemokratie zu begeistern. Dabei sind insbesondere wir Jusos gefragt:
7 Wir müssen die Impulse für die Erneuerung der SPD und in die gesamte Gesellschaft hinein
8 geben. Mit diesem Papier machen wir den Aufschlag für diese Diskussion.

9 **Die Jugend.**

10 Immer mehr Studien beschäftigen sich mit „der Jugend“ und versuchen Muster,
11 Charaktergruppen, Interessensgruppen zu bilden. Ein schwieriges Unterfangen, bedenkt man
12 doch, dass heute anstelle der großen Jugendbewegungen viel mehr die Individualität, viele
13 Szenen und Stile getreten sind. Die Jugend gibt es also nicht. Die Situationen von jungen
14 Leuten sind ebenso verschieden wie ihre Weltanschauungen.

15 Während die Phase der Jugend noch in den 50er Jahren nur wenige Jahre andauerte, hat sich
16 diese in der Folge immer längerer Ausbildungszeiten heute auf 10 bis 20 Jahre verlängert.
17 Junge Menschen fühlen sich heute immer länger als Jugendliche, gewinnen durch einen
18 späteren Berufseinstieg immer später ökonomische Unabhängigkeit und verlagern auch die
19 Gründung einer Familie immer weiter nach hinten. Auch wenn sie heute teilweise weniger als
20 früher durch beengende Moralvorstellungen, autoritäre Vorgesetzte oder unüberwindbare
21 Landesgrenzen in ihrer Selbstbestimmung beschränkt werden, sehen sich junge Leute heute
22 stärker als zuvor einer Gesellschaft gegenüber, die sie durch permanente
23 Verwertungsansprüche in ihrer Entfaltung einschränkt. Verändert hat sich auch die
24 gesellschaftliche Realität: Auch durch neue Medien, einer Welt die ständig in Bewegung ist
25 und vor allem durch die riesige Informationsflut, haben sich die Meinungsbildung und die
26 Überzeugungen von jungen Menschen grundlegend geändert. Die junge Generation wächst
27 in einer Zeit auf, die durch eine Zunahme gesellschaftlicher Spaltung, stärkeren

1 Konkurrenzdruck und abnehmende Aufstiegschancen geprägt ist.

2 Junge Menschen sind nicht unpolitisch. Wir haben es jedoch mit drei Trends zu tun, gegen
3 die wir ankämpfen wollen. Im Vergleich zu früheren Generationen sinkt erstens das Interesse
4 an Parteipolitik und politische Parteien im Allgemeinen bei jungen Menschen rapide,
5 insbesondere bei ärmeren Menschen. Gerade der letzte Sachverhalt ist unzweifelhaft auf
6 gesellschaftliche Entwicklungen rückführbar, muss aber besonders von der Sozialdemokratie
7 angegangen werden. Die Skepsis, ob zweitens die politischen Prozesse im Allgemeinen und
8 die SPD drittens im Besonderen ihre Interessen wirklich vertreten und die herkömmliche
9 Parteipolitik Ort für Engagement sein kann.

10 Als Jugendorganisation der SPD haben wir den Anspruch Missstände zu benennen und
11 Lösungen abzuleiten. In diesem Papier möchten wir die Lebensrealitäten von Jugendlichen
12 abbilden und Forderungen formulieren um gegen Leistungsdruck, Unsicherheit und
13 Ausgrenzung zu kämpfen.

14 Wir wollen Verhältnisse verändern und wollen dafür den notwendigen politischen Druck
15 außerhalb aber auch innerhalb der Sozialdemokratie aufbauen.

16 **Die Gesellschaft.**

17 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, mit denen junge Menschen aufwachsen haben
18 sich dramatisch verändert: Der Siegeszug des Neoliberalismus in den vergangenen zwanzig
19 Jahren hat zu einer zunehmenden Spaltung innerhalb der Gesellschaft geführt. Einkommen
20 und Vermögen sind immer ungleicher verteilt, der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse
21 hat zugenommen, soziale Leistungen wurden gekürzt oder gleich ganz abgeschafft. Das
22 ‚Jahrzehnt der Entstaatlichung‘ hat dem Staat die Ressourcen entzogen, gestaltend tätig zu
23 werden.

24 Dass die Gesellschaft sich aber so stark verändert hat, fordert gerade bei jungen Menschen
25 einen hohen Preis. Dabei entsteht ein enormer Leistungsdruck von der Grundschule bis spät
26 in das Berufsleben, mit teilweise verheerenden Konsequenzen. Hinzu kommt die
27 Unsicherheit über die nahe und ferne Zukunft, im privaten wie auch im beruflichen quer
28 durch alle Schichten des Landes. Die klaren Perspektiven aus vergangenen Tagen stehen bei
29 jungen Menschen heute nicht in der Lebensplanung. Die Perspektivlosigkeit und der hohe
30 Konkurrenzdruck führen für viele auch zur Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben.

1 Viele finden sich in der Gesellschaft nicht wieder und suchen vergebens nach Ihrem Platz in
2 derselben. Zwar gehen junge Menschen mit diesen Phänomenen unterschiedlich um und
3 kommen aus ihrer Sicht mal besser und mal schlechter damit zurecht. Trotzdem sind
4 Leistungsdruck, Unsicherheit und Ausgrenzung im Alltag aller jungen Menschen präsent. Es
5 entspricht unserem Selbstverständnis, diese Phänomene zu bekämpfen.

6 **Generation unter Druck**

7 Der Druck steigt. Sich gestresst, unter Zeitdruck und ermattet zu fühlen, ist ein Grundgefühl
8 von Jugendlichen. In der globalisierten Wissensgesellschaft wird Jugendlichen vermittelt, dass
9 sie mithalten müssen. Druck kommt nicht nur von den eigenen Eltern, die sich um die
10 Zukunft der Kinder Sorgen machen. Druck kommt nicht nur von den eigenen Eltern,
11 LehrerInnen und Vorgesetzten, sondern auch von den eigenen FreundInnen, den
12 MitschülerInnen und KommilitonInnen. Die leistungsorientierte Gesellschaft verlangt eben,
13 dass „aus einem etwas wird“. Jugendliche müssen einer gesellschaftlichen Erwartungshaltung
14 gerecht werden, die immer höhere Anforderungen stellt. Wie äußert sich dies und wie gehen
15 Jugendliche damit um?

16 Der Druck nimmt permanent zu, weil Schul- und Studienzeiten bei gleichbleibendem
17 Lernpensum immer weiter gekürzt werden und Ausbildungsplätze fehlen. Immer mehr Stoff
18 muss in immer kürzerer Zeit geschafft werden. Junge Menschen sollen so schnell und so
19 perfekt wie möglich, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Durch die Fülle an
20 Unterrichtsstoff in den Schulen bleibt wenig Zeit für Vertiefung oder Reflexion der Inhalte.
21 Zentralabitursysteme begrenzen häufig die Möglichkeiten von SchülerInnen und
22 LehrerInnen eigene Schwerpunkte zu setzen. Die Umstellung auf das Bachelor- und
23 Mastersystem an den Universitäten führt zu ähnlichen Phänomenen. Für das
24 Auswendiglernen vieler Einzelheiten in kurzer Zeit ohne die Gesamtzusammenhänge zu
25 diskutieren, gibt es inzwischen auch einen Namen: „Bulimielernen“: Aufnehmen, in der
26 Prüfung auskotzen und möglichst schnell wieder vergessen. So funktioniert das System.
27 Übergreifend. Auch in den Berufsschulen gibt es inzwischen Bestrebungen durch
28 „Modularisierungen“ des Systems der dualen Ausbildung diese bestimmte Form des Lernens
29 zu forcieren. Hierdurch wären auch die Ausbildungsberufe insgesamt in Gefahr, da nicht jede
30 Firma alle Module anbieten müsste. Auszubildende würden so nicht mehr umfassend
31 ausgebildet sondern nur für die Belange der jeweiligen Ausbildungsfirma fit gemacht.

1 Diesen strikten Verhältnissen entspricht eine schlechte Finanzierung des Bildungssystems. Zu
2 große Klassen an den Schulen, Massenveranstaltungen an den Hochschulen, fehlende
3 individuelle Förderung und zu wenig Lehrpersonal von der Kinderbetreuung bis zur
4 Hochschule. Auch an den Berufsschulen fallen viele Unterrichtsstunden einfach aus.

5 Die Folgen sind nicht überraschend: Viele Jugendliche halten dem Druck nicht stand. Sie
6 zerbrechen an ihm. Alkohol- oder Drogenexzesse, fehlendes soziales, kulturelles und
7 politisches Engagement, Gewalt, psychische Krankheiten oder einfach nur absolute Aufgabe
8 jeglicher Hoffnung, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, sind die Folgen der
9 Leistungsgesellschaft. 25% der Jugendlichen rechnet man der „Generation chancenlos“ zu.
10 Ihnen wird durch das hochselektive Bildungssystem und die fehlende soziale Gerechtigkeit
11 gar nicht erst die Fähigkeit zugeschrieben, in dieser Leistungsgesellschaft zu bestehen. Sie
12 sind der „Übriggebliebenen“ des durch und durch auf Leistung und Herkunft orientierten
13 Systems.

14 Was entsteht dabei für eine Generation von Jugendlichen? Eine Generation, die
15 ausschließlich lernt, sich für den Konkurrenzkampf mit in der Leistungsgesellschaft
16 aufzurüsten? Eine Generation, deren Engagement nicht mehr belohnt wird, sofern es nicht in
17 das vorgegebene Leistungsschema passt? Die nur lernen, lernen, lernen und denen die
18 Möglichkeit genommen wird sich über Schule, Universität und Berufsschule hinaus zu
19 engagieren?

20 Die Folge ist, dass die junge Generation entsteht, die zunehmend nur an sich selbst denken
21 kann. Wichtig wird: die eigene Karriere, der eigene Vorteil, das eigene Fortkommen. Was auf
22 der Strecke bleibt, ist der Wunsch und die Möglichkeit die eigene Gesellschaft selbst
23 solidarisch zu gestalten.

24 **Generation in Unsicherheit**

25 Wenn es für junge Menschen eine Sicherheit gibt, dann ist es die, dass die langfristige
26 Planung sowohl im beruflichen als auch damit einhergehend im privaten Bereich zunehmend
27 unmöglich wird. Dies beginnt mit der Suche nach einem Ausbildungs- oder Studienplatz
28 nach dem Abschluss der Schule. Noch immer gibt es – gerade in Zeiten eines wirtschaftlichen
29 Abschwungs – viel zu wenige Ausbildungsplätze, so dass längst nicht alle jungen Menschen
30 einen für sie passenden Ausbildungsplatz erhalten. In der Konsequenz müssen viele

1 BewerberInnen in ‚Warteschleifen‘ Zeit überbrücken, um oftmals erst nach einigen Jahren
2 einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Auch die Suche nach einem passenden Studienplatz ist
3 bedingt durch die Deregulierungspolitik und die oftmals intransparenten Aufnahmeverfahren
4 der Hochschulen nicht unbedingt leichter. Zusätzlich steht durch die Einführung der
5 konsekutiven Studiengänge und die Beschränkung der Kapazitäten längst nicht für alle
6 Bachelor-AbsolventInnen ein passender Masterstudienplatz zur Verfügung.

7 Wer aber das Glück hat, einen Studien- oder Ausbildungsplatz zu erhalten, der oder die steht
8 nach dem Abschluss der Ausbildung vor dem nächsten Problem. Während es früher üblich
9 war, die meisten Lehrlinge zu übernehmen, ist dies schon längst keine weit verbreitete Praxis
10 mehr. Und ebenso ist der Abschluss eines Studiums schon längst nicht mehr die
11 Eintrittskarte in den Arbeitsmarkt. Der Erhalt einer unbefristeten Vollzeitstätigkeit mit einer
12 angemessenen Entlohnung ist derzeit nur für die wenigsten jungen Menschen erreichbar.
13 Vielmehr sind die so genannten atypischen Beschäftigungsformen, viele dabei im Bereich
14 prekärer Beschäftigung, gerade für die junge Generation nicht mehr eine Randerscheinung
15 sondern ein Massenphänomen: Mehr als die Hälfte der BerufseinsteigerInnen erhalten nur
16 einen befristeten Arbeitsvertrag, ebenso sind Leiharbeit oder geringfügige
17 Beschäftigungsverhältnisse mit meist schlechter Entlohnung für viele junge Menschen der
18 Einstieg in den Arbeitsmarkt. Ebenso sind fast alle BerufseinsteigerInnen von kürzeren oder
19 längeren Phasen der Arbeitslosigkeit betroffen und genießen in diesem Fall aufgrund zu
20 weniger Beitragsjahre kaum Schutz durch die Arbeitslosenversicherung. Gerade für
21 HochschulabsolventInnen, aber auch für junge Menschen mit einer abgeschlossenen
22 Berufsausbildung, sind zudem oftmals mehrere – wenn überhaupt dann schlecht bezahlte –
23 Praktika die Voraussetzung um überhaupt einen Arbeitsplatz zu finden. Insgesamt bedeutet
24 dies auch, dass von BerufseinsteigerInnen heute eine immense Mobilität erwartet wird: Wer
25 einen guten Job finden möchte, muss bereit sein, notfalls auch mehrmals den Wohnort zu
26 wechseln. Der erschwerte Berufseinstieg trifft dabei aber eben nicht nur schlechter
27 ausgebildete junge Menschen, sondern ist für fast alle BerufseinsteigerInnen die Realität.

28 Die beängstigende Realität hat tief greifende gesellschaftliche Konsequenzen. Eine
29 langfristige Lebensplanung ist für junge Menschen kaum noch möglich. Dies betrifft auf der
30 einen Seite das Privatleben: Wenn Familien immer später gegründet werden und
31 Kinderwünsche – wenn überhaupt – immer später verwirklicht werden, dann mag dies auch
32 eine Folge dieser Unsicherheit sein. Ebenso droht durch den Anspruch der hohen Mobilität

1 auch eine zunehmende Vereinsamung, müssen doch bei jedem Wohnortwechsel soziale
2 Beziehungen aufgegeben oder eingeschränkt werden. Auf der anderen Seite erschwert diese
3 gesellschaftliche Realität auch ein langfristiges gesellschaftspolitisches Engagement. Gerade
4 in Parteien, in denen Erfolge oftmals erst durch längerfristiges Engagement verwirklicht
5 werden können, führt dies zu einem Rückgang der Mitarbeit junger Menschen.

6 Die zunehmende Angst vor der Zukunft und die Angst vor dem sozialen Abstieg ist eine der
7 großen Auswirkungen. Dabei geht es um mehr als eine gefühlte Angst, denn die prekären
8 Arbeitsverhältnisse bieten keinen Schutz. Bei jedem Auslaufen eines befristeten
9 Arbeitsvertrags kommen Zweifel, ob es mit der Übernahme klappt oder man eine neue Arbeit
10 bekommt. Jugendliche, die in einer Krise nicht auf die finanzielle Unterstützung ihrer Eltern
11 bauen können, landen sehr schnell im ALG II Bezug, bei dem sie auch noch besonderen
12 Sanktionsmöglichkeiten unterworfen sind. Im Grundsatz sind beide Varianten für die
13 individuelle Lebensgestaltung junger Menschen nicht wünschenswert.

14 **Generation ausgeschlossen**

15 Ausgrenzung hat in dieser Gesellschaft viele Gesichter und trifft auch junge Menschen. Für
16 Kinder, die in bestimmten Stadtteilen aufwachsen, deren Eltern nicht Akademiker sind, ist es
17 ungleich schwerer, später mal das Leben zu führen, dass sie möchten. Vielmehr ist es so, dass
18 sie von Anfang an das Gefühl der Ausgrenzung erfahren. Ihre Eltern haben weniger Geld,
19 können sich die Klassenfahrten, die neuen Turnschuhe und den Kinobesuch nicht leisten.

20 Ihre konkrete Erfahrung in dieser Gesellschaft besagt, dass ihnen etliche Türen verschlossen
21 sind und sie ihrer Lage auch durch große Anstrengungen nur selten entkommen können. Die
22 Älteren finden keine Ausbildungsplätze oder welche, in denen sie als billige Arbeitskräfte
23 ausgebeutet werden. Von der Mehrheitsgesellschaft werden sie als die sowieso Gescheiterten
24 behandelt, die dümmer, fauler und unfähiger sind. Wenn Menschen mit
25 Migrationshintergrund betroffen sind, kommt noch eine zusätzliche Diskriminierung hinzu.
26 Ihre Wahrnehmung von der deutschen Gesellschaft ist, dass sie dort nicht gewollt sind und
27 unter der permanenten Gefahr rauszufliegen leben. Lehrende die sich rassistischer
28 Ressentiments bedienen, diese schüren und offen oder versteckt diskriminieren, Leute, die in
29 der U-Bahn irritiert gucken oder auf der Straße die Seite wechseln gehören zum traurigen
30 Alltag vieler Jugendlicher.

1 Das Gefühl der Chancenlosigkeit wird Kindern und Jugendlichen auch im Schulsystem schon
2 früh vermittelt: Das gegliederte Schulsystem teilt auf in „Gewinner“ und „Verlierer“.
3 Gymnasiasten stehen formal alle Wege offen: Sie können studieren und haben auf dem
4 Ausbildungsmarkt größere Chancen als andere. Realschüler müssen um gute Chancen auf
5 dem Ausbildungsmarkt kämpfen und Hauptschüler erfahren früh, dass sie beim Kampf um
6 einen Ausbildungsplatz kaum eine Chance haben. Die Hauptschule ist vielerorts zu einer
7 „Restschule“ verkommen. Das deutsche Bildungssystem ist hoch selektiv und durch die
8 Ausgrenzung von Menschen gekennzeichnet.

9 Die Zweiteilung in Privilegierte und den Rest zeigt sich auch in der Organisation der
10 tertiären Bildung: Die Hochschulbildung sollte eine öffentliche Aufgabe sein, die staatlich
11 wahrgenommen wird. Wer Abitur hat, hat einen einklagbaren Rechtsanspruch auf ein
12 Hochschulstudium. Die berufliche Ausbildung überlässt die Gesellschaft der Wirtschaft, die
13 die Ausbildungsplätze nach Marktprinzipien verteilt. Wenn das Angebot nicht reicht, hat der
14 nachfragende Jugendliche Pech gehabt – für sie gibt es dann oft nur noch perspektivlose
15 Warteschleifen. Es mangelt an Durchlässigkeit besonders zwischen den Bereichen der
16 allgemeinen und der beruflichen Bildung, es mangelt an einer durchlässigen Form des
17 gemeinsamen Lernens für alle.

18 Ein Teil der Jugendlichen nimmt sich als außerhalb der Gesellschaft stehend wahr. Sie haben
19 den Eindruck, noch nicht einmal Hoffnungen an ein Leben in dieser Gesellschaft haben zu
20 können, da sie davon überzeugt sind, es eh nicht leben zu können.

21 Die reaktionäre Antwort auf diesen Befund ist die Argumentation, dass die Jugendlichen
22 selber schuld sind und mehr Repression notwendig ist. Wir sagen: Es ist ein Armutszeugnis
23 für eine Gesellschaft, wenn sie Jugendliche mit einer derartigen Perspektivlosigkeit ins Leben
24 entlässt. Wir wollen, dass alle junge Menschen Träume, Hoffnungen und Wünsche an ihr
25 Leben formulieren und realisieren können und Rahmenbedingungen vorfinden, die ihre
26 individuelle Entfaltung ermöglichen.

27 **Veränderung.**

28 Wir Jusos sind Teil dieser Generation. Wir erleben die vielen Probleme unserer Generation
29 selbst jeden Tag. Wir Jusos haben auf einige Probleme junger Menschen bereits Antworten
30 entwickelt, an anderen Bereichen müssen wir weiterarbeiten. Doch die Jugend hat das

1 Vertrauen in die Politik verloren, sie glaubt nicht mehr, dass sie ihre Probleme lösen kann.
2 Vor allem bezweifeln sie, dass solidarische Lösungen der richtige Weg sind.

3 Das liegt auch daran, dass in den letzten Jahren solidarische Lösungen Stück für Stück
4 diskreditiert und als nicht tragfähig dargestellt wurden. Dem stellen wir ein positives
5 Gesellschaftsbild entgegen. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der junge Menschen
6 Entfaltungsmöglichkeiten haben und nicht nur dem tagtäglichen Druck nach immer besseren
7 Leistungen ausgesetzt sind. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der jungen Menschen
8 Perspektiven und Sicherheit gegeben werden. Und wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der
9 alle jungen Menschen ihren Platz haben.

10 Um eine solche Gesellschaft zu erreichen brauchen wir:

- 11 • Ein Bildungssystem, das alle Jugendliche nicht nur mit der bestmöglichen Ausbildung
12 auf den Arbeitsmarkt entlässt, sondern in dem es Zeit für Tiefgang und Reflexion gibt
13 und in dem der Zeitverkürzungswahn ein Ende findet, in dem Platz ist für kritisches
14 Denken und in dem soziale und humanitäre Werte vermittelt werden. Ein
15 Bildungssystem also, welches auch durch seine öffentliche finanzielle Ausstattung in
16 der Lage ist, jungen Menschen größtmögliche Gestaltungsspielräume für eine
17 selbstbestimmte Bildung zu gewährleisten. Selbstbestimmt bedeutet auch, dass
18 strukturelle und organisatorische Hürden systematisch abgebaut werden und
19 zergliederte Bildungsinstitutionen Stück für Stück miteinander verschmelzen, um
20 Segregationsmechanismen auszuschließen. Vor allem müssen aber die Kapazitäten im
21 Bildungssystem durch staatliche Mittel und gute Konzepte so erweitert werden, dass
22 individuelle Förderung ermöglicht wird und alle die Bildung erhalten können, die sie
23 sich wünschen, es also keine Schranken, Hürden, oder Begrenzungen mehr gibt.
- 24 • Ein Bildungssystem, in dem gemeinsames Lernen im Vordergrund steht und keine
25 Selektion vorgenommen wird.
- 26 • Eine Arbeitsmarktpolitik, in der allen jungen Menschen ein Recht auf Ausbildung
27 zukommt, ein gut bezahltes, unbefristetes Beschäftigungsverhältnis wieder der
28 Normalfall wird und in der Übergänge zwischen verschiedenen Phasen der
29 Erwerbstätigkeit gestaltet werden können.
- 30 • Eine Sozialpolitik, die auf Umverteilung setzt und allen Menschen eine Partizipation
31 am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

- 1 • Eine Kinder- und Jugendpolitik, durch die Freiräume für die selbst bestimmte
2 Entwicklung geschaffen werden. Das heißt, dass flächendeckend eine qualitative und
3 quantitative Ausstattung der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet werden muss, die
4 den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Ansprüchen der Nutzerinnen
5 und Nutzer gerecht wird.
- 6 • Eine Politik, die gezielt auf die Bedürfnisse und Ansprüche von jungen Frauen
7 eingeht und ausgerichtet ist und diese aktiv, systematisch und strukturiert fördert.
- 8 • Eine Partizipations- und Beteiligungskultur, die Kinder und Jugendliche als
9 gleichwertige und gleichberechtigte Partnerinnen und Partner in allen
10 Zusammenhängen begreift und sie dementsprechend einbezieht. Wir möchten
11 Teilhabe gewährleisten, die mit dem Bild der Erwachsenengesellschaft bricht.

12

13 Vor diesen Herausforderungen stehen wir. Um Sachkompetenz und somit Vertrauen und
14 Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen zu können, müssen wir uns als Sozialdemokratie den
15 Lebensrealitäten junger Menschen weiter nähern und mit ihnen darüber vermehrt in den
16 Dialog treten. Dies setzt den Einsatz geeigneterer Dialogformen voraus, die nicht partei-,
17 sondern jugendgerecht sind. Wir müssen den Jugendlichen wieder zuhören und offen sein
18 für Anregungen, Ideen und Konzepte aufnehmen und in unsere politischen Vorhaben
19 integrieren. Wenn sie nicht zu uns kommen, treffen wir uns mit ihren Organisationen oder
20 gehen zu ihnen. Denn nur mit ihnen zusammen können wir glaubwürdige Antworten auf die
21 drängenden Probleme formulieren und uns auf dem aktuellen Stand der Themen und
22 Konflikte halten. Das wäre dann im Idealfall eine gute Ausgangsposition, um Mehrheiten in
23 der Partei zu finden und zusammen in Bündnissen den Druck auf die schwarz-gelbe
24 Bundesregierung zu erhöhen. Um das zu erreichen, müssen wir zunächst einmal die
25 Lebensrealitäten der Jugendlichen einfangen, die Jusos durch die Zusammenarbeit mit
26 außerparlamentarischen Bündnispartnern weiter öffnen und deutlich machen, dass wir für die
27 Verbesserung der Lebenssituation von jungen Menschen kämpfen. So können wir die jungen
28 Menschen wieder für unsere Politik begeistern.

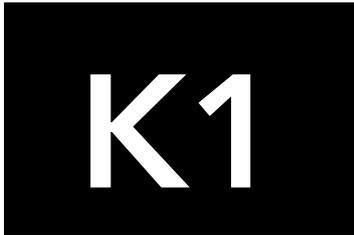
29 Um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben sich auch neben der Schule und des
30 Studiums in Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Friedensbewegung und
31 politischen Parteien zu engagieren, müssen sich die politischen Verantwortungsträger von der
32 immer weiter voranschreitenden Ökonomisierung der Bildungspolitik verabschieden. So

1 können wir nicht nur junge Menschen zum Mitmachen bei den Jusos anregen, sondern auch
2 den gesellschaftlichen Trends, wie der Entsolidarisierung und dem Egoismus in Teilen der
3 jungen Generation entgegenwirken.

4 Gerade wir Jusos haben in den letzten Jahren erste und auch in vielen Bereichen klare
5 Antworten auf die drängenden Probleme der Jugendlichen, die von ihrer Grundhaltung den
6 solidarischen Werten der Sozialdemokratie nahe stehen, entwickelt. Wohingegen die SPD in
7 den letzten Jahren keinen konsequenten Kurs und keine klare Sprache gefunden, um sich von
8 der Union und der FDP im Bildungsbereich und in der Sozialpolitik abzusetzen. Die SPD
9 hat jetzt in der Opposition die Chance das zu ändern und sich bundesweit zum Beispiel mit
10 ihren politischen Ideen Gehör zu verschaffen. Wir Jusos müssen dazu beitragen die SPD zu
11 einer neuen Klarheit und zu mehr Mut in der Bildungspolitik zu verpflichten.

12 Viele dieser inhaltlichen Antworten müssen in den nächsten Monaten in Auseinandersetzung
13 mit Wissenschaft, Partei und Zivilgesellschaft gefunden werden. Dieses Papier ist ein Anfang
14 hierfür.

15



2 Im Oktober 2008 musste die Menschheit erneut zur Kenntnis nehmen, dass der Kapitalismus
3 krisenhaft ist. Wir erlebten die schwerste Rezession der Nachkriegszeit. Quasi täglich kamen
4 neue Banken und Unternehmen hinzu, die vom Staat gerettet werden wollten. Dabei
5 versuchte einige PolitikerInnen, den Bürgerinnen und Bürgern eifrig zu erklären, dass nicht
6 das System schuld sei sondern das unmoralische Verhalten von BankerInnen und anderer
7 Beteiligter an den Finanzmärkten.

8 Dabei war es bestenfalls naiv zu glauben, dass ein paar Appelle an die Moral und das
9 Versprechen der Finanzbranche, die fragwürdigsten Finanztransaktionen nicht mehr
10 durchzuführen, ausreichen um künftige Krisen zu vermeiden. Ganz im Gegenteil: Der
11 kapitalistischen Gesellschaftsform sind Krisen systemimmanent,

12 Solange die politische Linke keine überzeugenden Konzepte parat hat, wie ein anders System
13 funktionieren kann, scheint der Kapitalismus für die Mehrheit der Menschen alternativlos zu
14 sein. Dennoch ist es erstaunlich, dass trotz der vielen Bekundungen und Ankündigungen zur
15 stärkeren Regulierung der Finanzmärkte, eben dies nicht geschah. Ein öffentlicher Aufschrei
16 über dies Ausbleiben erfolgte nicht. Es ist nicht hinnehmbar, dass diejenigen, die die
17 Hauptakteure der Krise sind, weil sie permanent auf mehr Markt, Deregulierung und
18 Privatisierung gedrungen haben, noch immer in ihren Sesseln sitzen und der Gesellschaft
19 erzählen, was sie zu tun und zu lassen hat. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Verluste der
20 Banken von der Gemeinschaft aufgefangen werden, während die Gewinne weiter privat
21 eingestrichen werden. Dabei wird der Anschein geweckt, es gäbe keine Möglichkeit, dies
22 anders zu organisieren.

23 Auch verbindliche internationale Regeln für die Finanzmärkte lassen auf sich warten. Die
24 internationale Staatengemeinschaft hat zwar schon mehrfach weitreichende Ankündigungen
25 gemacht, geschehen ist bislang aber wenig. Schlimmer noch: Der Verweis auf ausstehende
26 internationale Regulierungen dient gerade in Deutschland dazu, die eigene Untätigkeit zu

1 begründen, obwohl es durchaus auch Instrumente gibt, die die Nationalstaaten einsetzen
2 können. Es muss festgestellt werden: Statt für internationale Standards zu kämpfen, hat
3 gerade der IWF mit seiner Einmischung in entwicklungspolitische Fragen in Dutzenden
4 Ländern katastrophale Ergebnisse erzielt. Ziel müsste es sein, dies alles komplett aufzurollen,
5 weltweite Regulative und Institutionen zu schaffen, die demokratisch legitimiert sind und in
6 der Lage sind, Regeln weltweit durchzusetzen.

7 Will man dem politischen Gegner etwas entgegensetzen, der innerhalb von einem Monat die
8 bundesdeutsche Öffentlichkeit von „der Markt muss es allein regeln“ zu „der Staat muss die
9 Verluste abfedern“ bis „wir machen weiter wie bisher, als sei nichts geschehen“ gebracht hat,
10 führt nichts an einer Organisierung von Gegenmacht vorbei. Dass dies gegenwärtig so
11 schwerfällig ist, mag auch Ausdruck davon sein, dass die die Deutungshoheit durch die
12 Ideologie der Alternativlosigkeit auch in der politischen Linken Früchte getragen hat. Nicht
13 mehr und nicht weniger als diese Versatzstücke endlich wieder hinter sich zu lassen und
14 deutlich, hart und kämpferisch die Auseinandersetzung um die Gestaltung unserer
15 Gesellschaft aufzunehmen, ist Kernanliegen von uns Jusos.

16 Dabei sehen wir die Auseinandersetzung mit den Ursachen der aktuellen Krise und den
17 daraus zu ziehenden notwendigen Schlussfolgerungen auch innerhalb der SPD für einen
18 enorm wichtigen Schritt zur programmatischen Neuaufstellung der Partei. Denn es war auch
19 die Politik der SPD, die ihren Teil zur Entstehung der aktuellen Krise beigetragen hat. Dabei
20 darf es aber nicht darum gehen, bei der Analyse der Fehlentscheidungen stehen zu bleiben,
21 vielmehr wollen wir dazu beitragen, einen positiven Zukunftsentwurf zu gestalten, der
22 deutlich macht, dass es politische Alternativen gibt.

23 2. Der Weg in die Krise

24 Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus ist nichts Neues. Vielmehr zeigt ein Blick in die
25 Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise, dass der Kapitalismus immer wieder Krisen
26 produziert hat. Sie sind dem Kapitalismus inhärent.

27 Neu ist auch nicht, dass jede Krise ihr Äquivalent im ideologischen Diskurs findet. Wie
28 vermittelt man die ausgerufene Alternativlosigkeit in Anbetracht kollabierender
29 Nationalökonomien? Wie legitimiert man ein System, dass dem einzelnen Menschen
30 regelmäßig seine Ohnmacht vor den Gesetzen des Marktes aufzeigt und ihn, wenn es ihn

1 nicht verhungern lässt, in den riesigen Pool der Arbeitslosen und Gescheiterten wirft, wo er
2 den Beckrand erreichen will oder im Falle einer positiven Konjunkturentwicklung wieder
3 rausgefischt wird?

4 Die verschiedenen ideologischen Deutungen haben bis auf wenige Ausnahmen eines gemein:
5 An den Rahmenbedingungen des Systems darf nicht gerüttelt werden.

6 Auch die vorherrschende Deutung, das Problem auf die Finanzsphäre zu reduzieren, ist nicht
7 neu. Neu ist auch nicht, dass sie die Gefahr birgt, an antisemitische Versatzstücke von
8 schaffendem und raffendem Kapital anzuknüpfen. Dass sie analytisch falsch und politisch
9 verheerend ist, kann nicht oft genug hervorgehoben werden.

10 Deshalb ist es so notwendig wie richtig, den Blick auf die wirklichen Ursachen der Krise zu
11 legen.

12 Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus liegt in seiner eigenen Systemlogik begründet.
13 Grundlegendes Ziel ist die Produktion von Mehrwert, der durch die Entwicklung der
14 Produktivkraft der Arbeit (etwa durch den Einsatz neuer Technologie) aus der Sicht der
15 Unternehmen immer weiter gesteigert werden soll. Damit wird der Produktionsumfang bei
16 gleichem Einsatz von Arbeit gesteigert. Dem steht auf der anderen Seite eine
17 gesamtwirtschaftliche Nachfrage gegenüber, die sich im wesentlichen aus der Nachfrage der
18 Beschäftigten sowie den Investitionen der Unternehmen zusammensetzt. Die Nachfrage der
19 Beschäftigten steht aber in unmittelbarem Zusammenhang mit deren Entlohnung: Indem die
20 Unternehmen versuchen, die Löhne zur Steigerung des Mehrwerts, zu senken, sinkt
21 gleichzeitig die Konsumkraft der abhängig Beschäftigten. Hierzu kommt noch, die aufgrund
22 der durch Lohndruck gesunkenen Nachfrage geminderte Investitionstätigkeit der
23 Unternehmen. Da aber durch die steigenden Gewinne immer mehr Kapital
24 Anlagemöglichkeiten „sucht“ wird immer mehr Kapital auf die Finanzmärkte geschwemmt.
25 Die höhere Rendite als in der Realwirtschaft, die diese Geldvermögen regelmäßig einbringen,
26 kann aber auf lange Sicht nur zu Lasten der Realwirtschaft und den Vermögen der
27 „normalen“ Konsumenten stattfinden. Das bedeutet unterm Strich eine Verteilung von
28 Produktivvermögen hin zu Geldvermögen, sowie eine Verteilung von Unten nach Oben.
29 Wenn sich das Finanzkapital regelmäßig mehr vom Kuchen holt, als dieser größer wird, hat
30 es auf lange Frist auch einen immer größeren Anteil am Kuchen. Die daraus resultierende

1 hohe Verschuldung der Unternehmen und die der Konsumenten führt nahezu zwangsläufig
2 in eine Schuldenkrise.

3 Dementsprechend traten gerade zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise im 19.
4 Jahrhundert regelmäßig Krisen auf. Während, es im Zuge des Nachkriegsbooms in den 50er
5 und 60er Jahren zu Wohlstandsgewinnen für die allermeisten Bevölkerungsteile kam und man
6 den Glauben hatte, durch eine keynesianisch orientierte makroökonomische Globalsteuerung
7 den Kapitalismus endgültig gezähmt zu haben, änderte sich dies mit den Krisen der 70er
8 Jahre erneut grundlegend: Die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus war eben nicht beseitigt, die
9 Arbeitslosigkeit stieg eklatant.

10 Die Expansion der Finanzmärkte kann aus dieser Perspektive nur im Zusammenhang mit den
11 diesen Krisentendenzen der Realwirtschaft in den 70er Jahren und damit einhergehenden
12 politischen Weichenstellungen verstanden werden. Die Probleme der Realwirtschaften
13 werden meist auf die Kombination von nicht ausgelasteten Produktionskapazitäten infolge
14 zunehmender Konkurrenz und einem Ende des Nachkriegsbooms zurückgeführt. Politisch
15 wurde 1973 das System der festen Wechselkurse aufgehoben, der Kapitalverkehr Schritt für
16 Schritt liberalisiert und so der Weg dafür geschaffen, dass die Profitklemme in der
17 Realwirtschaft durch Aktivitäten auf den Finanzmärkten kompensiert wurde. Auch dadurch
18 ist es zu deutlicheren Verteilungsunterschieden auf sämtlichen Ebenen gekommen. Es hat
19 eine Umverteilung zugunsten der großen Kapitaleinkommen und Industrieländer und
20 zulasten der kleinen Arbeitseinkommen gegeben.

21 Eine politische Folge dieser Krise war die Diskreditierung des keynesianischen Paradigmas
22 durch die neoliberale Wende zuerst in Großbritannien und den USA zu Beginn der 80er
23 Jahre. Nun glaubte man wieder, nur durch eine weitgehende Liberalisierung der Märkte seien
24 Wohlstandsgewinne zu erwarten. Eine Schwächung der Gewerkschaften, die zu niedrigen
25 Lohnabschlüssen führten, ein Abbau sozialer Sicherungssysteme, eine Liberalisierung der
26 Finanzmärkte und eine marktorientierte Entwicklungshilfepolitik durch den IWF und die
27 Weltbank sind die deutlichsten Ausprägungen dieser neoliberalen Wende.

28 Damit aber waren die nächsten Krisen gleichsam vorprogrammiert: Wenn die weltweite
29 Nachfrage durch eine Umverteilung der Einkommen von unten nach oben mit der
30 Ausweitung der Produktionskapazitäten nicht mithalten kann, dann muss das Kapital neue

1 Anlageformen auf den Finanzmärkten suchen. Schon zum Ende der 80er Jahre und vor allen
2 Dingen in den 90er Jahren waren erneut die ersten schwereren Krisen zu verzeichnen. Sie
3 fanden gleichwohl weder in den USA noch in Europa statt, vielmehr waren Lateinamerika
4 und Asien betroffen, in denen Spekulanten ganze Volkswirtschaften ruinierten. Aus diesen
5 Krisen hätte man Lehren ziehen können, stattdessen gab es jeweils kurzfristige Interventionen
6 internationaler Institutionen, die aber nicht die weltweiten Ursachen der Krisen bekämpften,
7 sondern nur an den Symptomen arbeiteten und damit die Krisen nur aufschoben.

8 Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist eine Folge dieser Entwicklung. Zwar mag der
9 Krisenauslöser tatsächlich in waghalsigen Finanztiteln in den USA gelegen haben, die
10 wirklichen Ursachen der Krise reichen aber tiefer. Wir Jusos sind der Ansicht, dass neben der
11 Deregulierung der Finanzmärkte auch die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen
12 und Vermögen sowie gravierende Ungleichgewichte im Außenhandel verantwortlich sind.

13 Bedingt durch die neoliberale Wende, die ihren Ausdruck in Deutschland etwa durch die
14 Liberalisierung des Arbeitsmarktes, einer Einschränkung sozialer Sicherheit sowie einer
15 deutlichen steuerlichen Entlastung der Wohlhabenden fand, ist die Lohnquote in den
16 vergangenen Jahren deutlich gesunken. Damit aber ging eine systematische Schwächung der
17 Binnennachfrage einher, da die Beschäftigten eben weniger Geld für Konsumzwecke zur
18 Verfügung hatten. Damit aber gingen geringere Gewinnerwartungen der Unternehmen
19 einher, so dass diese weniger Investitionen tätigten. In der Folge floss viel Kapital auf die
20 Finanzmärkte, da hier die Renditeerwartungen – auch durch die Etablierung neuer
21 ‚innovativer‘ Finanzprodukte deutlich höher waren. Die Umverteilung von Einkommen und
22 Vermögen war aber nicht nur ein deutsches Phänomen – wenngleich es hier besonders
23 deutlich ausgeprägt war. In anderen Ländern wie insbesondere den USA aber eben auch in
24 Griechenland kompensierten die Konsumenten dagegen die Einkommenseinbußen mit einer
25 höheren Verschuldung, in den USA etwa war die Sparquote zu Beginn des neuen
26 Jahrtausends sogar negativ. In der Folge waren die privaten Haushalte zum einen
27 überschuldet, zum anderen führte genau diese Entwicklung zum Auslöser der
28 Finanzmarktkrise: Der Konsum in den USA (und anderen Staaten) war nur auf hohem
29 Niveau zu halten, weil die Privathaushalte bedingt durch Liberalisierungen der Finanzmärkte
30 manchmal ausgehend von weiter steigenden Immobilienpreisen Kredite ohne weitere
31 Sicherheiten gewährt bekamen, die dann zu Paketen geschnürt und weiter verkauft wurden.
32 Als dann die Immobilienpreise sanken, war die Krise gleichsam vorprogrammiert.

1 Dass es in den Jahren vor der Krise trotz dieser Entwicklungen zu einem realen
2 wirtschaftlichen Wachstum in den meisten Industrieländern gekommen ist, hängt genau mit
3 dieser Verschuldungsbereitschaft der privaten Haushalte in einigen Ländern zusammen.
4 Denn so wurde der Konsum eben nicht nur in diesen Ländern stabilisiert, sondern auch in
5 den großen Exportnationen: Das deutsche Wachstum in den Jahren vor der Krise lag fast
6 ausschließlich in einem Wachstum des Exportsektors begründet. Damit einher gingen
7 massive außenwirtschaftliche Ungleichgewichte – denn etwa in den USA wurden deutlich
8 mehr Waren importiert als exportiert. Im Umkehrschluss verschuldeten sich also die USA in
9 hoher Form bei den deutschen Unternehmen. Damit aber war auch das deutsche Wachstum
10 mehr als fragil und das Übergreifen der Krise auf die deutsche Wirtschaft nur noch eine Frage
11 der Zeit.

12 3. Der Umgang mit der Krise

13 In den Tagen, Wochen und Monaten nach der Krise wurden vorher fast unbegreifliche
14 Rettungspakete unterschiedlichster Staaten und Staatengemeinschaften geschnürt. Dabei
15 muss eine Bewertung des staatlichen Krisenmanagements zwiespältig ausfallen.

16 Für Neoliberale unbegreiflich, trugen die makroökonomischen und arbeitsmarktpolitischen
17 Interventionen und Impulse des Staates Früchte. Die Krise gibt uns Recht und hat klar
18 bewiesen, dass der Staat ein zentraler Akteur im Wirtschaftskreislauf ist und die
19 gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch und insbesondere davon abhängt, wie staatliche
20 Politik Prioritäten setzt und handelt. Entgegen der vergangenen Jahrzehnte in denen der
21 Staat nicht weg war, sondern sich bewusst in Privatisierungs- und Deregulierungspolitiken
22 erging, handelte er in der jetzigen Krise zugunsten wirtschaftlicher Stabilität und
23 Beschäftigungssicherung.

24 Die Kurzarbeit verhinderte einen eklatanten Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie er in anderen
25 Ländern zu beobachten war. Waren in Deutschland vor der Krise im März 2008 3.507.000
26 Menschen arbeitslos gemeldet, sind es zwei Jahre später im März 2010 3.568.000. Die
27 Kurzarbeitregelung erfreute sich einer hohen Inanspruchnahme. Sie nimmt zwar ab, ist aber
28 nach wie vor hoch. Auch wenn sie zwischen Mai (1.516.000 Arbeitnehmer) und Dezember
29 2009 (810.000 Arbeitnehmer) um 47 Prozent zurückging, ist ihre im Frühjahr 2010 erfolgte
30 Verlängerung richtig gewesen.

1 Die für 2008, 2009 und 2010 insgesamt etwa 68 Milliarden Euro umfassenden Impulse der
2 Konjunkturpakete I und II stimulierten die Wirtschaft und konnten so Investitions- und
3 Auftragsausfälle aus dem Privaten Sektor zumindest in Teilen ausgleichen. Allerdings
4 beinhalteten die Konjunkturpakete zu wenig Impulse, um neben einer Stabilisierung der
5 konjunkturellen Nachfrage und der Beschäftigung auch die ökologische Modernisierung
6 voranzutreiben. Damit ist eine zentrale Erkenntnis dieser Krise: Der Staat kann auch in einer
7 globalisierten Wirtschaft steuernd eingreifen und die Gesellschaft gestalten.

8 Diesen größtenteils gelungenen makroökonomischen und arbeitsmarktpolitischen
9 Interventionen steht die ernüchternde Erkenntnis gegenüber, dass die Krise für den
10 Kapitalismus keine Zäsur darstellt, sondern dieser vielmehr gestärkt aus der Krise
11 hervorgehen kann. Er ist ungebremst und kann nun zusätzlich davon ausgehen, im Ernstfall
12 gerettet zu werden, und die Kosten der Rettung sozialisieren zu können.

13 Dabei wären die Ansatzpunkte zu einer grundlegenden wirtschaftspolitischen Umsteuerung
14 vorhanden gewesen: Die größte Ungerechtigkeit der Krise ist dementsprechend, dass die
15 Kosten der Krise nicht von den Verursachern getragen werden. Sie wurden vielmehr umgelegt
16 auf finanziell schwächere Personen, die ein erhöhtes Arbeitsplatzrisiko und bedingt durch die
17 notwendige höhere Staatsverschuldung und dem deutschen Konsolidierungswahn in Zukunft
18 sinkende Sozialleistungen und Löhne zu tragen haben werden müssen. Dabei hätte durchaus
19 die Möglichkeit bestanden, die entstandenen Ungleichgewichte bereits in den ersten
20 Kriseninterventionen zu begegnen: Finanztransaktionssteuer, wirksame Bankenabgaben und
21 zukünftige Gewinnbeteiligungen sind nicht erfolgt.

22 Eine weitere Chance wurde verpasst, in dem die finanziellen staatlichen Garantien für
23 Banken und Unternehmen nicht mit mehr staatlicher, also letztlich öffentlicher
24 Einflussnahme verbunden wurden. Der Staat nahm zwar eine aktive Rolle in der Krise ein,
25 von einem Primat der Politik kann aber nicht die Rede sein. Bloße Verwaltung und
26 Konservierung bestehender Strukturen und Leitbilder herrschte vor, wo das Durchsetzen von
27 wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit gefragt gewesen wäre. Dies
28 kündigte sich allerdings bereits zu Beginn der Krise an. Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz
29 wurde in kürzester Zeit durchgesetzt, SoFFin und Wirtschaftsfonds wurden installiert, alles
30 ohne demokratische Willensbildung und Kontrolle. Dies erinnerte eher an ein
31 Notstandsregime, als an ein demokratisches System.

1 In der Entwicklung und Etablierung wirksamer Mechanismen und Institutionen zur
2 Krisenvorbeugung versagten die große Koalition und die schwarz-gelbe Regierung vollends.

3 Es erfolgte kein Bruch mit der Rolle des Finanzmarktes als eigenständiger und abgekoppelter
4 Profitsektor; die Finanzmärkte wurden durch die staatliche Eingriffe letztlich nicht gebremst,
5 sondern stabilisiert und gerettet. Das Zocken auf den Finanzmärkten geht bereits weiter. Der
6 Unterschied zur Zeit vor der Krise ist lediglich, dass die Finanzinstitute und Banken in
7 Deutschland davon ausgehen können, im Falle einer erneuten Krise wieder gerettet werden zu
8 können. Der Staat richtete sich nicht, wie es nötig gewesen wäre, gegen die Märkte, sondern
9 knüpft an seine Politik mit und für die Märkte an die Vor-Krisenzeiten an. Die
10 Eigentumsverhältnisse sind dementsprechend unverändert und keine der maßgeblichen De-
11 Regulierungsgesetze der Vor-Krisenzeit wurde zurückgenommen.

12 Die Kurzfrist-Orientierung des staatlichen Krisenmanagements wird außerdem daran
13 deutlich, dass der Staat massiv geschwächt aus der Krise hervorgeht. Die Staatsverschuldung
14 ist stark angestiegen, zahlreiche Kommunen sind bereits handlungsunfähig und der
15 Bundeshaushalt wurde dank der Schuldenbremse in Ketten gelegt, welche eine aktive Rolle
16 des Staates in Zukunft nahezu verhindern. Anstatt die Handlungsfähigkeit des Staates durch
17 eine veränderte Einnahmepolitik und eine Beteiligung der Banken an den Krisenkosten zu
18 erhöhen, beschloss die schwarz-gelbe Bundesregierung weitere Einnahmeausfälle aufgrund
19 überflüssiger und Klientel orientierter Steuersenkungen. Aus der gesellschaftlichen
20 Umverteilung in den letzten Jahrzehnten zu Gunsten der oberen Zehn-Prozent, die
21 mitverantwortlich war für die Krise, wurden so keine Lehren gezogen. Die weiteren
22 Einkommenssteuersenkungspläne der FDP und der Einstieg in die Kopfpauschale in der
23 Gesundheitspolitik lassen vielmehr Gegenteiliges erwarten.

24 Kurzum: der Staat versäumte in seinem Krisenmanagement aus den drei maßgeblichen
25 Gründen für die Krise - Ungleichheit in der Einkommensverteilung, Ungleichgewichte im
26 Außenhandel und Unterregulierung der Finanzmärkte - die nötigen Konsequenzen zu
27 ziehen.

28 **4. Unsere Forderungen**

29 Wir Jusos wollen das kapitalistische System überwinden und den demokratischen Sozialismus
30 erreichen. Er bildet für uns das Ziel unserer Politik und eine Gesellschaft der Freien und

1 Gleichen ist Richtschnur für unser Handeln und unsere Forderungen. Dies vor Augen
2 müssen jetzt die richtigen Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gezogen
3 werden. Dabei sehen wir fünf entscheidende Punkte: Erstens müssen die Konsequenzen der
4 Wirtschaftskrise für die Beschäftigten weiter abgefedert werden. Zweitens müssen die
5 Finanzmärkte endlich tiefgreifend reguliert werden. Drittens muss die krasse
6 Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland und in der Welt beseitigt
7 werden. Viertens brauchen wir internationale Kooperation und keinen Lohndumping-
8 Wettbewerb. Und fünftens muss unsere Wirtschaft umfassend demokratisiert werden.

9 **1. Politik für Beschäftigung**

10 Auch wenn die Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt bislang nicht so deutlich zu
11 spüren sind, wie dies zu befürchten war, ist die Gefahr bislang nicht gebannt, zumal die
12 bisherigen Erfolge auch auf erfolgreiche politische Intervention zurückzuführen sind. Eine
13 tatsächliche konjunkturelle Erholung wird aber aller Voraussicht nach noch einige Zeit
14 benötigen. Zudem haben gerade jüngere Beschäftigte, die in prekären Arbeitsverhältnissen
15 steckten, das Nachsehen gehabt und sind nach der Ausbildung nicht übernommen worden
16 oder wurden entlassen. Die Politik muss deshalb in den kommenden Monaten und Jahren
17 weiterhin die politischen Rahmenbedingungen setzen, um Beschäftigung zu erhalten und zu
18 schaffen. Dazu gehören nach unserer Meinung:

- 19 • Das derzeitige Kurzarbeitergeld muss bis zu einer tatsächlich nachhaltigen Erholung
20 auf dem Arbeitsmarkt weitergeführt werden. Wir fordern die Bundesregierung zu
21 einer regelmäßigen Überprüfung auf, noch kann nicht abgesehen werden, wie lange
22 dieses Instrument benötigt wird. Dazu muss auch die Bundesagentur für Arbeit
23 endlich ausreichend finanziert werden. Spekulationen über die Umwandlung des
24 Bundeszuschusses in ein Darlehen sind dabei nur ein durchsichtiger Versuch, die
25 Schuldenbremse zu umgehen. Vielmehr wird die Bundesagentur auch in den
26 kommenden Jahren einen Zuschuss aus Steuermitteln benötigen, auch deshalb lehnen
27 wir die diskutierten Steuersenkungen ab.
- 28 • Statt durch Steuersenkungen die öffentlichen Haushalte dauerhaft zu belasten, muss
29 die Konjunktur auch durch eine Weiterführung öffentlicher Investitionsprogramme
30 stabilisiert werden. Wir schlagen vor, dass mindestens in den kommenden beiden
31 Jahren ein Volumen von mindestens 20 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt wird, um
32 öffentliche Infrastruktur und vor allem Investitionen in Bildung zu ermöglichen. Der

1 Bedarf ist gerade angesichts der angespannten Lage der Kommunen immens.
2 Investitionen haben dazu einen unmittelbaren konjunkturellen Impuls, wohingegen
3 Steuersenkungen nur zum Teil wirksam werden können.

- 4 • Wir unterstützen die Tarifpartner darin, in ihren Tarifverträgen kurzfristig der
5 Sicherung von Beschäftigung Priorität zu geben. Jedoch darf dieses Bemühen nicht
6 dazu führen, die Entwicklung der Reallöhne unter den Produktivitätszuwächsen zu
7 belassen. Deshalb muss im öffentlichen Dienst mit einer Signalwirkung
8 vorangegangen werden und angemessene Lohnabschlüsse vereinbart werden.
- 9 • Da junge Menschen von der Krise am meisten betroffen waren, muss kurzfristig ein
10 Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit aufgelegt werden. In diesem müssen die
11 entsprechenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente so angewendet werden, dass
12 möglichst alle jungen Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung kommen. Ein wichtiger
13 Bestandteil ist für uns dabei auch die Stärkung des Zweiten Bildungswegs.

14 2. Finanzmärkte endlich richtig regulieren

15 Auch wenn mit der Griechenland-Krise Europa und die Welt bereits zum zweiten Mal
16 innerhalb von zwei Jahren kurz vor dem Abgrund standen, ist bislang wenig oder gar nichts
17 erfolgt, um die Finanzmärkte wieder angemessen zu regulieren und Zocker-Geschäfte zu
18 untersagen. Wir fordern deshalb eine umfassende Regulierung auf allen Ebenen. Es ist dabei
19 richtig, dass viele Maßnahmen am sinnvollsten auf der internationalen Ebene getroffen
20 werden können. Das ist aber gleichzeitig kein Argument, um im eigenen Land die Hände in
21 den Schoß zu legen. Grundsätzliches Ziel einer Neuordnung der Finanzmärkte muss eine
22 Orientierung der Rendite- und Wachstumsziele des Finanzsektors an den Zahlen der realen
23 Wirtschaft sein, um künftige Blasen zu verhindern. Deshalb fordern wir:

- 24 • Wir brauchen die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer, um auf der
25 einen Seite Spekulationsgeschäfte teurer zu machen und auf der anderen Seite die
26 Verantwortlichen an den Kosten der Krise zu beteiligen. Die Jusos unterstützen daher
27 auch ein EU-weites Referendum über die Besteuerung von Finanztransaktionen.
28 Solange dies auf internationaler Ebene nicht durchsetzbar ist, kann eine solche Steuer
29 etwa als Börsenumsatzsteuer in einem ersten Schritt aber auch in Deutschland und die
30 Finanztransaktionssteuer in Europa eingeführt werden.
- 31 • Aber auch andere steuerpolitische Beschlüsse, die der Liberalisierung der
32 Finanzmärkte in Deutschland Vorschub leisteten, bedürfen der Revision: Wir

1 brauchen wieder eine Gewinnbesteuerung von Gewinnen bei der Veräußerung von
2 Unternehmensanteilen, ebenso müssen Hedge- und Private Equity Fonds wieder in
3 die Gewerbesteuerpflicht einbezogen werden.

- 4 • Sowohl die systematische zu gute Bewertung von Lehman Brothers als auch die real
5 unbegründete Herabstufung Griechenlands haben gezeigt, dass das System der
6 privaten Ratingagenturen durch eine öffentliche Europäische Ratingagentur ergänzt
7 werden muss. Die Bewertungen der öffentlichen Europäischen Ratingagentur
8 entscheiden über den Marktzugang. Es muss sichergestellt werden, dass die öffentliche
9 Europäische Ratingagentur einer demokratischen Kontrolle unterliegt. Ebenso müssen
10 die privaten Ratingagenturen stärker reguliert werden. Dazu gehört vor allem eine
11 regelmäßige und öffentlich zugängliche Qualitätsüberprüfung der Ratingverfahren.
12 Ratingagenturen dürfen Unternehmen nicht gleichzeitig beraten und bewerten.

13 Langfristig sind Ratingagenturen jedoch in Gänze abzuschaffen, da durch sie die
14 Risikobewertung, Hauptaufgabe eines jeden Kreditinstituts bei der Kreditvergabe, ausgelagert
15 wird. Im Extremfall kann eine falsche Bewertung Panik auf den Märkten auslösen und ganze
16 Volkswirtschaften in den Ruin treiben, was bei dezentralen Bewertungen wesentlich
17 unwahrscheinlicher würde. Ferner fordern wir die Neufassung der Eigenkapitalvorschriften
18 vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel II).

- 19 • Die Ereignisse der letzten Jahre haben auf beeindruckende Art und Weise
20 unterstrichen, dass die Eigenkapitaldeckung der Finanzinstitute offensichtlich noch
21 nicht ausreichend ist, um größere Schwierigkeiten zu vermeiden. Vor einigen Jahren
22 noch als zukünftiges Stabilitätswunder für Banken propagiert, hat sich inzwischen
23 herausgestellt, dass die Vorschriften bei weitem nicht ausreichend sind. Es muss dabei
24 berücksichtigt werden, dass es eine einheitliche Pflicht für eine
25 Mindestkernkapitalquote geben muss, die deutlich über der nationalen 4%-Quote der
26 deutschen Solvabilitätsverordnung und des Kreditwesengesetzes liegt. Die
27 Risikobewertung muss im Rahmen neuer Eigenkapitalvorschriften in Zukunft mit
28 größerer Vorsicht erfolgen: Während hochspekulative Finanzprodukte und
29 Kreditvergaben besonders streng bewertet werden müssen, muss auch auf
30 mittelständischen Unternehmen geachtet werden, die bei Vorlage von guten
31 Konzepten und Umsetzungsplänen ihre Kredite zu gleichbleibenden Konditionen
32 erhalten sollen. Die Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen wird dazu führen, dass
33 die Banken beim Kauf hochspekulativer Finanzprodukte mit größerer Vorsicht agieren

1 und immer häufiger davon absehen. Zusätzlich muss die Arbeit der Bankenaufsicht in
2 den Staaten der Welt häufiger, konsequenter und strenger geschehen, um zu
3 gewährleisten, dass die Kreditinstitute die Vorschriften nicht auf geschickte Art und
4 Weise umgehen. Dies ist nur durch ein international verpflichtendes Regelwerk für
5 alle Länder dieser Welt möglich. Ratingagenturen dürfen Unternehmen nicht
6 gleichzeitig beraten und bewerten.

- 7 • Alles muss in die Bilanz. In Zukunft dürfen keine Werte mehr außerhalb der Bilanz
8 geführt werden. Bisher konnten Banken usw. Bereiche in sog. Zweckgesellschaften
9 auslagern und diese dann nicht in die eigene Bilanz aufnehmen. Mit dieser Praktik
10 muss Schluss sein. Wenn man etwas vor der Bilanz und somit vor Prüfungen und
11 Investoren verstecken muss, ist das nicht nur verdächtig, sondern im hohen Maße
12 Betrug. Und diesen gilt es dann zu bestrafen. Risiken müssen verpflichtend in einem
13 standardisierten Schema dargelegt werden.
- 14 • Leerverkäufe unterstützen Spekulationen, da das einzusetzende Kapital im ersten
15 Schritt gering oder gleich null ist. Dies ermöglicht großangelegte Aktionen gegen zum
16 Beispiel Staatsanleihen oder Währungen. Gleichzeitig erhöhen sie die
17 Krisenanfälligkeit, da sie die wahren Kosten oftmals vollkommen unkalkulierbar
18 machen. Der Zusammenbruch des Hedge Fonds LTCM zeigte die Folgen schon
19 1998 deutlich. Mit einem Eigenkapital von 5 Mrd. US\$ tätigte der Fond Geschäfte in
20 Höhe von 1.300 Mrd. US\$. Die US-Zentralbank musste eine Rettungsaktion starten
21 um das internationale Finanzsystem vor einem Kollaps zu bewahren. Leerverkäufe
22 sind deshalb zu verbieten.
- 23 • Derivate wie die Credit Default Swaps (Kreditversicherungen) sind wichtige
24 Instrumente für Spekulationen. Um hier mehr Transparenz herzustellen, müssen alle
25 Derivate an der Börse gehandelt werden. Ausnahmen darf es nicht geben.
26 Hochspekulative Derivate müssen verboten werden.
- 27 • Steueroasen sind Regionen mit Gesellschaften und nicht vorhandenen
28 Kontrollgremien die mit der Absicht, sich und seine Geschäfte vor den Kontroll- und
29 Steuervorschriften anderer Länder zu verbergen. Einheitliche Steuersätze in den
30 Regionen, z. B. Einheitssteuern in der EU für Kapitalerträge usw., würden zu einer
31 Eindämmung führen. Im zweiten Schritt müssen diese Offshore-Plätze stillgelegt
32 bzw. geächtet werden. Firmen die z. B. im Europäischen Raum u.a. mit
33 Finanzprodukten handeln wollen, dürfen keinen Sitz auf einem dieser Offshore-

1 Finanzplätze haben. Dies gilt insbesondere für Hedge-Fonds: 55% sind in Offshore-
2 Finanzplätzen registriert, um sich der Kontrolle zu entziehen.

- 3 • Wir brauchen mehr Regeln für eine Orientierung an einer wirtschaftlich nachhaltigen
4 Entwicklung statt am Shareholder Value im deutschen Unternehmensrecht. Dazu
5 kann etwa das Aktienrecht entsprechend erweitert werden. Ebenso müssen die
6 Vergütungen von ManagerInnen an eine solche langfristige Strategie angepasst
7 werden. Letztlich ist auch ein Kopplung des Aktien-Stimmrechts an die Haltedauer
8 der Aktien eine sinnvolle Maßnahme um der Kurzfrist-Orientierung
9 entgegenzutreten.

- 10 • Investment-Fonds stehen in scharfer Konkurrenz zueinander und überbieten sich
11 gegenseitig in ihren Vorstellungen an die zu erwartende Rendite. Diesen Druck geben
12 sie an die Unternehmen weiter. Ihre tragende Rolle am Shareholder Value
13 manifestiert sich in dem von ihnen verwalteten Vermögen, welches beständig
14 zunimmt. Gleichzeitig agieren die aggressivsten Fonds nahezu ohne Regeln an den
15 Märkten. Daher benötigen wir klare Regulierungsmaßnahmen, welche - anders als in
16 EU-Entwürfen derzeit diskutiert - bspw. deutlich höhere Eigenkapitalvorschriften
17 und auch eine strenge Obergrenze bei der zusätzlichen Aufnahme von Krediten
18 beinhalten müssen. In der Vergangenheit finanzierten einige Fonds
19 Unternehmensübernahmen überwiegend mit Krediten, diese dabei eingesetzten
20 Kredite wurden anschließend ohne Rücksichtnahme auf eine drohende
21 Überschuldung ihrem Übernahmeziel übertragen. Die Erzielung kurzfristiger
22 Gewinne bei gleichzeitig ständiger Vergesellschaftung der negativen Folgen darf nicht
23 länger toleriert bleiben.

24 3. Mehr für die Mehrheit – gerecht und wirtschaftlich sinnvoll

25 Die in den letzten beiden Jahrzehnten drastisch zugenommene Ungleichheit in der Verteilung
26 von Einkommen und Vermögen muss endlich wieder korrigiert werden. Es ist zum einen nur
27 gerecht, wenn alle am steigenden wirtschaftlichen Wohlstand teilhaben. Zum anderen führt
28 eine höhere Gleichverteilung auch zu einer stärkeren Binnennachfrage und vermeidet damit
29 eine Blasenbildung überschüssigen Kapitals. Die Aushandlung der Primäreinkommen ist und
30 bleibt Sache der Tarifpartner. Die Politik muss aber die richtigen Rahmenbedingungen
31 setzen, um die Rolle der Gewerkschaften zu stärken. Dazu gehören:

- 1 • Die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50
2 Euro pro Stunde.
- 3 • Eine Regulierung der Leiharbeit vor allem durch den Grundsatz des Equal Pay mit
4 dem Ziel, die Leiharbeit wieder auf ihre Funktion, die Abfederung von
5 Produktionsspitzen zurückzuführen. Damit wird Lohndumping via Leiharbeit
6 verhindert.
- 7 • Die Abschaffung der Mini- und Midijobs. Stattdessen soll der
8 ArbeitnehmerInnenanteil der Sozialversicherungen bis zu einem monatlichen
9 Bruttoeinkommen von 2.000 progressiv ansteigen. Die Differenz soll über den
10 Bundeshaushalt an die Sozialversicherungen gezahlt werden.
- 11 • Eine Reform der Regelungen zur Arbeitslosenversicherung. Dabei müssen auf der
12 einen Seite die bestehenden Sanktionen abgeschafft werden. Zum anderen bedarf es
13 eines deutlich höheren Regelsatzes für Arbeitslose. Nicht das Arbeitslosengeld ist zu
14 hoch – die Löhne sind zu niedrig!
- 15 • Die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der reguläre
16 Beschäftigung zu guten Löhnen sichert.
- 17 • Außerdem muss der Staat über das Steuer- und Abgabensystem wieder zu einer
18 stärkeren Korrektur der Einkommen und Vermögen beitragen. Dazu brauchen wir:
- 19 • Eine stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen, Einkommen aus Kapital und
20 Vermögen. Diese zusätzlichen Einnahmen können dann für zusätzliche öffentliche
21 Investitionen genutzt werden. Zu Refinanzierung dieser Maßnahmen sollten vor allem
22 die riesigen Geldvermögen, die in Deutschland durch die extremen Ungleichgewichte
23 in der Außenhandelsbilanz entstanden sind, stärker herangezogen werden.
- 24 • Die Stärkung des öffentlichen Rentensystems mit dem Ziel, die RentnerInnen
25 regelmäßig am steigenden Wohlstand zu beteiligen. Hierzu ist eine Anpassung der
26 Beitragsbemessungsgrenze sowie die Anrechnung weiterer Einkommensarten
27 notwendig.

28 4. Internationale Solidarität statt Lohndumping

29 Die deutsche Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre war eindeutig am Ziel der Steigerung
30 der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft orientiert. In der Folge konnte
31 Deutschland enorme Exportüberschüsse verzeichnen – auf Kosten gerade der europäischen
32 Partnerländer. Eine solche Entwicklung ist aber aus gleich zwei Gründen nicht nachhaltig.

1 Auf der einen Seite ist das deutsche Wachstum stark von der Entwicklung auf den
2 Weltmärkten abhängig. Auf der anderen Seite verpflichtet Deutschland als größte
3 Volkswirtschaft in der EU gleichsam auch zu einem immer stärkeren Druck auf die Löhne,
4 da durch die gemeinsame Währung keine Auf- oder Abwertungen mehr möglich sind. Auch
5 diese Strategie hat zur Wirtschaftskrise beigetragen: Als die Konjunktur weltweit einbrach
6 war Deutschland am stärksten betroffen und konnte auch selbst nichts zur
7 binnenwirtschaftlichen Stabilisierung Europas beitragen. Deshalb muss sich die deutsche
8 Wirtschaftspolitik wieder auf das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts
9 verpflichten. Dazu können folgende Instrumente verwendet werden:

- 10 • Die Förderung einer stärkeren binnenwirtschaftlichen Nachfrage durch eine
11 gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen.
- 12 • Die gezielte Förderung von Technologien für eine nachhaltige binnenwirtschaftliche
13 Entwicklung insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien.
- 14 • Die kurzfristige Inkaufnahme von öffentlichen Defiziten, um als größte europäische
15 Volkswirtschaft, die gesamteuropäische Binnennachfrage anzuregen.
- 16 • Die Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen, um damit die öffentlichen
17 Investitionen zu stärken, die wesentlich von diesen getragen werden.

18 **5. Mehr Demokratie wagen – auch in der Wirtschaft**

19 Die Wirtschaftskrise hat auch gezeigt, dass in einer am Shareholder-Value orientierten
20 Wirtschaft kein Raum mehr für eine wirtschaftliche Entwicklung im Interesse der
21 Beschäftigten und der Allgemeinheit ist. Deshalb brauchen wir auch eine Stärkung der
22 Demokratie in der Wirtschaft auf allen Ebenen. Gerade die letzten 40 Jahre haben gezeigt,
23 dass das Dogma der Rendite nicht ausreicht um das Wirtschaften am Allgemeinwohl zu
24 orientieren. Der Anspruch auf Macht über das gemeinsam erwirtschaftete
25 Produktivvermögen muss öfter und deutlicher erhoben wurde. Gerade die Demokratisierung
26 der Ökonomie, des Herrschaftsinstruments „Kapital“, stellt eine Grundbedingung für eine
27 emanzipatorische Gesellschaft dar. Auf dem Weg hin zu einer demokratischeren
28 Wirtschaftsordnung fordern wir folgende Maßnahmen als erste Schritte:

- 29 • Eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte insbesondere bei
30 Unternehmensverkäufen.

- 1 • Eine Vereinheitlichung der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten, die an den
2 derzeitigen Regelungen der Parität in der Montanmitbestimmung verankert sind
3 sowie eine Ausweitung der Befugnisse der Aufsichtsräte durch einen gesetzlichen
4 Mindestkatalog.
- 5 • Die Stärkung der Einflussnahme von Europäischen Betriebsräten durch eine
6 Reformierung der entsprechenden EU-Richtlinie
- 7 • Als Folge von Rationalisierung und des Produktivitätsfortschrittes muss
8 Arbeitszeitverkürzung sein bzw. die bessere Aufteilung von Arbeit. Die gesetzliche
9 Wochenarbeitszeit von 48 Stunden muss gesenkt werden. Für Unternehmen müssen
10 steuerliche Anreizmodelle festgesetzt werden, in denen Arbeitszeitsenkungen mit der
11 Kompensation von Personaleinstellungen belohnt werden.
- 12 • GewerkschaftsfunktionärInnen müssen, wenn sie im Auftrag ihrer Gewerkschaft
13 handeln, unangekündigt Zutritt zu jedem Betrieb haben. Dazu gehört die Möglichkeit
14 mit jedem/jeder Beschäftigten in den Betrieben das Gespräch unter vier Augen zu
15 suchen, ohne, dass für die Beschäftigten Nachteile entstehen. Das soll dazu führen den
16 Organisationsgrad in Betrieben zu verbessern.

17 Wirtschaftsdemokratie umfasst für uns eine starke Gemeinwohl- und Nachhaltigkeits-
18 orientierte Regulierung von Märkten sowie die Gewährleistung einer gerechteren Verteilung
19 und nicht zuletzt die Mitgestaltung der wirtschaftlichen Entscheidungen und Zielsetzungen
20 auf der Makro-, Meso und Mikroebene. Die genauere Ausgestaltung unseres Konzepts von
21 Wirtschaftsdemokratie werden wir zum nächsten Bundeskongress vorlegen.

22 Nur in einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus wird es ein Leben in Freiheit, Gleichheit
23 und Solidarität für alle Menschen geben. Aber auch im Hier und Jetzt können
24 Veränderungen durchgesetzt werden, die zu einer Verbesserung für die Menschen führen.
25 Deshalb kämpfen wir darum. Wir wissen: Eine andere Politik, eine andere Welt, eine andere
26 Gesellschaft sind möglich!

K2

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Gerecht umverteilen. Steuereinnahmen erhöhen – staatliche Aufgaben finanzieren.

1 Anspruch und Realität des deutschen Steuersystems

2 Der Staat hat vielfältige Aufgaben. Entgegen den Vorstellungen der Neoliberalen vom
3 schwachen Nachtwächterstaat, fallen unserem politischen Selbstverständnis nach dem Staat
4 vielfältige Aufgaben hinzu. Als Sozial- und Rechtsstaat hat er für uns vor allem die Aufgabe,
5 seinen Bürgerinnen und Bürgern ein selbstbestimmtes Leben in Würde, das heißt frei von
6 äußeren Zwängen, Armut und Not, und kultureller Partizipation zu ermöglichen.

7 Dazu gehören beispielsweise die Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur, Sozialleistungen
8 und die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheitsfürsorge,
9 Pflege, Wasser- und Energieversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Kommunikation und
10 Information, Wohnraum, Umweltschutz, Sicherheit, Sport- und Kultureinrichtungen. Er hat
11 allgemein die Aufgabe, den Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben frei von
12 äußeren Zwängen zu ermöglichen.

13 Zur Finanzierung dieser Aufgabe benötigt der Staat ausreichend Finanzmittel, die vor allem
14 durch Steuern, aber auch Abgaben generiert werden. Von dieser Einnahmehasis hängt es ab,
15 ob staatliche Aufgaben noch ausreichend erfüllt werden können und in welchem Umfang und
16 Maße der Staat diese Leistungen bereitstellt.

17 Ziel einer jeden Steuerreform muss es sein, zum einen die finanzielle Handlungsfähigkeit des
18 Staates sicher zu stellen, zum anderen das Redistributionsziel, also Umverteilung, im Blick zu
19 haben und letztlich ökonomisch sinnvoll steuernd in Marktprozesse einzugreifen.

20 Derzeit ist die Haushaltslage auf allen politischen Ebenen angespannt. Die öffentlichen
21 Haushalte sind seit Jahren defizitär. Als Ursachen dafür werden die durch
22 Massenarbeitslosigkeit verursachten Einnahmeausfälle und Kosten, genannt,. Hinzu kommen
23 neuerdings die Kosten der Wirtschaftskrise. Jedoch selbst in den Zeiten vor der Krise, in den

1 Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs gelang es kaum Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen
2 zu halten. Von einem antizyklischen Sparen noch gar nicht zu sprechen. Ursache dafür ist
3 eine seit Jahren fehlgerichtete Steuerpolitik, die Steuersenkung als
4 Wirtschaftsförderungsinstrument ansieht und damit eine Scheinnotwendigkeit darstellt. Die
5 Steuersenkungsdebatten zielen auf einen schlanken Staat nach (neo-)liberalen Vorstellungen.
6 Es fehlt seit Jahren der politische Wille, die Einnahmehasis zu verbreitern. Stattdessen fehlen
7 durch die Steuersenkungsrunden seit 1998 in erheblichem Umfang Mittel im öffentlichen
8 Haushalt, die wiederum mit Kürzungen auf der Ausgabenseite einher gehen. .

9 Alleine die rot-grüne Steuerreform ab dem Jahr 2000 hatte 2005 Einnahmeausfälle von rund
10 43 Milliarden Euro zur Folge, das Defizit der öffentlichen Haushalte war knapp 32
11 Milliarden Euro höher, als es ohne Steuersenkungen gewesen wäre. Entgegen der
12 vorherrschenden Annahme, dass Steuersenkungen Wirtschaftswachstum generieren, ließ die
13 umfangreiche Entlastung von Unternehmen und Haushalten das Bruttoinlandsprodukt aber
14 nur um gerade 1,1 Milliarden Euro steigen.

15 Für weitere Steuerentlastungen besteht angesichts dieser Situation kein Spielraum.
16 Stattdessen werden zur Finanzierung der in den vergangenen Jahren ausgebliebenen
17 öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung weitere
18 Mittel benötigt. Auch im internationalen Vergleich erscheint dies notwendig, hier liegt
19 Deutschland im OECD-Vergleich bei Ausgaben für Bildung und öffentliche Infrastruktur
20 jeweils höchstens im Mittelfeld. Dementsprechend ist auch die Steuer- und Abgabenquote
21 Deutschlands im internationalen Vergleich keinesfalls so hoch, wie in der öffentlichen
22 Debatte häufig vertreten wird – Deutschland liegt mit seiner Gesamtabgabenquote im
23 internationalen Mittelfeld. Es besteht hier also ein vergleichbar großer Spielraum zur
24 Finanzierung der gesellschaftlich gewünschten Aufgaben.

25 Gleichwohl hat Deutschland in Europa eine Vorreiterrolle. Die größte Volkswirtschaft des
26 Euro-Raums beeinflusst mit all ihren Entscheidungen erheblich die Wirtschaft umliegender
27 Nationen. Steuersenkungen der Bundesregierung führen maßgeblich zum Handlungszwang
28 umliegender Volkswirtschaften. So setzt sich ein Steuerwettbewerb in Gang von dem die hohen
29 Einkommen profitieren und alle Staaten gemeinsam an Handlungsspielräumen verlieren.

1 **Zunehmende gesellschaftliche Ungleichheit in Deutschland**

2 Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungleich verteilt. Gut 14 Prozent der
3 Bevölkerung verdienen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens und sind somit
4 akut von Armut gefährdet.

5 Die Verteilung der Einkommen und Vermögen in der Bundesrepublik wird immer
6 ungleicher. Insbesondere Anfang und Mitte der 2000er Jahre stieg die Ungleichheit in
7 Deutschland stärker an als in anderen OECD-Staaten. Die Armuts- und Reichtumsberichte
8 der Bundesregierung zeigen zwei Entwicklungen auf: Zum einen nimmt die Ungleichheit der
9 Primärverteilung, also die Verteilung der am Markt erzielten Einkommen, stetig zu. Lange
10 Zeit war die strukturelle Arbeitslosigkeit sowie der kontinuierliche Anstieg der
11 Arbeitslosigkeit in konjunkturellen Talfahrten Motor dieser Entwicklung. Nun stehen wir vor
12 der Situation, dass trotz des Abbaus von Arbeitslosigkeit durch den Aufschwung bis zum
13 Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise im Herbst 2008, die Ungleichverteilung der
14 Markteinkommen weiter zugenommen hat. Grund hierfür ist die durch die
15 arbeitsmarktpolitischen Reformen der rot-grünen Bundesregierung bedingte Ausweitung
16 prekärer Beschäftigungsverhältnisse, die Expansion des Niedriglohnssektors und die
17 Lohnzurückhaltung der letzten Jahre. Die überbordenden Managergehälter sind hier also
18 lediglich eine statistische Randerscheinung – was nicht heißt, sie kritiklos im Raum stehen zu
19 lassen.

20 Insgesamt hat der Anteil der Lohneinkommen am BIP stetig abgenommen und liegt
21 mittlerweile bei rund 54% - gegenüber 60% 1990 (und 66% in den 70er Jahren). Diese
22 Verschiebung der Primärverteilung wird verstärkt durch die zunehmende Lohnspreizung, also
23 die ungleiche Verteilung der Lohneinkommen in Folge der Ausweitung des
24 Niedriglohnssektors.

25 Bedeutender ist aber die Zunahme der Ungleichverteilung der Sekundäreinkommen, also der
26 Einkommen, die nach Eingriffen des Staates mittels Steuer- und Transfersystem zur
27 Verfügung stehen. Dazu beigetragen haben die Steuerreformen in den verschiedenen
28 Bereichen in den letzten Jahren (Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Einführung einer
29 Abgeltungssteuer, Erhöhung der Mehrwertsteuer) sowie Kürzungen bzw.
30 Leistungseinschränkungen bei den Sozialtransfers (ALG I und ALG II, Teilprivatisierung
31 der gesetzlichen Rente etc.). Zudem werden Vermögen immer weniger besteuert u.a. durch

1 den Wegfall der Börsenumsatzsteuer 1991, der Vermögenssteuer 1997; der Reform der
2 Erbschaftssteuer zuletzt 2008 und zahlreiche Begünstigungen für bestimmte
3 Beteiligungsformen.

4 Der Sozialstaat wirkt zwar immer noch. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass
5 die Schere zwischen Arm und Reich trotzdem immer weiter auseinander driftet.

6 Grundlage einer gerechten Steuerreform muss es also außerdem sein, eine stärkere
7 Angleichung der Unterschiede bei Einkommen und Vermögen zu erreichen. Dabei gilt im
8 Steuerrecht der Grundsatz, dass die Lasten nach Leistungsfähigkeit verteilt werden. Im
9 Einkommenssteuerrecht heißt das, dass höhere Einkommen nicht nur absolut mehr zahlen,
10 sondern auch dass auch die relative Belastung steigt, je höher das Einkommen ist. Damit wird
11 der Grundsatz „Starke Schultern tragen mehr als Schwache“ auf zwei Ebenen verwirklicht.
12 An diesem Grundsatz halten wir fest.

13 Wir lehnen deshalb Versuche, eine Flattax oder ein Steuersystem mit wenigen Stufen
14 einzuführen, ab.

15 **Makroökonomische Folgen**

16 Steuernachlässe für Haushalte und Unternehmen finanzieren sich nicht selbst. Kürzt der Staat
17 gleichzeitig Ausgaben, geht das Wachstum zurück. Steuersenkungen reißen Löcher in die
18 öffentlichen Haushalte, stimulieren das Wirtschaftswachstum aber kaum. Verringerte Sätze
19 bei Einkommen- und Gewinnsteuern haben zwar eine positive Wirkung auf Nachfrage und
20 Produktion. Die daraus erwachsenden Zusatzeinnahmen für Fiskus und Sozialversicherungen
21 können die ursprünglichen Einnahmeausfälle aber im Normalfall nicht annähernd
22 ausgleichen. Gar kein positiver Effekt bleibt übrig, wenn der Staat gleichzeitig Ausgaben
23 kürzt, um die Steuersenkung nicht durch höhere Verschuldung kompensieren zu müssen:
24 Dann bremst die Finanzpolitik das Wirtschaftswachstum, statt es zu stützen – abgesehen von
25 den problematischen Effekten auf die Einkommensverteilung, die dadurch verstärkt werden.

26 **Direkte statt indirekte Steuern**

27 Wir ziehen direkte Steuern indirekten Steuern vor. So hat z.B. die Mehrwertsteuer keine
28 verteilungspolitisch wünschenswerte Steuerungswirkung. Zwar betrifft sie alle Haushalte mit
29 demselben Steuersatz. Da aber Haushalte mit einem geringen Einkommen einen größeren
30 Anteil ihres Einkommens für Konsumausgaben verwenden, werden sie von

1 Verbrauchssteuern z.B. auf Lebensmittel überproportional betroffen. Haushalte mit höherem
2 Einkommen können einen größeren Anteil ihres Einkommens zur Vermögensbildung
3 verwenden. Die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte (nicht ermäßigter Satz) hatte
4 damit zusätzlich zu den Einkommenssteuerreformen negative Verteilungswirkungen.

5 **Steuern sind kein notwendiges Übel, sondern eine gesellschaftliche Notwendigkeit**

6 Die Erhebung von Steuern wird in der gesellschaftlichen Debatte oftmals nur als Belastung
7 empfunden. Ein gerechtes Steuersystem muss hier vor allem durch eine höhere
8 verteilungspolitische Steuergerechtigkeit überzeugen. Dazu gehört auch, Steuerhinterziehung
9 endlich angemessen aufzuklären und zu ahnden. Die Straffreiheit von Selbstanzeigen darf
10 nicht weitere Praxis sein.

11 Die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und Umverteilung sind ausreichend legitime
12 Gründe, um die Erhebung von Steuern zu begründen. Ein positives Steuerverständnis kann
13 aber nur mit einem zu schaffenden positiven Verständnis von Staatsaufgaben einhergehen.
14 Um eine höhere Akzeptanz für Steuern zu schaffen, muss deshalb die Notwendigkeit von
15 Steuern mit den sinnvollen Ausgaben verdeutlicht werden. Eine Vereinfachung des
16 Steuersystems gerade hinsichtlich der Ausnahmetatbestände kann ebenfalls zu höherer
17 Akzeptanz des Steuersystems führen.

18 **Für ein gerechteres Einkommenssteuersystem!**

19 Die progressive Einkommensbesteuerung ist eines der wichtigsten staatlichen Instrumente,
20 um Unterschiede in den Lebensverhältnissen, wenn nicht zu nivellieren, wenigstens doch
21 anzugleichen.

22 Dazu ist der Staat immer weniger in der Lage, weil die Einkommensbesteuerung an
23 Einflussgröße verloren hat. Grund hierfür sind die Reformen der letzten Jahre. Sie entlasteten
24 in großem Maße vor allem überproportional die oberen Einkommensgruppen.

25 Die Debatte um Steuerbelastung und Steuersenkungen bei der Einkommenssteuer ist stark
26 von Interessen geleitet. Diese Debatte nutzt vor allem SpitzenverdienerInnen. Der allergrößte
27 Teil der Menschen in Deutschland hat von weiteren Steuersenkungen keine oder nur sehr
28 geringe finanzielle Vorteile. Dem gegenüber stehen aber gravierende Nachteile, wenn
29 staatliche Angebote und Leistungen weiter reduziert, gekürzt oder gestrichen werden. In
30 Folge der vergangenen Steuersenkungen zahlen BezieherInnen niedriger und mittlerer

1 Einkommen wenig oder gar keine Steuern. Weitere Entlastungen sind in diesen
2 Einkommensbereichen nur bei den Sozialabgaben denkbar. Wir Jusos haben dazu bereits den
3 Vorschlag gemacht, den ArbeitnehmerInnenanteil der Sozialversicherungen bis zu einem
4 monatlichen Bruttoeinkommen von 2.000 Euro progressiv ansteigen zu lassen - die Differenz
5 soll über den Bundeshaushalt an die Sozialversicherungen gezahlt werden (Buko 2009,
6 Beschluss B2/3).

7 Weitere Entlastungen bei der Einkommenssteuer lehnen wir deshalb ab, eine stärker
8 umverteilende Wirkung und ein höherer Ertrag aus der Einkommenssteuer halten wir für
9 dringend geboten.

10 **Der Tarifverlauf:**

11 Die Debatte um eine Reform der Einkommenssteuer erschöpft sich häufig in der isolierten
12 Betrachtung einzelner Abschnitte der Progressionskurve oder einzelner Merkmale wie z.B.
13 des Spitzensteuersatzes. Um aber einen gerechtere Verteilung der Lasten wie auch ein
14 insgesamt höheres Aufkommen zu erreichen, müssen alle Abschnitte der Progressionskurve in
15 den Blick genommen werden.

16 **Grundfreibetrag**

17 Sinn des Grundfreibetrages ist es, das Existenzminimum steuerfrei zu stellen. Wir halten
18 daran fest, dass sich der Grundfreibetrag nach dem Existenzminimum richtet. Allerdings sind
19 Existenzminimum und damit der Grundfreibetrag unserer Auffassung nach deutlich zu
20 niedrig angesetzt. Nach dem 7. Existenzminimumbericht für das Jahr 2010 beträgt das
21 Existenzminimum für Alleinstehende 8.004 Euro pro Jahr, der steuerliche Freibetrag liegt bei
22 7.664 Euro. Dies ist als sozio-kulturelles Existenzminimum nicht ausreichend. Wir fordern
23 deshalb ein deutlich höheres Existenzminimum, das tatsächlich nicht nur die materielle
24 Existenz, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe absichert.

25 Dabei gibt das Urteil des Bundesverfassungsgericht zur Berechnung der ALG II Regelsätze
26 auch Orientierung für die Gestaltung des Grundfreibetrags. Das Bundesverfassungsgericht
27 hat sich klar zu einer steuer- und sozialrechtlichen Systematik bekannt, die nicht von einem
28 schlichten materiellen Existenzminimum, sondern von einem soziokulturellen
29 Existenzminimum ausgeht. Dessen Nebenrechnung findet derzeit statt. Unseres Erachtens
30 nach sind dazu mindestens 9000 Euro pro Person notwendig, entsprechend ist auch der

1 Grundfreibetrag dann entsprechend anzuheben. Künftig ist dieser Betrag entsprechend der
2 Inflation anzupassen.

3 Von einer Erhöhung des Grundfreibetrages profitieren auch die Bezieher hoher Einkommen
4 direkt. Vor dem Hintergrund der Entlastungswirkung auf kleine und mittlere Einkommen ist
5 dies jedoch vertretbar.

6 **Progressionszonen**

7 Wir Jusos wollen am progressiven Tarifverlauf festhalten; Stufentarife wie von der FDP
8 gefordert lehnen wir ab.

9 Für uns ist wichtig, mit der Einkommenssteuer zukünftig wieder höhere Erträge zu erzielen.
10 Auf den ersten Blick wünschenswerte Veränderungen am Tarifverlauf der Einkommenssteuer
11 können schnell für den Fiskus sehr teuer werden.

12 Unser Ziel bleibt es, dass wirtschaftlich Stärkere eine wesentlich höhere Steuerlast tragen als
13 wirtschaftlich Schwächere. Nach den ganzen Entlastungen der letzten Jahre - gerade auch
14 von SpitzenverdienerInnen - ist es nun an der Zeit, mit einem höheren Spitzensteuersatz
15 hohe Einkommen stärker zu belasten. Dabei ist jedoch die Besonderheit des deutschen
16 Steuersystems zu berücksichtigen, dass auch Personengesellschaften über die
17 Einkommenssteuer veranlagt werden.

18 Die Höhe des Eingangssteuersatzes möchten wir aus politischen Gründen unverändert lassen.

19 Wir möchten mit unserer Reform den Mittelstandsbauch abschwächen und dafür hohe und
20 Höchsteinkommen stärker zur Verantwortung ziehen. Dafür wird der Progressionsverlauf
21 verschoben, d.h. Einkommensgrenzen werden ebenso wie die Ecksteuersätze angepasst.

22 Beispielhaft kann das folgendermaßen aussehen:

23 Die erste Progressionszone beginnt bei 9001 Euro mit 14%. Dies liegt fast 1000 Euro über
24 dem derzeitigen Stand, wodurch untere Einkommen von der Einkommenssteuer
25 ausgeschlossen werden.

26 Zur Gegenfinanzierung wird die zweite Progressionszone angehoben und verlängert, so dass
27 ab 75.700 ein Grenzsteuersatz von 53 Prozent greift. Künftig soll bereits ab einem

1 Einkommen von 125.000 der zusätzliche Aufschlag von 3 Prozentpunkten durch die
2 „Reichensteuer“, also ein Grenzsteuersatz von 56 Prozent, greifen. Soweit sich dadurch
3 zusätzliche Mehreinnahmen ergeben, sollen diese zum Teil genutzt werden, um den Knick in
4 der Progression abzuflachen.

5

6 **Einkommen gleich behandeln**

7

8 Nach dem Einkommensteuergesetz der Bundesrepublik werden sieben Arten von
9 Einkommen für natürliche Personen unterschieden: Einkünfte aus der Land- und
10 Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbstständiger Arbeit, aus nicht selbstständiger
11 Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige Einkünfte.
12 Bislang werden diese Einkunftsarten steuerlich unterschiedlich behandelt. So ist
13 beispielsweise (bei maximaler Besteuerung) das Einkommen aus Kapitalvermögen einer
14 geringen Steuer unterworfen, wie die Einnahmen, die ArbeitnehmerInnen aus der nicht
15 selbstständigen Tätigkeit erzielen.

16

17 Wir fordern, dass diese Ungleichbehandlung behoben wird. Die Einkommen aus allen
18 Einkunftsarten müssen der gleichen progressiven Besteuerung unterworfen werden. Eine
19 Bevorzugung von Gewinnen aus Spekulationen und Verzinsung gegenüber wertschaffender
20 Arbeit darf es nicht geben.

21 **Ehegattensplitting abschaffen.**

22 Das Steuerrecht in seiner jetzigen Form zementiert die ungleiche Verteilung von Erwerbs-
23 und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern und verfestigt Abhängigkeiten, weil es
24 einseitig das Modell der Alleinernährer-Ehe bevorzugt. Durch die gemeinsame Veranlagung
25 der Ehepartner und die Anwendung des Splittings, stellt das deutsche Steuerrecht den
26 gleichwertigen Doppelverdienst beider Partner schlechter als das Familieneinkommen mit
27 Zuverdienst. Je höher die Einkommensdifferenz und das Bruttoeinkommen, desto größer ist
28 der Splittingvorteil.

29 Das Ehegattensplitting ist daher weder gerecht noch fortschrittlich. Das Ehegattensplitting
30 fördert nicht Familien, sondern einseitig die Ehe als Versorgungsmodell. Bereits 1998 hat das
31 Bundesverfassungsgericht darauf hingewiesen, dass das Ehegattensplitting nicht als
32 Familienförderung zu rechtfertigen ist.

1 Zudem hat es verteilungspolitisch folgende Fehllenkungen:

- 2 • Haushalte mit einem großen Einkommensunterschied beider Partner und hohem
3 Bruttoeinkommen profitieren überproportional
- 4 • Durch den Splittingvorteil werden im Ergebnis Ehen in den alten Bundesländer
5 übermäßig bevorzugt: Über 90% der für den Splittingvorteil aufgewandten Mittel
6 fließen hier her.
- 7 • mit dem Ehegattensplitting wird der steuerrechtliche Grundsatz der Besteuerung nach
8 Leistungsfähigkeit ausgehebelt, da man annimmt, dass Haushalte mit einem
9 Jahreseinkommen von 80.000 Euro ungeachtet der Verteilung der Erwirtschaftung
10 unter den Ehepartnern, gleich leistungsfähig sind. Dabei wird auch von einer
11 gleichberechtigten gemeinsamen Nutzung des Geldes ausgegangen, die empirisch so
12 nicht bewiesen ist und auch durch die Vereinbarung einer Zugewinnsgemeinschaft als
13 Güterstandsform unterwandert (Gütertrennung mit Zugewinnausgleich) wird.
- 14 • Das Modell der Ehe wird zementiert und gestützt durch diesen steuerlichen Anreiz.
15 Während andere Lebensentwürfe benachteiligt werden. Es besteht de facto ein
16 finanzieller Drang zur Hochzeit für viele Menschen mit ungleichen Einkommen.

17 Wir wollen Kinder unabhängig von der Form des Zusammenlebens ihrer Eltern fördern und
18 Frauen und Männern nicht durch einseitige Bevorzugung in ein bestimmtes Modell drängen.

19 Deshalb muss das Ehegattensplitting durch eine Individualbesteuerung abgelöst werden, die
20 jedoch die Kinder steuermindernd berücksichtigt. Dies muss verteilungspolitisch neutral
21 geschehen, d.h. dass insbesondere Familien mit niedrigen Einkommen, die bisher vom
22 Splittingvorteil profitieren, nicht schlechter gestellt werden. Da für Partnerschaften im
23 Sozialrecht z.B. bei Hartz IV Bedarfsgemeinschaften bestehen, muss dieser Pflicht auch
24 steuerrechtlich eine Entlastung entgegen stehen, die beispielsweise durch
25 Freibetragsregelungen ausgestaltet werden kann. Damit würde auch dem
26 verfassungsrechtlichen Gebot, dem Schutz der Ehe, und Familie in ausreichender Form Folge
27 geleistet und zudem nicht gegen das Verbot der mittelbaren Diskriminierung (GG Art 3,
28 Abs. 2) verstoßen.

29 **Jedes Kind ist gleich viel finanzielle Unterstützung wert**

30 Bei der steuerlichen Berücksichtigung von Kindern wollen wir die Ungleichbehandlung durch

1 Kinderfreibetrag und Kindergeld beenden. Für uns haben bei der staatlichen Förderung von
2 Kindern zwar Sachleistungen (wie kostenlose Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen)
3 Priorität, trotzdem ist auch eine finanzielle staatliche Unterstützung von Kindern geboten.
4 Der bisherige Kinderfreibetrag soll mit dem Grundfreibetrag der Kinder zu einem
5 Kindergrundfreibetrag zusammengeführt werden. Hierbei wird der Teil des Grundfreibetrags
6 des Kindes, der nicht durch Einkommen des Kindes ausgeschöpft wird, auf die Eltern
7 übertragen. Damit wird die Möglichkeit, Einkommen der Eltern auf die Kinder zu
8 übertragen, deutlich reduziert (was insbesondere bei hohen Kapitaleinkommen bisher
9 „rentabel“ ist).

10 **Abschreibungsmöglichkeiten reduzieren und gerechter gestalten**
11

12 Im Zuge einer Reform der Einkommenssteuer müssen auch die Steuerabzüge und Freibeträge
13 überprüft werden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass insbesondere die abhängig
14 Beschäftigten nicht mehr belastet werden.

15 Deshalb lehnen wir beispielsweise die Streichung der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags-
16 und Nachtzuschlägen ab. Zwar handelt es sich hierbei um eine nicht erwünschte Subvention
17 von ArbeitgeberInnen, die Arbeit zu diesen Zeiten anordnen. Bei der derzeitigen
18 wirtschaftlichen Lage ist aber nicht erkennbar, dass es den ArbeitnehmerInnen gelingen
19 könnte, nach einer Abschaffung der Steuerfreiheit die notwendigen Erhöhungen der
20 Zuschläge durchzusetzen, die ihnen ein konstantes Nettoeinkommen garantieren. Daher
21 würde eine solche Streichung die ArbeitnehmerInnen stärker belasten und ist abzulehnen.

22 Auch die Streichung der Entfernungspauschale lehnen wir ab. Zwar fördert diese auch die
23 Zersiedlung, indem sie die Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort subventioniert. Dies
24 kann aber nicht durch Kürzung der Entfernungspauschale ausgeglichen werden, sondern nur
25 durch eine Strukturpolitik, die Arbeitsplätze an den Wohnorten der Menschen schafft. Eine
26 Abschaffung der Entfernungspauschale dagegen bestraft jene, die aufgrund der derzeitigen
27 Strukturpolitik zum Pendeln gezwungen sind.

28 Wo immer möglich, ist die Abzugsfähigkeit bestimmter Beträge von der Steuerschuld
29 gegenüber der Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zu bevorzugen. Dies
30 verringert die Bevorzugung von Bezieherinnen und Beziehern höherer Einkommen, die bei

1 einer Abzugsfähigkeit vom zu versteuernden Einkommen zusätzlich vom niedrigeren
2 Grenzsteuersatz profitieren. Dies gilt z.B. bei der Abzugsfähigkeit von
3 Sozialversicherungsbeiträgen bzw. den entsprechenden privaten Versicherungen oder der
4 Förderung der privaten Altersvorsorge (Riester-Rente).

5 Vermögensbesteuerung

6 1) Vermögenssteuer verfassungskonform wiedereinführen

7 Seit 1997 ist die Vermögenssteuer in Deutschland ausgesetzt. Zuvor hatte sie in den alten
8 Bundesländern Gültigkeit.

9 Im Vergleich zur OECD wird Vermögen in Deutschland relativ niedrig besteuert. In den
10 vergangenen Jahren lag der Anteil der vermögensbezogenen Steuern bei ungefähr 0,9% des
11 BIP, der OECD-Durchschnitt betrug ungefähr 2% des BIP, in den USA sogar um die 3%,
12 was vor allem auf eine relativ hohe Besteuerung von Grund zurückzuführen ist.

13 Die niedrige Quote in Deutschland hat verschiedenen Gründe:

14 Die Neuregelungen bei der Erbschaftssteuer, der niedrige Bewertungswert bei der
15 Grundsteuer und die Aussetzung der bisherigen Vermögenssteuer haben dazu beigetragen,
16 dass die vermögensbezogenen Steuern relativ niedrig sind.

17 Zuletzt betrug der Steuersatz der Vermögenssteuer 0,75% bei hohen Freibeträgen.

18 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

19 1995 hat das Bundesverfassungsgericht nicht die Vermögenssteuer an sich, sondern die
20 Bewertung innerhalb der Vermögenssteuer für verfassungswidrig erklärt. Die Bewertung von
21 Grundvermögen entsprach gegenüber der Bewertung von Geldvermögen nicht dem
22 Grundsatz der wirtschaftlichen Gleichbehandlung. Grundvermögen wurde massiv
23 unterbewertet. Dies hätte zur Folge haben können, dass Vermögen, um Steuern zu sparen,
24 vor allem in Grund und Immobilien angelegt würde, womit die Steuer Einfluss auf die
25 gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung, sprich die Anlageform genommen hätte. Auch die
26 Freistellung von Familienvermögen und die Gesamtbelastung wurde im Urteil kritisiert und
27 der sogenannte Halbteilungsgrundsatz, nach dem die Gesamtbelastung des Ertrags durch die
28 Vermögenssteuer und die übrigen Ertragssteuern in der Nähe „der hälftigen Teilung zwischen
29 privater und öffentlicher Hand“ (BVerfG, Beschluss vom 22. 6. 1995 - 2 BvL 37/ 91

1 (Lexetius.com/1995,4 [2001/8/224]) verbleiben solle, aufgestellt. Dieser
2 Halbteilungsgrundsatz wurde später vom Verfassungsgericht wieder in Frage gestellt und
3 besitzt momentan in der steuerlichen Rechtsprechung keine Legitimität mehr.

4 Eine verfassungsgemäße Wiedereinführung der Vermögenssteuer kann also nur über eine
5 veränderte Bewertung der einzelnen Vermögensarten geschehen, so dass der Grundsatz der
6 wirtschaftlichen Neutralität gewahrt bleibt. Darauf konnten die Parteien sich in den letzten
7 Jahren nicht einigen. Da das Vermögenssteuergesetz nur ausgesetzt und deshalb jedoch
8 weiterhin in Kraft ist, können die Länder momentan jedoch keine eigenen Vermögenssteuern
9 erheben. Für eine Wiedereinführung ist also der Bundesgesetzgeber und - aufgrund der
10 konkurrierenden Gesetzgebung - der Bundesrat gefordert, wobei der Bundesgesetzgeber den
11 Vermögensbegriff definiert und die Bewertungsgrundlagen regelt.

12 **Vermögen und Bewertung**

13 Vermögen kann in Geld- und Sachvermögen aufgeteilt werden. Wohingegen bei
14 Geldvermögen weniger die Bewertungsproblematik, als die Erfassbarkeit (Steuerflucht,
15 ausländische Anlagen, fehlende Kontrollmöglichkeit der Finanzämter) als Problematik im
16 Vordergrund steht, ist bei Sachvermögen die Bewertung schwierig.

17 Zu Sachvermögen zählen: Betriebsvermögen, Grundvermögen, immatrielles Vermögen wie
18 Lizenzen und Patente, Naturvermögen sowie Haushalt- und Gebrauchsvermögen. Aufgrund
19 des Verfassungsgerichtsurteils ist bei einer Neuregelung der Vermögenssteuer das übliche
20 Haushaltsvermögen, also die Wohnung und das Gebrauchsvermögen, von der Steuer
21 freizustellen.

22 Als Möglichkeiten der Bewertung des Sachvermögens stehen das Sachwertverfahren und das
23 Ertragswertverfahren zur Auswahl.

24 Beim Ertragswertverfahren werden die zukünftigen zu erwartenden Erträge kapitalisiert, das
25 heißt es werden, aufgrund von theoretischen Annahmen und finanzmathematischen
26 Methoden, die zukünftigen Erträge kalkuliert.

27 Das Sachwertverfahren (auch Substanzwertverfahren) zielt auf die vergangenen
28 Anschaffungs- oder Herstellungskosten, wobei hier entweder die ursprünglichen Kosten nach
29 dem Niederstwertprinzip oder die möglichen Wiederbeschaffungspreise berücksichtigt

1 werden.

2 Zur Frage des Bewertungsverfahrens tritt die Frage nach dem Verwaltungsaufwand, der in
3 Relation zum Ertrag stehen würde. Je einfacher jedoch ein Verfahren ist, desto anfällig ist es
4 gegenüber abweichenden Einzelfallbewertungen. Hier bestünde die Möglichkeit einer
5 Öffnungsklausel, nach der eine abweichende geringere Bewertung des Vermögens gegenüber
6 der einheitlichen Festsetzung möglich wäre.

7 Als relativ praktikabel könnte sich eine Bewertung von Immobilien- und Grundvermögen
8 durch den Bodenwert sowie dem Gebäudewert nach dem fortgeschriebenen
9 Normalherstellungskosten bei Eigenheimen und dem Ertragswertverfahren bei vermieteten
10 Objekten erweisen.

11 Um eine Erfassung des Geldvermögens zu gewährleisten sind Änderungen insoweit
12 vorzunehmen, dass verpflichtende Kontrollmitteilungen von Banken möglich sind – wie sie
13 auch beim Lohneinkommen aus unselbstständiger Arbeit selbstverständlich sind. Auch eine
14 internationale stärkere Koordination der Erfassung von Vermögen sowie eine Trockenlegung
15 von Steueroasen ist notwendig, um eine gerechte Besteuerung zu erreichen. Wir halten am
16 synthetischen Einkommensbegriff fest und fordern die Privilegierung von Kapitalvermögen
17 durch die Quellabgeltungssteuer wieder abzuschaffen.

18 **Vermögenssteuer gerecht gestalten**

19 Vermögen soll stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Bereits
20 ab einem Steuersatz von einem Prozent und einem Freibetrag von 500.000€ würde das
21 Aufkommen nach einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung rund 16 Mrd. € betragen
22 (Daten von 2002), andere Schätzungen gehen von 10 Mrd. bis 20 Mrd. aus. In Anbetracht
23 der zu finanzierenden staatlichen Aufgaben wäre sogar bei einem Aufkommen unter 10 Mrd.
24 ein Beitrag zu mehr steuerlicher Gerechtigkeit. Erstens wären Mehreinnahmen zu
25 verzeichnen und zweitens würde ein weiterer Beitrag zu einer gerechten Verteilung der
26 Steuerlast und zur Umverteilung geleistet.

27 Deshalb fordern wir:

- 28 • die Wiedereinführung der Vermögenssteuer mit einem Steuersatz von 1%. Dabei
29 sollen erhebliche Freibeträge (zwischen 500.000€ und 1 Million bei individueller

- 1 Besteuerung) berücksichtigt werden. Gemeinsame Anlagen werden, soweit dies nicht
2 anderweitig geregelt ist, nach dem hälftigen Grundsatz geteilt. Gebrauchsvermögen
3 wie Hausrat, selbstgenutztes Wohneigentum, Auto etc. wird von der Steuer freigestellt.
- 4 • Für Betriebsvermögen sind Regelungen zu finden, die den Fortbestand des
5 Unternehmens sowie Arbeitsplätze sichern, aber gleichzeitig keine Mitnahmeeffekte
6 seitens der UnternehmeneignerInnen erzeugen.
 - 7 • Bei der Bewertung ist sicherzustellen, dass dem Grundsatz der wirtschaftlichen
8 Neutralität Rechnung getragen wird. Ein Vorschlag dazu wurde oben diskutiert.

9 **Gesellschaftliche Akzeptanz für die Vermögenssteuer schaffen**

10 Sensibel ist die Höhe der Gesamtbelastung des Einkommens- und Vermögens. Obwohl der
11 Halbteilungsgrundsatz außer Kraft ist, ist dennoch zu berücksichtigen, dass eine
12 Gesamtbelastung jenseits der 50% als problematisch, nicht nur von den Betroffenen
13 wahrgenommen wird, und so die Verwendungsfrage immer mehr Bedeutung gewinnt.

14 Auch ist der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Vermögensaufkommen in den letzten
15 Jahren stetig gewachsen, was durch die Reformen in verschiedenen Bereichen begünstigt
16 wurde. Um dem Leistungsprinzip im Steuerrecht zu entsprechen und eine stärkere
17 Umverteilung zu erreichen, müssen Vermögen einen stärkeren Beitrag leisten. Sinnvolle
18 gemeinschaftliche öffentliche Aufgaben können so finanziert, die grundgesetzliche
19 Eigentumsverpflichtung kann so eingelöst werden.

20 **2) Erbschafts- und Schenkungssteuer verteilungsgerecht reformieren**

21 Erbschaften und Schenkungen sind aus Perspektive des Erben individuelle und durch Geburt
22 bedingte Glücksfälle, die kaum mit dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit in Einklang
23 gebracht werden können. Personen, denen hohe Erbschaften zufallen, sind meist doppelt
24 privilegiert: Aufgrund ihrer Herkunft aus relativ reichen Familien verfügen sie über
25 wesentlich bessere Bildungs- und damit auch Einkommenschancen. Ein hohes Einkommen
26 wiederum bietet per se bessere Möglichkeiten der Vermögensbildung – schließlich können
27 einkommensstarke im Gegensatz zu anderen Haushalten vergleichsweise mehr Geld sparen
28 und so Vermögen bilden. Im Erbfall können dann meist die Haushalte, die sowieso schon
29 über ein hohes Einkommen verfügen, auch noch einen zusätzlichen hohen Vermögenszufluss
30 verbuchen. Unter dem Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit ist deshalb eine
31 angemessene und umverteilend wirkende Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen

1 geboten.

2 **Entwicklung der vergangenen Jahre**

3 Die Diskussion der vergangenen Jahre war von der Umsetzung des Urteils des
4 Bundesverfassungsgerichts vom November 2006 geprägt. In diesem wurde die
5 Verfassungswidrigkeit der bisher geltenden Erbschaftsbesteuerung festgestellt. Anlass hierzu
6 war vor allem die Frage der Bewertung der Erbmasse bei der Vererbung von Grundeigentum.
7 Bis zum 31.12.2008 musste deshalb eine verfassungskonforme Novellierung der
8 Erbschaftssteuer zustande kommen. Diese erfolgte im Dezember 2008 durch die Große
9 Koalition. Zentrale Elemente waren eine Bewertung von Immobilien mit dem tatsächlichen
10 Wert bei gleichzeitiger Erhöhung der Freibeträge. Betriebsvermögen wurde dann
11 erbschaftssteuerfrei gestellt, wenn über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg betrachtet die
12 Lohnsumme konstant bleibt.

13 Das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer dürfte sich damit in den kommenden Jahren
14 erheblich reduzieren. Die SPD ist damals in die Verhandlungen mit dem Ziel eingestiegen,
15 das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer zu erhöhen, jedenfalls aber die Novelle
16 aufkommensneutral zu gestalten. Bedauerlicherweise konnte sich hier die CDU/CSU
17 durchsetzen, da die SPD hier in einer schwachen Verhandlungsposition war: Bei einem
18 Scheitern der Verhandlungen zur Novelle die Erbschaftssteuer – mit dem gedroht wurde und
19 für das sich insbesondere in der CDU/CSU-Fraktion eingesetzt wurde – hätte die
20 Erbschaftssteuer insgesamt ab dem 1.1.2009 nicht mehr erhoben werden dürfen.

21 Im Koalitionsvertrag der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung wird die Zielvorstellung
22 formuliert, die Regelungen zur Erbschaftssteuer zu entbürokratisieren, sie „familiengerechter,
23 planungssicherer und mittelstandsfreundlicher“ zu machen. Mit den Ländern sollen
24 Verhandlungen über eine Regionalisierung der Erbschaftssteuer hinsichtlich der Steuersätze
25 und Freibeträge aufgenommen werden. An konkreten Forderungen wird nur eine
26 Reduzierung des Steuersatzes für die Geschwister des Erblassers und deren Kinder angestrebt.
27 Beim Übergang von Unternehmen soll die Haltefrist verkürzt und die erforderliche
28 Lohnsumme reduziert werden. Diese Forderungen wurden im Rahmen des sog.
29 „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ im Dezember 2009 zum Teil bereits umgesetzt.

1 Erbschaftssteuer gerecht weiterentwickeln.

2 Für uns ist klar: Große Vermögen müssen stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher
3 Aufgaben herangezogen werden. Im internationalen Vergleich ist das
4 Erbschaftssteueraufkommen in Deutschland ausgesprochen niedrig – bei geschätzt 100
5 Milliarden Euro, die jährlich in Deutschland vererbt werden, liegt der Ertrag aus der
6 Erbschaftssteuer bei derzeit etwa 4 Milliarden Euro. Gleichzeitig ist privates Vermögen in
7 Deutschland in großem Maße in der Hand Weniger konzentriert. Deshalb streben wir
8 insgesamt eine Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftssteuer an, Zielmarke könnten
9 hier etwa 12-15 Milliarden Euro sein.

10 Zur Aufkommenssteigerungen sind Änderungen bei Freibeträgen und Steuersatz erforderlich.

11 Seit der Erbschaftssteuerreform von 2008 wurde die Vererbung von selbstgenutztem
12 Wohneigentum an den Ehegatten oder Lebenspartner steuerfrei gestellt, ebenso bei der
13 Vererbung an die Kinder, sofern die Wohnfläche des Hauses unter 200 qm liegt. Dies halten
14 wir weiterhin für richtig. Allerdings besteht durch diese Privilegierung des Wohneigentums
15 nicht mehr der Bedarf an sehr hohen Freibeträgen (derzeit bei Ehegatten und Lebenspartnern
16 500.000 Euro, bei Kindern 400.000 Euro). Die Freibeträge sind dementsprechend auf
17 300.000 Euro bei Lebenspartnern, 240.000 Euro bei Kindern etc.) abzusenken. Dabei sind
18 eheähnliche Gemeinschaften der Ehe gleichzustellen.

19 Die Erbschaftssteuer wird progressiv besteuert. So liegen die Steuersätze derzeit bei
20 Ehepartnern zwischen 7% bei einem Vermögen von 75.000 Euro bis hin zu einem maximal
21 Steuersatz von 30% bei Vermögen ab 26 Millionen Euro (50% bei Nichtverwandten). Dieser
22 maximale Steuersatz von 30% bzw. 50% soll künftig nicht erst ab einem Vermögen von 26
23 Millionen Euro, sondern bereits ab 10 Millionen Euro gelten. Die weiteren Stufen müssen
24 entsprechend angepasst werden.

25 Wir halten es grundsätzlich für ein legitimes Anliegen, den Übergang von Betriebsvermögen
26 gesondert zu regeln. Die Fälligkeit der kompletten Erbschaftssteuer zu einem Stichtag kann
27 Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, überfordern. Die derzeit
28 bestehende völlige Freistellung von der Erbschaftssteuer bei Erhalt der Lohnsumme halten
29 wir aber für eine überzogenes Steuergeschenk. Ein Teilerlass von 50% bei Erhalt des Betriebs
30 über zehn Jahre bei gleichzeitiger Stundungsmöglichkeit der restlichen Erbschaftssteuer bei

1 wirtschaftlichen Schwierigkeiten, halten wir für ausreichend, um die besonderen Belange der
2 Unternehmen zu berücksichtigen und gleichzeitig zu verhindern, dass es attraktiv wird,
3 Unternehmen nicht fortzuführen um der Erbschaftssteuerpflicht zu entgehen.

4 Die Erbschaftssteuer muss weiterhin eine bundesweit einheitlich erhobene Steuer bleiben,
5 einer Regionalisierung treten wir klar entgegen. Die Freibetragsregelungen sind bereits
6 großzügig genug gestaltet, um den unterschiedlichen Bedingungen in den einzelnen
7 Bundesländern gerecht zu werden. Die Erbschaftssteuer einem Wettbewerb um die
8 niedrigsten Steuersätze zwischen den Bundesländern zu überlassen, lehnen wir ab.

9 Um einer Umgehung der Erbschaftssteuer durch gestückelte Schenkungen zu Lebzeiten
10 vorzubeugen, wird die Schenkungssteuer in bisheriger Form fortgeführt. Danach bestehen
11 jeweils für zehn Jahre die gleichen Freibeträge wie bei der Erbschaftssteuer. Auch die
12 Steuersätze sind entsprechend anzupassen.

13 **Gesellschaftliche Akzeptanz für die Erbschaftssteuer schaffen**

14 Bei den Diskussionen um die Erbschaftssteuer muss berücksichtigt werden, dass es sich hier
15 um ein gesellschaftlich hoch emotional diskutiertes Thema handelt. Die Erbschaftssteuer ist
16 eine unbeliebte Steuer. Ihre gesellschaftliche Wahrnehmung ist davon geprägt, dass auch
17 Erblasser, deren Erben durch die verschiedenen Freibetragsregelungen nicht oder nur in
18 geringem Ausmaß betroffen sein werden, um eine reine Aneignung der Lebensleistung durch
19 den Staat fürchten. Um die gesellschaftliche Akzeptanz der Erbschaftssteuer zu erhöhen,
20 muss in der öffentlichen Debatte die Bedeutung für die Herstellung von Chancengleichheit
21 z.B. durchs Bildungssystem deutlich gemacht werden.

22 **3) Umsatzsteuern und Verbrauchsteuern**

23 In den letzten Jahren ist die Umsatzsteuer zunehmend zur „Ersatzsteuer“ geworden, die
24 regelmäßig erhöht wurde, wenn dem Staat Einnahmen fehlten, oft wegen Senkungen bei den
25 Einkommens- und Unternehmenssteuern. Binnen 20 Jahren ist der reguläre Satz der
26 Umsatzsteuer so von 14 Prozent auf mittlerweile 19 Prozent gestiegen.

27 Wie alle Verbrauchssteuern wirkt auch die Umsatzsteuer regressiv. Mit zunehmender Höhe
28 des Einkommens nimmt der Konsum relativ ab, entsprechend sinkt auch die proportionale
29 Belastung durch Verbrauchssteuern. Dieser Effekt wird auch nicht dadurch beseitigt, dass

1 sich mit steigendem Einkommen der Konsum zunehmend zu Gütern verlagert, die dem
2 regulären Umsatzsteuersatz unterliegen, während bei niedrigerem Einkommen stärker Güter
3 aus dem Bereich des ermäßigten Satzes konsumiert werden. Der regressive Effekt bleibt.
4 Deshalb ist für uns Jusos die Umsatzsteuer keine geeignete Steuer, um die Finanzprobleme
5 des Staates zu lösen.

6 Statt, wie dies unter schwarz-gelb absehbar ist, die Umsatzsteuer immer weiter zu erhöhen,
7 fordern wir mittelfristig eine Senkung der Sätze. Für eine sozial gerechte Steuerpolitik muss
8 der Staat wieder überwiegend aus Einkommens-, Unternehmens- und Vermögenssteuern
9 finanziert werden, die an der Leistungsfähigkeit und nicht am notwendigen Konsum
10 ansetzen.

11 Über die Jahrzehnte ist die Abgrenzung zwischen dem regulären und dem ermäßigten
12 Steuersatz zunehmend willkürlich geworden und kaum noch nachvollziehbar. Schwarz-gelb
13 hat mit der Zuordnung von Hotel-Übernachtungen zum ermäßigten Steuersatz die
14 Intransparenz noch verstärkt. Die willkürliche Abgrenzung führt zu Marktverzerrungen und
15 lädt auch zu – oft auch unfreiwilligem – Steuerbetrug ein, z.B. wenn in einer Bäckerei beim
16 belegten Brötchen zwischen dem Verzehr in der Bäckerei (regulärer Tarif) und dem Verzehr
17 außerhalb der Bäckerei (ermäßigter Tarif) unterschieden werden muss, oder wenn Milch und
18 Milchmixgetränke dem ermäßigten Satz unterliegen, andere Getränke aber dem regulären
19 Satz.

20 Dieser Wildwuchs muss durch eine Strukturreform bereinigt werden. Alle Waren, die zum
21 täglichen Bedarf gehören sollen dem ermäßigten Tarif unterliegen, alle anderen Artikel dem
22 regulären Tarif. Für Abgrenzungsprobleme (z.B. bei der Gastronomie) muss eine
23 transparente Regelung gefunden werden.

24 Ähnliche wie die Umsatzsteuer sind auch andere weiteren Verbrauchsteuern, wie die
25 Mineralöl- oder die Tabaksteuer, bei staatlichen Einnahmeproblemen regelmäßig erhöht
26 worden. Bei diesen beiden Steuern häufig auch deshalb, weil ihre Anpassung nicht der
27 Zustimmung des Bundesrates bedarf.

28 Einige dieser Steuern dienen ausdrücklich neben der Einnahmeerzielung auch
29 Steuerungszwecken. Dies ist in Einzelfällen auch erfolgreich. Meist sind aber
30 ordnungspolitische Beschränkungen (z.B. Vorschriften für den Kraftstoffverbrauch bei

1 Neufahrzeugen) oder die Förderung von Alternativen (z.B. des öffentlichen Nahverkehrs) bei
2 der Steuerung deutlich effektiver als eine Verbrauchsteuer (im Beispiel die Mineralölsteuer).
3 Zusätzlich wirken diese Maßnahmen, anders als die Verbrauchsteuern, meistens nicht oder
4 zumindest nicht so stark sozial regressiv. Steuern sollten daher nur dort zu
5 Steuerungszwecken eingesetzt sind, wo andere, sozial ausgewogenere Mittel
6 (Ordnungspolitische Maßnahmen oder direkte Subventionen) nicht zur Verfügung stehen.

7 Wir sprechen uns grundsätzlich gegen weitere Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern aus.
8 Auch hier ist im Gegenteil wie bei der Umsatzsteuer zu prüfen, ob die Steuern nicht gesenkt
9 und über die Vermögens-, Einkommens- und Unternehmenssteuern refinanziert werden
10 können. Die Steuerungswirkung sollte soweit möglich über Ordnungspolitik und Förderung
11 von Substituten erfolgen.

12 4) Einführung einer Finanztransaktionssteuer

13 Notwendigkeit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer

14 In den letzten 30 Jahren konnten wir auf den Weltfinanzmärkten eine gigantische Zunahme
15 der Transaktionsvolumina beobachten. Diese resultiert zum einen aus den
16 Finanzinnovationen, wie den neuen Derivaten aller Art und zum anderen aus der
17 permanenten Geschwindigkeitszunahme des Finanzhandels. Hierbei hat nicht nur die
18 kurzfristige Volatilität von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen zugenommen,
19 sondern auch das Ausmaß ihrer längerfristigen Schwankungen. Diese Entwicklungen, die
20 sich gegenseitig bedingen und begünstigen haben zu der heutigen komplizierten für Laien
21 kaum durchschaubaren Situation auf den Finanzmärkten geführt.

22 Selbst Staaten, deren Währung man als relativ stabil betrachtete, haben einem entschlossenen
23 Angriff vieler Spekulanten auf die nationalen Währungsreserven wenig entgegenzusetzen, wie
24 das Beispiel der Asienkrise im Jahr 1997 zeigt. Dabei zeigt sich, dass selbst in den
25 schlimmsten Krisen noch verdient wird. Aus dem aktuellen Finanzkollaps Griechenlands sind
26 zahlreiche Trader mit großen Gewinnen herausgegangen.

27 Dieses Spekulieren auf den Ruin von Staaten und Unternehmen mag zwar moralisch
28 verwerflich sein, ist jedoch vollkommen legal, wird weltweit fast ungehindert vollzogen und
29 ist dabei enorm profitabel. Ein simples Instrument um kurzfristigen und zumeist
30 volkswirtschaftlich schädlichen Spekulationen entgegen zu wirken ist die

1 Finanztransaktionssteuer, für die bereits Keynes 1936 und Tobin 1978 eingetreten sind.

2 Eine Finanztransaktionssteuer verteuert eine Spekulation umso mehr, je kürzer ihr
3 Zeithorizont ist. Kurzfristige destabilisierende Spekulationen würden dadurch enorm
4 verteuert, während langfristige Investitionen kaum betroffen wären. Dadurch wäre eine
5 Stabilisierung der Finanzmärkte vorprogrammiert, da plötzlich langfristiges Agieren
6 lohnender würde als kurzfristiges Spekulieren. Weiterhin würden sich hieraus klare fiskalische
7 Vorteile ergeben. Aufgrund der gigantischen Summen, die täglich gehandelt werden, wären
8 enorme Steuererträge zu erwarten. Für Deutschland beliefen sich die Erträge bei einem
9 Steuersatz von 0,1% auf ca. 43,3 Milliarden Euro jährlich.

10 Den Kritikern die behaupten, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer
11 unrealistisch ist und zur Abwanderung von Transaktionen in andere Finanzstandorte zur
12 Folge haben würde, kann entgegengehalten werden, dass England mit dem wichtigsten
13 Finanzstandort Europas London bereits die sogenannte „Stamp Duty“ -
14 Aktientransaktionssteuer – von 0,5% eingeführt hat ohne nennenswerte Abwanderungen
15 beklagen zu müssen. Darüber hinaus wäre die Abdeckung von 99% aller Transaktionen auf
16 dem europäischen Markt bereits dann möglich, wenn lediglich Deutschland, England und die
17 Schweiz, mit den drei wichtigsten Börsen Europas: London, Frankfurt und Zürich, sich für
18 die Einführung der FTS entscheiden würden. Um die FTS global wirkungsvoll greifen zu
19 lassen müssten sich darüber hinaus nur noch die U.S.A. mit New York und Japan mit der
20 Tokioter Börse anschließen.

21 Die Finanztransaktionssteuer ist fiskalisch notwendig, politisch umsetzbar und darüber hinaus
22 wirtschaftlich sinnvoll. Es fehlt nur noch der Mut sie wirklich in die Tat umzusetzen. Wir als
23 Jusos wollen diesen Mut beweisen!

24 Zur Einführung einer wirkungsvollen Finanztransaktionssteuer fordern wir die Besteuerung
25 des Handels mit sämtlichem Finanzwerte wie zum Beispiel Aktien, Anleihen, Derivate sowie
26 den Handel mit Devisen. Diese Steuer würde dazu beitragen, kurzfristige Spekulationen
27 unattraktiver zu machen. Wir verzichten hierbei ganz bewusst darauf, Ausnahmen für
28 Finanzgeschäfte zuzulassen, die der Volkswirtschaft nicht per se schaden. Zum einen würde
29 dadurch die Diskussion wofür Ausnahmen gemacht werden sollten derart aufgemacht
30 werden, dass eine Aushöhlung der FTS zu befürchten ist. Weiterhin ist der Steuersatz der

1 FTS derart niedrig, dass er bei einfachen und langfristig angelegten Finanzgeschäften kaum
2 zu Buche schlägt und diese somit nicht verhindern dürfte.

3 Insbesondere zu berücksichtigen ist hierbei auch der außerbörsliche Handel mit Derivaten,
4 der sogenannte „Over the Counter“ Handel, der bilateral zwischen zwei Partnern abläuft.
5 Dieser stellt den sehr viel größeren Anteil am kurzfristigen Handel mit Derivaten und
6 verdient damit auch besondere Aufmerksamkeit bei der Besteuerung.

7 Der Anfangssteuersatz ist bei 0,01% anzusetzen mit der Möglichkeit der flexiblen Steigerung
8 und Senkung. Ziel ist zunächst ein Steuersatz von 0,5%, der durch langsame Anpassung
9 erreicht werden soll. Nach jeder Anpassung ist die Wirkung der FTS auf den Finanzmarkt
10 genau zu untersuchen, inwiefern kurzfristige und schädliche Geschäfte eingeschränkt und
11 dennoch langfristige Finanztransaktionen ermöglicht werden.

12 **Gemeindefinanzen**

13

14 Die Kommunen sind als Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge von entscheidender
15 Bedeutung. Sie garantieren die Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger und ermöglichen
16 in wichtigen Bereichen die Teilhabe am öffentlichen Leben in den Städten.

17

18 Die Politik der vergangenen Jahre hat die Finanzsituation der Kommunen nicht gestärkt,
19 sondern zunehmend geschwächt. Während vermehrt Aufgaben auf die Kommunen
20 übertragen wurden, sind die kommunalen Einnahmen durch diverse Reformen der
21 Unternehmenssteuern, Veränderungen der Gewerbesteuerumlage und einen teilweise
22 ungenügenden ausgestalteten kommunalen Finanzausgleich zurückgegangen.

23

24 Zunehmend wird Steueraufkommen durch Zuweisungen von Bund und Ländern ersetzt.
25 Dadurch gerät die finanzielle Autonomie der Kommunen und damit die Grundlage der
26 kommunalen Selbstverwaltung in Gefahr.

27

28 Starke Kommunen und eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge bedürfen
29 eigenständiger Finanzquellen. Deshalb ist eine Verbesserung der Aufkommenssituation und
30 damit der allgemeinen Finanzlage der kommunalen Haushalte unerlässlich.

31

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

Grundsteuer

Die Grundsteuer besteuert den Grund- bzw. Immobilienbesitz. Sie wird direkt von den Kommunen erhoben und soll der Beteiligung des Immobilien- und Grundbesitzes an den Infrastrukturleistungen der Kommunen sicherstellen und stellt eines der wichtigsten konjunkturabhängigen Steueraufkommen der Gemeinden dar. Die Grundlage ihrer Erhebung sind die bei Hauptfeststellungen ermittelten Einheitswerte der jeweiligen Grundstücke.

In ihrer Bemessungsgrundlage, die anhand von Einheitswerten erhoben wird liegt auch der größte Kritikpunkt an der Grundsteuer. Die Einheitswert basiert in den alten Ländern auf der "Wertbasis 1964" und in den neuen Ländern, sofern vorhanden, auf der "Wertbasis 1935". Die Spreizung zwischen Einheitswert und Verkehrswert ist mittlerweile extrem geworden.

Die Grundsteuer trägt nicht zu einer verteilungspolitisch wünschenswerten Weise zur Umverteilung der bestehenden Vermögensverhältnisse bei. Insbesondere durch die volle Übertragbarkeit der Grundsteuerbelastung vom Immobilienbesitzer auf die MieterInnen im Zuge der Betriebskostenumlage wird hier keine direkte Besitzbesteuerung vorgenommen sondern eine Art indirekte Wohnsteuer erhoben, die alle BürgerInnen ohne Ansehen ihrer Vermögenssituation trifft.

Da in der Zeit 1964 bis heute extreme strukturelle Veränderungen in den Stadtquartieren stattgefunden haben, könnte eine Neuanpassung der Einheitswerte einen Belastungsschub bei der Grundsteuer um mehrere Hundert Prozent mit sich bringen, der vollständig an die MieterInnen weitergegeben werden würde.

Insbesondere da die gesellschaftliche Heterogenität unserer Städte zunehmend durch ein steigendes Boden- und damit Mietpreisgefälle bedroht ist, könnte eine Anpassung der Grundsteuer in vielen Fällen der gesellschaftlichen Entmischung der Städte und der residentiellen Segregation unterschiedlicher Bevölkerungsschichten zusätzlicher Antrieb verliehen werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32

Ein Umbau der Grundsteuer erfordert das Verbot der Anrechnungsmöglichkeit der Grundsteuerabgabe als Betriebskosten auf die Mieten. Dieses steht dem eigentlichen Sinn der Grundsteuer, einer direkten Besteuerung von Grund- bzw. Immobilienbesitz entgegen und wandelt die Grundsteuer in eine indirekte Steuerbelastung, eine Art Wohnsteuer für alle BürgerInnen.

Grundsätzlich ist der Umbau der Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer anzustreben. Hierzu ist eine höhere Differenzierung der Steuererhebungsklassen notwendig. Diese muss über eine bloße Aufteilung in agrarisch (A) und baulich (B) genutzte Flächen hinausgehen und die Nutzungsformen der Flächennutzungspläne gerecht werden. So ist eine Unterscheidung der baulichen Nutzung in gewerbliche Nutzung und Wohnnutzung notwendig.

Die Kopplung der Grundsteuerbemessung bei Wohnnutzung an individuellen Flächenverbrauch erscheint zudem sinnvoll. Seit den 1950er Jahren lässt sich der zunehmende Anstieg der durchschnittlichen Wohnfläche pro Person feststellen, wobei sich die durchschnittlichen Haushaltsgröße verkleinerte. Hoher persönlicher Flächenbedarf bei geringer Haushaltsgröße ist gerade in gut erschlossenen, innerstädtischen Gebieten Kennzeichen finanzkräftiger Haushalte, die zunehmend größere oder mittlere Haushalte, mit geringerer finanzieller Ausstattung verdrängen. Der daraus resultierenden Entmischung der Stadtgebiete soll die Steuerungswirkung einer flächenbedarfsorientierten Grundsteuer als ergänzender Faktor entgegengesetzt werden. Daher ist eine stärkere Belastung des hohen individuellen Flächenbedarfs verteilungspolitisch sinnvoll.

Ebenfalls kann durch eine Steuerungsgröße die die Ausnutzung der zulässigen Geschossflächenzahl und strukturpolitischen gewollten Wohnverdichtung positiv beeinflusst werden.

Die Umgestaltung der Grundsteuer zu einer Flächennutzungssteuer würde auch die Bemessungsgrundlagen Steuer verändern und somit eine Abkehr von der problematischen Bemessung mit Einheitswerten ermöglichen.

1 **Gewerbsteuer**

2

3 Gewerbesteuern sind eine der wichtigsten Einkommensquellen der Kommunen. Statt sie
4 abzuschaffen, wie von der Schwarz-Gelben Bundesregierung geplant, müssen sie ausgebaut
5 und ihr Aufkommen verstetigt werden. Problematisch ist für die Kommunen die hohe
6 Konjunkturabhängigkeit der Gewerbesteuereinnahmen. So bedarf es neben einer Steigerung
7 insbesondere einer Verstetigung der Gewerbesteueraufkommens.

8

9 Wie lehnen die Pläne der schwarz-gelben Koalition ab, die Gewerbesteuer abzuschaffen und
10 durch Zuschläge auf die Einkommens- und die Körperschaftssteuer sowie einen höheren
11 Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer zu ersetzen. Öffentliche Daseinsvorsorge braucht
12 starke Kommunen mit neuem Handlungsspielraum und keine abhängigen öffentlichen
13 Haushalte.

14

15 Die Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Zinsen nach §8 GewStG zur
16 Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer muss erhalten bleiben und der Bemessungsanteil
17 wieder ausgebaut werden.

18

19 Die Einbeziehung der sogenannten freien Berufe in die Gewerbesteuer ist zu erreichen.
20 Freiberufler, wie Ärzte, Anwälte, Steuerberater, selbstständige Ingenieure profitieren in
21 starken Maße von denen durch die Städte zu Verfügung gestellte Infrastruktur und müssen
22 zu deren Finanzierung mit herangezogen werden. Entsprechenden Freibeträgen können
23 verhindern, dass Selbstständige mit geringem Einkommen über die Maßen belastet werden.

24

25 Mittelfristig soll die Gewerbesteuer durch Einbeziehung auch der Lohnsummen mit einem
26 separaten kommunalen Hebesatz zu einer kommunalen Wertschöpfungssteuer
27 weiterentwickelt werden.

28

29 Klar ist für uns: Steuern müssen positive Umverteilungswirkungen im Sinne einem Mehr an
30 Gleichheit haben und gleichzeitig die Finanzierung des Gemeinwesens sicherstellen. Nur
31 wenn man dabei an verschiedenen Stellschrauben ansetzt und nicht einem blinden
32 Steuersenkungswahn folgt, können diese Ziele erreicht werden.

M1

Bundeskongress Essen

18.-20.Juni 2010

Gleichberechtigte Partner! Unsere Unterstützung für Vereine
Jugendlicher mit Migrationshintergrund

1 In den politischen Debatten der letzten Jahre wurde oft beklagt, dass die Stimme von
2 Menschen mit Migrationshintergrund nur selten zu hören sei. Oft wird diese Aussage mit der
3 Aufforderung an Migrantinnen und Migranten verbunden, sich doch mehr in
4 gesellschaftliche und politische Debatten einzumischen.

5

6 Übersehen wird dabei oft, dass ein „Dialog auf Augenhöhe“ zwischen Menschen mit und
7 ohne Migrationshintergrund nach wie vor schwierig ist. Wer beispielsweise kein Wahlrecht
8 hat, oder mit einem ungesicherten Aufenthaltsstatus in Deutschland lebt, hat nur wenige
9 Möglichkeiten, politisch mitzudiskutieren und vor allem mitzuentcheiden. Zudem fällt auf,
10 dass sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der politischen Diskussionen immer dann
11 mit einer Akzeptanz von Forderungen von Menschen mit Migrationshintergrund schwer tun,
12 wenn diese pointiert oder fordernd, und nicht als bescheidene Bitte vorgetragen werden.
13 Übersehen wird auch, wie politisiert Menschen mit Migrationshintergrund oft sind und wie
14 hoch die Bereitschaft zur politischen und gesellschaftlichen Mitarbeit ist.

15

16 In den letzten Jahren haben sich in der Bundesrepublik eine Vielzahl von „Vereinen
17 Jugendlicher mit Migrationshintergrund“ (VJM) entweder neu gegründet, oder sind stark
18 gewachsen. Die Bandbreite der Interessenlagen und Ziele dieser Vereine ist groß. Sie reicht
19 von kulturellen oder religiösen Zwecken bis hin zu explizit politischen Ansprüchen. Immer
20 mehr Vereine lösen sich aus der engen Anlehnung an einen Erwachsenenverband, und legen
21 den Fokus der eigenen Arbeit zunehmend auf die Situation in Deutschland selbst.

22

23 Die große Mehrzahl dieser Vereine und Verbände findet sich auf lokaler Ebene. Ob es um
24 Hausaufgabenhilfe, Volkstanz- oder Musikgruppe, sportliche Aktivitäten oder eine Initiative
25 zu einem politischen Thema geht: Die Bandbreite der Aktivitäten ist ähnlich groß wie bei
26 den etablierten Vereinen.

27

1 Sehr problematisch ist für viele dieser Verbände, dass die Arbeit nahezu ausschließlich
2 ehrenamtlich erledigt werden muss. Hauptamtliche Strukturen fehlen fast vollständig, die
3 Fluktuation der ehrenamtlich Aktiven ist groß, so dass Organisationswissen immer wieder
4 von neuem aufgebaut werden muss.

5

6 Zusätzlich problematisch ist, dass die Beantragung und Abrechnung von öffentlichen Mitteln
7 zur Förderung der eigenen Arbeit ohne professionelle Unterstützung kaum zu bewältigen
8 sind; hier beißt sich die Katze gewissermaßen in den Schwanz: Um nachhaltige Förderung in
9 Anspruch nehmen zu können, wäre professionelles Know-how im Verein notwendig – dieses
10 lässt sich aber nur durch finanzielle Förderung gewinnen.

11

12 Trotzdem ist es einigen VJM in den letzten Jahren gelungen, auf Landes- und Bundesebenen
13 funktionierende Strukturen zu schaffen. In einigen Ländern und einer ganzen Reihe von
14 Städten und Landkreisen sind VJM zudem Mitglieder der jeweiligen Jugendringe. Auf
15 Bundesebene ist mit der djo-Deutsche Jugend in Europa ein Dachverband u. a. von VJM
16 Mitglied, und auch im Vorstand des Deutschen Bundesjugendrings vertreten. Der Bund der
17 Alevitischen Jugendlichen (BDAJ) ist Anschlußverband des DBJR.

18

19 Im Blickfeld der etablierten Politik sind diese Verbände jedoch bislang kaum angekommen.
20 Sie werden weder regelmäßig von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern besucht, noch
21 als wirkliche Bündnispartner begriffen. Dabei bietet gerade das Feld der VJM vielfältige
22 Anschlussmöglichkeiten für die politische Arbeit sowie für gesellschaftliches Engagement auf
23 allen Ebenen.

24

25 Es gilt daher, die Verbände bei ihrem Weg in die etablierte (mehrheits-)deutsche
26 Jugendverbandslandschaft zu unterstützen und als gleichberechtigte Akteure auch im
27 politischen Feld zu begreifen. Dies wird nur dann erfolgreich sein können, wenn die für die
28 Jugendverbandsarbeit bereitgestellten finanziellen Mittel ausgeweitet werden, da es hier
29 gerade nicht zu einem Ausspielen von bereits lange etablierten Jugendverbänden und
30 Verbänden Jugendlicher mit Migrationshintergrund kommen darf.

31

32

33

1 Wir Jusos fordern daher:
2
3 - die Bundesregierung sowie die Landesregierungen auf, die finanziellen Mittel für die
4 verbandliche Jugendarbeit insgesamt zu erhöhen;
5
6 - für VJM spezielle Fördermöglichkeiten zu schaffen, die auch für Verbände ohne
7 hauptamtliche Unterstützung zugänglich sein müssen. Um solche Mittel akquirieren zu
8 können, muss bereits das Antragsstellungsverfahren finanziell unterstützt und sonstige
9 Hürden beim Zugang zu Förderungen abgebaut werden;
10
11 - Politik, Verwaltung, politische Parteien und Verbände auf, VJM als wichtigen Bestandteil
12 der Jugendverbandslandschaft und damit der Zivilgesellschaft in Deutschland zu begreifen
13 und zu unterstützen;
14
15 - die Integration von VertreterInnen von VJM in Gremien der Jugendarbeit (bei allgemein
16 jugendrelevanten Themen, aber auch bei migrationsspezifischen Fragestellungen) unter
17 Berücksichtigung derer kleineren personellen/finanziellen Ressourcen weiter voranzubringen;
18
19 - eine stärkere Förderung von Modellprojekten, die Konzepte zum Empowerment von VJM
20 entwickeln;
21
22 - eine Veränderung der die Partizipation von VJM erschwerenden Gesetzgebung. Daher ist
23 die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle in Deutschland lebenden Menschen
24 nötig. Diskriminierende vereinsrechtliche Regelungen zu „Ausländervereinen“ sind
25 abzuschaffen;
26
27 Wir Jusos begreifen Verbände von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als
28 Bündnispartner auf allen Ebenen!
29 Unser Anspruch ist, Menschen mit Migrationshintergrund nicht mit ihren vermeintlichen
30 Defiziten als Objekte von politischer Fürsorge, sondern als gleichberechtigte Akteure in der
31 Politik anzusprechen. Die Stärkung von Vereinen Jugendlicher mit Migrationshintergrund ist
32 hier ein wichtiger Schritt..-

33



2 Wir Jusos setzen uns für den schnellstmöglichen Wandel der deutschen Energiewirtschaft hin
3 zu erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz, die demokratische Kontrolle der
4 Energienetze und dezentrale Infrastrukturen ein. Durch die gewaltigen Herausforderungen
5 des globalen Klimawandels ist es unser aller Pflicht die Treibhausgasemissionen in
6 Deutschland bis 2020 um min. 40% gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 muss eine
7 Reduktion von min. 80% in allen Industrieländern erreicht sein um schwerste
8 Naturkatastrophen, die Zerstörung von Ökosystemen und globale sozio-ökonomische Krisen
9 zu verhindern.

10 Neben dem zwingend erforderlichen Umdenken in der Art und Weise wie Energie erzeugt
11 und verteilt wird, muss jedoch auch ein Umdenken beim Energieverbrauch stattfinden. Im
12 Zentrum der medialen wie politischen Aufmerksamkeit steht jedoch nach wie vor ersteres.
13 Neben der Angebotsseite muss endlich auch die Nachfrageseite berücksichtigt und
14 gleichberechtigt gewichtet werden. Die Gesamtmenge der produzierten Primärenergie darf
15 nicht unbegrenzt steigen, da jede Form der Energieerzeugung mit Belastungen für unsere
16 Umwelt verbunden ist. Denn: für die Errichtung jeder Art von Energieproduktionsstätte ist
17 der Einsatz von Rohstoffen notwendig und Eingriffe in unseren natürlichen Lebensraum sind
18 an den betreffenden Standorten unumgänglich.

19 **Die Vorteile einer besseren Energieeffizienz**

20 Für die Steigerung der Energieeffizienz, d. h. einen geringeren Verbrauch von Elektrizität,
21 Wärme und Kraftstoff, sprechen zahlreiche Argumente. Sowohl ökonomisch als auch
22 ökologisch ist es die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Überall dort wo Energie-
23 und damit einhergehend Rohstoffeinsparungen möglich sind, macht sich dies unmittelbar
24 finanziell bemerkbar. Dies gilt für die einzelnen Privathaushalte, das Gewerbe und die
25 Industrie und ebenso für die Volkswirtschaft als Ganzes. GeringverdienerInnen und deren
26 Familien sind in der Regel die Ersten, die unter steigenden Energiepreisen leiden und die sich
27 am wenigsten damit arrangieren können – hierauf müssen gerade wir, als

1 SozialdemokratInnen, besonderes Augenmerk legen. Für das produzierende Gewerbe ergibt
2 sich aus weniger Energie- und Rohstoffverbrauch eine höhere Produktionseffektivität und
3 daraus folgend wettbewerbsfähigere Preise. Für jeden Einzelnen ergibt sich daraus die soziale
4 Dimension der Energieeffizienz: je niedriger die Kosten für Energie, desto höher ist der
5 Spielraum für anderweitige Ausgaben wie Bildung, Kultur, gesunde Ernährung, Kleidung,
6 Mobilität und Freizeit.

7 Deutschland ist als rohstoffarmes Land derzeit massiv von Energieimporten aus teilweise
8 politisch höchst instabilen Ländern abhängig. Dies trifft insbesondere auf die Gasimporte aus
9 Russland und die Erdölimporte aus dem Nahen Osten zu. Alternative Importmöglichkeiten
10 sind entweder extrem kostspielig, ökologisch unsinnig oder ebenfalls politisch unsicher. Die
11 Verringerung des Energiebedarfs trägt also, im Zusammenspiel mit Fortschritten auf der
12 Angebotsseite, zur Steigerung der Versorgungssicherheit bei. In der Vergangenheit haben die
13 Ölkrisen 1973 und 1979/80, sowie in den letzten Jahren die Gasstreitigkeiten zwischen
14 Russland und der Ukraine, gezeigt, dass Rohstoffe und Energieabhängigkeit als geopolitisches
15 Druckmittel eingesetzt werden. Sich aus den damit zusammenhängenden Zwängen zu
16 befreien ist zusätzliche Motivation für einen geringeren Energieverbrauch.

17 Mehr Energieeffizienz trägt – im Zusammenspiel mit dem Ausbau der erneuerbaren
18 Energien – außerdem dazu bei, dass veraltete Technologien wie die Atomkraft überflüssig
19 werden. Bereits mit den jetzt vorhandenen technischen Potentialen kann dafür gesorgt
20 werden, dass die Hochrisikotechnologie Atomkraft zu einem Relikt der Vergangenheit in
21 unserem Land wird. Kalkar hat es vorgemacht: ein Freizeitpark in der Atomruine ist weitaus
22 konfliktfreier als Kernkraftwerke, Castor-Transporte und Wiederaufbereitungsanlagen. Für
23 diese Erkenntnis muss auch bei unseren europäischen Partnern und auf globaler Ebene
24 entschieden worden werden.

25 Zuletzt sind die ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Potentiale von verbesserter
26 Energieeffizienz zu nennen. Seit Jahren gilt das Mantra, dass Deutschland und Europa in
27 einer globalisierten Wirtschaftswelt nur durch „ihre Köpfe und Ideen und die Kraft der
28 Innovation im Dienstleistungs- und Hochtechnologiebereich“ bestehen können. Neben der
29 bereits erwähnten Rohstoffarmut werden hierbei zumeist die Lohnstückkosten als „Nachteil“
30 gegenüber den aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländern angeführt. Ein Wettlauf
31 nach unten bei den Sozialstandards ist für uns keine Option. Eine gegenteilige Entwicklung

1 und die Befreiung aus der Armut überall auf der Welt hingegen das Ziel. Für den
2 europäischen Wirtschaftsraum und den Erhalt der Industriearbeitsplätze gerade in
3 Deutschland ist deswegen neben einer guten Bildungslandschaft der technologische
4 Fortschritt im Energieeffizienzbereich von gewaltiger Bedeutung. Dieser kommt, bei
5 entsprechendem Technologietransfer, letztendlich auch aufstrebenden Wirtschaftsnationen
6 zu Gute. Das rasante globale Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat die Nachfrage
7 nach Rohstoffen drastisch erhöht. Einhergehend (sowie massiv beeinflusst durch die virtuelle
8 Nachfrage des Finanzmarktkapitalismus) stiegen die Rohstoffpreise in immer größere Höhen.
9 Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur eine kurze Atempause. Bedingt durch die
10 steigende Nachfrage der Entwicklungs- und Schwellenländer werden die Preise nach
11 Überwindung dieser, nächsten Kapitalismuskrise erneut massiv steigen. Daher muss es unser
12 Ziel sein die Energie- und Rohstoffkosten zu minimieren.

13 Durch eine nachhaltige Ausrichtung der Wirtschafts- und Industriepolitik können zahlreiche
14 neue Produktionsfelder und Dienstleistungsmöglichkeiten erschlossen werden. Für den
15 Erhalt der Arbeitsplätze und des Wohlstands für die Menschen in unserem Land ist die
16 Zukunftsperspektive deshalb eine ökologische und sozial gerechte Wirtschaftspolitik
17 basierend auf dem Prinzip höchstmöglicher Energie- und Rohstoffeffizienz.

18 **Die internationale Dimension**

19 Ein positiver Effekt der Globalisierung ist die teilweise Überwindung von Isolationismus und
20 Nationalismus. Es wird mittlerweile auf breiter internationaler Ebene verstanden, dass die
21 diversen Lebenswelten auf diesem Globus auf unzähligen Ebenen miteinander verknüpft
22 sind. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Klima- und Energiepolitik. Rein nationales
23 Vorgehen ist daher der falsche Weg. Uns wäre nicht damit gedient, wenn Deutschland der
24 permanente Musterschüler in ökologischen Fragen wäre (er ist es bei weitem nicht), wenn
25 sich gleichzeitig anderswo auf der Welt entgegen gesetzte Trends vollziehen. Daher muss es
26 Anspruch der deutschen Politik sein, die ökonomischen und ökologischen Vorteile des
27 errungenen technologischen Fortschritts auch anderen Ländern zu ermöglichen. Dabei ist
28 eine mehrstufige Vorgehensweise sinnvoll, bei der für Einigkeit in der wirtschaftspolitischen
29 Strategie auf europäischer Ebene geworben wird. Während gleichzeitig der sozio-ökologische
30 Wandel hierbei von uns vorangetrieben wird, sollte jedoch auch auf globaler Ebene für die
31 Prinzipien der Nachhaltigkeit geworben werden. Mit bloßem Werben ist es jedoch nicht
32 getan, weswegen Instrumente entwickelt werden müssen um moderne

1 Energieeffizienztechnologien in Entwicklungs- und Schwellenländer transferieren zu können
2 ohne dass die eigene ökonomische Basis gefährdet ist. Ein Modell hierzu sind beispielsweise
3 die Clean Development Mechanisms im Rahmen des Kyoto-Protokolls.

4 **Einsparpotentiale für unser Land**

5 Im Jahr 2009 wurde in Deutschland Primärenergie (Strom, Wärme, Kraftstoff) mit dem
6 Äquivalent von rund 455,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten verbraucht. Hiervon
7 entfielen 34,7% auf Mineralöl, 21,8% auf Erdgas, 11,0% auf Steinkohle, 11,3% auf
8 Braunkohle, 11,0% auf Kernenergie, und 8,9% auf erneuerbare Energien (Quelle: AG
9 Energiebilanzen). Dies entspricht einem Treibhausgasausstoß von ca. 878 Millionen Tonnen,
10 bei einem Rückgang von 8,4% gegenüber 2008. (Quelle: Umweltbundesamt). Studien des
11 Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, von McKinsey und des Prognos Instituts
12 gehen unabhängig voneinander davon aus, dass durch wirtschaftliche, d. h. gewinnbringende,
13 Energieeffizienzmaßnahmen 110 bis 130 Mio. Tonnen bis 2020 eingespart werden können.
14 McKinsey hat außerdem berechnet, dass zusätzlich 14 Mio. Tonnen mit Kosten zwischen 0
15 und 20 Euro pro Tonne verwirklicht werden können.

16 Einsparpotentiale bestehen generell in allen drei Sekundär- sowie Nutzenergiekategorien
17 Strom, Wärme und Kraftstoffe. Um gewichtige Effizienzwerte erreichen zu können muss
18 demnach auch in allen drei Bereich angesetzt werden.

19 Diese Daten beziehen sich einzig und allein auf die Treibhausgasreduktionen durch
20 Energieeffizienz. Werden die Einsparpotentiale des energiewirtschaftlichen Umbaus auf der
21 Angebotsseite hinzugerechnet, rückt das Gesamtziel einer Treibhausgasreduktion um 40% bis
22 2020 in den Bereich des technisch und wirtschaftlich Möglichen und Sinnvollen.

23 **Politische Ausgangslage**

24 Die SPD hat in Regierungsverantwortung die Energiewende einleiten können. Sowohl bei
25 der Produktion, als auch bei der Energieeffizienz. In erster Linie zu nennen ist hierbei das
26 2007 beschlossene integrierte Klima- und Energieprogramm. Deutlich wurde, dass die
27 Sozialdemokratie die Grünen als treibender Faktor in der Klima- und Energiepolitik abgelöst
28 hat. Es zeigt sich darüber hinaus, dass es gelang zahlreiche Projekte gegen den Widerstand
29 der Unionsparteien in der großen Koalition durchzusetzen. Trotz teilweise gegenteiliger
30 medialer Darstellung, war die Umwelt- und Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland

1 lange Zeit rot. Neben der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wird der Sozialdemokratie
2 zunehmend auch in ökologischen Fragen große Kompetenz zugesprochen. Die Verbindung
3 zwischen diesen und weiteren Politikfeldern glaubhaft herstellen zu können muss auch
4 weiterhin der zentrale Anspruch sozialdemokratischer Politik sein.

5 Die schwarz-gelbe Bundesregierung unter „Führung“ von Angela Merkel betreibt eine
6 konzept- und kopflose Umwelt- und Energiepolitik. Innerhalb der Union herrscht
7 weitgehende Uneinigkeit über den weiteren Weg in der Energiepolitik. Gleichzeitig wird für
8 den Herbst 2010 an einer neuen energiepolitischen Strategie für Deutschland gearbeitet, die
9 Schlimmes befürchten lässt. Pseudo-Klimapolitiker wie Merkel und Umweltminister Röttgen
10 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass schwarz-gelb plant viele der rot-grünen
11 Errungenschaften auf diesem Gebiet wieder zunichte zu machen. Der Atomausstieg wird in
12 Frage gestellt, der Ausbau der erneuerbaren Energie wird behindert und gebremst, finanzielle
13 Zusagen an Entwicklungsländer zum Klimaschutz werden nicht eingehalten und auch im
14 Bereich der Energieeffizienz werden keine zukunftsweisenden Anstrengungen unternommen.
15 Die Umweltpolitik in Deutschland befindet sich im ungeordneten Rückzug.

16 Uns Jusos kommt daher die Aufgabe zu, in die Sozialdemokratie mit nachhaltigen und
17 zukunftsfähigen Konzepten hineinzuwirken. Gerade im Interesse junger Menschen und der
18 nachfolgenden Generation müssen wir uns für ein energie- und rohstoffeffizientes
19 Wirtschaftsmodell einsetzen. Die Frage nach der Ausgestaltung dessen, ist eine soziale Frage.
20 Die SPD muss in der Lage sein auf diesem Gebiet mit schlüssigen Konzepten die
21 Bundestagswahl 2013 zu gewinnen.

22 **Die Zeit zu Handeln ist jetzt!**

23 Wie erwähnt sind die Grundlagen für die Steigerung der Energieeffizienz in Deutschland
24 gelegt. Wichtige Schritte wurden beispielsweise mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz
25 gegangen. Diese vorhandenen Maßnahmen müssen verstetigt und verbessert werden. Es
26 kommt hierbei auf den richtigen Mix von Anreizsetzung und ordnungspolitischen Eingriffen
27 an. Werden die angebotenen Anreize von Bevölkerung und Wirtschaft angemessen
28 ausgenutzt ist diese Variante vorzuziehen. Wird jedoch deutlich, dass der
29 gesamtgesellschaftlich vorhandene Wille eines klima- und energiepolitischen Wandels nicht
30 über Anreizregulierung erreichbar ist, müssen Gesetze die notwendigen Maßnahmen in sozial
31 verträglichem Maße durchsetzen. Dabei darf nicht vernachlässigt werden, dass es gerade

1 finanziell schlechter gestellten Menschen, oft nicht möglich ist in effizientere Technologien
2 oder modernere Standards zu investieren, da gerade die Anschaffung solcher Geräte sehr
3 kostenintensiv ist und sie sich oft erst nach einigen Jahren rechnen würden. Sozial
4 Benachteiligte gilt es zusätzlich zu den Regelsätzen, mehr als bisher, bei der Anschaffung von
5 effizienteren Geräten zu unterstützen. Schließlich sind auch sie es, die am meisten unter
6 hohen Stromrechnungen leiden.

7 Hierbei ist auch anzumerken, dass jegliche Form der Energieeffizienzsteigerung wie ein
8 Konjunkturprogramm wirkt indem es die Nachfrage nach Handwerksdienstleistungen,
9 modernen Produkten und Energiedienstleistungen spürbar erhöht, wenn diese auch für breite
10 Bevölkerungsschichten finanzierbar sind.

11 Die Jusos fordern, dass sich alle Mitglieder und Gremien der SPD in den Kommunen, den
12 Ländern, auf der Bundesebene und in Europa für folgende Forderungen einsetzen:

13 **Unsere Forderungen im Bereich der Neubauten und der Bestandsgebäude**

14 **1.**

15 Am Ziel den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf 25% zu
16 steigern muss festgehalten werden. Die entsprechende finanzielle Förderung dieser Anlagen
17 muss aufrechterhalten und ausgebaut werden. Unser Ziel für 2030 ist ein weiterer Anstieg der
18 KWK auf 50%.

19 **2.**

20 Die derzeitige Energieeinsparverordnung für Neubauten sieht eine Energieeffizienz-
21 steigerung in zwei Stufen um jeweils 30% in den Jahren 2008/2009 und 2012 vor. Wir
22 fordern, dass spätestens ab 2020 jeder Neubau den Qualitäten eines Passivhaus und ab 2030
23 eines Nullenergiehauses entsprechen muss. Die technischen Möglichkeiten hierzu sind bereits
24 heutzutage gegeben. Dazu müssen diverse technische und bauliche Elemente zum Tragen
25 kommen: Wärme- und Kälte­dämmung, Photovoltaik- und Solarthermieanlagen,
26 geothermische Hausanschlüsse, intelligente Strom-, Gas-, und Wasserzähler,
27 Regenwassernutzung, etc. Entsprechende Bauvorhaben für private oder gewerbliche Zwecke
28 sollen über die KfW-Bank mit zinsgünstigen Krediten gefördert werden.

1 3.

2 Für den Wohngebäudebestand müssen schnellstmöglich dieselben Energieeffizienz-standards
3 erreicht werden. Hierzu ist zuerst ein bedarfsorientierter Energiepass von Nöten, der den
4 Namen auch verdient. Den Mieterinnen und Mietern muss es möglich sein schnell und
5 unbürokratisch die Energiebilanz des Gebäudes zu erfahren. Kommt ein Vermieter seinen
6 Verpflichtungen aus der Energieeinsparverordnung nicht nach, haben die Mieter das Recht
7 die Miete pauschal zu kürzen um die erzwungenermaßen höheren Energiekosten
8 auszugleichen. Die Kosten für die energetische Gebäudesanierung dürfen nicht auf die Miete
9 umgelegt werden. Bei der Sanierung soll insbesondere auch der sozial geförderte
10 Wohnungsbau nicht zu kurz kommen, damit die Mietnebenkosten in Zeiten steigender
11 Energiepreise auch für Einkommensschwache bezahlbar bleiben.

12 4.

13 Die öffentliche Hand muss finanzielle Anreize zur energetischen Gebäudesanierung setzen.
14 Dies kann über einen Sonderfonds oder verbesserte Steuerabschreibungsmöglichkeiten
15 geschehen. Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm muss fortgeführt und jährlich um min.
16 500 Mio. Euro aufgestockt werden. Vergleichbar mit dem Stufensystem bei Neubauten sollen
17 zusätzlich gesetzliche Mindestanforderungen definiert werden. Das Ziel muss sein den
18 Energieeffizienzgrad des Wohngebäudebestands in Deutschland bis Mitte dieses
19 Jahrhunderts um min. 50% zu steigern.

20 5.

21 Bei der energetischen Gebäudesanierung kommt der öffentlichen Hand eine Vorreiter- und
22 Vorbildfunktion zu. Deutschlandweit dürfen keine öffentlichen Gebäude mehr gebaut werden
23 die nicht mindestens den Energieeffizienzstandards eines Niedrigenergiehauses entsprechen.
24 Ab 2020 müssen öffentliche Gebäude so geplant und gebaut werden, dass sie mehr Energie in
25 die Netze einspeisen als sie selbst verbrauchen. Wichtig ist, dass alle Kommunen hierbei
26 mitziehen, das heißt weniger finanzkräftige Gemeinden müssen unterstützt werden.
27 Langfristig soll das Top-Runner-Prinzip auch in der Energieeinsparverordnung verankert
28 werden, so dass der höchste erreichte Standard zur Minimalforderung wird.

29 6.

30 Die Gebäude von Gewerbe, Industrie und Einzelhandel bieten besondere Potentiale zur
31 Energieeinsparung, sind aber oftmals auch große Energiekonsumenten. Für Neubauten und

1 geplanten modernisierungsarbeiten soll jeder gewerbliche Betrieb den besten
2 Effizienzstandards seiner üblichen Branche entsprechen. Hier müssen für die entsprechenden
3 Branchen Richtlinien eingeführt werden. Als Anreize soll von staatlicher Seite
4 (Umweltbundesamt o. Ä.) ein Energie- und Rohstoffeffizienzsigel mit strikten Grenzwerten
5 für Unternehmen eingeführt werden. Unternehmen die dieses Siegel nach einem strengen
6 Energieaudit erhalten haben, kommen daraufhin in den Genuss einer Körperschafts- oder
7 Unternehmenssteuerreduzierung. Hierdurch wird ein dreifacher finanzieller Anreiz geboten:
8 erstens durch die Steuerreduzierung, zweitens durch die eingesparten Energiekosten und
9 drittens durch die Möglichkeit die ökologische Wirtschaftsweise vermarkten zu können.

10 **Unsere Forderungen für Haushaltsgeräte und Produktionsanlagen**

11 1.

12 Bei den Haushaltsgeräten, aber auch bei größeren Produktionsanlagen, brauchen wir strenge,
13 wirksame und dynamische Öko-Design Richtlinien. Diese müssen sowohl auf nationaler, wie
14 auch auf europäischer Ebene schnellstmöglich umgesetzt werden. Als Instrument zur
15 Förderung der Energie- und Rohstoffeffizienz sowie der Innovationskraft der Unternehmen
16 dient hierbei das Top-Runner Programm nach japanischem Vorbild. Für die
17 VerbraucherInnen ist es zudem von besonderer Bedeutung, dass eine leicht verständliche und
18 möglichst präzise Produktinformation in Form von Energieeffizienzsigeln besteht. In
19 Zukunft muss jedoch nicht nur der Energiebedarf beim Betrieb, sondern auch der CO₂-
20 Fußabdruck bei der Herstellung des Produkts ausgezeichnet werden (Lebenszykluskosten).

21 2.

22 Alle Menschen haben das Recht auf energieeffiziente Haushaltsgeräte und die damit
23 einhergehenden Einsparpotentiale. Dies trifft insbesondere auch auf wirtschaftlich schlechter
24 gestellte Bevölkerungsgruppen zu. Die Kommunen sind hierbei in der Pflicht eine fundierte
25 Energieberatung anzubieten. Um das Bewusstsein für Energieeffizienz zu erhöhen sollen an
26 alle Haushalte von LeistungsempfängerInnen kostenlose Energiestarterpakete (mit
27 Energiesparlampen, abschaltbaren Steckdosen, Produktinformationen, Strommessgerät, etc.)
28 ausgeben werden. Damit Strom in Zukunft nicht zum Luxusgut wird, sind Programme der
29 öffentlichen Hand zur Unterstützung beim Erwerb von energieeffizienten
30 Haushaltsgroßgeräten, wie z.B. die Ausgabe von Einkaufsgutscheinen durch die kommunalen
31 Versorger oder alternativ eine entsprechende Einmalzahlung als Zuschuss zum Hartz-IV-

1 Regelsatz, nötig.

2 **Unsere Forderungen für den Verkehrsbereich**

3 1.

4 Generell ist der ÖPNV dem motorisierten Individualverkehr vorzuziehen. Hierzu muss dieser
5 ausgebaut und entscheidend verbessert werden. Gleichzeitig sollte der ÖPNV steuerlich
6 spürbar besser gestellt werden.

7 2.

8 Um den Übergang zur Besteuerung nach CO₂-Ausstoß sozialverträglich zu gestalten, gilt für
9 Personenkraftwagen, deren Erstzulassung zum Zeitpunkt der Einführung der neuen
10 Besteuerung länger als 10 Jahre zurückliegt weiterhin die Besteuerung nach Hubraumgröße.

11 3.

12 Die Steuerabzugsfähigkeit von Dienstwagen darf nur noch gegeben sein, wenn diese
13 Dienstfahrzeuge höchsten Effizienzstandards entsprechen. Die Besserverdienenden in unserer
14 Gesellschaft müssen neben ihrer sozialen auch ihrer ökologischen Verantwortung gerecht
15 werden. Ein steuerabzugsfähiges Dienstfahrzeug darf nur noch maximal 130 Gramm CO₂
16 pro 100 KM ausstoßen. Dieser Wert sinkt alle fünf Jahre um 10 Gramm. Die
17 LeistungsträgerInnen in unserer Gesellschaft müssen neben ihrer sozialen auch ihrer
18 ökologischen Verantwortung gerecht werden.

19 4.

20 Der Lkw-Verkehr auf den deutschen Autobahnen stößt an die Grenzen der Belastbarkeit.
21 Dennoch wird er bis 2020 deutlich zulegen. Die Lkws legen zwar nur ein Zehntel aller
22 gefahrenen Kilometer zurück, produzieren aber mehr CO₂ und andere meist krebserregende
23 Schadstoffe als die Pkws. Bis heute gibt es keinen CO₂-Grenzwert pro gefahrenen Kilometer
24 der als verbindlich für die Lkw-Hersteller festgelegt wurde. Darüber hinaus werden die Lkws
25 auf lange Sicht nicht mit elektrischer Energie fahren. Daher fordern wir diesen notwendigen
26 verbindlichen CO₂-Grenzwertausstoß für Lkws, der von unabhängigen wissenschaftlichen
27 Institutionen ermittelt wird, bis 2015 einzuführen. Weiter fordern wir ab 2015 eine
28 Mautgebühr für LKWs die sich nicht ausschließlich nach der Achsanzahl und dem Gewicht
29 richtet, sondern auch den CO₂-Mehrausstoß gegenüber dem von uns geforderten Grenzwert
30 berücksichtigt.

1 Generell fordern wir, dass mehr Güter auf der Schiene transportiert werden.
2 Dies ist nicht nur effizienter und billiger, sondern spart im Gegensatz zur
3 Beförderung mit LKW auch deutlich CO² ein und wird zu einer erheblichen
4 Entlastung der Autobahnen führen.

5 **Unsere Forderungen für die Bildungslandschaft**

6 Alle genannten Maßnahmen sind sinnlos, wenn ein verstärkt ökologisches Denken &
7 Handeln, nicht in den Köpfen der heranwachsenden Generation ankommt. Hier reicht es
8 nicht aus allein finanzielle Anreize und ressourcenschonende Gesetze zu schaffen! Deshalb
9 fordern wir zusätzlich für die Ausbildung junger Menschen an Schulen & Hochschulen:

10 1.

11 Die Vermittlung von Umweltbewusstsein muss so früh wie möglich im Schulalltag etabliert
12 sein. Dabei reicht es nicht aus, Probleme der Rohstoffversorgung, das
13 verantwortungsbewusste Umgehen mit Rohstoffen und eine energieeffiziente – ökologische -
14 Lebensweise am Rande von bereits bestehenden Fächern anzureißen. Das Vermitteln dieser
15 wichtigen Inhalte soll in Zukunft fest in den Lehrplan der Fächer wie Biologie, Chemie oder
16 den Sozialwissenschaften enthalten sein!

17 2.

18 Eine weitere zentrale Rolle kommt den Hochschulen als Forschungs- und (!)
19 Lehrinstitutionen zu. Ökologisch-innovative Studiengänge oder Fachrichtungen wie
20 Umweltmanagement, Georessourcenmanagement, Energietechnik um nur wenige zu nennen,
21 müssen personell und finanziell so ausgestattet sein, dass mit einer Zunahme der Entwicklung
22 in den oben beschriebenen Gebieten auch in Zukunft zu rechnen ist.

23 Unser Ziel ist es, den Wissensstand in diesen Fachgebieten immer weiter auszubauen,
24 innovativ zu denken und stets dabei die eigene Verantwortung gegenüber den kommenden
25 Generationen nicht zu missachten! Unser Ziel ist es Deutschland zu einem sozial-
26 ökologischen Wirtschaftsstandort orientiert an den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu machen!

27



Bundeskongress Essen
18.-20.Juni 2010

Zwangsdienste abschaffen und Freiwilligendienste ausbauen!

2 Wehrpflicht und Zivildienst abschaffen!

3 Schwarz-Gelb ist sich in vielen Fragen nicht ganz so einig, wie es sich einige sowohl
4 innerhalb der Bevölkerung aber auch innerhalb der Koalitionsparteien vor der Wahl
5 gewünscht haben. So auch wenn es um den Umgang mit dem Wehrdienst und den
6 Zivildienst geht.

7 Die FDP hatte sich in Ihrem „Deutschlandprogramm“ sehr klar und deutlich für eine
8 Abschaffung der Wehrpflicht ausgesprochen. Die CDU dagegen hält felsenfest an der
9 Wehrpflicht fest. So war man gespannt wie beide Parteien zum einem gemeinsamen Nenner
10 kommen und PolitikerInnen beider Parteien ließen keinen Zweifel daran, dass man auch zu
11 einer Einigung kommen würde. Wenn Meinungen zu einem bestimmten Punkt so weit
12 auseinander liegen, so waren unsere Befürchtungen damals, dass es zu einer nicht
13 zufriedenstellenden Kompromisslösung kommen würde. Und so kam es auch. Im
14 Koalitionsvertrag beschlossen die KoalitionärInnen, dass beide an der Wehrpflicht festhalten
15 wollen und Wehr- sowie Zivildienst ab dem 01.01.2011 auf sechs Monate verkürzt werden
16 soll.

17 Ernüchternd mussten die Beteiligten - Bundeswehr und Wohlfahrtsverbände - feststellen,
18 dass damit niemanden geholfen ist. Bei einer Grundausbildung von 3 Monaten, in manchen
19 Bereichen des Zivildienstes sogar länger, ist eine Verkürzung auf 6 Monate mehr als töricht.
20 An dieser Stelle hatte die FDP nicht den Mut den konsequenten Schritt zu gehen und zu
21 ihrem Wahlprogramm zu stehen.

22 Grundsätzlich wäre eine Verkürzung der Dienstzeit zu begrüßen, wenn man diese als
23 Einstieg in den Ausstieg verstehen könnte. Doch die Entscheidung ist eben nur reine
24 Kompromisslösung, die letztendlich einerseits die Situation verschärft, in dem die Ausbildung
25 ad absurdum geführt wird, der Personalwechsel bei den Zivildienststellen noch häufiger
26 stattfinden wird und andererseits ein System aufrecht erhält, dass ungerecht ist und einen tief

1 greifenden Einschnitt in die Lebensplanung junge Männer darstellt.

2 Die Wohlfahrtsverbände haben bereits angekündigt, dass eingehend geprüft werden soll, ob
3 man das Instrument Zivildienst überhaupt noch einsetzen will. Kritisch betrachtet verwundert
4 dieser Sinneswandel jedoch schon, wurde die letzten Jahre doch gerade von diesen Verbänden
5 immer wieder kolportiert, unser Sozialsystem würde zusammenbrechen, sollte der Zivildienst
6 abgeschafft werden.

7 Bei der Bundeswehr wiederum hält man sich bedeckt auch wenn der Bundeswehrverband
8 durchaus Kritik an dem sog. W6 (Wehrpflicht in 6 Monaten) geäußert hat. Ankündigungen,
9 aufgrund der verkürzten Zeit den Wehrpflichtigen den Urlaub zu streichen, haben gerade den
10 Interessensverband der SoldatInnen und Grundwehrdienstleistenden (GWDL) auf den Plan
11 gebracht. Sie befürchten einen höheren Druck auf die GWDLs und schlechte Bedingungen.
12 Auch wenn wir als Jusos die Wehrpflicht abschaffen wollen, darf es bei einem Erhalt der
13 selbigen nicht zu schlechteren Bedingungen kommen. Schon heute sind GWDL gegenüber
14 ZDL in einigen Bereichen schlechter gestellt.

15 Die Wehrpflicht ist nicht nur sicherheitspolitisch oder aus Gerechtigkeitsgesichtspunkten
16 nicht mehr zu rechtfertigen. Zudem können durch den Wegfall des Zivildienstes könnten
17 zahlreiche reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, insbesondere sozialen bzw.
18 pflegerischen Bereich geschaffen werden. Allein der Bund wird nach eigenen Angaben durch
19 einen verkürzten Zivildienst tatsächlich bis zu 170 Millionen Euro einsparen wird.

20 Deshalb fordern wir Jusos weiterhin die Wehrpflicht und den Zivildienst abzuschaffen oder
21 zumindest auszusetzen. Stattdessen müssen sozialpflichtige Freiwilligendienste, wie das
22 Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) , das Freiwillige Kulturelle Jahr(FKJ) oder das Freiwillige
23 Ökologische Jahr (FÖJ), im In- und Ausland ausgebaut werden. Doch die Regierung hat kein
24 langfristiges Konzept für Freiwilligendienste und nimmt ausschließlich kosmetische
25 Korrekturen vor, wie etwa den Vorschlag der freiwilligen Verlängerung des Zivildienstes. Wir
26 lehnen eine solche Option ab, weil sie einmal mehr die Pflichtdienste zementiert und die
27 freiwerdenden Gelder aus der Dienstverkürzung nicht den Freiwilligendiensten zu Gute
28 kommen lässt. Auch die geplante Streichung der Möglichkeit, dass anerkannte
29 Kriegsdienstverweigerer Freiwilligendienste leisten, lehnen wir ab. Beide schwarz-gelbe
30 Vorhaben schwächen die Freiwilligendienste, die wir stärken wollen.

1 **Freiwilligendienste ausbauen!**

2 Auch wenn wir den Zivildienst ablehnen, so sind wir uns durchaus bewusst, welche positiven
3 Effekte er auf die Persönlichkeitsbildung haben kann und welchen Nutzen er in vielen
4 Bereich auch für die Gesellschaft bringt. Unsere Kritik richtet allerdings gegen den Zwang
5 und den Eingriff in die Lebensplanung junge Männer.

6 Wir glauben fest daran, dass auch ohne den Zwang viele junge Menschen sich freiwillig für
7 eine überschaubare Zeit in den Dienst der Gesellschaft stellen würden. Dies zeigt schon heute
8 die hohe Nachfrage, insbesondere bei jungen Frauen, die nicht für den Zivildienst oder
9 Wehrdienst heran gezogen werden müssen. Diese Bereitschaft muss unterstützt und ebenso
10 anerkannt werden.

11 Die gestiegene Nachfrage führt mittlerweile zu Engpässen so, dass nicht ausreichend Plätze
12 zur Verfügung stehen. Die Mitteln, die durch eine Abschaffung des Zivildienstes frei werden
13 würden, müssten daher explizit für den Ausbau der Freiwilligendienst eingesetzt werden.

14 Darüber hinaus müssen die Freiwilligendienste deutlich attraktiver werden. Dies betrifft auch
15 die Vergütung. Auch wenn in den meisten Dienstformen Freiwillige ein Taschengeld oder
16 andere monetäre Gratifikationen bekommen sowie teilweise Sozialversicherungsbeiträge
17 gezahlt werden, reicht es für viele nicht aus, um in dieser Zeit den Lebensunterhalt zu
18 sichern. Dies gilt insbesondere dort, wo die Länder äußerst geringe Entschädigungen zahlen,
19 die zum Leben nur mit Unterstützung der Eltern ausreichen. Schon heute werden
20 Freiwilligendienste vor allem von jungen Menschen aus wohlhabenden Elternhäusern und
21 mit hohen Bildungsabschlüssen nachgefragt. Jugendliche aus einkommensschwächeren
22 Haushalten, solche mit Hauptschulabschluss , aber auch solche mit Migrationshintergrund,
23 nehmen die Angebote seltener wahr, auch aus finanziellen Gründen. Ein Freiwilligendienst
24 darf kein Luxus für Begüterte werden, deshalb muss die Vergütung steigen.

25 Freiwillige Dienste müssen an jeder Stelle im Lebenslauf attraktiv sein, unabhängig vom
26 beruflichen Werdegang und sozialer Situation. Aufgrund dessen ist es wichtig, dass die
27 Konzeption dahingehend verändert wird, dass ein Einstieg in dessen Dienst jederzeit möglich
28 ist und keine Nachteile entstehen, d.h vor allem auch die Übergänge in und aus dem Dienst
29 sinnvoll abgesichert werden. Damit ein besonderer Nachteil behoben wird, ist dafür zu
30 Sorgen, dass während des Dienstes Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden.

1 Es geht jedoch nicht darum, den freiwilligen Dienst auf eine „Arbeit gegen Geld“ zu
2 reduzieren, sondern darum, die Dienstzeit einigermaßen finanziell abzusichern. Es darf nicht
3 zu einer Monetarisierung der Freiwilligendienste bzw. zu Schaffung eines Niedriglohnssektors
4 für soziale Dienstleistungen kommen. Freiwilligendienste sind Bildungsdienste und keine
5 Minijobs! Dieser Charakter muss sich in der Programmbegleitung und bei der
6 Qualitätskontrolle widerspiegeln.

7 Die momentane Unterfinanzierung des FSJ hat dazu geführt, dass bei vielen Stellen keinerlei
8 Zuschüsse für Wohnkosten bezahlt werden und so Stellen nur noch als auf zu
9 HeimschläferInnenstellen angeboten werden. Bei der Umstrukturierung des Zivildienstes in
10 Freiwilligendiensten ist dar auf zu achten, dass Wohnkosten in angemessener Weise getragen
11 werden. Ein Ausbleiben solcher Zuschüsse verhindert, dass junge Menschen nach ihrer
12 schulischen Ausbildung den ersten Schritt in ein selbstständigeres Leben wagen können.
13 Genauso wichtig wie die Vergütung ist jedoch die gesellschaftliche Anerkennung des
14 freiwilligen Dienstes. Diese soll bspw. durch die Ausgabe eines „Freiwilligenausweises“, der
15 Vergünstigungen oder die Kostenfreiheit sowohl bei öffentlichen als auch bei privaten
16 Angeboten ermöglicht geschehen. Wird dem Dienst eine Ausbildung im gleichen Bereich
17 angehängt, so sollen BewerberInnen bevorzugt oder eine Anrechnung des Dienstes
18 gewährleistet werden.

19 Freiwilligendienste schaffen einen Rahmen für den Erwerb sozialer, personaler und
20 instrumenteller Kompetenzen und ermöglichen die Erschließung bis dato unbekannter
21 Lebenswelten. Sie bieten vielen jungen Menschen erstmals die Möglichkeit, sich durch
22 konkretes Handeln jenseits des Lernumfelds der Schule/der Ausbildung zu bewähren und
23 soziale Verantwortung zu übernehmen. Und sie regen zum bürgerschaftlichen Engagement
24 an. Ehemalige Freiwillige engagieren sich nach ihrem Dienst im Durchschnitt häufiger als
25 andere ehrenamtlich.

26 Bei der letzten Evaluierung von Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und des Freiwilligen
27 Ökologischen Jahres (FÖJ) gaben jeweils ca. 90% der befragten Freiwilligen an, dass sie
28 sowohl viele fachliche Kenntnisse erworben, als auch Dinge gelernt hätten, „die keine Schule
29 vermitteln kann“. Daher sind gerade die pädagogischen Aspekte eines solchen Dienstes
30 elementar. Obwohl vieles durch den Dienst erlernt wird, ist eine pädagogische Betreuung
31 notwendig. Allerdings werden die Pauschalen für die pädagogische Begleitung, die aus dem

1 Kinder- und Jugendplan des Bundeshaushaltes finanziert werden, seit 2001 nicht erhöht.
2 Gleichzeitig machen die Träger seit mehreren Jahren darauf aufmerksam, dass die Ausgaben
3 für Bildungsangebote auf ihrer Seite deutlich gestiegen sind.

4 Um die Qualität der Jugendfreiwilligendienste als Bildungsdienste zu erhalten und weiter
5 auszubauen, müssen die Pauschalen erhöht werden, insbesondere die des FSJ, die unter denen
6 des FÖJ liegen. Auch hier könnten die frei werdenden Mittel eingesetzt aus der Verkürzung
7 oder gar auch der Abschaffung der Pflichtdienste eingesetzt werden.

8 **Engagement kann man nicht erzwingen**

9 Wir Jusos setzen uns seit Jahren gegen Pflichtdienste ein. Wir betrachten sie als
10 ungerechtfertigter Einschnitt in die Lebensplanung junger Männer und lehnen daher auch
11 jede Bestrebung nach einer allgemeinen Dienstpflicht ab.

12 Diese Position ist aber auch darin begründet, dass wir der Auffassung sind, dass Engagement
13 und den Einsatz für andere Menschen nicht erzwungen werden kann, sondern gesellschaftlich
14 gefördert und anerkannt werden muss. Es ist Aufgabe des Staates, dies zu fördern. Durch die
15 Verknüpfung von informeller Bildung und der Übernahme konkreter gesellschaftlicher und
16 sozialer Verantwortung schaffen wir ein stärkeres Bewusstsein für eine gerechtere
17 Gesellschaft. Dies gilt in gleichen Maßen für die Inlands- wie auch die Auslandsdienste.

18 Zusammen mit unsere BündnispartnerInnen bleiben wir daher dabei: Nein zu
19 Zwangsdiensten, Ja zur Förderung freiwilligen Engagements für alle.